

Journal for *EuroLinguistiX* Vol. 13 (2016)

Special Issue:

Reviewing the Work at the EHP

— edited by Joachim Grzega —

| | |
|--|-----|
| Grzega, Joachim: Vorwort zum Jahresband 2016 und zum EHP 2012-2016..... | 1 |
| Schlosser, Carolin: “Flüchtling” und “Migrant” – europäische Denotationen und Konnotationen | 5 |
| Würth, Anne: Manipulative Bezeichnungen von Regierungschefs in europäischen Zeitungsüberschriften..... | 11 |
| Grzega, Joachim: Alternative European Values in European Headlines: Competitiveness, Privatization, Solidarity, Socialization, Welfare State..... | 18 |
| Hippler, Nina: Der Syrien-Krieg in den Medien – eurolinguistische Analysen | 28 |
| Ferrarotti, Laura: English in the Urban Linguistic Landscape: From Lingua Franca to “Lingua Symbol” – A Brief Overview of Case Studies..... | 81 |
| Grzega, Joachim: “Limites”, “liberté”, “sécurité” – accès académiques aux pensées de différents européens, au bénéfice d’un public général..... | 90 |
| Grzega, Joachim: Erfahrungen mit Sprach-Not-Arzt und LdL für Integrationskurse: Ein Rückblick auf 2016..... | 101 |
| Grzega, Joachim: Gedanken eines Eurolinguisten zu Sprache, Ökonomie und Frieden: Texte aus dem Europäischen Haus Pappenheim für den europäischen Normalbürger (with English translations)..... | 114 |
| EHP Memorandum on Establishing Eurolinguistics as a University Field..... | 177 |

Joachim Grzega

Vorwort zum Jahresband 2016 und zum EHP 2012-2016

2012 hatte der Stadtrat der bayerisch-mittelfränkischen Kleinstadt Pappenheim mich zum Leiter des neu aufzubauenden Bildungsinstituts Europäisches Haus Pappenheim (EHP) ernannt. Der Stadtrat hatte mir für die gut drei Jahre der Aufbauphase eine Liste von Zielen gegeben. Man wollte ein Zentrum für Politik, Kulturen und Sprachen. Die vom Stadtrat gestellten Ziele waren bereits nach einviertel Jahren erreicht, also nach nicht einmal der Hälfte der Zeit. In der verbleibenden Zeit habe ich mich mit meinem Team dann um die weitere Profilierung des Hauses als Einrichtung der Angewandten Eurolinguistik gekümmert, damit es überregional bekannt wird. Dazu waren wir auf dem besten Wege: über die Inhalte des Hauses berichteten Süddeutsche Zeitung, bayerischer Hörfunk und bayerisches Fernsehen. Neben den internationalen TeilnehmerInnen wissenschaftlicher Tagungen, kamen zu den Veranstaltungen für die breite Öffentlichkeit dank Mundpropaganda sogar von Deutschlands schleswigschem Norden in den bayerischen Süden – Pappenheim konnte damit eine weitere Art von Touristen erreichen: Bildungstouristen. Es waren weit über 100 Veranstaltungen, die hier durchgeführt wurden. Dabei waren auch viele Prominente bei uns zu Gast: EU-, Bundestags-, Landtagsabgeordnete, ein derzeitiger und ein ehemaliger Minister. Zwei internationale Stars der Politikberatung hatten wir mit Prof. Dr. Heiner Flassbeck und Prof. Dr. Dr. Dr. h.c. Franz Josef Radermacher. Auch auf der finanziellen Seite waren wir erfolgreich. Das EHP wies im dritten Jahr in den Einnahmen aus Gebühren, Spenden und Zuschüssen einen Überschuss auf und war bei Projektende weit unter den vom Stadtrat einst genehmigten Mittel geblieben. Rund eine halbe Million Euro Fördermittel war auch schon für ein Projekt von weiteren drei Jahren gesichert, ein Projekt mit dauerhaften und punktuellen Partnern. Meine Aufgabe als EHP-Leiter habe ich auch immer gesamtunternehmerisch aufgefasst. Das EHP wurde diejenige Einrichtung der Stadt, mit der neue Zielgruppen nach Pappenheim gewonnen werden konnten – immer unter Berücksichtigung der Wünsche des Stadtrats.

Umso überraschender kam Anfang des Jahres 2016 die Entscheidung der Mehrheit des Pappenheimer Stadtrats, den Betrieb des EHP einzustellen. Eine Begründung für den Sinneswandel wurde nicht gegeben. Vielmehr wurden erstaunlicherweise zum Teil Dinge kritisiert, die vom Stadtrat nahezu einstimmig gewünscht waren. Das Europäische Haus Pappenheim ist traurigerweise einstweilen weitgehend ungenutzt. Somit ist nur nachvollziehbar, wenn gesagt wird, dass durch die Schließung des Betriebs buchstäblich mehrere hunderttausend Euro an öffentlichen Geldern “in den Sand gesetzt” wurden; der eine oder andere mag sogar zu einem noch drastischeren Urteil über die Entscheidung kommen.

Der Aufbau des EHP war ein ambitioniertes Projekt. Ein solches wird im Idealfall nicht einfach nur bearbeitet, sondern belebt. Nur so kamen deutsche Gäste von Weltrang sogar ins kleine Pappenheim. Und wenn dank unseres Profils Personen aus Paris und Rom sogar wiederholt nach Pappenheim gekommen sind, dann zeigt dies, dass wir mit unserem besonderen Profil in Teilen sogar schon internationale Anerkennung erreicht hatten. Wir haben soviel Vertrauen in unsere Arbeit geschaffen, dass wir sogar schon für ein Jahr eine halbe Lehrkraft gratis hätten haben können, wenn der Stadtrat die Gelegenheit ergriffen hätte.

Was war das Profil des EHP? Mit Bezug zu Sprache beziehungsweise Kommunikation hat das EHP Hilfe für Menschen angeboten. Wichtige Hilfe für den Menschen im Europa des frühen 21. Jahr-

hunderts. Hilfe, um Europa besser zu verstehen. Hilfe, um besser in Europa zurechtzukommen. Hilfe, um den Einstieg in eine europäische Sprache schneller zu schaffen. Hilfe für Zuwanderer, um sich schneller Grundkenntnisse in Deutsch anzueignen. Hilfe für Helfer, die sich um Flüchtlinge kümmern. Hilfe, um die kulturellen Gemeinsamkeiten und Unterschiede besser zu erkennen und zu verstehen. Hilfe, um zu verstehen, wie Politik, Medien und Wirtschaft funktionieren oder eben nicht. Die Art und Weise, wie über all diese Themen gesprochen wird, zeigt, dass wir über vieles nicht mehr richtig nachdenken, dass wir viele Zusammenhänge gar nicht mehr sehen. Das EHP hat eine moderne Form von Aufklärung betrieben und wollte damit auch einen Beitrag zur Friedensarbeit leisten.

Noch wichtiger aber war mir, dass wir die komplexe Welt allgemeinverständlich und oft auch humorvoll erklären. Mir war wichtig, dass wir etwas Neues schaffen, das der breiten Bevölkerung einen Mehrwert bringt. Unsere über 100 Veranstaltungen allein in Pappenheim waren vielfältig gestaltet: mal als Abend- oder Nachmittagveranstaltungen, mal als ganztägige, mal als mehrtägige, mal als Veranstaltungen im wöchentlichen Turnus. Wir waren dabei auch immer um didaktische Kreativität bemüht; das EHP lieferte auch neue Möglichkeiten, das didaktische Konzept LdL (Lernen durch Lehren) auszuprobieren. So sollte ein Mehrwert an Wissen und Können ermöglicht werden. Ein Mehr an Sprachkompetenzen, an politischer Aufgeklärtheit – überparteilich, streng auf der Grundlage von Beobachtungen der ökonomischen Wirklichkeit – ein Mehr an Bewusstsein über gemeinsame Geschichte und Werte, Bewusstsein für die Bedingungen von Frieden statt Krieg in Europa und der Welt, Bewusstsein für mehr Gerechtigkeit, Toleranz und Solidarität. Für mehr Miteinander statt Gegeneinander. Denn dafür wollte die Europäische Union gemäß Lissabon-Vertrag ursprünglich stehen.

Wir brauchen daher Bildungseinrichtungen, die auf neue Weise aufklären – echt europäisch, auf der Grundlage von komplexer wissenschaftlicher Beobachtung, aber für die Allgemeinheit verständlich formuliert – manchmal mit einer Prise Humor. Dieses Haus war eine wichtige Einrichtung – auch schon überregional. Und es war eine wichtige, weil erste institutionalisierte Stätte der Eurolinguistik.

Ein Programm neuer Art Aufklärung. Dies habe ich natürlich nicht allein organisiert. Lange Zeit begleiteten mich zwei Personen: meine ehemalige Mitarbeiterin Wilma Vogel und die EHP-Botschafterin Dr. Bea Klüsener. Zeitweise haben mich ferner Claudia Sand, Sandra Schwehofer und Anne Würth unterstützt. Viele unserer Veranstaltungstypen hatten überregionale, zum Teil internationale Alleinstellungsmerkmale.

Wir hatten pro Jahr ein bis zwei internationale Tagungen im Haus. Bei diesen Tagungen gab es auch immer eine Sektion, die für die Allgemeinheit sein sollte, wo die TeilnehmerInnen ihre Forschungsergebnisse allgemein verständlich darstellen sollten. Für 2016 wären ebenfalls schon zwei internationale Tagungen geplant gewesen. Dazu gab es in den knapp vier Jahren eine Reihe von speziell gebuchten Tagungen. Wichtig waren Einladungen zu Vorträgen und Seminaren in Orte außerhalb der drei Landkreise, die hier zusammentreffen, gefreut. Von Lüneburg bis Magdeburg, von Saarbrücken bis Innsbruck. Pappenheim hatte echte Alleinstellungsmerkmale im Bildungsbereich für die breite Bevölkerung. Im letzten Monat des EHP-Betriebs, April 2016, hatten sich schon rund 100 Übernachtungsgäste für unsere Angebote angemeldet, darüber hinaus viele weitere für kürzere Besuche – aus ganz unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen.

Ich erinnere mich gerne an die Veranstaltungsreihe “Goldblaue G’schichten”, wo wir europäische Kulturthemen behandelt haben, z.B. Frankenstein als europäische Figur mit Bea Klüsener, selbst kreierte Versionen von Bruder Jakob zur Illustration europäischer Musikgeschichte, sogenannte

SprachSpaß-Lektionen (wie funktionieren europäische Sprachsysteme), die Ort-und-Wort-Wanderungen (wie schlägt sich europäische Kulturgeschichte in europäischer Sprachgeschichte nieder), politische Satire sowie spezielle Veranstaltungen für und mit Schülern. Ich denke an die Quiz-Abende. Auch die Quiz-Abende waren Bildungsarbeit, denn dort ging es nicht um kleine Details, sondern vorwiegend um zentrale Prinzipien der Kulturgeschichte und politischer Aktionen – stets auch verbunden mit Buchtipps und verbunden mit Blicken darauf, wie Sprache europäisches Denken und Handeln widerspiegelt oder beeinflusst.

Ich erinnere mich gerne an unsere besonderen Sprachlehreangebote: die SprachFitnessStudios für Anfänger: in 2 x 4 Stunden das Wichtigste für touristische Situationen lernen. Ich erinnere mich gerne an die verschiedenen Basic-Global-English-Kurse für Anfänger, insbesondere den Kurs mit meinem ältesten Lerner, damals 91 Jahre. Und dann natürlich unser Konzept Sprach-Not-Arzt, mit dem wir in 3 Tagen à 7 Stunden Deutsch-Kenntnisse für die wichtigsten Situationen vermitteln.

Beliebt waren auch immer unsere Veranstaltungen mit Studierenden, bei denen wir verschiedene Stationen aufgebaut hatten: zu Shakespeare, zu europäischen Jugendprotesten, zur Mediensprache vor den letzten EU-Wahlen und das EUROLINGUA-Museum, in dem wir die Schnittmenge europäischer Sprachgeschichte(n) präsentierten. Auch in hochschuldidaktischer Hinsicht war das EHP für Studierende ein gutes Angebot, um Fragen auf wissenschaftliche Weise nachzugehen und die Ergebnisse dann für ein allgemeines Publikum aufzubereiten – eine durchaus komplexe Aufgabe für diese jungen Menschen. Eine Veranstaltung mit Studierenden wählten wir auch noch einmal zum Abschluss des Betriebs im Europäischen Haus Pappenheim.

Nun wird mir manchmal die Frage gestellt, ob ich es bereue, mich auf dieses Projekt eingelassen zu haben, beziehungsweise ob ich mich darauf eingelassen hätte, wenn ich gewusst hätte, dass die Stadtratsmehrheit einmal den EHP-Betrieb schließen würde, ohne die Leistungen zu betrachten. Nun, mit dem EHP-Team konnte ich zeigen, dass auch in einer Kleinstadt eine besondere Bildungseinrichtung erfolgreich sein kann – eine Bildungs- und Forschungseinrichtung der Angewandten Linguistik. Da gibt es vermutlich nichts zu bereuen. Ich wünsche mir nur, dass die Arbeit wieder an geeigneter Stelle fortgesetzt werden kann. Einstweilen unterstützt mich hier dankenswerterweise die Volkshochschule Donauwörth mit ihrer äußerst aktiven Geschäftsführerin Gudrun Reißer.

Drei Jahre lang diente das *Journal for EuroLinguistiX* letztlich als Publikationsort für die internationalen Eurolinguistik-Tagungen im EHP. Der vorliegende Band bietet nun einen Querschnitt der Arbeit, die mit dem EHP im Zusammenhang steht:

- Die ersten drei Beiträge sind aus der letzten Veranstaltung im EHP erwachsen. Carolin Schlosser und Anne Würth sind zwei der Studentinnen der Universität Eichstätt-Ingolstadt, die verschiedenen Fragen zum Rahmenthema “Manipulation durch Sprache in den Medien” nachgegangen sind. Daran schließt sich ein Beitrag von mir selbst. Die Kärnerarbeit einer solchen empirischen echt europäischen Medienanalyse besteht aus der Datensammlung und -auswertung; die Ergebnisse lassen sich dann oft auf geringem Raum präsentieren. Bei diesem Projekt verfähre ich mit Studentengruppen in der Regel so, dass jede Person sowohl für eine Nation als auch für eine Fragestellung verantwortlich zeichnet. Jeder bekommt dann von anderen Teilnehmern Sprachdaten für das eigene Thema, sammelt aber auch zu seiner Sprache die notwendigen Daten zu den anderen Themen. Ich selbst ergänze und springe flexibel ein.

- Auch Nina Hippler ist Studentin. Sie hat gleich an mehreren Projekten im EHP aktiv mitgewirkt. Im Vorfeld der EU-Wahlen 2014 hatte sie sich mit dem Thema “Krieg und Frieden in europäischen Medien” auseinandergesetzt. Aus diesen ersten Beobachtungen ist schließlich ihre Master-Arbeit hervorgegangen, deren eurolinguistischer Teil hier als Beitrag abgedruckt wird.
- Der nächste, englische Beitrag stammt von Laura Ferrarotti aus Rom. Sie hat an zwei internationalen Eurolinguistik-Tagungen im EHP teilgenommen und ihre Ergebnisse auch für die Sektion mit dem allgemeinen Publikum aufbereitet. Für die für 2016 geplante Tagung hatte sie bereits ein Thema erarbeitet, das sie nun hier rein schriftlich präsentiert. Für die Unterstützung des EHP sei ihr herzlich gedankt. *Laura, mille grazie del tuo appoggio per il lavoro all’Europäisches Haus Pappenheim.*
- Der darauf folgende, französische Beitrag geht auf einen Vortrag zurück, den ich vor deutschen, französischen, belgischen und luxemburgischen EU-Abgeordneten und deren internationalen MitarbeiterInnen und Gästen anlässlich einer Tagung zum Schengen-Abkommen halten durfte. Zu diesem war ich auf Grund der im EHP entstandenen Ideen für eine innovative Europa-Bildung für Allgemeinbürger eingeladen.
- Danach reiht sich ein aktueller Kurzbericht zum Konzept “Sprach-Not-Arzt” ein – ein Konzept, mit dem es das EHP in die Süddeutsche Zeitung und ins bayerische Fernsehen geschafft hatte.
- Den Abschluss bildet der Neuabdruck einiger Texte zum Komplex Sprache/Denken/Handeln – sowohl in Deutsch als auch in Englisch. Diese Texte waren von mir für die Webseiten des EHP verfasst worden und sollen auf diese Weise gesichert sein, falls die Webseiten des EHP einmal abgestellt werden.
- An das Ende habe ich noch einmal das Memorandum zur Förderung der Eurolinguistik gestellt, wie es von TeilnehmerInnen der 3. internationalen Eurolinguistik-Tagung 2015 im EHP erstellt worden war.

Eichstätt, Dezember 2016

*Joachim Grzega
 Universität Eichstätt-Ingolstadt
 Sprach- und Literaturwissenschaftliche Fakultät
 Ostenstr. 26
 DE-85072 Eichstätt
 joachim.grzega@ku.de*

Carolin Schlosser

“Flüchtling” und “Migrant” – europäische Denotationen und Konnotationen*

Abstract

The contribution examines the terms for “refugee”, the word-type “migrant” and combinations with them in the headlines of European newspapers (France: Le Figaro, Le Monde; Germany: Die Welt, Frankfurter Rundschau; Great Britain: The Daily Mail, The Guardian; Poland: Gazeta wyborcza, Gazeta Prawna; Spain: El Mundo, El País). It is shown how lexical gaps, or lexical disparities, can lead to the negative connotation of such politically central terms.

Sommaire

Cet article examine les titres des journaux européens (France: Le Figaro, Le Monde; Allemagne: Die Welt, Frankfurter Rundschau; Grande-Bretagne: The Daily Mail, The Guardian; Pologne: Gazeta wyborcza, Gazeta prawna; Espagne: El Mundo, El País) en ce qui concerne l’usage des mots pour «réfugié», le type lexical «migrant» et des combinaisons avec ces mots. Il est illustré comme des lacunes lexicales, ou bien disparités lexicales, peuvent mener à des connotations négatives.

Zusammenfassung

Dieser Beitrag untersucht die Verwendung der Ausdrücke für “Flüchtling“, der Worttyp “Migrant“ und Kombinationen mit diesen in den Überschriften europäischer Zeitungen (Frankreich: Le Figaro, Le Monde; Deutschland: Die Welt, Frankfurter Rundschau; Großbritannien: The Daily Mail, The Guardian; Polen: Gazeta wyborcza, Gazeta prawna; Spanien: El Mundo, El País). Es wird gezeigt, wie Wortlücken bzw. Wortdisparitäten, zu negativen Konnotationen führen können.

1. Vorbemerkungen und Methodik

Manipulation spielt in den verschiedensten Bereichen eine kleinere oder auch größere Rolle. Sie ist Teilaspekt der Medienwirkungsforschung, welche noch weitere Teilbereiche umfasst. Um in das Thema der „Manipulation“ einzusteigen bietet das Werk *Manipulation durch Sprache* (1977) von Rupert Lay einen guten Einblick. Es werden nicht nur die Manipulation, und damit eng zusammenhängend die Motivation diskutiert, sondern auch vor allem ein Einblick in die politische und soziale Manipulation, sowie Manipulation durch die Gruppe gegeben. Zur manipulativen Kraft von Sprache in Massenmedien wurde das Buch *Manufacturing Consent* von Edward Herman und Noam Chomsky (1. Auflage 1988). In Deutschland hat sich in den letzten Jahren unter anderem Albrecht Müller befasst, etwa in seinem Buch *Meinungsmache* von 2009. In diesem Beitrag soll es darum gehen, wie die Begriffe für “Flüchtling” und der Worttyp “Migrant” in Zeitungsüberschriften verwendet werden und ob sich daraus ein gewisser nicht-neutraler, manipulativer Gebrauch ableiten lässt. Die ausgewählten Zeitungen berücksichtigen Länder aus allen Himmelsrichtungen Europas, wie dies etwa von Grzegza (2013) gefordert wird. Pro Land wurden je eine eher rechts-konservative und eine eher links-progressive Zeitung gewählt. Diese sind:

* Diese Studie entstand im Rahmen eines Projektseminars. Für eine Reihe von Verbesserungsvorschlägen danke ich Joachim Grzegza.

- Spanien: El Mundo, El País
- Frankreich: Le Figaro, Le Monde
- Deutschland: Die Welt, Frankfurter Rundschau
- Polen: Gazeta wyborcza, Gazeta prawna
- Großbritannien: The Daily Mail, The Guardian

Die ausgewählten Zeiträume sind der 1. August bis 31. Dezember 2014 und der 1. August bis 31. Dezember 2015 und decken somit den Zeitraum vor dem Anstieg der Flüchtlingszahlen in Europa ab sowie den Zeitraum nach dem großen Anstieg.

2. Analyse

Die Genfer Flüchtlingskonvention hat im Jahr 1951 eine Definition für *Flüchtling* festgesetzt.¹ Demnach ist derjenige ein Flüchtling, welcher sich aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen seiner Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit er/sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will; die UN-Flüchtlingskommission (UNHCR) deutet diese Definition weit in dem Sinne, dass auch Menschen darunter zu verstehen sind, die vor Kriegsgeschehen fliehen oder die Verfolgung durch nichtstaatliche Akteure wie Milizen oder Rebellen fürchten². Diese erweiterte Verwendung findet sich auch in den analysierten Zeitungsüberschriften.

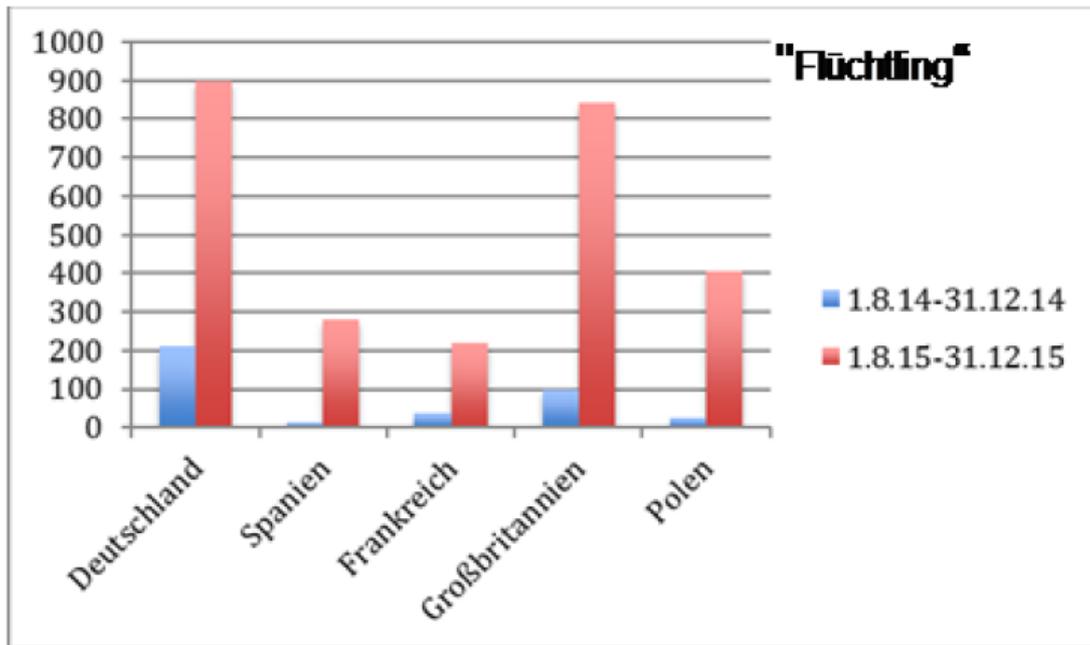
Ein Problem ist die Definition des Worttyps *Migrant*: diese variiert in den untersuchten Sprachen. Die deutsche Definition von *Migrant* etwa ist, dass dieser das Land, dessen Staatsangehörigkeit er besitzt verlässt und ganz aus innerem Antrieb nach Möglichkeiten sucht, seinen wirtschaftlichen Status zu verbessern.³

In einem ersten Durchlauf wird nach dem Begriff "Flüchtling" in der jeweiligen Sprache der Zeitungen gesucht. Die Anzahl der Treffer in den Zeitungsüberschriften sind in dem folgenden Säulendiagramm dargestellt:

¹ Vgl. <http://www.unhcr.de/mandat/genfer-fluechtlingskonvention.html>

² Vgl. <http://www.unhcr.de/questions-und-answers/fluechtling.html>

³ Vgl. <http://www.unhcr.de/mandat/fluechtlinge.html>

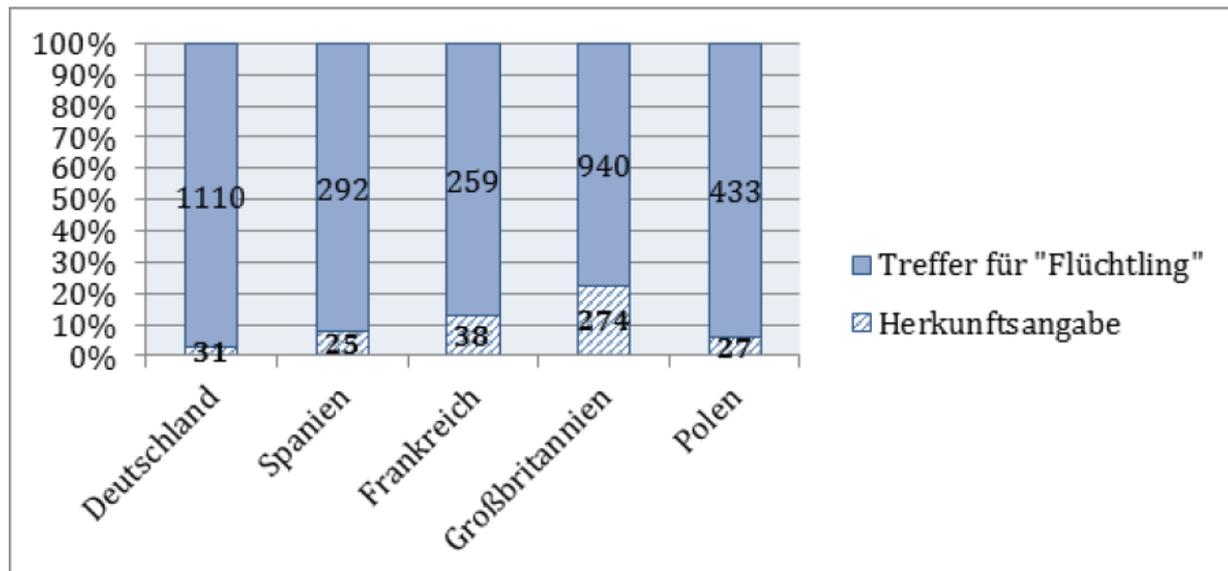


Grafik 1

Im ersten Zeitraum gibt es für den gesuchten Begriff in den beiden deutschen Zeitungen insgesamt 211 Treffer. Der Zeitraum im darauffolgenden Jahr weist mit insgesamt 899 Treffern einen deutlichen Anstieg der Verwendung des Begriffs "Flüchtling" in den Zeitungsüberschriften auf. Diese Entwicklung ist auch in den anderen Zeitungsüberschriften erkennbar. So steigt die Trefferanzahl in Spanien von 13 auf 279 an, ebenso steigt die Zahl bei Frankreich von 39 auf 220 und in Polen zeigt sich ein Anstieg von 27 auf 406 Treffern. In Großbritannien ist mit 841 Treffern im zweiten Zeitraum auch ein deutlicher Anstieg zu den 99 Treffern des ersten zu erkennen. Anhand dieses Diagramms wird ersichtlich, dass bei allen fünf Ländern ein Anstieg der Trefferanzahl vom Zeitraum in 2014 auf 2015 zu verzeichnen ist. Das bedeutet, dass der Begriff "Flüchtling" in der jeweiligen Landessprache in den Überschriften der ausgewählten Zeitungen im zweiten Zeitraum öfter verwendet wurde als im ersten Zeitraum. Da Polen keine Flüchtlinge aufnimmt, kann nicht der Anstieg der Flüchtlingszahlen im Land selbst als Ursache gesehen werden, sondern das Thema an sich und vielleicht die bei manchen damit verbundene Emotionalität oder gar Angst, dass Flüchtlinge im eigenen Land zu einem größeren Problem werden könnten. Allein mit der häufigen Nennung kann ein Thema emotional, bis hin zur Angstmache aufgeladen werden (vgl. dazu etwa Müller 2009: 127ff.).

Im nächsten Schritt werden die Begriffe "Flüchtling" und "Migrant" gegenübergestellt. Die Belege in den Zeitungsüberschriften ergeben, dass in Frankreich *Migrant* als Oberbegriff zu *Flüchtling* verwendet wird. Jeder "Flüchtling" ist somit "Migrant". Das gleiche Prinzip gilt auch für Polen. In den übrigen Ländern wird "Migrant" für einen längerfristigen Zuwanderer verwendet, der kein "Flüchtling" ist. Im Polnischen und Französischen gibt es dagegen kein eigenes Wort oder keine eigene Wortkombination für einen "Zuwanderer, der kein Flüchtling gemäß UNHCR ist". Die Gefahr bei einer fehlenden Differenzierung im Wortschatz ist, dass auch im Denken alle in einen Topf geworfen werden. Dies ist eine Herausforderung für die politische Diskussion, gerade wenn nun Menschen aus unterschiedlichen Ländern über Personen diskutieren, die sie mit dem Worttyp *Migrant* bezeichnen. Die Sprache manipuliert die Art und Weise, wie Menschen von unterschiedlichen Sprachenkreisen über ein bestimmtes Thema, bzw. über eine bestimmte Bezeichnung, in diesem Fall *Migrant*, denken und diskutieren.

Je mehr Untertypen es gibt, desto eher ist die Voraussetzung für die differenzierte Betrachtungsweise gegeben. Wenn es dafür keine eigenen Wörter gibt, kann dies auch durch Wortkombinationen erfolgen. Das gilt auch für die Nennung der Herkunft, mit der etwa erkennbar werden könnte, ob jemand wahrscheinlich vor dem Tod durch Kriegswaffen oder dem Tod durch Hunger geflohen ist. Im folgenden Säulendiagramm sind die Trefferanzahl für "Flüchtling" in beiden Zeiträumen zusammengefasst und die Anzahl der Herkunftsangaben in dem schraffierten Bereich gekennzeichnet.



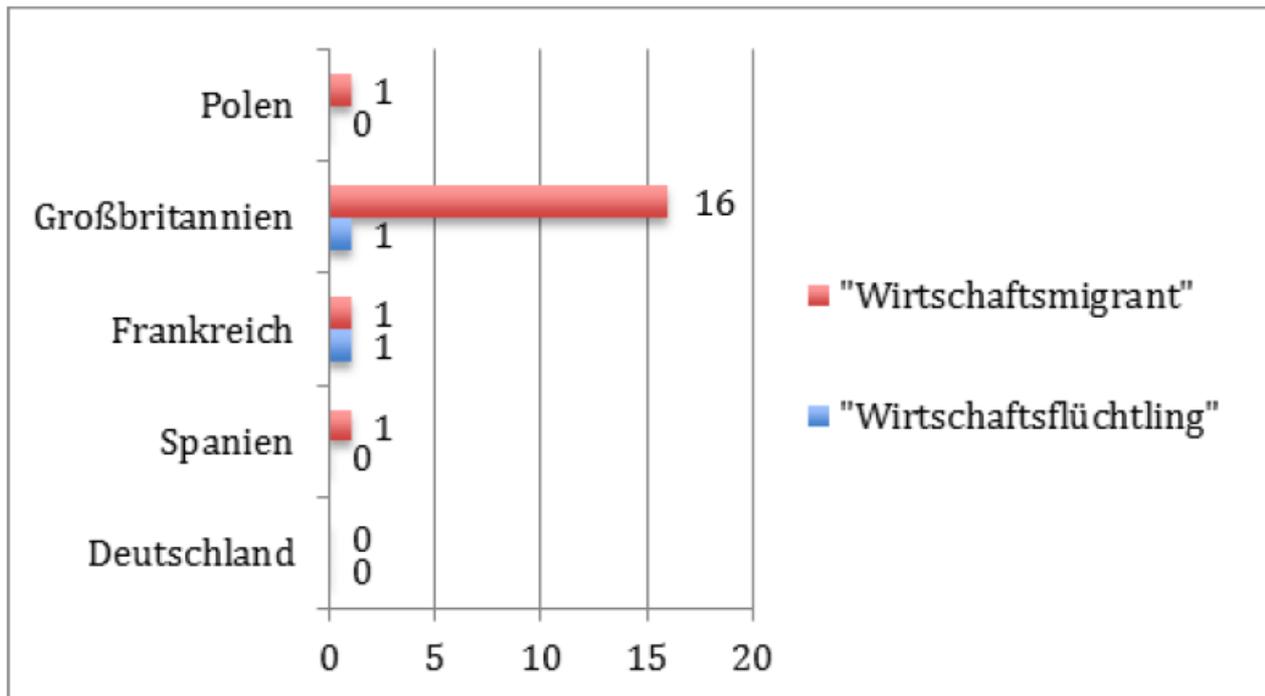
Grafik 2

Für Deutschland sind von den insgesamt 1.110 Treffern nur ca. 3% mit Herkunftsangabe, was 31 Treffern entspricht. Bei Spanien sind 25 Treffer, also ca. 8,5% mit Herkunftsangabe, von insgesamt 292 Treffern. 38 Treffer in Frankreich machen ca. 15% der 259 Ergebnisse aus. Großbritannien liegt bei über 20% bei Treffern mit Herkunftsangaben (insgesamt 940) und Polen bei knappen 6%, was 27 Treffern entspricht (insgesamt 433). Im Vergleich dazu zeigt eine weitere Analyse, dass bei der übergeordneten Bezeichnung "Migrant" in Polen von 273 Treffern 3 Belege mit Herkunftsangabe sind und in Frankreich 9 Belege von insgesamt 332 Treffern. Es findet also auch dort keine genauere Differenzierung statt, wo "Migrant" ohnehin schon vage ist. In den Ländern, wo "Migrant" eine Kontrastbezeichnung ist, sieht die Situation wie folgt aus. In Deutschland (insgesamt 3 Treffer) und Spanien (insgesamt 29 Treffer) erhält gar kein Beleg einen Herkunftszusatz. Nur in Großbritannien gibt es 101 Herkunftsangaben bei insgesamt 733 Ergebnissen.

Die meisten Herkunftsangaben – egal ob bei "Flüchtling" oder "Migrant" betreffen – Syrien, Irak, Iran, Afghanistan, Ukraine und Afrika. Ein transnationaler statt nationaler Begriff ist bei den anderen Weltregionen nicht vorhanden; nur Afrika ist bei den untersuchten Zeitungsüberschriften häufiger als die Nennung einzelner afrikanischer Länder. Es fällt ferner auf, dass also nicht auch beispielsweise "französische Migranten in Deutschland" oder "spanische Migranten in Frankreich" erwähnt werden. Durch diese Art des Gebrauchs ist zu vermuten, dass *Migrant* ein immer mehr negativ konnotiertes Wort zu werden droht.

Eine andere Bezeichnung, die zumindest in Deutschland schon seit einiger Zeit bekannt ist, scheint ebenfalls diese Entwicklung zu durchlaufen. Der Ausdruckstyp "Wirtschaftsflüchtling" wird kaum

als positiv begriffen; dabei soll eher ausgedrückt werden, dass es sich um keinen “richtigen Flüchtling” handelt. Dazu trägt die vage Bildungsweise bei. Man weiß im Gegensatz etwa zu einem Ausdruck “Kriegsflüchtling” nicht, ob “Wirtschaft” Ursache oder Zweck ausdrücken soll; zudem ist “Wirtschaft” ein sehr dehnbarer Begriff. Klarer wäre ein Begriff “Armutflüchtling” oder “Hungerflüchtling”. Die Bezeichnung “Wirtschaftsflüchtling” ist in Deutschland schon länger bekannt (vgl. Stötzel/Wengeler 1995: 738) und man könnte nun vermuten, dass “Wirtschaftsflüchtling“ in den Zeitungsüberschriften ebenfalls verwendet wird. Das folgende Diagramm zeigt jedoch deutlich, dass dies nicht der Fall ist:



Grafik 3

Es werden alle Treffer aus beiden Zeiträumen zusammen gezählt, dabei wird deutlich, dass die Anzahl an Treffern in den Überschriften gering ist. In den deutschen Zeitungsüberschriften gibt es keinen Treffer, in Polen, Spanien und Frankreich jeweils einen. Großbritannien hat bei “Wirtschaftsmigrant” 16 Treffer. Dagegen hat “Wirtschaftsflüchtling“ nur je einen Treffer in Großbritannien und Frankreich. Bei einer erweiterten Grobsuche kommt heraus, dass der Begriff in den Überschriften zwar selten oder nie zu finden ist, in den britischen und polnischen Artikeln aber zumindest ab und an, in den französischen Artikeln etwas häufiger und recht häufig in den deutschen Artikeln. Sehr viel seltener ist in den deutschen Artikeln dagegen “Armutflüchtling”; in den anderen Artikeln ist der Begriff nahezu oder völlig absent. “Hungerflüchtling” ist überall nahezu oder völlig absent.

Auch wenn die Trefferquote in den Überschriften der untersuchten Zeitungen sehr gering ist, soll im Folgenden trotzdem kurz auf den Begriff “Wirtschaftsflüchtling“ eingegangen werden. Die Genfer Flüchtlingskonvention und die UNHCR-Sicht haben eine Definition von *Flüchtling* festgelegt, die nicht alle Gründe für Flucht abdeckt. Jemand, der aufgrund seiner schlechten wirtschaftlichen Lage in ein anderes Land möchte, um dort ein besseres Leben führen zu können, etwa weil ihm sonst der Hungertod droht, fiel nicht darunter. Eine eigene Bezeichnung fehlt, sodass die lexikalische Lücke mit der Zusammensetzung “Wirtschaftsflüchtling” oder “Wirtschaftsmigrant” gefüllt wird. Im politischen Diskurs wird es problematisch, weil der Hungertod als Fluchtgrund als solcher nicht mehr empathisch nachvollzogen wird. Das kann geschehen, weil “Wirtschaft” mit einem negativ

konnotierten “Migrant” verknüpft wird oder wie zur Bezeichnung einer Abart eines Begriffs “Flüchtling” verwendet wird. Wieder einmal würde dadurch manipuliert werden.

3. Schlussbemerkungen

Abschließend kann gesagt werden, dass ein unterschiedlicher Wortschatzaufbau, Wortschatzlücken und bestimmte Wortkombinationen eine Basis für unklare und manipulationsanfällige Darstellungen sein können. Aufgrund einer fehlenden oder unzureichenden Differenzierung bestimmter Begriffe, kann es darüber hinaus zu Verständnisschwierigkeiten zwischen Personen aus verschiedenen Ländern kommen – was gerade im internationalen politischen Austausch zu berücksichtigen ist.

Carolin Schlosser
 Nelkenweg 26
 DE-85283 Wolnzach
carolin_schlosser@freenet.de

1. Literaturverzeichnis

Printquellen

- Grzega, Joachim (2013), *Studies in Europragmatics: Some Theoretical Foundations and Practical Implications*, Wiesbaden: Harrassowitz.
- Herman, Edward S. / Chomsky, Noam (1988), *Manufacturing Consent: The Political Economy of the Mass Media*, New York: Pantheon.
- Lay, Rupert (1977), *Manipulation durch Sprache*, München: Wirtschaftsverlag Langen-Müller/Herbig.
- Müller, Albrecht (2009), *Meinungsmache: Wie Wirtschaft, Politik und Medien und das Denken abgewöhnen wollen*, München: Droemer.
- Stötzel, Georg / Wengeler, Martin (1995), *Kontroverse Begriffe: Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin etc.: Walter de Gruyter.

Internetquellen

- UNHCR – The UN Refugee Agency (2016): *Genfer Flüchtlingskonvention*.
<http://www.unhcr.de/mandat/genfer-fluechtlingskonvention.html>
 zuletzt aufgerufen am 27.05.2016
- UNHCR – The UN Refugee Agency (2016): *Flüchtling*.
<http://www.unhcr.de/questions-und-answers/fluechtling.html>
 zuletzt aufgerufen am 27.05.2016
- UNHCR – The UN Refugee Agency (2016): *Flüchtlinge*.
<http://www.unhcr.de/mandat/fluechtlinge.html>
 zuletzt aufgerufen am 27.05.2016

Anne Würth

Manipulation bei Bezeichnungen von Regierungschefs in europäischen Zeitungsüberschriften?*

Abstract

This paper analyses the designations of Assad, Cameron, Merkel, Obama and Putin in the headlines of one year of newspapers from five countries. The pattern “last name” is indeed the most frequent one. Where additional labels are used, this may be to avoid misreadings, but also to trigger positive or, less frequently, negative associations.

Sommaire

Cet article analyse les désignations d’Assad, Cameron, Merkel, Obama et Poutine dans les gros titres d’une année de journaux de cinq pays. Le modèle “ nom de famille ” est le plus fréquent. Lorsqu’il y a des attributs supplémentaires, cela peut être pour éviter méprises, mais aussi pour évoquer des associations positives ou, moins fréquemment, négatives.

Zusammenfassung

Dieser Beitrag analysiert die Bezeichnungen von Assad, Cameron, Merkel, Obama und Putin in den Artikelüberschriften eines Jahres in Zeitungen aus fünf Ländern. Das häufigste Muster ist der Nachname. Wo zusätzliche Attribute zu finden sind, stehen diese möglicherweise, um Verwechslungen zu vermeiden, aber auch um positive oder, seltener, negative Assoziationen auszulösen.

1. Vorbemerkungen

Die Medienforschung ist ein weites Forschungsfeld, in dem die Medienwirkungsforschung und die Manipulation in den Medien Teilaspekte bilden. Zwar gibt es dabei auch Arbeiten, die speziell den Bereich der Schlagzeilen untersuchen; größere sprachkontrastive Arbeiten scheinen jedoch bislang zu fehlen. Diese Arbeit möchte dabei einen kleinen Beitrag zur sprachvergleichenden Analyse von Zeitungsüberschriften leisten.

2. Fragestellung und Methodik

Die vorliegende Untersuchung behandelt die Frage, wie Regierungschefs in europäischen Zeitungsüberschriften benannt werden. Zunächst werden Zeitungen ausgewählt. Dabei sind Länder aus verschiedenen Regionen Europas vertreten, außerdem aus jedem Land jeweils eine eher konservativ/rechts und eine eher links/liberal ausgerichtete Zeitung. Diese Vorgehensweise soll auch eine Subjektivität einer politischen Richtung vermeiden. Bei den verwendeten Zeitungen handelt es sich um folgende:

* Der Beitrag ist im Rahmen eines Projektseminars entstanden. Für die Verbesserungshinweise zu einer Vorversion danke ich Joachim Grzegza.

- Großbritannien: The Daily Mail, The Guardian
- Frankreich: Le Monde, Le Figaro
- Spanien: El Mundo, El País
- Deutschland: Die Welt, Frankfurter Rundschau
- Polen: Gazeta wyborcza, Gazeta prawna.

Die ausgewählten Regierungschefs sind der syrische Präsident Bachar al-Assad, der britische Premierminister David Cameron, die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel, der US-amerikanische Präsident Barack Obama, der russische Präsident Wladimir Putin und der griechische Premierminister Alexis Tsipras. Zeitraum der Untersuchung ist das Jahr 2015. Daraufhin werden alle Zeitungsvorschriften nach Regierungschefs durchsucht und die Benennung dieser notiert. Da Zeitungüberschriften kurz und prägnant den Inhalt des nachfolgenden Artikels wiedergeben sollen, ist zunächst die Annahme, dass allein der Nachname des Regierungschefs ausreichen müsste. Dies ist zu überprüfen. Desweiteren gilt es, die Frage zu beantworten, ob es möglicherweise nationale Unterschiede oder auch europäische Gemeinsamkeiten gibt. Desweiteren werden die einzelnen Personen gesondert betrachtet und deren Bezeichnungen in den länderspezifischen Kontext gebettet, d.h. mit den Länderstrategien abgeglichen. Um die Ergebnisse besser zu veranschaulichen, werden im Text und den Diagrammen Prozentzahlen angegeben. Im Anhang sind jedoch alle tatsächlichen Mengen und Trefferzahlen beigefügt und nachlesbar. Die Zahlen der Untersuchung werden mithilfe des Chi-Quadrat-Tests zur Feststellung statistischer Relevanz geprüft.

3. Ergebnisse

Bei den Zeitungüberschriften zeigen sich die folgenden verschiedenen Bezeichnungsmuster für die Regierungschefs:

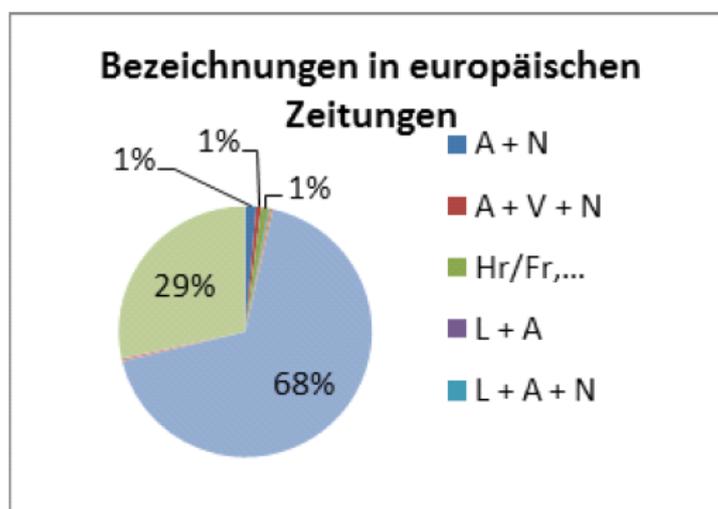
- Amt + Nachname (A+N), z.B. *Kanzlerin Merkel*
- Amt, Vorname und Nachname (A+V+N), z.B. *Kanzlerin Angela Merkel*
- Herr/Frau + Nachname (Hr/Fr), z.B. *Frau Merkel*
- Land + Amt (L+A), z.B. *deutsche Kanzlerin*
- Land + Amt + Nachname (L+A+N), z.B. *deutsche Kanzlerin Merkel*
- Land + Amt + Vorname + Nachname (L+A+V+N), z.B. *deutsche Kanzlerin Angela Merkel*
- Nachname (N), z.B. *Merkel*
- Vorname + Nachname (V+N), z.B. *Angela Merkel*
- Sonstiges (S), z.B. *Mutti Merkel*

Diese Bezeichnungen kommen mit unterschiedlicher Häufigkeit vor. Auch die Häufigkeit kann ein Indiz für Manipulation sein.

3.1. Länderstrategien

Die genannten Strategien zeigen nationale Unterschiede in der Bezeichnung von Regierungschefs in den einzelnen Ländern. So kann gezielt ein Land betrachtet werden. Zwar ist auch eine europäische Gemeinsamkeit erkennbar, nämlich die, dass der Nachname dominiert, was eben auf die notwendige Kürze der Überschriften zurück zu führen ist – dies gilt insbesondere für Spanien (94% der Fälle) und Polen (92%). Bei der vergleichenden Betrachtung fällt aber auf, dass in britischen Zeitungüberschriften im Vergleich zu den anderen Ländern sehr viel häufiger noch zusätzlich der Vorname genannt wird ($\chi^2=296,521$; $df=8$; $p<0,0001$). So wird in 41% der britischen Zeitungüberschriften das Muster “Vorname + Nachname” verwendet. Im Vergleich zu spanischen

(5%), polnischen (7%), deutschen (13%) und französischen (29%) ist die Prominenz in den britischen Zeitungen also deutlich größer. In deutschen Zeitungsüberschriften ist die höhere Vielfalt auffällig, das heißt, die Bezeichnungen wechselten häufiger ($\chi^2=230,725$; $df=8$; $p<0,0001$).



Grafik 1

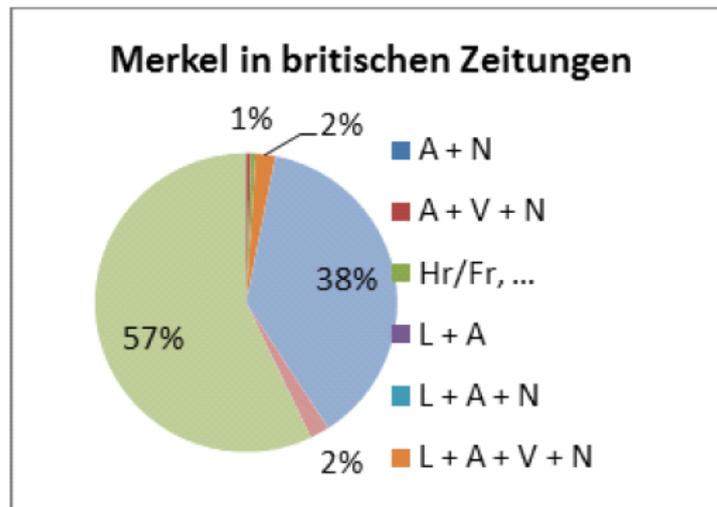
3.2. Politiker

Beim allgemeinen gesamteuropäischen Überblick ist auffällig, dass Putin im Vergleich mit den anderen Politikern am seltensten mit Vornamen genannt wird ($\chi^2=115,788$; $df=8$; $p<0,0001$). So werden in der Gesamtschau in 29% Prozent der Überschriften Regierungschefs mit Vornamen genannt, Putin jedoch nur in 15% der Zeitungsüberschriften. Das Bild relativiert sich aber beim Ländervergleich; dort wird letztlich Putin nicht auffällig weniger mit dem Vornamen genannt als andere. In allen Zeitungsüberschriften wird andererseits Cameron sehr viel mit Vornamen genannt (Gesamtschau: 49% ($\chi^2=439,974$; $df=8$; $p<0,0001$)). Die Nennung des Vornamens könnte generell auf mehr Nähe zur Person schließen, ein Vorname klingt familiär. Im Fall von Cameron ist jedoch auch eine andere Erklärung möglich. Der Name des britischen Premierministers ähnelt im Französischen und Englischem nämlich dem Namen des Landes Kamerun (vgl. *Cameroon* [engl.] und *Cameroun* [franz.]). Um eine optische Verwechslung zu vermeiden, die beim Überfliegen der kurzen Überschriften durchaus geschehen kann, nützt daher zusätzlich der Vorname oder auch das Amt des Mannes.

Der syrische Präsident Baschar al-Assad wird in der Gesamtschau oft (20%) und im Ländervergleich vor allem in Polen und Spanien noch zusätzlich mit dem Vornamen genannt ($\chi^2=64,621$; $df=7$; $p<0,0001$), in Großbritannien relativ häufig auch noch zusätzlich mit dem Amtstitel. Grund kann sein, dass die Präsidentschaft seines Vaters Hafiz al-Assad eine Unterscheidung zwischen Vater und Sohn notwendig macht. Andererseits ist erstaunlich, dass Assad in Deutschland extrem selten mit Vornamen genannt wird. Soll dies Distanz vermitteln?

Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel wird in mehr als der Hälfte der britischen Zeitungsüberschriften mit Vornamen benannt ($\chi^2=136,756$; $df=6$; $p<0,0001$). Diese 57% sind auch für die britische Länderstrategie, die ja im Vergleich öfter den Vornamen nennt, viel. Möglicherweise, um zu betonen, dass sie eine Frau ist. Jedoch ist eine überdurchschnittliche Nennung von Merkels Vorname nicht in den anderen europäischen Zeitungsüberschriften zu beobachten. Daher erscheint eine andere Erklärung plausibler. Denn ihr Vorname *Angela* klingt

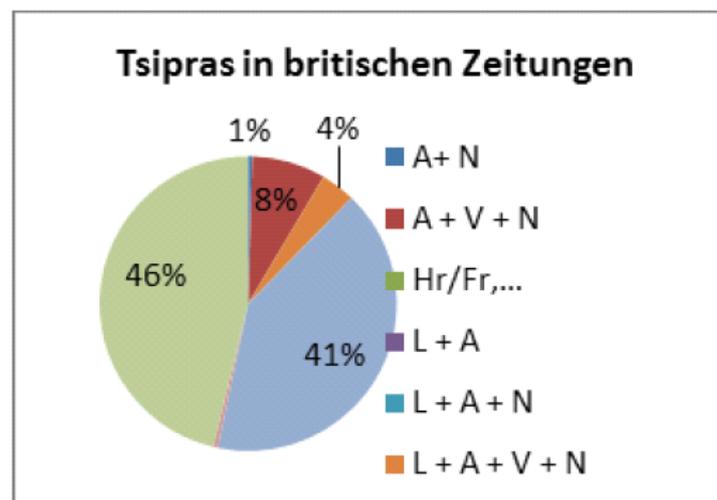
englisch ausgesprochen, nach *angel*, dem englischen Wort für “Engel”. Die deutsche Kanzlerin verfolgt die gleiche marktradikale Politik wie die Briten und versucht, ihnen Sonderregelungen zuzugestehen (Internetquelle 1). In Griechenland dagegen verhandelte sie hart um Bedingungen, an die EU-Hilfen geknüpft sind, obwohl die Griechen die Verträge erfüllen wollen (Internetquelle 2). Bei dem Vergleich von Merkels Vorgehen in diesen beiden Ländern zeigt sich eine Bevorzugung der Briten. Für diese kann sie somit durchaus wie ein Engel wirken. Auch in den französischen Überschriften wird Merkel gern mit ihrem ans französische *ange* ‘Engel’ klingenden Vornamen genannt.



Grafik 2

Beim US-amerikanischen Präsident Barack Obama gibt es im Vergleich zwischen Länderprofil der Person und dem Durchschnittsländerprofil keine Auffälligkeiten. Einzig in den britischen Zeitungüberschriften wird er weniger oft (20%) mit Vornamen genannt ($\chi^2=27,953$; $df=6$; $p<0,0001$).

Der griechische Premierminister Alexis Tsipras wird ebenso wie Assad in britischen Zeitungüberschriften oft sehr ausführlich mit Amt, Vorname und Nachname genannt ($\chi^2=110,465$; $df=7$; $p<0,0001$). Gemessen an den sonstigen britischen Strategien sind diese 8% herausragend. Grund dafür ist, dass der griechische Premierminister in Großbritannien möglicherweise noch keine große Bekanntheit genoss.



Grafik 3

4. Fazit

Es lässt sich abschließend zusammenfassen, dass sich die Vermutung, der Nachname werde am häufigsten benutzt, bestätigt. In allen ausgewählten europäischen Zeitungsüberschriften ist diese Vorgehensweise üblich. Die Nennung des Vornamens stellt eine Nähe her und auch eine „Herabholung“ vom hohen Thron, was die Politiker weniger distanziert erscheinen lässt und die Hierarchie verflacht. Dieser europäischen Gemeinsamkeit stehen Länderstrategien gegenüber, wie z.B. die britische Strategie der häufigeren Benutzung des Vornamens.

Die Nennung mit Amt oder Land ist eher selten, wohl da sie in der kurzen Überschrift zu viel Platz einnehmen. In den seltenen Fällen, in denen das Amt oder das Land genannt werden, steht meist auch die Herkunft bzw. die Funktion im Vordergrund. Ersteres beispielsweise zur Unterscheidung, wenn sich die beiden Regierungschefs zweier Länder treffen. Letzteres, wenn es um die Funktion als Regierungschef geht, also z. B. um die Mehrheit im Parlament oder um Merkel als weibliche Regierungschefin im Zusammenhang mit Frauenrechten. Unter die Bezeichnung „Sonstiges“ fallen außergewöhnliche Bezeichnungen, die in keine der vorher genannten Begriffskategorien passen. Beispiele sind „King Cameron“, „Mama Merkel“ und „Putin, der Lümmel“. Diese sonstigen Benennungen sind zwar insgesamt sehr selten, bleiben aber eher im Gedächtnis haften und urteilen oft sehr eindeutig. Dabei fällt eine negative Bewertung Putins auf, der mit Bezeichnungen wie „Evil Putin“ oder „Lehrling der Diktatoren“ unsympathisch dargestellt wird.

Die Untersuchung der Zeitungsüberschriften zeigt also definitiv, dass – wenngleich selten – mithilfe der Benennung von Regierungschefs beeinflussend gearbeitet wird. Je nach Bezeichnung kann ein positives oder negatives Bild des Politikers geschaffen werden, außerdem Nähe oder Distanz ausgedrückt werden.

Anne Würth
 Gundekarstr. 20/118
 85072 Eichstätt
anne.wuerth@ku.de

Literaturangaben

Internetquelle 1 =

<http://www.zeit.de/politik/2016-02/angela-merkel-david-cameron-brexit> (28.05.2016).

Internetquelle 2 =

<http://www.welt.de/politik/deutschland/article145159949/Unabhaengigkeit-bedeutet-Merkel-alles.html>
 (28.05.2016).

| | Welt | FR | Monde | Figaro | Mundo | Pais | Daily Mail | Guardian | Prawna | Wyborcza | Gesamt |
|-------------------|------|----|-------|--------|-------|------|------------|----------|--------|----------|-------------|
| L+A | | | | 1 | 1 | | | | 1 | | 3 |
| L+A+N | 3 | | | 1 | | | | | | | 4 |
| L+A+V+N | 2 | | | 1 | | | | | | | 3 |
| N | 56 | 26 | 9 | 86 | 63 | 196 | 37 | 539 | 82 | 13 | 1107 |
| S | | | | | | | | | | | 0 |
| V+N | 12 | 2 | 5 | 28 | 3 | 3 | | 152 | 7 | 2 | 214 |
| PUTIN | | | | | | | | | | | |
| Gesamt | 120 | 40 | 83 | 107 | 36 | 73 | 71 | 291 | 244 | 20 | 1085 |
| A+N | 4 | | | 1 | | | | 1 | | | 6 |
| A+V+N | 2 | | | | | | | | | | 2 |
| Hr/Fr, ... | 1 | | 8 | | | | 1 | | | | 10 |
| L+A | | | | | | | | 2 | | | 2 |
| L+A+N | 5 | | | | | | | | | | 5 |
| L+A+V+N | | | | | | | | | | | 0 |
| N | 91 | 40 | 57 | 83 | 32 | 73 | 68 | 189 | 238 | 17 | 888 |
| S | 2 | | 1 | 1 | | | 2 | | | | 6 |
| V+N | 15 | | 17 | 22 | 4 | | | 99 | 6 | 3 | 166 |
| TSIPRAS | | | | | | | | | | | |
| Gesamt | 136 | 33 | 98 | 122 | 101 | 150 | 1 | 211 | 45 | 5 | 902 |
| A+N | 6 | | | 1 | | | | 1 | 1 | 2 | 11 |
| A+V+N | 1 | | | | | | | 17 | 1 | | 19 |
| Hr/Fr, ... | 1 | | 6 | 1 | | | | | | | 8 |
| L+A | | | | | | | | | | | 0 |
| L+A+N | 3 | | | | | | | | | | 3 |
| L+A+V+N | 3 | | | | | | | 8 | | | 11 |
| N | 96 | 33 | 43 | 71 | 93 | 146 | 1 | 86 | 39 | 2 | 610 |
| S | | | | 1 | 3 | | | 1 | | | 5 |
| V+N | 26 | | 49 | 48 | 5 | 4 | | 98 | 4 | 1 | 235 |

Joachim Grzega

Alternative European Values in European Headlines: Competitiveness, Privatization, Solidarity, Socialization, Welfare State

Abstract

For 8 countries (the UK, the Netherlands, Germany, Austria, France, Spain, Italy, Poland) the headlines of 2 nation-wide newspapers are analyzed. Original European values are confronted with other values. One question is how prominent the macroeconomic, or nation-related, use of the originally microeconomic notion of “competitiveness” was from 2006 to 2015. In sum, the macroeconomic use of “competitiveness” in relation to the total occurrences of “competitiveness” seems small on the European level. But noteworthy exceptions are the three Mediterranean/Romantic countries, where in some years the nation-related uses make more than over 50%. However, it is also typical that in no country does “solidarity” play a bigger role than “competitiveness”. Another question is how words for “privatization” were connoted from mid-2015 to mid-2016. The result is that uses of “privatization” in positive contexts are comparatively rare except for France and Italy. In contrast, “socialization” is comparatively rare with negative contexts. Finally, the connotation of “welfare state” is checked for 2010 to 2015. The result is that only in most countries “welfare state” is mostly used with neutral connotation.

Sommaire

Pour 8 états (la Grande-Bretagne, les Pays Bas, l'Allemagne, l'Autriche, la France, l'Espagne, l'Italie, la Pologne) les titres de 2 journaux nationaux sont analysés. De valeurs originales de l'Europe sont confrontées avec d'autres valeurs. Une recherche est la prépondérance de “compétitivité”, à l'origine microéconomique, dans le sens macroéconomique ou bien national de 2006 à 2015: les occurrences macroéconomiques de “compétitivité” en relation avec tous les occurrences de “compétitivité” sont faibles sur le plan européen. Mais il y a des exceptions notables dans les pays méditerranéens/romans où il y a des ans dans lesquels le sens national est présent dans plus de 50% des cas. Cependant, il est aussi typique qu'il n'y a pas de pays où “solidarité” joue un rôle plus grand que “compétitivité”. Un autre sujet est la connotation des mots pour “privatisation” de mi-2015 à mi-2016: l'usage de “privatisation” avec les contextes positifs est relativement rare. En revanche, “socialisation” est rare avec des contextes négatifs. Finalement, la connotation d’“état-providence” est analysé pour 2010 jusqu'à 2015: dans la plupart des pays, “état-providence” est plus fréquemment utilisé avec des contextes négatifs.

Zusammenfassung

Für 8 Staaten (Großbritannien, Niederlande, Deutschland, Österreich, Frankreich, Spanien, Italien, Polen) werden die Überschriften von 2 landesweiten Zeitungen analysiert. Ursprüngliche europäische Werte werden mit anderen Werten verglichen. Eine Frage ist, wie prominent die volkswirtschaftliche Verwendung des ursprünglich betriebswirtschaftlichen Begriffs “Wettbewerbsfähigkeit” von 2006 bis 2015 war: in europäischer Hinsicht war die volkswirtschaftliche Verwendung mit Blick auf die Gesamtzahl der Treffer relativ gering. Aber die mediterranen/romanischen Länder bilden eine herausragende Ausnahme, da es dort Jahre gibt, in denen die volkswirtschaftliche Verwendung über 50% der Fälle ausmacht. Jedoch ist auch typisch, dass in keinem Land “Solidarität” häufiger vorkommt als “Wettbewerbsfähigkeit”. Ein anderes Thema ist die Konnotation von Wörtern für “Privatisierung” von Mitte 2015 bis Mitte 2016: die Verwendung von “Privatisierung” mit positiven Kontexten ist selten. Im Gegenzug ist der Gebrauch von “Sozialisierung” mit negativen Kontexten selten. Schließlich wird die Konnotation von “Wohlfahrtsstaat” für den Zeitraum 2010 bis 2015 analysiert: in der Mehrheit der Fälle wird “Wohlfahrtsstaat” mit negativen Kontexten verwendet.

1. Introductory Remarks

Within EuroLinguistics, Europragmatics is still the field that has least been investigated. One of the topics with strong societal relevance is to see whether there is common European political thinking expressed in common political rhetoric. A prominent place of political rhetoric are newspaper

headlines, which are normally scanned by all readers, even if they might skip the actual article then. Due to this position, headlines in nationally spread newspapers have an enormous manipulative power, may it be used consciously or subconsciously. Although there are some studies on the headline style of single languages or two languages, there seem to be no Eurolinguistic analyses. This mini-study contributes to filling this void.

As already mentioned on prior occasions, Eurolinguistics as the discipline that searches for common features of European languages should deal with at least a representative selection of countries. For our topic all geo-cultural zones should be respected (cf., e.g., Grzega 2013: 2ff., 27ff.). Therefore, the following countries were selected: United Kingdom (UK), the Netherlands (NL), Germany (DE), Austria (AT), France (FR), Spain (ES), Italy (IT) and Poland (PL). For each country, two quality newspapers of large, nation-wide circulation were selected, if possible one from the left-progressive spectrum, one from the right-conservative spectrum. These newspapers were:

- UK: *The Guardian*, *The Daily Telegraph*
- NL: *De Telegraaf*, *De Volkskrant*
- DE: *Frankfurter Rundschau*, *Die Welt*
- AT: *Die Presse*, *Der Standard*
- FR: *Le Figaro*, *Le Monde*
- ES: *El Mundo*, *El País*
- IT: *La stampa*, *Corriere della Sera*¹
- PL: *Gazeta Wyborcza*, *Gazeta Prawna*²

2. “Competitiveness” vs. “Solidarity”

One original goal of the European Union manifested in Article 3 (3) of the Treaty on European Union (TEU) is “solidarity among Member States”; and Article 3 (5) TEU lists “solidarity and mutual respect among peoples” as values. However, some may get the feeling that over the years the notion of competitiveness has become much more prominent, or central, than solidarity. Competitiveness is originally a notion from business administration and has been transferred to the level of nations since discussions on the Lisbon Strategy in 2000. That this transfer from microeconomics to macroeconomics is highly problematic, even illogical, often goes unnoticed: In which respect shall states become more competitive than other states? If nations are competitors, who are their customers? If competing companies strive for a better position by downsizing staff, it was the state that traditionally took care of the unemployed, but who shall adopt this traditional role of the state if the states are supposed to play the same role as businesses? Despite the problematic adaptation of business-administration notions to nations, or states, the notion of competitiveness seems to have become more and more relevant, viewing the titles of some programs of various European parliaments and administrations. In 2012, France announced its *Pacte national pour la croissance, la compétitivité et l’emploi* ‘national pact for growth, competitiveness and employment’; in 2013, the German ministry of finances published its report *Wettbewerbsfähigkeit – Schlüssel für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland und Europa* ‘competitiveness – key to growth and employment in Germany and Europe’; in 2014, the Spanish government concluded a *Plan de medidas para el crecimiento, la competitividad y la eficiencia* ‘plan of measures for growth, competitiveness and efficiency’.

¹ Of the three nationally spread quality newspapers *La repubblica*, *La stampa*, and *Corriere della sera*, none is clearly conservative, but the latter one is currently the least left-oriented.

² For *Gazeta prawna* I used their online archive; for all other newspaper the LexisNexis databank.

It is interesting that, originally, both terms were associated with “togetherness”. The designation for ‘solidarity’ seems to go back to developments in the 18th-century France, from where it spread all over Europe (cf., e.g., Bloch/Wartburg s.v. *solidaire*, DELI s.v. *solidarietà*, OED s.v. *solidarity*, Paul s.v. *Solidarität*). If we take a look at European words for ‘competitiveness’, the relationship of two dealers in the same business field seems to have changed its connotations. The strong aggressive nature seems to have replaced an earlier neutrality or notion of peaceful coexistence. In the Romanic languages (Portuguese, Spanish, French, Italian, Romanian) as well as in English, we have words going back to Neo-Lat. *competitio*, with the element *com-~con-* ‘with, together’. In French, the word *compétitivité* is first attested for 1759, probably as a loan from English (cf. Bloch/Wartburg s.v. *compétition*). Whether the notion of competitiveness was very present in other languages can be doubted, as most of them have adopted and adapted the German word *Konkurrenz* ‘competition’ (itself from Latin); here, too, the element *con-* is visible, but this is not transparent to the average speakers of the adopting languages. In German, there was first the verb *konkurrieren* ‘run together’, from which the meaning ‘compete’ developed in the second half of the 18th century; from the verb a noun *Konkurrenz* ‘competition’ was coined, which was then also used in the sense of ‘rival company’; the noun *Konkurrent* was first attested in the works of Goethe (1749-1832) (cf. DW s.v. *konkurrieren*). Other individual paths are trodden in Hungarian, Irish and Finnish.

With this, I come back to our original issue: Is the term related to “against-ness” stronger than the one for “together-ness”? We can also ask this: Has competitiveness become a goal of the EU stronger than the ones laid in the EU Treaty? Has business-thinking reached nation-thinking? How do the media shape our minds here? According to Lakoff’s findings (e.g. 2002, 2004), the more we mention something the more prominent and accepted it becomes in our thinking. Let us compare the terms for ‘competitiveness’ as a macroeconomic term to those for ‘solidarity’ in the headlines of European newspapers. In these newspapers, headlines were analyzed for the occurrences of “competitiveness” (en. *competitiveness*, nl. *concurrentiepositie/concurrentievermogen*, de. *Wettbewerbsfähigkeit*, fr. *compétitivité*, es. *competitividad*, it. *competitività*, pl. *konkurencyjność* [and its inflected forms]), and “solidarity” (en. *solidarity*, nl. *solidariteit*, de. *Solidarität*, fr. *solidarité*, es. *solidaridad*, it. *solidarietà*, pl. *solidarność* [and its inflected forms]) with reference to the characterization of nations, or states. So proper names such as *Solidarność*, the name of the Polish workers’ movement, were excluded. The period chosen is from 2006 to 2015, so ten years altogether.

The following table first lists the numbers of hits of “competitiveness” after the slash; the number before the slash indicates the macroeconomic use of “competitiveness”, i.e. with reference to the level of nations. If the total number of occurrences of “competitiveness” is less than 10, this is seen as neglectable; the boxes are left blank in these instances. In light gray are those boxes where the macroeconomic hits of “competitiveness” are from 33% to 50%; in medium gray are those boxes where the macroeconomic hits are from 50% to 66%; in dark gray are those boxes where the macroeconomic hits are over 66%.

| | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 |
|----|----------------|----------------|---------------|----------------|----------------|----------------|-----------------|-----------------|----------------|----------------|
| UK | | | | | | | | | | 9/17 (53%) |
| NL | | | | | | | | | | |
| DE | 4/13 (31%) | 5/10 (50%) | 5/10 (50%) | | | | 12/15 (80%) | 10/11 (91%) | | |
| AT | | | | | | | | | | |
| FR | 20/55 (36%) | 20/41 (50%) | 5/14 (36%) | 7/18 (39%) | 16/37 (43%) | 35/62 (56%) | 88/164 (54%) | 31/111 (28%) | 21/48 (44%) | 10/42 (24%) |
| ES | 32/59 (54%) | 11/37 (30%) | 5/39 (13%) | 16/46 (35%) | 16/34 (47%) | 27/73 (37%) | 14/38 (36%) | 17/28 (61%) | 8/14 (57%) | |
| IT | | | | 8/11 (73%) | 16/35 (46%) | 4/30 (13%) | 15/43 (35%) | 16/32 (50%) | 26/42 (62%) | 6/17 (35%) |
| PL | | | | | | | | | | |

Table 1: Microeconomic and Macroeconomic Uses of “Competitiveness”

I have already suggested elsewhere (Grzego 2013: 37ff.) that it may be useful to see a feature as typically European when it characterizes at least two thirds of the selected nations. This means that the feature should be present in 6 of the 8 nations. In this sense, we can state the following:

- It is typical for European quality newspaper headlines for the years 2006, 2007, 2008, 2011 and 2015 that the macroeconomic use of “competitiveness” in relation to the total occurrences of “competitiveness” is small.
- In general, the macroeconomic use of “competitiveness” in headlines is typically neglectable (i.e. under 10) from 2006 to 2009, 2011, 2014, and 2015.

What we can see is a certain geo-cultural split. The nation-related usage of “competitiveness” is particularly prominent in the Mediterranean countries: there are at least 10 hits in at least half of the years. In the northern semi-circle of the UK, the Netherlands and Poland, the macroeconomic use is neglectable. Among the Germanophone countries, there is a little difference. In Austria, the numbers of “competitiveness” is generally neglectable in headlines. In Germany, it is a bit more prominent. In 2012 and 2013, if the word was used, it was mostly in the macroeconomic context.

We will now compare the occurrences of “competitiveness” to those of “solidarity” on the national level (other forms of solidarity, such as those between human groups within or between countries are excluded here). The figures for “competitiveness” are presented left of the double colon, those for “solidarity” on the right side of the double colon. Underneath is another table that gives the statistical values χ^2 and p; the statistical value “degree of freedom” is always 1. Numbers are only given if the p-value is below 0.05; then differences can be seen as statistically significant. If “competitiveness” is statistically more frequent, this is highlighted through a gray background; if “solidarity” is statistically more frequent, this is highlighted through boldprint. Boxes where neither competitiveness nor solidarity reach a two-digit number are again seen as neglectable and therefore left blank.

| | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 |
|----|--------------|--------------|------|-------|--------|--------|--------|--------|-------|--------------|
| UK | | | | | | | | | | 9::16 |
| NL | | | | | | | | | | |
| DE | 4::15 | | | | | | 12::10 | 10::5 | | 3::18 |
| AT | | | | | | | | | | 3::11 |
| FR | 20::3 | 20::4 | | | 16::17 | 35::17 | 88::7 | 31::7 | 21::1 | 10::8 |
| ES | 32::6 | 11::4 | | 16::5 | 16::4 | 27::5 | 14::5 | 17::4 | | |
| IT | | | | | 12::4 | | 15::10 | 16::12 | 26::2 | |
| PL | | 3::14 | | | | | | | | |

Table 2: Occurrences of “Competitiveness” and “Solidarity”

| | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 |
|----|--------------------------|--------------------------|------|------------------|------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|---------------------------|
| UK | | | | | | | | | | |
| NL | | | | | | | | | | |
| DE | 6.368; 0.0116 | | | | | | | | | 10.714; 0.0011 |
| AT | | | | | | | | | | 4.571; 0.325 |
| FR | 12.565; 0.0004 | 10.667; 0.0011 | | | | 6.231; 0.0126 | 69.063; 0.0001 | 15.158; 0.0001 | 18.182; 0.0010 | |
| ES | 7.789; 0.0001 | | | 5.762; 0.0164 | 7.200; 0.0073 | 15.125; 0.0001 | 4.263; 0.0389 | 8.048; 0.0046 | | |
| IT | | | | | 4.000; 0.0455 | | | | 20.571; 0.0001 | |
| PL | | 7.118; 0.0076 | | | | | | | | |

Table 3: Statistics “Competitiveness/Solidarity”

Again, something shall be seen as typically European if it covers more than two thirds of the countries selected. In these sense, the most typical thing is that the two notions are not very prominent elements in European headlines. It can also be stated that “solidarity” is still rarer than “competitiveness”: “solidarity” is invisible in European headline in the sense that the frequency is less than ten in two-thirds of the countries in all years except 2015, while “competitiveness” is only invisible in European headline in 2006-2009, 2011, 2015-2015 (not 2010, 2012, 2013). The picture may of course be different for the articles. Again, however, we note a geographical split. Particularly in Spain, but also in France, “competitiveness” is, over the years, more frequent than “solidarity”. Despite some outliers, in no country does “solidarity” play a continuously bigger role than “competitiveness” in the rhetoric of headlines. In the Romanic-Mediterranean countries Spain, France, and Italy, it can be noted that if something is statistically more prominent in a year’s headlines, it is “competitiveness”: twice in Italy, six years in France and even seven years in Spain.

3. “Privatization” vs. “Solidarization”

The conceptual pair of “privatization” and “collectivization, municipalization, socialization, nationalization” can be seen in a similar vein. Under the spell of financial markets and neoliberal assumptions (cf., e.g., Stiglitz 2002 for a summary of the consequences of neoliberal politics), accompanied by the widely used image of a “lean state” (cf. Grzego 2016), many public goods have been privatized in many EU countries. This includes, amongst others, the areas of energy, sewage,

telecommunication and local/regional public transport. A large international study (Brandt et al. 2009) has shown that the privatization waves in European countries have led to a decline of the quality of life for the general public: access to these goods is less easy and quality development is impeded. A particularly telling example is that of the German railway system. While still run by the state, German rail was a symbol for German punctuality, after the privatization process it has become a symbol of unpunctuality. Let us now have look at word-forms for “privatization” (en. *privatisation*, nl. *privatisatie*, de. *Privatisierung*, fr. *privatisation*, es. *privatización*, it. *privatizzazione*, pl. *prywatyzacja*) and corresponding verb forms (e.g. en. *privatize*, *privatized*, *privatise*, *privatised*, de. *privatisieren*, *privatisiert*, etc) and see in which connotational contexts they are used in the headlines of left-oriented, progressive and right-oriented, conservative newspapers from different European countries. Are the contexts positive, negative or neutral? By neutral I mean those contexts that either (a) are non-evaluative or (b) are evaluative, but it is unclear whether it is meant positively or negatively, (c) include both positively and negatively evaluative elements (with no clear connotational consequence *privatization*). We will analyze the period from 7 July 2015 to 7 July 2016.

| paper, country, orientation | total | negative | neutral | positive | total | negative | neutral | positive |
|------------------------------|-------|----------|---------|----------|-------|----------|---------|----------|
| The Guardian, UK, l. | 159 | 100 | 52 | 7 | 178 | 104 | 60 | 14 |
| The Daily Telegraph, UK, r. | 19 | 4 | 8 | 7 | | | | |
| Frankfurter Rundsch., DE, l. | | | | 0 | 16 | 5 | 7 | 4 |
| Die Welt, DE, r. | | | | | | | | |
| Der Standard, AT, l. | 16 | 8 | 5 | 3 | 31 | 10 | 13 | 8 |
| Die Presse, AT, r. | 15 | 2 | 8 | 5 | | | | |
| De Telegraaf, NL, l. | | 0 | | 0 | | | | |
| De Volkskrant, NL, r. | | | 0 | | | | | |
| Le Monde, FR, l. | 12 | 1 | 9 | 2 | 28 | 3 | 13 | 12 |
| Le Figaro, FR, r. | 16 | 2 | 4 | 10 | | | | |
| El país, ES, l. | 21 | 13 | 6 | 3 | 26 | 15 | 9 | 2 |
| El mundo, ES, r. | | | | 0 | | | | |
| La stampa, IT, l. | | | | 0 | 61 | 12 | 22 | 27 |
| Corriere della sera, IT, r. | 52 | 4 | 21 | 27 | | | | |
| Gazeta wyborcza, PL, l. | 0 | 0 | 0 | 0 | 33 | 15 | 14 | 4 |
| Gazeta prawna, PL, r. | 33 | 15 | 14 | 4 | | | | |

Table 4: Contexts of “Privatization”

Background shading is given where differences are statistically significant (the statistical values presented in the following table are χ^2 and p; the degree of freedom is always 2; numbers are only given if p is <0.05).

| paper, country, orientation | χ^2 ; p | χ^2 ; p |
|------------------------------|----------------|----------------|
| The Guardian, UK, l. | 81.623; 0.0001 | 68.270; 0.0001 |
| The Daily Telegraph, UK, r. | | |
| Frankfurter Rundsch., DE, l. | | |
| Die Welt, DE, r. | | |
| Der Standard, AT, l. | | |
| Die Presse, AT, r. | | |
| De Telegraaf, NL, l. | | |
| De Volkskrant, NL, r. | | |
| Le Monde, FR, l. | 9.500; 0.0087 | 6.500; 0.0388 |
| Le Figaro, FR, r. | 6.500; 0.0388 | |
| El país, ES, l. | 7.182; 0.0276 | 9.769; 0.0076 |
| El mundo, ES, r. | | |
| La stampa, IT, l. | | |
| Corriere della sera, IT, r. | 16.423; 0.0003 | |
| Gazeta wyborcza, PL, l. | | 6.727; 0.0346 |
| Gazeta prawna, PL, r. | 6.727; 0.0346 | |

Table 5: Statistics “Privatization”

It comes as no surprise that, if there are statistically significant differences, left-oriented newspapers rather embed words for “privatization” into negative contexts. Sometimes there is not even one positive case (in the German *Frankfurter Rundschau*, the Dutch *Telegraaf*, the Italian *Stampa* and the Polish *Gazeta wyborcza*—in the latter it is even completely absent). But the overall picture of right-oriented newspapers does not show the corresponding expressions in positive headlines either. In the Polish *Gazeta prawna* the negative and neutral contexts are more frequent than negative contexts, in Spain’s *El mundo* the term was even completely absent from positive contexts.

If we look at the figures through a national lens, then we realize that the expression is particularly prominent in the UK, the country that, under Thatcher, was the first to sell large public goods. Of course, the absolute figures are not really comparable since they include different total numbers of articles. Nevertheless, the distance to the country with the second-highest frequency is noteworthy. Interestingly enough, the UK is the country which most strongly puts “privatization” into negative contexts (in 58.4% of all contexts). After that comes Spain with 57.7%. In Poland, about 45% of the hits are surrounded by negative lexical surroundings (which is almost as much as the neutral hits). A positive treatment can be seen in the Italian press (44%). In France, neutral and positive contexts are quite balanced (46% and 43%), which, in turn, means that the negative association of “privatization” is rare in the period analyzed.

The data for “privatization” should then be supplemented by those for “socialization, communalization, municipalization, nationalization”. The hits for the latter, however, are essentially rarer. Not a single case could be found in the Italian and Dutch papers. In Austria 13 headlines contained a form from this designational field, 8 of which were neutral, 3 positive and 1 negative. The British newspapers were again those that most frequently featured the notion in headlines. The figures are shown in the following table.

| paper, country, orientation | total | negative | neutral | positive | total | negative | neutral | positive |
|-----------------------------|-------|----------|---------|----------|-------|----------|---------|----------|
| The Guardian, UK, l. | 38 | 6 | 16 | 16 | 48 | 11 | 20 | 17 |
| The Daily Telegraph, UK, r. | 10 | 5 | 4 | 1 | | | | |

Table 6: Contexts of “Socialization”

The numerical differences are nowhere statistically significant, which speaks for a rather equal distribution of the uses, although we see a tendency in the overall picture that the neutral and positive contexts are more frequent.

The Guardian warns particularly not to privatize Channel 4 for the imminent loss of independence and points out the negative consequences of the privatization of the *National Health Service*, such as the growing waiting times for medical treatment (be it sitting in the waiting rooms or for a larger operation). In this context, the papers also warn about TTIP, which would prevent taking back privatization. As a matter of fact, TTIP as a danger for the national health system was also an argument of those supporting the British exit from the EU.

Not only “socialization” can be seen as the opposite of “privatization”, but in the end also the notion of “welfare state”. If we analyze the contexts of this term in newspapers in our countries for a period of six years, namely from 2010 to 2015, then we get the following picture (large figures in black indicate that the differences are statistically significant).

| country | total | negative | neutral | positive |
|---------|-----------|----------|----------|----------|
| UK | 66 (100%) | 22 (33%) | 28 (42%) | 16 (24%) |
| NL | 26 (100%) | 5 (19%) | 18 (69%) | 3 (12%) |
| DE | 42 (100%) | 16 (38%) | 20 (48%) | 6 (14%) |
| AT | 42 (100%) | 7 (17%) | 23 (55%) | 12 (29%) |
| FR | 32 (100%) | 6 (19%) | 23 (72%) | 3 (9%) |
| ES | 29 (100%) | 8 (28%) | 3 (10%) | 18 (62%) |
| IT | 40 (100%) | 8 (20%) | 20 (50%) | 12 (30%) |
| PL | 6 (100%) | 2 (33%) | 2 (33%) | 2 (33%) |

Table 7: Contexts of “Welfare State”

As said, only in some countries are the numerical differences statistically significant (the statistical values presented in the following table are χ^2 and p; the degree of freedom is always 2; numbers are only given if p is <0.05).

| country | χ^2 ; p |
|---------|----------------|
| UK | |
| NL | 15.308; 0.0005 |
| DE | 7.420; 0.0244 |
| AT | 9.571; 0.0083 |
| FR | 21.812; 0.0001 |
| PL | 0.000; 1.000 |
| IT | 5.600; 0.0608 |
| ES | 12.069; 0.0024 |

Table 8: Statistics “Welfare State”

First, we can observe that the Polish figures are again neglectable. Of the remaining countries, only in Spain did the press use the term with the definitely positive connotation. In the rest of the countries most uses were neutral; the evaluative contexts were, save in Italy, negative, particularly in Germany.

4. Concluding Remarks

That a term from financial business administration vocabulary is more frequent than a national value such as solidarity is paralleled by how we measure the performance of countries. We normally do not measure the standard of living, we just measure the flow of money expressed in the Gross National Product (GNP) or Gross Domestic Product (GDP). To be fair, it has to be said that the inventor of the Gross Domestic Product, Simon Kuznets himself (1934) stressed that the GNP is not a good general index from an economic point of view. Actually, he had just developed it to see if the US economy was financially strong enough to take part in a global war. Nevertheless, GNP and GDP are now the most frequently seen measurements in the mass newspapers (cf. Grzega 2016). Suggestions to measure the quality of life in a society do exist (such as the Human Development Index, the Happy Planet Index, the Index of Sustainable Economic Welfare, the Genuine Progress Indicator, and the Gini Index. Except for the latter, however, which measures financial inequalities in a country, these alternative indexes are hardly read about. Frequency is one aspect of the powerful, manipulative use of language.

Another one is contextualization, or framing. Given that the welfare state was an achievement through which many western and northern European countries reached a high standard of living after World War II (cf., e.g., Esping-Andersen 1990), the term's development toward negative connotation is a striking case of re-framing.

In Lakoff's sense the proponents of neoliberal strategy can be seen as successful. But for people working in Applied Eurolinguistics, it seems appropriate to make others aware of certain developments in the use of language so that the basis for more conscious thinking and re-re-framing and rephrasing can be laid.

Joachim Grzega
Sprach- und Literaturwissenschaftliche Fakultät
Universität Eichstätt-Ingolstadt
Universitätsallee 1
DE-85072 Eichstätt
[*joachim.grzega@ku.de*](mailto:joachim.grzega@ku.de)

References

- Bloch/Wartburg = Bloch, Oscar / Wartburg, Walther von (1994), *Dictionnaire étymologique de la langue française*, 10th ed., Paris: PUF.
- Brandt, Torsten et al. (2009), *Zur Zukunft öffentlicher Dienstleistungen: Die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und deren Auswirkungen auf Qualität, Beschäftigung und Produktivität am Beispiel der Sektoren Postdienstleistungen, Öffentlicher Personennahverkehr, Elektrizität und Krankenhäuser*, Wien: FORBA.
- DELI = Cortelazzo, Manlio / Zolli, Paolo (1999), *Dizionario etimologico della lingua italiana*, 2a ed. con CD-Rom, Bologna: Zanichelli.

- DW = Grimm, Jacob / Grimm, Wilhelm (1854-1960), *Deutsches Wörterbuch*, 16 vol., Leipzig: Hirzel.
- Esping-Andersen, Gøsta (1990), *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, Cambridge: Polity Press.
- Grzega, Joachim (2013a), *Studies in Europragmatics: Some Theoretical Foundations and Practical Implications*, [EuroLinguistische Arbeiten 7], Wiesbaden: Harrassowitz.
- Grzega, Joachim (2013b), “Methodological Challenges of Semantic and Pragmatic Studies in Eurolinguistics”, *Journal for EuroLinguistiX* 10: 4-14.
- Grzega, Joachim (2014), “Word-Choice and Economic Performance in European Languages: Methodological Comments and Empirical Results”, *Journal for EuroLinguistiX* 11: 34-43.
- Grzega, Joachim (2016), “Gedanken eines Eurolinguisten zu Sprache, Ökonomie und Frieden: Texte aus dem Europäischen Haus Pappenheim für den europäischen Normalbürger”, *Journal for EuroLinguistiX* 13: 114-176.
- Kuznets, Simon (1934), “National income, 1929–1932”, 73rd US Congress, 2d session, Senate document no. 124.
- Lakoff, George (2002), *Moral Politics: How Liberals and Conservatives Think*, 2nd ed., Chicago: The University of Chicago Press.
- Lakoff, George (2004), *Don't Think of an Elephant: Know Your Values and Frame the Debate*, Vermont: Chelsea Green Publishing.
- OED = Murray, James A. H. et al. (1933-), *The Oxford English Dictionary*, Oxford: Clarendon. <http://www.oed.com>.
- Paul = Paul, Hermann (2002), *Deutsches Wörterbuch: Bedeutungsgeschichte und Aufbau unseres Wortschatzes*, 10., bearb. und erweiterte Auflage von Helmut Henne, Heidrun Kämper und Georg Objartel, Tübingen: Niemeyer.
- Stiglitz, Joseph (2002), *Globalization and Its Discontents*, New York: Norton.

Nina Hippler

Der Syrien-Krieg in den Medien – eurolinguistische Analysen*

Abstract

The Syrian war is one of the most important topics within the media since its outbreak in 2011. This contribution deals with the representation of this war in up to ten different newspapers of five different countries. Contrary to conventional media analyses, this thesis provides a Eurolinguistic comparison. The question of whether and in how far the media language of different countries influences each other will be answered. Moreover, the study will cover the question of how the readers' opinion is being manipulated. The paper is segmented into two studies. There are the qualitative critical discourse analysis and the quantitative analysis which comprises the analysis of "war and peace" and the "refugee topic". In addition, the actual backgrounds of the Syrian war are presented. The analyses indicates mutual influence in reporting styles. All media create an opposition between the west, Qatar and Saudi-Arabia on the one side and Syria, Russia and Iran on the other side. Typical of the papers is that headlines feature the term "war" much more often than "peace". Regarding the lexical field of fleeing, the German and British papers clearly prefer evaluative terms over neutral terms.

Sommaire

La guerre en Syrie est un des sujets les plus importantes depuis son éclatement. Cette contribution s'occupe de la représentation de cette guerre dans jusqu'à dix journaux différents dans cinq différents pays. Au contraire des analyses traditionnelles, cette étude-ci offre une comparaison eurolinguistique. La contribution va répondre à la question si et dans quelle mesure les langues de médias de différents pays s'influencent mutuellement. De surcroît, l'étude discute comment l'opinion des lecteurs est manipulée. C'est subdivisé en deux études principales. Ce sont l'analyse qualitative de discours critique et l'analyse quantitative de «guerre et paix» ainsi que «la thématique de réfugiés». L'étude indique qu'il y a une influence mutuelle en ce qui concerne les styles de rapport. Tous les journaux créent une opposition entre l'ouest, le Qatar et l'Arabie saoudite d'une part et la Syrie, la Russie et l'Iran de l'autre part. Il est typique que les titres des articles utilisent les mots pour «guerre» plus fréquemment que ceux pour «paix». En ce qui concerne le champ lexical autour de «fuir», les journaux allemands et anglais préfèrent les mots évaluatifs aux mots neutres.

Zusammenfassung

Der Syrien-Krieg ist in den Medien eines der Hauptthemen seit dessen Ausbruch im Jahr 2011. Diese Arbeit beschäftigt sich mit der Repräsentation dieses Krieges in bis zu zehn verschiedenen Zeitungen fünf verschiedener Länder. Im Gegensatz zu üblichen Medienanalysen bietet diese Arbeit einen eurolinguistischen Vergleich. Hierbei wird die Frage beantwortet, ob und inwiefern die Mediensprachen verschiedener Länder sich gegenseitig beeinflussen. Ebenso wird darauf eingegangen, wie die Meinung der Leser manipuliert wird. Die Arbeit ist in zwei Hauptstudien unterteilt: die qualitative kritische Diskursanalyse und die quantitative Analyse von "Krieg und Frieden" sowie der "Fluchthematik". Zudem werden die Hintergründe des Syrien-Krieges vorgestellt. Die Analyse deutet auf eine gegenseitige Beeinflussung in den Berichtstilen hin. Die Zeitungen schaffen eine Opposition zwischen dem Westen, Katar und Saudi-Arabien auf der einen Seite und Syrien, Russland und Iran auf der anderen Seite. Typisch ist, dass in den Zeitungsüberschriften mehr von "Krieg" als von "Frieden" die Rede ist. Beim lexikalischen Feld um das Thema "Flucht" bevorzugen die deutschen und britischen Zeitungen emotionale Ausdrücke gegenüber neutralen.

* Der folgende Beitrag ist Teil meiner Master-Arbeit. Für Vorschläge zur Überarbeitung und Auswahl der Abschnitte für das *Journal for EuroLinguistiX* danke ich meinem Betreuer, Joachim Grzega.

1. Einleitung

“Die bewusste und zielgerichtete Manipulation der Verhaltensweisen und Einstellungen der Massen ist ein wesentlicher Bestandteil demokratischer Gesellschaften. Organisationen, die im Verborgenen arbeiten, lenken die gesellschaftlichen Abläufe. Sie sind die eigentlichen Regierungen in unserem Land.

Wir werden von Personen regiert, deren Namen wir noch nie gehört haben. Sie beeinflussen unsere Meinungen, unseren Geschmack, unsere Gedanken. Doch das ist nicht überraschend, dieser Zustand ist nur eine logische Folge der Struktur unserer Demokratie: Wenn viele Menschen möglichst reibungslos in einer Gesellschaft zusammenleben sollen, sind Steuerungsprozesse dieser Art unumgänglich.

Die unsichtbaren Herrscher kennen sich auch untereinander meist nicht mit Namen. Die Mitglieder des Schattenkabinetts regieren uns wegen ihrer angeborenen Führungsqualitäten, ihrer Fähigkeit, der Gesellschaft dringend benötigte Impulse zu geben, und aufgrund der Schlüsselpositionen, die sie in der Gesellschaft einnehmen. Ob es uns gefällt oder nicht, Tatsache ist, dass wir in fast allen Aspekten des täglichen Lebens, ob in Wirtschaft oder Politik, unserem Sozialverhalten oder unseren ethischen Einstellungen, von einer (angesichts von 120 Millionen US-Bürgern) relativ kleinen Gruppe Menschen abhängig sind, die die meisten Abläufe und gesellschaftlichen Dynamiken von Massen verstehen. Sie steuern die öffentliche Meinung, stärken alte gesellschaftliche Kräfte und bedenken neue Wege, um die Welt zusammenzuhalten und zu führen.”¹

Bereits 1928 untersuchte Edward Bernays die Beeinflussung von Meinungen der Masse durch eine kleine Gruppe von Menschen. In demokratischen Gesellschaften hielt er eine Steuerung der öffentlichen Meinung für unumgänglich. Somit schuf er die Grundlagen für die Öffentlichkeitsarbeit (PR), wie sie auch heute noch verwendet wird, und dominierte diese. Auch die Aufgabe der Medien, als Übermittler von Meinungen, definierte er in seinem Werk *Propaganda*.² Somit war Bernays sich einer solchen Manipulation bereits 1928 weitaus mehr bewusst als ein Großteil der heutigen Weltbevölkerung. Durch dieses Bewusstsein und den damit verbundenen Fähigkeiten war er für mehr als 40 Jahre eine bedeutende Person in der PR-Industrie. Dem Psychologen gelang es, die Vorstellung von Frauen, die Zigaretten rauchen, zu verbreiten, um den Absatz der Industrie zu fördern, sowie eine Verbindung zwischen Tabak-Industrie und AMA³ einzurichten, womit behauptet wurde, Zigaretten seien förderlich für die Gesundheit.⁴ Auch war es Edward Bernays, der den Amerikanern den Ersten Weltkrieg, im Auftrag des Committee on Public Information, als positives Ereignis verkaufte, das die Welt sicherer für die Demokratie machte.⁵ Mit diesem Auftrag legte er die Grundlage für die Öffentlichkeitsarbeit im Generellen und insbesondere für die Kriegspropaganda, wie sie bis heute noch praktiziert wird. Auch die meinungsbeeinflussende Wirkung von Medien, wie Bernays sie herausgestellt hatte, darf weiterhin als aktuell und bei weitem nicht allen Menschen bewusst gelten.

Dennoch werden Analysen durchgeführt und veröffentlicht, die eben auf diese, von Bernays vorangetriebene, Manipulation von Meinungen hinweisen. Ein Beispiel hierzu ist die Studie zur *Qualität der geopolitischen Berichterstattung in der Neuen Züricher Zeitung (NZZ)*. In dieser Studie des Forschungsprojekts zu Propaganda in den Schweizer Medien wurde untersucht, wie objektiv und kritisch die führende Schweizer Tageszeitung über geopolitische Konflikte berichtet.⁶ Allerdings bezieht sich diese, wie auch andere derartige Untersuchungen, bisher auf die Beeinflussung innerhalb eines bestimmten Landes. Eine breiter europäisch gestaltete Analyse der Medien ist bisher noch nicht veröffentlicht worden. Genau dies soll mit der vorliegenden Arbeit geändert werden.

¹ Bernays (2015: 19).

² Vgl. Bernays (2015: 127f.).

³ American Medical Association.

⁴ Vgl. O’Shea (2009).

⁵ Vgl. O’Shea (2009).

⁶ Vgl. Swiss Propaganda (2016).

Die vorliegende Arbeit analysiert den Aspekte der Darstellung des Syrien-Krieges in in Medien verschiedener europäischer Länder. Untersucht werden die Leitfragen⁷, ob und in welchem Umfang die Mediensprache der verschiedenen Länder sich gegenseitig beeinflusst und wie die Meinung der Leser zum Syrien-Krieg dadurch manipuliert wird. Hierzu werden Zeitungsartikel von zunächst drei Ländern verglichen: Deutschland, Großbritannien, Frankreich. Mit diesen Sprachen ist die Autorin gut vertraut. Für viele gilt eine derartige Auswahl bereits als eurolinguistische Vergleichsstudie. Für Reiter und Grzega⁸ hingegen ist für den Ausdruck *eurolinguistisch* eine strengere, wortgetreue Definition anzusetzen. Daher werden in einer zweiten Studie fünf verschiedene Länder untersucht, deren Auswahl als *eurolinguistisch* betrachtet werden kann, denn diese fünf zu vergleichenden Länder decken alle Regionen Europa gemäß Grzega⁹ ab. Der Norden ist durch englische Zeitungen vertreten, das Zentrum durch deutsche, der Westen durch französische, der Süden durch spanische und der Osten durch polnische¹⁰ Zeitungen. Es werden pro Land zwei weitverbreitete nationale Zeitungen analysiert, wobei die eine davon eher zum linken und die andere eher zum rechten politischen Spektrum gezählt wird,¹¹ um einen besseren und ausgewogeneren Einblick zu gewinnen und zusätzlich Vergleichsmöglichkeiten zu erhalten.

Die Medienanalyse ist in die folgenden zwei Studien unterteilt. Die erste ist die kritische Diskursanalyse, die zweite eine quantitative Medienanalyse. Daran schließt sich noch Anmerkungen zur Propaganda-Analyse gemäß Morellis Modell von 2004. Darüber hinaus werden die Zusammenhänge der einzelnen Analysen herausgearbeitet und die Hintergründe des Syrien-Krieges angesprochen.

2. Qualitative Analyse des Syrien-Krieges in den Medien – Kritische Diskursanalyse

2.1. Methodik und Grundlagen

Die kritische Diskursanalyse ist “aufgrund ihrer Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte seit Mitte der 1980er Jahre sehr [heterogen]. Sie gliedert sich inzwischen in mindestens sechs Varianten.”¹² Die in dieser Arbeit verwendete Form der kritischen Diskursanalyse geht zurück auf “die stark auf Foucault und Link rekurrierende “Duisburger Gruppe” rund um Siegfried und Margarete Jäger.”¹³

Im Allgemeinen lässt sich sagen, dass die “Kritische Diskursanalyse sprachliche Phänomene im Hinblick auf verborgene Ideologien [untersucht], die das Gesagte hervorbringen und das Nicht-Gesagte verhindern.”¹⁴ Somit ist bei einer solchen Analyse das Ziel, Glaubenssysteme und Ideologien, wie sie durch Texte und besonders durch Sprache übermittelt werden, aufzudecken.¹⁵

⁷ Diese Fragen werden in allen Kapiteln der gesamten Masterarbeit gestellt und leiten somit durch den Text. Die einzelnen Kapitel können weitere Fragestellungen aufzeigen. Diese werden dann zu Beginn der entsprechenden Kapitel erläutert.

⁸ Vgl. Reiter (1991) und Grzega (2013, 2015).

⁹ Vgl. Grzega (z.B. 2013: 4).

¹⁰ Die Analyse der polnischen Zeitungen wurde dankenswerterweise von Prof. Dr. Joachim Grzega durchgeführt, da der Osten sonst nicht hätte analysiert werden können.

¹¹ Die ausgewählten Zeitungen sind: *The Guardian* und *Daily Mail* und *Daily Mail on Sunday* (Vereinigtes Königreich), *Frankfurter Rundschau* und *Die Welt* (Deutschland), *Le Monde* und *Le Figaro* (Frankreich), *El País* und *El Mundo* (Spanien), *Gazeta Włoborza* und *Gazeta Prawna* (Polen) – immer erst links orientiert, dann rechts orientiert. Die Zeitungsartikel der Analysen werden im Text wie folgt zitiert: Name der Zeitung (Datum), Autor: “Kurztitel”.

¹² Januschek (2012: 9).

¹³ Januschek (2012: 9).

¹⁴ Schünemann (2016: 31).

¹⁵ Vgl. Carter (2016: 240).

Hierbei spielen die folgenden Kriterien¹⁶ in den Artikeln eine Rolle: Spiegelt sich die Diskursposition der Zeitung in der Themenwahl, sowie der Art der Berichterstattung wider? Was sind die thematischen Schwerpunkte der Berichterstattung in den einzelnen Zeitungen? Wie ist der Berichtsstil in den Zeitungen gewählt? Gibt es formale Besonderheiten in den Artikeln? Wie ist der quantitative Umfang der Artikel?

Die in dieser Arbeit durchgeführte kritische Diskursanalyse behandelt den Syrien-Krieg in den Medien. Die Untersuchung umfasst einen Vergleich der englischen, deutschen und französischen Zeitungen, da hierzu fundierte Kenntnisse der jeweiligen Sprache nötig sind. Wie bereits angesprochen wird jeweils eine eher links-progressiv und eine eher rechts-konservativ orientierte überregionale Zeitung gewählt. Das Hauptaugenmerk dieser Analyse liegt neben den oben genannten typischen Kriterien der kritischen Diskursanalyse, auf den in der Einleitung definierten Leitfragen dieser Arbeit. Darüber hinaus wird herausgearbeitet, auf welchen Konfliktparteien des Syrien-Krieges der Fokus in den einzelnen Zeitungen liegt, ebenso wie die Beziehungen der Länder dargestellt werden. Der Untersuchungszeitraum für die kritische Diskursanalyse umfasst die Zeitspanne vom 01. März 2011 bis 01. März 2016. Als Startzeitpunkt ist März 2011 gewählt, da der 15. März 2011 als der Beginn des Aufstandes, der zum Bürgerkrieg in Syrien geworden ist, gewertet wird.¹⁷ Das Enddatum ist so gewählt, dass ein aktuelles und gleichzeitig einheitliches Untersuchungsergebnis gewährleistet ist. Mithilfe der Online-Recherche-Datenbank *LexisNexis*¹⁸ werden die Überschriften der einzelnen Zeitungen nach dem Begriff "Syrien" untersucht¹⁹. Aus den Resultaten werden einige Artikel je Zeitung ausgewählt, wobei darauf geachtet wird, dass für jedes Jahr jeder Monat mit mindestens einem Artikel abgedeckt ist.²⁰

Nachdem die Überschriften die Grundlage für die Analyse bilden, sollen vor der eigentlichen Analyse einige besonders auffallende davon zitiert werden. In den deutschen Medien ist besonders zu Beginn des Syrien-Krieges im Jahr 2011 der Ton sehr scharf. So lassen sich in *Die Welt* (tendenziell rechts)²¹ Überschriften wie "Der ganz normale Terror im Assad-Land. Amnesty dokumentiert Folter und Mord auf Syriens Straßen und in den Kerkern: Die Staatsrazzia von Tell Kalach – eine Stadt in Angst"²² oder "Des Teufels Präsident. Assad lässt Syrien im Chaos versinken, nur um seine Pfründe zu retten"²³ finden. In den englischen und französischen Zeitungen ist die Nachricht deutlich weniger aggressiv, dennoch immer noch klar erkennbar. Darin wird auf die Verbrechen gegen die Menschlichkeit²⁴ oder das Massaker, welches die Repressionen Assads anrichten,²⁵ hingewiesen. Aber auch in den englischen Medien gibt es Überschriften, die sich unmissverständlich gegen den syrischen Präsidenten richten. So wurde im englischen *The Guardian* ein Artikel mit der Überschrift "Assad accused as hundreds die in 'gas attack' on rebels: Chemical attack 'worst since Saddam': Many children among victims"²⁶ 'Nachdem Hunderte in einer ‚Gas-Attacke‘ auf Rebellen sterben wird Assad dafür beschuldigt: Chemiewaffen-Angriff ‚der schlimmste seit Saddam‘: viele Kinder sind unter den Opfern' veröffentlicht. Auch die *Daily Mail*

¹⁶ Die Kriterien wurden aus Jäger (2004: 193) übernommen.

¹⁷ Vgl. Asseburg (2013: 11).

¹⁸ www.lexisnexis.de.

¹⁹ Im Deutschen lautet der genaue Suchbegriff "ÜBERSCHRIFT (Syrien)".

²⁰ Ausnahmen sind hier: Artikel der *Daily Mail* von September und Oktober 2011, März 2012 und Dezember 2014, sowie Artikel der *Frankfurter Rundschau* von März und Juli 2014, da es in diesen Monaten keine Artikel zur Überschriftensuche nach dem Suchbegriff *Syrien* gibt.

²¹ Im Folgenden wird in den Klammern nach den Zeitungsnamen oftmals die politische Tendenz in der Abkürzung (r), für eher rechts-konservativ, und (l), für eher links-progressiv, angegeben.

²² *Die Welt* (07.07.2011), Dietrich: "Der ganz normale Terror im Assad-Land".

²³ *Die Welt* (30.09.2011), Dietrich: "Des Teufels Präsident".

²⁴ Vgl. *The Guardian* (02.06.2011), Black: "Rights watchdog accuses Syria of crimes against humanity".

²⁵ Vgl. *Le Monde* (23.12.2011), Barthe: "Syrie: la répression du soulèvement tourne au massacre".

²⁶ *The Guardian* (22.08.2013), Chulow: "Front: Assad accused as hundreds die in 'gas attack' on rebels".

schlägt mit dem Artikel „SYRIA HAS LOADED BOMBS WITH DEADLY SARIN NERVE GAS“²⁷, ‚Syrien hat Bomben mit tödlichem Sarin-Nervengas geladen‘ einen ähnlichen Ton an. Besonders aggressiv bleiben aber die deutschen Zeitungen. Hier veröffentlicht man auch weiterhin Artikel mit Überschriften wie „Kein Happy Birthday, Baschar al-Assad! Vom Hoffnungsträger zum Verbrecher am Volk: Während Syriens Präsident seinen 50. Geburtstag feiert, tötet seine Armee weiter“²⁸. Neben solchen direkten Kritiken an Baschar al-Assad werden auch seine Partner in den Medien angegriffen. So findet man in der deutschen Zeitung *Die Welt* einen Artikel mit der Überschrift „Die Achse des Schreckens. Russland und Iran setzen in Syrien mit aller Gewalt auf den Erhalt des Assad-Regimes – ungeachtet der Ankündigung einer Feuerpause. Im Westen beginnt man, sich damit abzufinden. Doch Despotien zu restaurieren bringt das Gegenteil von Stabilität“²⁹. Außerdem ist festzuhalten, dass bei weitem nicht alle Überschriften von so einer Aggressivität geprägt sind. So hat beispielsweise die eher linke *Frankfurter Rundschau* ein Interview mit dem USA kritischen Publizisten Jürgen Todenhöfer veröffentlicht.³⁰ Auch finden sich Überschriften wie „In Syrien tobt der Krieg der Stellvertreter. Der blutige Konflikt ist längst zu einer Schlacht um Einfluss fremder Mächte geworden“³¹ oder „Nous devons lutter aux côtés de la Russie contre les djihadistes en Syrie“³², ‚Wir müssen an der Seite Russlands gegen die Dihadisten in Syrien kämpfen‘ in den Massenmedien. Das Verhältnis der Überschriften in den jeweiligen Ländern, ihre Zusammensetzungen, sowie etwaige Auffälligkeiten werden im folgenden Kapitel erläutert.

2.2. Schwerpunkte, Berichtsstil, Besonderheiten und Umfang

Zunächst werden die Schwerpunkte der Berichtserstattung in allen acht Zeitungen vorgestellt. Bei allen Zeitungen liegt der Fokus im Jahr 2011 deutlich auf Syriens Präsidenten Baschar al-Assad. Hierbei sind sich alle Zeitungen einig, dass dieser gestürzt werden muss. In den deutschen Medien ist dieser Wunsch am deutlichsten ausgedrückt. Hier wird Assad als Monster und Terrorist seines eigenen Volkes dargestellt. *The Guardian* (links) kritisiert den Machthaber Syriens aufgrund seiner Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Außerdem wird Baschar al-Assad mehrmals indirekt, teilweise aber auch sehr direkt mit Hitler verglichen. Der *Guardian* hält den syrischen Präsidenten sogar für schlimmer als Hitler: „This president is worse than Hitler.“³³

„Sobald [...] ein Regierungschef als 'böse' gebrandmarkt ist, wird er [...] auch in den Medien] dämonisiert. Der Vergleich mit Hitler ist dabei ein ebenso beliebtes wie effizientes Mittel zum Zweck - mit Verbrechern dieses Kalibers zu reden, geschweige denn mit ihnen zu verhandeln, wäre Appeasement, ein Verrat an den Werten, für die der Westen steht.“³⁴

Die Aussage hinter diesen Vergleichen, sprich eigentlich Verhandlungen auszuschließen und militärisches Eingreifen zu ermöglichen, ist nun bereits vorgestellt und wird im Laufe der Arbeit noch von Bedeutung sein. Im Gegensatz zu den deutschen Zeitungen und dem eher linken englischen *The Guardian*, zeigen sich die eher rechts-konservative *Daily Mail* sowie die französischen Zeitungen deutlich neutraler und gehen dabei schon tiefer in die Strukturen der Krise hinein. Dies geschieht, indem sie die Repressionen kritisieren, die Todeszahlen veröffentlichen oder bereits über Sanktionen sprechen. Im folgenden Jahr steht meist weiterhin Assad im Mittelpunkt der Berichtserstattung. Besonders in den Zeitungen *Die Welt* und *The Guardian* werden die durch ihn

²⁷ *Daily Mail* (07.12.2012), Mail Foreign Service: „Syria has loaded bombs with deadly sarin nerve gas“.

²⁸ *Die Welt* (11.09.2015), Nehf: „Kein Happy Birthday, Baschar al-Assad!“.

²⁹ *Die Welt* (24.02.2016), Herzinger: „Die Achse des Schreckens“.

³⁰ Vgl. *Frankfurter Rundschau*. (23.03.2013), Seidel: „Westliche Politiker haben ihre eigene Propaganda geglaubt und die Realitäten falsch eingeschätzt“.

³¹ *Die Welt* (16.02.2016), Hackensberger: „In Syrien tobt der Krieg der Stellvertreter“.

³² *Le Monde* (25.09.2015), Verhofstadt: „Nous devons lutter aux côtés de la Russie contre les djihadistes en Syrie“.

³³ *Daily Mail* (29.09.2015), „Obama and Putin clash over Syria“.

³⁴ Lüders (2015: 7f.).

begangenen Kriegsverbrechen beleuchtet. Ein weiteres wichtiges Thema, das im Jahr 2012 aufkommt, sind die Chemiewaffen und die dadurch drohende Gefahr. Die *Frankfurter Rundschau* und die *Daily Mail* fordern außerdem Sanktionen für Assad und sein Land.

Auffällig ist ebenso, dass die französischen Zeitungen bereits über die Frage der Intervention in Syrien berichten und hierbei deutlich darauf eingehen, dass ein solches Eingreifen nicht legal wäre. Somit steigen die französischen Medien als Erste bereits 2012 tiefer in die Hintergründe des Konflikts ein. Das Jahr 2013 ist durchgehend geprägt von Berichten über die Chemiewaffen und Anschläge mit diesen verbotenen Substanzen in Syrien. Meist wird darüber spekuliert, wer die Anschläge verübt haben könnte, wobei hier meist Baschar al-Assad die Schuld zugesprochen wird. Darüber hinaus rückt Russland mit seinem Präsidenten Wladimir Putin in den Fokus der englischen Berichterstattung. Da er Assad im Krieg unterstützt, wird er als Gegner des Westens, der sich für die Opposition ausspricht, dargestellt. Im folgenden Jahr liegt der Schwerpunkt in den Zeitungen fast durchgehend auf djihadistischen Terrororganisationen und Islamisten wie beispielsweise dem Islamischen Staat. Die Chemiewaffen und besonders deren Zerstörung bleiben ein Hauptthema in der Hälfte der Zeitungen. 2015 steht der Kampf gegen den Islamischen Staat und gegen Assad im Fokus der deutschen Zeitungen. Auch die englischen Zeitungen stellen die Berichterstattung über Djihadisten und Terroranschläge in den Mittelpunkt. Während *The Guardian* Assad dämonisiert und auf Fassbomben mit Chemiewaffen eingeht, stellt sich bei der *Daily Mail* und *Le Monde* die Frage nach einer Intervention. *Le Figaro* fokussiert die Meinungen der beeinflussenden Länder und besonders die russischen Beweggründe im Syrien-Krieg. Im letzten Jahr der Analyse, welches nur zwei Monate umfasst, steht die von Russland und den USA ausgehandelte Waffenruhe in Syrien im Mittelpunkt.

Bereits bei diesem ersten Analyse-Schritt zeigt sich, dass die verschiedenen Zeitungen sehr unterschiedlich über dasselbe Thema berichten. Auffällig ist hierbei, dass die Medien in Frankreich am wenigsten wertend über Syriens Präsidenten berichten und auch sonst die neutralste Berichterstattung zu haben scheinen. Im Gegenteil dazu stehen die deutschen Artikel, die, besonders in Hinblick auf die Darstellung Assads, deutlich wertender sind. Zwischen diesen beiden Ländern können die englischen Medien eingeordnet werden, die in ihrer Berichterstattung zum Teil sehr wechselhaft sind. Inwiefern sich dieser erste Eindruck der kritischen Diskursanalyse wirklich bestätigt, wird sich bei der quantitativen Analyse noch zeigen. Bestätigt wird der eben gewonnene Eindruck durch den Berichtsstil in den Zeitungen. Die durchaus gängige Art in den, hier deutschen, Massenmedien zu berichten wird im folgenden Zitat beispielhaft präsentiert.

“Ohne den mörderischen Feldzug des Assad-Regimes gegen die anfangs unbewaffneten demonstrierende Protestbewegung, die einen breiten Querschnitt der syrischen Gesellschaft über soziale, religiöse und ethnische Grenzen hinweg präsentierte, wäre der grauenhafte Aufstieg des dschihadistischen Terrorismus nicht möglich gewesen. Das syrische Regime selbst hat ihn gefördert, um die demokratische Opposition zu zerstören.”³⁵

So ist der Stil in deutschen Zeitungen auffällig sensationsheischend, emotionalisierend, aggressiv und teils sarkastisch. Nur selten sind die Artikel neutral oder gar kritisch geschrieben. Ähnlich verhält es sich mit dem englischen Berichtstil, der auch eher als aggressiv und tendenziös gewertet werden kann. Der Stil in den französischen Zeitungen dahingegen ist deutlich neutraler und kritischer. Die einzig nennenswerte formale Besonderheit lässt sich bei der englischen Zeitung *Daily Mail* finden. Hier werden auffällig kurze Sätze verwendet und besonders kurze Absätze gemacht. Der quantitative Umfang der Artikel ist in Deutschland und Frankreich bei den linken Zeitungen deutlich geringer als bei den rechten Zeitungen. In den englischen Zeitungen ist dies genau andersherum. Generell lässt sich allerdings kein eindeutiger Schluss ziehen, weil der Umfang

³⁵ *Die Welt* (24.02.2016), Herzinger: “Die Achse des Schreckens”.

sehr schwankend ist. Da die Artikel über *LexisNexis* bezogen werden lässt sich über die Bebilderung nichts aussagen, denn diese ist über die Online-Recherche-Datenbank nicht verfügbar.

2.3. Konfliktparteien

2.3.1. Gruppierungen

In einem letzten Schritt der kritischen Diskursanalyse werden die Konfliktparteien des Syrien-Krieges betrachtet. Zunächst ist auffällig, dass sich alle untersuchten Zeitungen klar gegen Baschar al-Assad aussprechen. Die deutschen Medien sind hier wieder besonders auffallend, da sie den syrischen Präsidenten unverhohlen einen Tyrannen, Massenmörder, Kriegstreiber oder Terroristen nennen. *The Guardian* tendiert wieder mehr in Richtung der deutschen Medien und bezeichnet Assad als einen Kriegsverbrecher, der Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen hat. Die französischen Zeitungen und die *Daily Mail* sind auch diesbezüglich wieder deutlich neutraler.

In der folgenden Grafik werden die am Syrien-Krieg beteiligten Gruppierungen vorgestellt, die in den Artikeln genannt werden. Die Gruppierungen werden basierend auf der Präsentation in den Zeitungen der untersuchten Länder, kategorisiert. Hierbei ist zu beachten, dass nicht alle Gruppen in allen Zeitungen erwähnt oder wertend dargestellt werden.³⁶

| Positiv | Negativ | Neutral |
|-----------------------------------|--|-----------------|
| politische Opposition Rebellen | al-Qaida al-Nusra Islamischer Staat Hisbollah Ahar al-Sham* Khorasan-Gruppe* iranische Revolutionsgarde* afghanische Fatemiyoun* | Jaish al-Islam* |

Abb. 1

Es ist auffallend, dass die Zeitungen durchgehend die Gegner von Baschar al-Assad als positiv beleuchten, wohingegen all jene, die auf seiner Seite kämpfen, negativ bewertet werden. Die djihadistischen Terrorgruppen al-Qaida, al-Nusra sowie der Islamische Staat stellen auch für den syrischen Präsidenten Gegner dar und sind hiervon ausgeschlossen, da diese auch gegen Assad handeln und trotzdem in den Medien negativ dargestellt werden. Nur selten werden Bedenken über die als positiv wahrgenommenen Gruppierungen geäußert. Dennoch wird hin und wieder angesprochen, dass sich auch unter den sogenannten Rebellen Extremisten befinden und dass eine Unterstützung dieser auch den Terrorismus unterstützen könnte. Dies ist aber sehr selten und kann daher als Ausnahme angesehen werden.

³⁶ Die Gruppierungen, die nicht in allen Zeitungen vorkommen sind mit einem Asterisk markiert. Ahar al-Sham und die Khorasan Gruppe werden nur in der Zeitung *Die Welt* erwähnt. Jaish al-Islam wird nur bei *The Guardian* genannt. Über die afghanischen Schiiten Fatemiyoun wird nur bei *Le Monde* berichtet. *Daily Mail* und *Le Figaro* erwähnen beide die iranische Revolutionsgarde.

Die einzelnen Gruppierungen sollen nun mithilfe alternativer Medien kurz vorgestellt werden, um ihre Ziele besser zu verstehen und somit auch die Gründe aufzuzeigen, weshalb sie in den Medien positiv oder negativ dargestellt werden. Die syrische politische Opposition hat sich gruppiert, um auf verschiedenen Ebenen gegen Assad vorzugehen.³⁷ Sie besteht aus verschiedenen einzelnen Gruppierungen, die sich in der Opposition zusammengeschlossen haben. Die wichtigsten dieser Untergruppierungen sind der Syrische Nationalrat (SNC) und die, eher heterogene, Freie Syrische Armee (FSA).³⁸ Allerdings besteht die Opposition auch aus "religiösen Sunniten, die sich gegen die herrschende schiitische Minderheit der Alawiten an die Macht bringen wollen."³⁹ Dennoch wird die syrische Opposition vom Westen sehr hoch angesehen und mittlerweile auch offiziell unterstützt.⁴⁰ Die Rebellen sind deutlich weniger strukturiert und dadurch weitaus undurchsichtiger als die schon wenig durchschaubare Opposition. Es handelt sich um mindestens zwölf verschiedene Rebellengruppen, die in Syrien agieren.⁴¹ Obwohl nicht immer klar ist, wer diese Gruppen sind und was ihre Ziele sind, unterstützt der Westen die Rebellen gegen Assad. Darüber hinaus unterstützen Saudi-Arabien und Katar, die wiederum vom Westen unterstützt werden, die Rebellen mit der Finanzierung von Waffen.⁴² Al-Qaida, al-Nusra und der Islamische Staat sind Terrororganisationen und werden auch als solche wahrgenommen, sowohl von der Regierung in Damaskus als auch vom Westen. Dennoch werden die Dihadisten und Salafisten, teils über Umwege, aus verschiedenen Richtungen unterstützt, um den Fall Assads zu beschleunigen.⁴³ Allein innerhalb Saudi-Arabiens kann es vorkommen, dass "unterschiedliche saudische Prinzen [...] gleich mehrere Konfliktparteien, die sich untereinander bekämpfen, unterstützen."⁴⁴ Außerdem hat die Opposition al-Qaida im Kampf gegen Baschar al-Assad um Hilfe gebeten,⁴⁵ womit durch die Unterstützung der syrischen Opposition gleichzeitig die Terrororganisation gefördert wird. In Syrien selbst werden al-Qaida und ihr syrischer Ableger, die al-Nusra-Front, deutlich höher angesehen als der Islamische Staat, da die ersten beiden größtenteils aus arabisch-stämmigen Kämpfern bestehen, während der IS hauptsächlich ausländische Kämpfer anspricht.⁴⁶

Die libanesische schiitische Miliz Hisbollah unterstützt den syrischen Präsidenten und bildet zusammen mit dem Iran eine Achse des Widerstands, der sich mittlerweile auch der Irak angeschlossen hat.⁴⁷ Auf die meisten der anderen negativ angesehenen Gruppierungen wird in den untersuchten Zeitungen kaum eingegangen und sie spielen auch in den alternativen Medien nahezu keine Rolle. Die Khorasan-Gruppe wird in *Die Welt* als Grund für ein Eingreifen des Westens in den Syrien-Krieg genannt, da diese Organisation, nach Aussage der Zeitung, extrem gefährlich für den Westen sei.⁴⁸ Die iranische Revolutionsgarde, sowie die afghanische Fatemiyoun unterstützen Baschar al-Assad. Die Gruppierung Jaish al-Islam ist ein Rebellenzusammenschluss von 43 syrischen Gruppen unter Ausschluss der Terrororganisationen al-Qaida, al-Nusra und dem IS.⁴⁹ Wirklich nützliche und aussagekräftige Hintergrundinformationen über diese Gruppierungen sind weder in den Mainstream- noch in allgemeinen alternativen Medien verbreitet. Hierzu muss der

³⁷ Vgl. Zein (2013).

³⁸ Vgl. Zein (2013).

³⁹ Berger (09.02.2012), "Syrien und die Scheinheiligkeit des Westens", *NachDenkSeiten*.

⁴⁰ Vgl. Schall (27.09.2012), "Zu Syrien und weit darüber hinaus", *NachDenkSeiten*.

⁴¹ Vgl. Berger (13.09.2013), "NachDenkGespräche – Was passiert eigentlich in Syrien?", *NachDenkSeiten*.

⁴² Vgl. Schall (27.09.2012), "Zu Syrien und weit darüber hinaus", *NachDenkSeiten*.

⁴³ Vgl. Duschner (28.11.2015), "Ein Volk im Elend", *Free21*. Sowie: Scheben (08.12.2015), "Syrien, ein Krieg um Gas und Öl", *Free21*.

⁴⁴ Berger (05.01.2016), "Saudi Arabien – der große Brandstifter am Golf", *NachDenkSeiten*.

⁴⁵ Vgl. Müller (30.11.2015), "Krieg ist die Ultima irratio", *NachDenkSeiten*.

⁴⁶ Vgl. Schall (27.09.2012), "Zu Syrien und weit darüber hinaus", *NachDenkSeiten*.

⁴⁷ Vgl. Wernicke (23.08.2016), "Leiser Optimismus im Mittleren Osten?", *NachDenkSeiten*.

⁴⁸ Vgl. *Die Welt* (12.11.2014), Flade: "Die Dschihadisten wollen sich wieder ins Gespräch bringen".

⁴⁹ Vgl. *The Guardian* (08.11.2013), Black: "Saudi Arabia to spend millions training new rebel force in Syria".

Interessierte zu wissenschaftlichen oder wissenschaftsjournalistischen Büchern greifen⁵⁰.

2.3.2. Länder

Auch hier gilt, dass alle Länder, die sich für den syrischen Präsidenten einsetzen, in den ausgewählten Massenmedien negativ dargestellt werden, während diejenigen, die sich gegen ihn engagieren, in ein positives Licht gerückt werden. Somit werden besonders Russland und der Iran als die Bösen dargestellt, während der gesamte Westen und dessen Partner, wie beispielweise Saudi-Arabien oder Katar, als die Guten gelten.⁵¹ Die folgenden selbst gestalteten Übersichtskarten zeigen wie die einzelnen Länder, die an dem Krieg in Syrien beteiligt sind, in den untersuchten Zeitungen repräsentiert und kategorisiert werden.

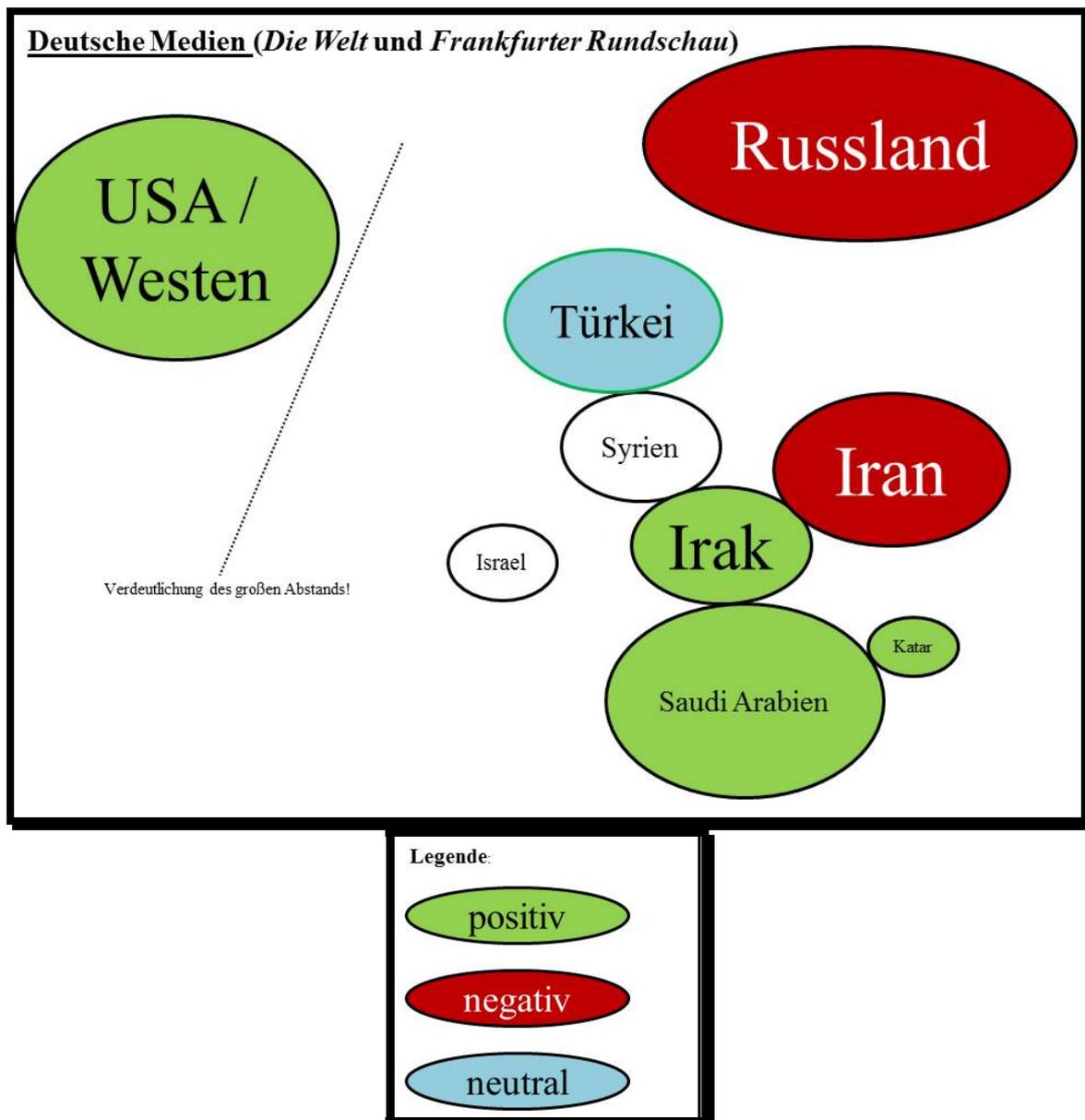


Abb. 2

⁵⁰ Beispielsweise Lüders (2015) und Ganser (2016).

⁵¹ Gut und Böse wird hier als klassischer Kontrast dargestellt. Dabei wird bewusst auf diese eher schwammigen Begriffe zurückgegriffen, da sie in den Massenmedien durchaus so verwendet werden. Dieses Schwarz-Weiß-Denken soll hierbei aber angeprangert und keinesfalls unterstützt werden.

In den deutschen Medien ist die oben genannte Aufteilung zwischen Gut und Böse ganz deutlich. Einzig die Türkei bildet hier eine Ausnahme. Zwar kämpft sie für den Sturz von Baschar al-Assad und auch gegen den Islamischen Staat, allerdings bekämpft sie auch die Kurden, die wiederum von den USA unterstützt werden. Die deutschen Medien ordnen die Türkei demnach weniger fest in das Freund-Feind-Schema ein als die anderen Länder.

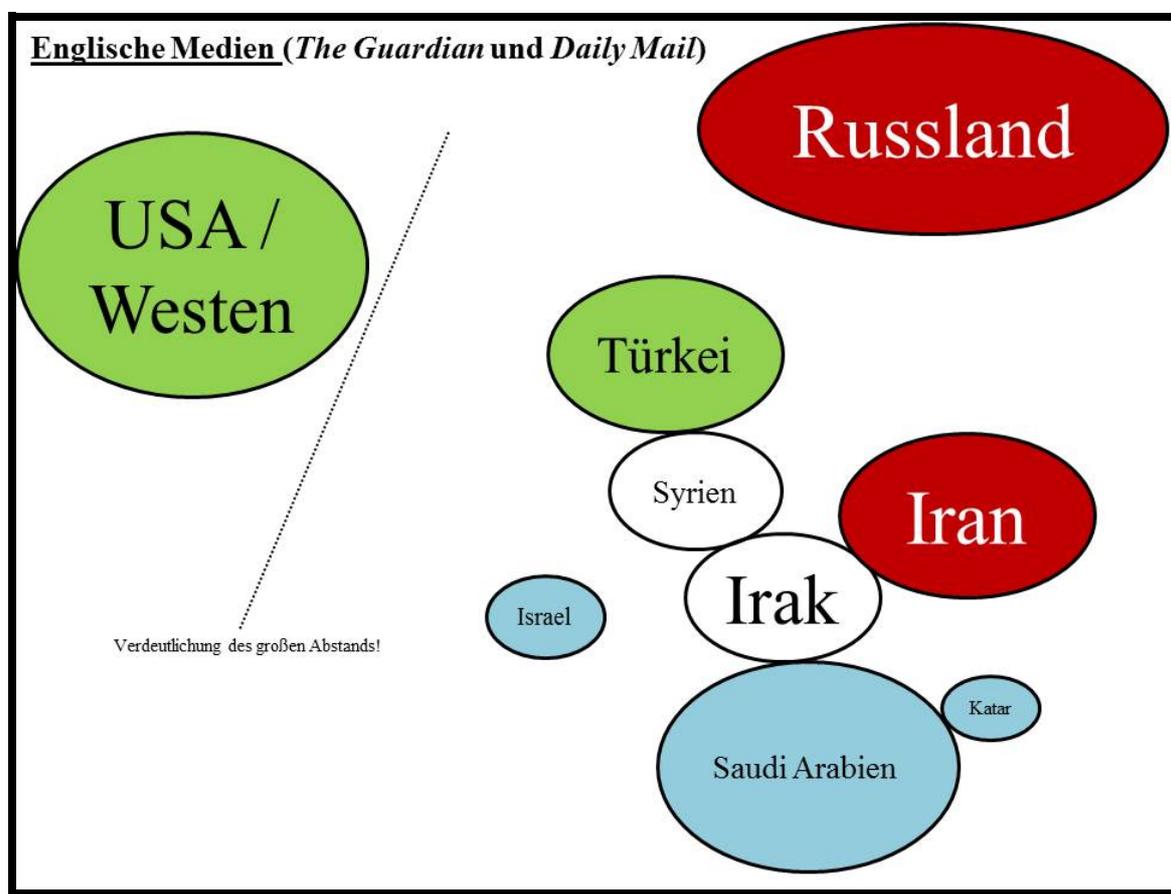


Abb. 3

Die englischen Medien kategorisieren die Partner Assads in derselben Weise wie die deutschen Medien dies tun. Allerdings wird hier die Türkei deutlich positiver gesehen, während Saudi-Arabien und Katar neutraler betrachtet werden. Statt dem Irak wird hier Israel eingeordnet, wobei dies als neutral dargestellt wird.

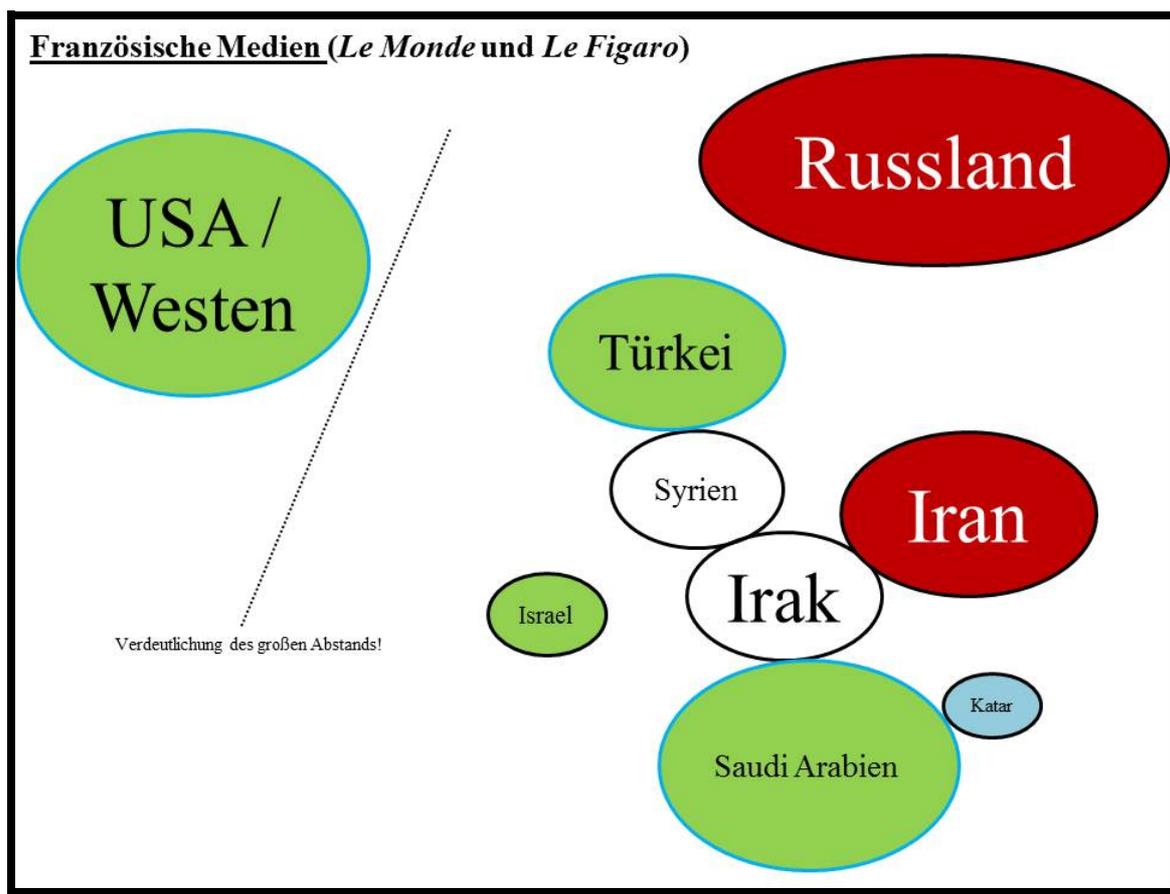


Abb. 4

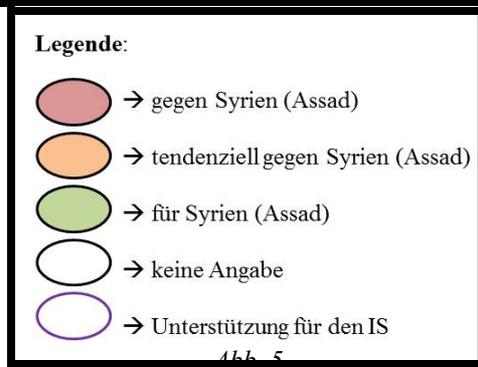
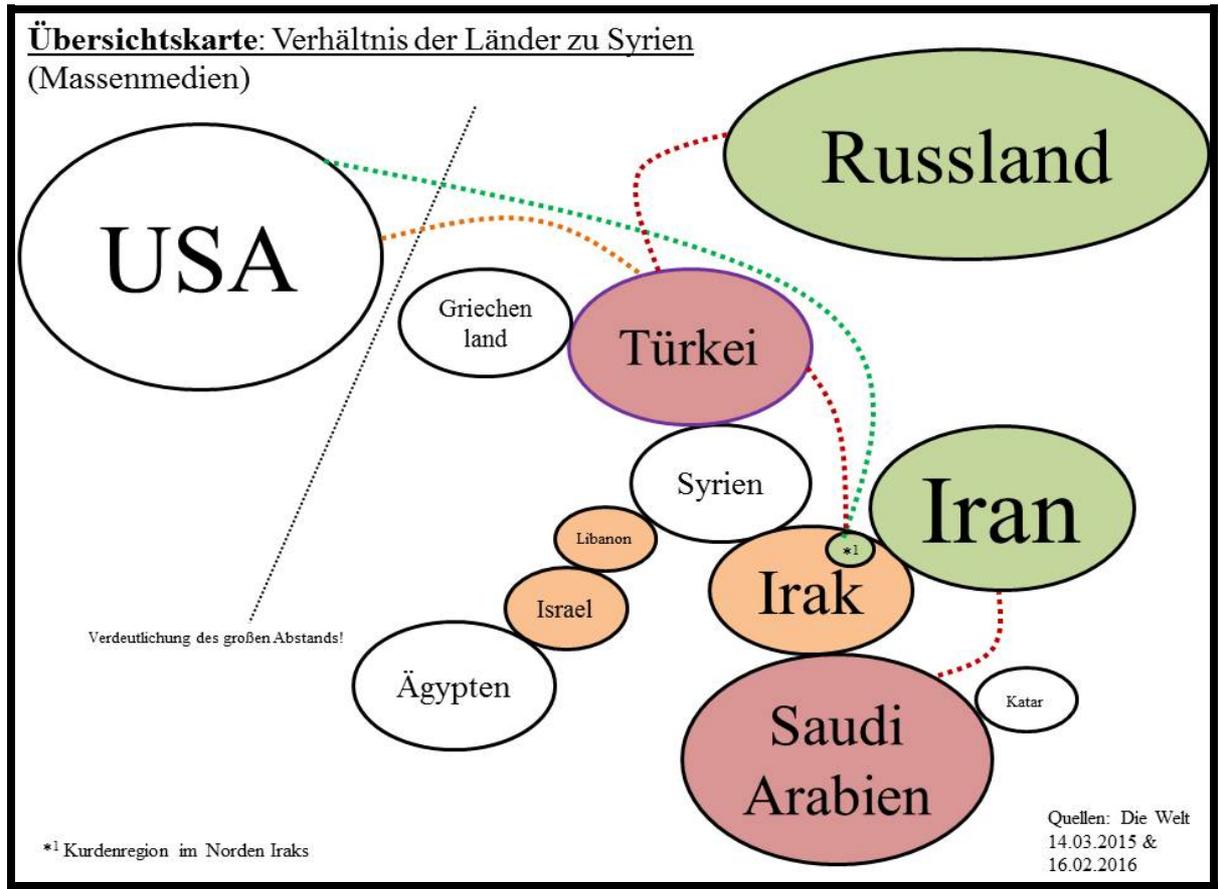
Auch in den französischen Medien werden Russland und der Iran stark negativ dargestellt. Dafür werden die USA, die Türkei und der Westen positiv, mit einer Tendenz zum Neutralen dargestellt. Katar bleibt hier, wie in den englischen Medien, neutral, während Israel in der Zeitung *Le Figaro* positiv bewertet wird.

Alles in Allem sind die Freund-Feind-Bilder in den drei untersuchten Zeitungen sehr ähnlich und relativ stabil. Demnach kämpft aus europäischer Sicht der gute Westen, zusammen mit seinen Partnern, die mal mehr, mal weniger stark kategorisiert werden, gegen die Achse des Bösen und des Widerstands, die sich aus dem syrischen Präsidenten und seinen Partnern, Russland und Iran, zusammensetzt. Der Westen sieht Länder wie Katar oder Saudi-Arabien als Verbündete oder sogar als sehr gute Partner an. Im Zusammenhang mit der Golfmonarchie Saudi-Arabien wird sogar über ihre Funktion als Anker der Stabilität im Nahen Osten gesprochen.⁵² Im Folgenden⁵³ werden die Beziehungen der am Konflikt beteiligten Länder zu Syrien, sowie teils untereinander, präsentiert. Zunächst wird die Darstellung in den Mainstreammedien⁵⁴ und im Anschluss die in einigen alternativen Medien vorgestellt.

⁵² Vgl. *Die Welt* (24.09.2011), "Saudi-Arabien – 'Ein Stabilitätsanker in der Region'".

⁵³ Die Übersichtskarte ist selbst gestaltet und zusammengestellt. Aus folgenden Quellen setzt sich diese Darstellung zusammen: *Die Welt* (14.03.2015), "Vier Jahre Bürgerkrieg". Und: *Die Welt* (16.02.2016), Hackensberger: "In Syrien tobt der Krieg der Stellvertreter". Der nachfolgende Text ergibt sich aus den Berichten dieser Artikel. Alle Informationen aus den anderen untersuchten Zeitungen werden gesondert angegeben.

⁵⁴ Die Aufstellung ergibt sich aus zwei Artikeln der deutschen Zeitung *Die Welt*. Diese stehen repräsentativ für die gesamten untersuchten Zeitungen der Mainstreammedien.



Besonders bei der Betrachtung dieser Überblickskarte wird die oben bereits angesprochene Kategorisierung in “gute” und “böse” Länder deutlich. Die in den Mainstreammedien positiv beleuchteten Länder sind diejenigen, welche sich gegen Baschar al-Assad aussprechen und umgekehrt. Auffällig sind die Erklärungen zu den einzelnen Einstellungen der Länder. So hält **Russland** den syrischen Präsidenten nur an der Macht, um seinen eigenen Interessen nachzugehen und Syrien auszunutzen. Dabei ist es ein enger Verbündeter von Assads Baath-Regime und beliefert sogar die syrische Armee mit Waffen.⁵⁵

Ähnlich verhält es sich mit dem **Iran**, der Assads engster Verbündeter ist und ihm als Partner auch im Kampf gegen den Islamischen Staat beisteht. Allerdings handelt der Iran den Massenmedien zufolge nur so, um weiterhin vom Krieg zu profitieren. Auch die **Kurden**, die sich eine Region im Norden Iraks erkämpft haben, profitieren vom Krieg in Syrien. Dennoch wird die kurdische Peshmerga, welche als einzige effizient gegen den IS kämpft, vom Westen militärisch unterstützt.

⁵⁵ Vgl. *Frankfurter Rundschau* (18.06.2011), Gehlen: “Freunde und Feinde”.

Der **Irak** hingegen ist nur tendenziell für Assad. Trotz angespanntem Verhältnis⁵⁶ steht er im Großen und Ganzen zwar auf Assads Seite und sollte mit ihm vereint gegen den IS kämpfen, allerdings unterstützen die Sunniten im Land den Islamischen Staat, also einen starken Gegner Assads. In **Israel** ist die Lage ähnlich wie im Irak. Die Angst vor den Terrororganisationen IS und al-Qaida ist größer als die Feindschaft mit Baschar al-Assad. Auch der **Libanon** hat eine Tendenz gegen Assad, da es lange Zeit nahezu von Syrien besetzt war und immer noch stark vom syrischen Präsidenten abhängig ist.⁵⁷ Die libanesische schiitische Miliz Hisbollah kämpft, wie bereits unter oben dargestellt, in Syrien für Assad

Im Gegensatz hierzu hat **Saudi-Arabien** viel Geld in den Sturz von Assad gesteckt, denn die Achse Syrien und Iran missfällt dem Königreich,⁵⁸ das an sich schon ein schlechtes Verhältnis zum Iran hegt, da dieser ihr "Haupttrivale [...] um die Vormachtstellung am Golf"⁵⁹ ist. Zwar ist die Golfmonarchie Teil der Anti-IS-Koalition, dennoch besteht der Vorwurf sie würde gerade diese Terrororganisation aktiv unterstützen. Eben diesen Vorwurf gibt es auch gegen **Katar** und die **Türkei**. Letztere unternimmt alles, um Assad zu stürzen, und unterstützt dafür auch radikale Islamisten in Syrien. Außerdem beschuldigt es Assads Verbündeten Russland, sich wie eine Terrororganisation zu verhalten. Auch von Russlands Seite aus ist das Verhältnis zur Türkei schlecht. Hier besteht der Vorwurf, den internationalen Terrorismus zu unterstützen.

Die **Vereinigten Staaten** schauen ebenfalls kritisch auf die Türkei, da sie neben Assad auch die Kurden bekämpft. Auf **Ägyptens** Verhältnis zu Syrien wird nicht eingegangen, stattdessen wird das Land als aktiver Gegner des Islamischen Staates präsentiert. Zu dem Verhältnis der USA oder allgemeiner dem Westen zu Syrien wird in den Artikeln aus den Jahren 2015/16 keine Angabe gemacht. Zu Beginn des Krieges haben die USA allerdings scharfe Kritik am syrischen Präsidenten geäußert.⁶⁰ Generell lässt sich sagen, dass die negativen Beziehungen zu Syrien damals abgeschwächt dargestellt wurden, während die positiven negativ belegt wurden. Letzteres zeigt sich in den aktuelleren Artikeln der Mainstreammedien sogar noch deutlicher. Allerdings wird die Einstellung gegenüber den Gegnern Assads tendenziell ein wenig kritischer als diese noch fünf Jahre zuvor war. Obwohl die deutschen Medien sich in einem früheren Analyseschritt als die am stärksten wertenden angedeutet hatten, sind die englischen und französischen bezüglich der Konfliktparteien sehr ähnlich angesiedelt. Eine umfassende Übersicht der einzelnen Zeitungen kann allerdings im Rahmen dieser Arbeit nicht gegeben werden. Stattdessen werden Hintergründe für die Einstellung der Massenmedien vorgestellt und im Anschluss ein Vergleich zu alternativen Medien gegeben.

2.4. Hintergründe zum Syrien-Krieg

"Im Februar 2012 entstand auf Initiative des französischen Präsidenten Sarkozy die 'Gruppe der Freunde des syrischen Volkes', in der sich die Gegner Assads, der Westen, die Türkei und die Golfstaaten, zusammenschlossen. Unter Federführung Washingtons setzten sie alles daran, Assad zu stürzen. Damaskus wurde, wie in solchen Fällen üblich, mit Sanktionen überzogen, Assad zur Unterperson schlechthin stilisiert ('Schlächter', 'Hitler'), eine Opposition aufgebaut, zunächst Nationalrat geheißen, dann Nationale Koalition, die mit Sitz in Istanbul die Machtübernahme in Syrien vorbereiten sollte. Offiziell im Namen von Demokratie und Menschenrechten, aus Gründen der Humanität, um das Leid der Syrer zu beenden. In Wirklichkeit war das Kalkül ein anderes: Stürzt das Assad-Regime, kommt eine sunnitische Regierung an die Macht, welche die

⁵⁶ Vgl. *Frankfurter Rundschau* (18.06.2011), Gehlen: "Freunde und Feinde".

⁵⁷ Vgl. *Frankfurter Rundschau* (18.06.2011), Gehlen: "Freunde und Feinde".

⁵⁸ Vgl. *Frankfurter Rundschau* (18.06.2011), Gehlen: "Freunde und Feinde".

⁵⁹ *Frankfurter Rundschau* (18.06.2011), Gehlen: "Freunde und Feinde".

⁶⁰ Vgl. *Frankfurter Rundschau* (18.06.2011), Gehlen: "Freunde und Feinde".

privilegierten Beziehungen zu Teheran beenden und sich dem Westen zuwenden würde.”⁶¹

In diesem kurzen Zitat aus Michael Lüders’ Buch *Wer den Wind sät* zeigt sich, dass genau diese Gruppe der Freunde des syrischen Volkes in den Zeitungen der Massenmedien meist sehr positiv dargestellt werden. Außerdem lässt sich tatsächlich eine Verbindung zum Berichtstil über Baschar al-Assad feststellen, der besonders in den deutschen und teils in den englischen Zeitungen dämonisiert wird. Vor diesem Tyrannen gilt es das Volk zu befreien. Die Intentionen der westlichen Allianz werden durch diesen Abschnitt bereits vorweggenommen. Es werden also die Hintergründe des Syrien-Krieges deutlich, die auch im Folgenden mit Hilfe der alternativen Medien noch weiter präsentiert werden sollen.

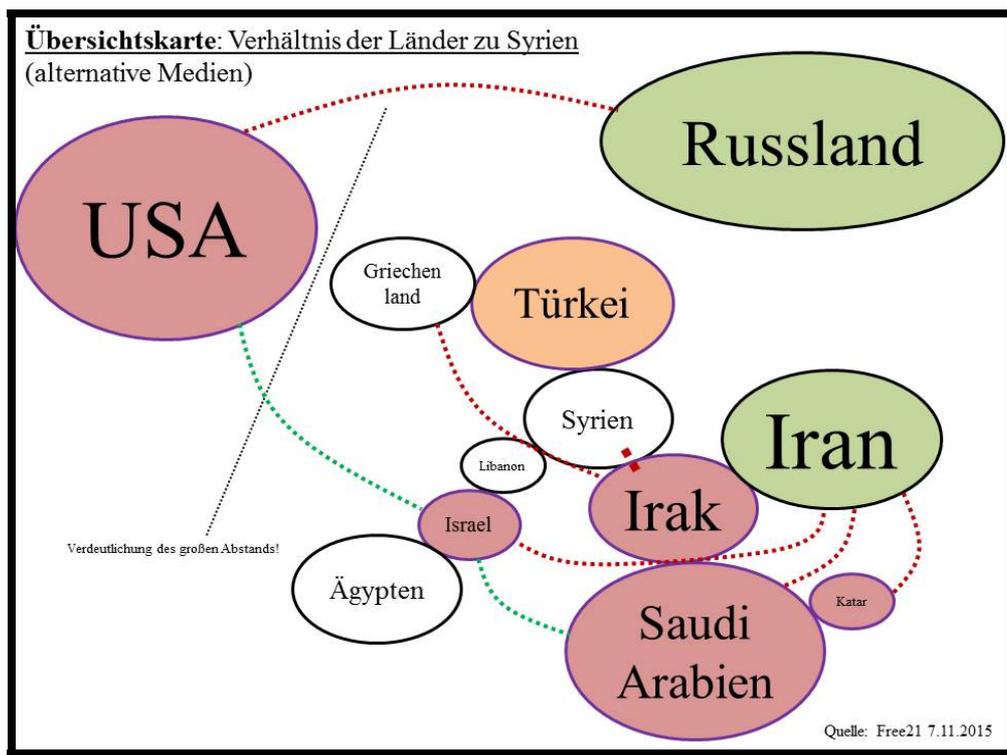


Abb. 6

Anhand der vorstehenden Karte⁶² werden die Konfliktparteien auf Länderebene dargestellt. Es ergibt sich durch die alternativen Medien die Konstellation, die auch der Islamexperte Michael Lüders 2015 herausgearbeitet hat.

“[A]us dem syrischen Bürgerkrieg [hat sich] spätestens 2012 ein Stellvertreterkrieg [entwickelt], in dem sich, vereinfacht gesagt, zwei Lager gegenüberstehen. Auf der einen Seite die westlichen Staaten, die Türkei und die Golfstaaten, allen voran Saudi-Arabien, die Assad gestürzt sehen wollen. Auf der anderen Seite Russland, China und der Iran, die genau das zu verhindern suchen, und Assad nach Kräften unterstützen.”⁶³

Auch in den alternativen Medien ist **Russland** ein starker Unterstützer von Baschar al-Assad. Tatsächlich hegt Putin dabei auch eigene Interessen, da es seinen einzigen Marinestützpunkt im Nahen Osten im syrischen Tartus⁶⁴ hat und somit Syrien als Verteiler von Bodenschätzen nach Europa gilt. Des Weiteren hält Russland “an Assad fest, weil [es nicht will], dass Syrien an den

⁶¹ Lüders (2015: 70 f.).

⁶² Die Übersichtskarte ist selbst gestaltet und zusammengestellt. Die Legende ist bei der vorhergehenden Übersichtskarte zu finden. Aus folgender Quelle stammt diese Darstellung: Jebesen (07.11.2015), “Syrien: Spielball geopolitischer Interessen” *Free21*. Der nachfolgende Text ergibt sich aus den Berichten dieses Artikels.

⁶³ Lüders (2015: 69).

⁶⁴ Vgl. Lüders (2015: 79).

Westen fällt.“⁶⁵ Für Putin ist Baschar al-Assad ein wichtiger Verbündeter im Nahen Osten. Deshalb stellt sich der russische Präsident auch, zusammen mit China, gegen alle UN-Resolutionen, “die das Assad-Regime schwächen oder eine Militärintervention vorbereiten könnten, etwa durch die Einrichtung von Flugverbotszonen oder Schutzgebieten für Flüchtlinge.“⁶⁶ Allerdings lässt der russische Präsident syrische und auch russische Chemiewaffen zerstören, deren Benutzung für Obama die “rote Linie” ist, deren Überschreitung Konsequenzen fordert. Somit versucht Russland den USA und deren Verbündeten die Kriegsgrundlage in Syrien zu vernichten.

Der **Iran** hat ebenso eine positive Verbindung zu Syriens alawitischer Herrscherelite. Allerdings verbindet diese beiden Länder nicht nur der schiitische Glauben, sondern auch ein gemeinsames Pipeline-Projekt, durch das iranisches Gas über den Irak Richtung Syrien befördert werden soll um letztendlich nach Europa zu fließen.⁶⁷ In diesem Zusammenhang ist es unumgänglich, auf dieses Pipeline-Projekt einzugehen und ein konkurrierendes Projekt vorzustellen. Für die konkurrierenden Mächte sind die beiden wirtschaftlichen Projekte ein wichtiger Konfliktpunkt, der den Syrien-Krieg mit angeschürt hat.

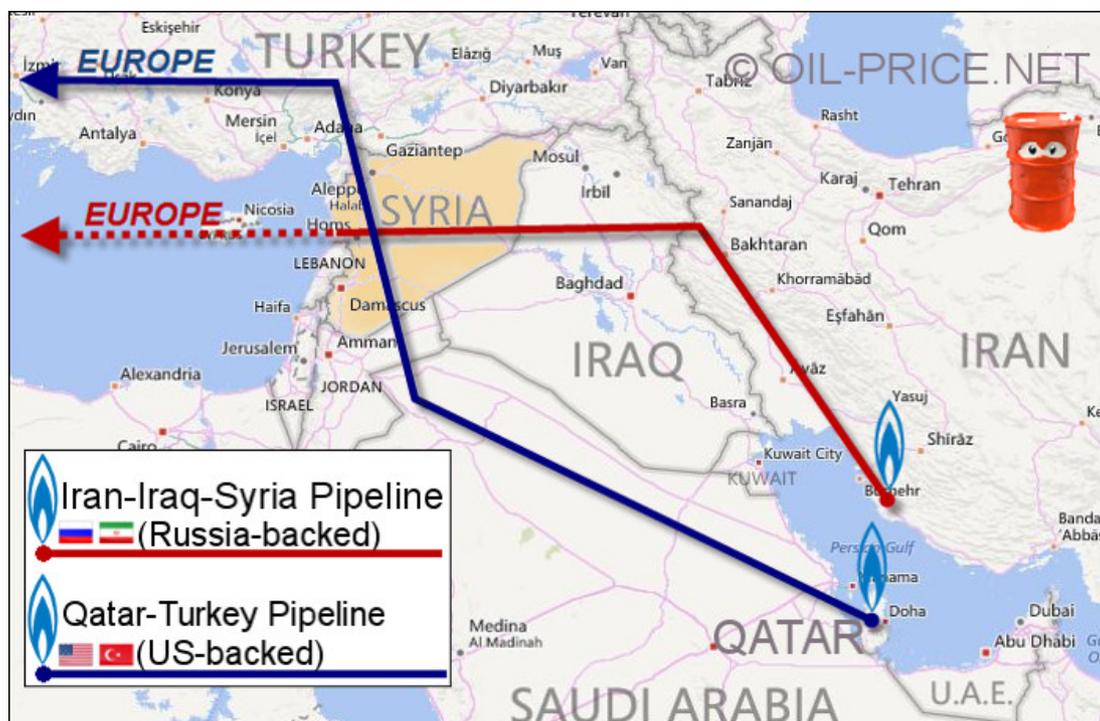


Abb. 7

Im Folgenden werden die eben genannten und in der Grafik⁶⁸ dargestellten Pipeline-Projekte, die sich in Syrien überschneiden und einen entscheidenden Anteil am Syrien-Krieg tragen, kurz vorgestellt. Das ist ein wichtiger Punkt, der in den Mainstreammedien nahezu völlig verschwiegen wird. Die westliche Presse wiederholt ununterbrochen, “dass unsere militärische Unterstützung für den syrischen Widerstand nur aus humanitären Gründen erfolgt[. Allerdings] sehen viele Araber die aktuelle Krise nur als einen weiteren Stellvertreterkrieg um Pipelines und Geopolitik.“⁶⁹ Die eben angesprochene iranisch-irakisch-syrische Pipeline, auch bekannt als Islamische Pipeline,⁷⁰ die von Russland unterstützt wird, konkurriert mit der katarisch-türkischen Pipeline, die von den USA

⁶⁵ Lüders (2015: 71).

⁶⁶ Lüders (2015: 71).

⁶⁷ Vgl. Jebesen (07.11.2015), “Syrien: Spielball geopolitischer Interessen” *Free21*.

⁶⁸ Austin (14.10.2015). Zwei Pipeline-Projekte laufen durch Syrien.

⁶⁹ *NachDenkSeiten* (17.03.2016), Berger: “Warum uns die Araber in Syrien nicht wollen”.

⁷⁰ Vgl. *Free21* (14.01.2016), Sassi: “Warum muss das kleine Syrien solche Leiden erdulden?”.

unterstützt wird. Aus der Sicht der Araber begann der Krieg des Westens gegen den syrischen Präsidenten bereits im Jahr 2000 als die zwei konkurrierenden Projekte vorgeschlagen wurden. Die katarisch-türkische Pipeline wurde vom Westen bevorzugt, da sie die Abhängigkeit von Russland deutlich verringert und Amerikas Verbündete im Nahen Osten gestärkt hätte. Auch der Einfluss des sunnitischen Saudi-Arabiens wäre gestiegen, was der Golfmonarchie ein Vorgehen gegen den schiitischen Iran erleichtert hätte. Für die Russen, die diese Pipeline als NATO-Projekt empfanden, war dies eine Bedrohung. Deren Verbündeter Baschar al-Assad weigerte sich 2009 der katarisch-türkischen Pipeline zuzustimmen und befürwortete die von Russland gestützte Islamische Pipeline.⁷¹ Dementsprechend kann der Krieg in Syrien als ein Krieg um Erdgas und Pipelines eingeordnet werden.

Durch diesen Einschub über die konkurrierenden Pipeline-Projekte als Kriegsursache wurde auch schon das Verhältnis vom schiitischen **Iran** zu Syrien und zum sunnitischen Katar und Saudi-Arabien erläutert. Der größte Gegner der Islamischen Pipeline, **Katar**, ist der weltweit größte Flüssiggasproduzent und enger Verbündeter der USA. Auch Deutschland unterstützt das sunnitische Königshaus mit Panzern, obwohl vermutet wird, dass es die Terrororganisation IS unterstützt, um Assad zu stürzen.⁷²

Die traditionell sunnitische Golfmonarchie **Saudi-Arabien**, die in den Mainstreammedien als Anker der Stabilität gilt, ist zutiefst verfeindet mit dem Iran und somit auch mit dessen Partner Syrien. Allerdings steht das reiche Land, das auch als die "Tankstelle der Welt"⁷³ bezeichnet wird, vor einigen Problemen. Die 7000 Prinzen der al-Saud-Dynastie feiern ausgelassen mit Alkohol, Drogen und Callgirls, während ihre Religion, der Wahabismus, eine extreme und ultrakonservative Form des Islams ist. Saudi-Arabiens Drei-Klassen-Gesellschaft ist enorm teuer und muss auch weiterhin finanziert werden. Da dies aber durch die niedrigen Ölpreise kaum mehr möglich ist, greift die Königsfamilie zu Massenhinrichtungen, um ihre Macht zu sichern.⁷⁴ Das ist allerdings keine Ausnahme, denn das Enthaupten gehört zur Tradition der Golfmonarchie. Dennoch ist Saudi-Arabien Mitglied im UN-Menschenrechtsrat.⁷⁵ Zwar unterstützt das sunnitische Land die USA in ihrem Kampf gegen den Terror, allerdings "gilt Saudi-Arabien jedoch auch als größter und bedeutendster Sponsor des religiösen Extremismus, des Islamismus und des islamistischen Terrorismus."⁷⁶ Alles in allem sollte ein so widersprüchliches Land vom Westen nicht als verlässlicher Partner und schon gar nicht als Stabilitätsanker anerkannt werden.

Die **USA** werden in den Mainstreammedien, trotz ihres Bündnisses mit den Golfmonarchien von Katar und Saudi-Arabien als der "gute" Gegenspieler zur Achse des Bösen dargestellt. Allerdings verfolgt das Land eindeutig eigene Interessen im Nahen Osten, wie dies am Beispiel der Pipeline-Projekte deutlich wurde. Das Verhältnis der USA ist sowohl zu Russland als auch zu Syrien desaströs. Die Vereinigten Staaten von Amerika "unterstützen den IS, da er als Gegenkraft sowohl Syrien, den syrischen Partner Iran, als auch Russland, ebenfalls ein Freund Syriens, schwächen soll."⁷⁷ Der internationale Sensenmann, der sich in den Medien als globaler Friedensrichter darstellt, agiert in seinen Kriegen medial unsichtbar und verschleiert somit die Wahrheit.⁷⁸ Dies geschah

⁷¹ Gesamter Absatz: Vgl. Kennedy, Robert F. Jr. (17.03.2016), "Warum uns die Araber in Syrien nicht wollen" *NachDenkSeiten*.

⁷² Vgl. Sassi (14.01.2016), "Warum muss das kleine Syrien solche Leiden erdulden?" *Free21*.

⁷³ Berger (05.01.2016), "Saudi Arabien – der große Brandstifter am Golf", *NachDenkSeiten*.

⁷⁴ Die Informationen über Saudi-Arabien stammen aus: Berger (05.01.2016), "Saudi Arabien – der große Brandstifter am Golf", *NachDenkSeiten*.

⁷⁵ Vgl. Jebesen (07.11.2015), "Syrien: Spielball geopolitischer Interessen" *Free21*.

⁷⁶ Die Informationen über Saudi-Arabien stammen von: Berger (05.01.2016), "Saudi Arabien – der große Brandstifter am Golf", *NachDenkSeiten*.

⁷⁷ Jebesen (07.11.2015), "Syrien: Spielball geopolitischer Interessen" *Free21*.

⁷⁸ Vgl. Jebesen (07.11.2015), "Syrien: Spielball geopolitischer Interessen" *Free21*.

bereits vor und während des Krieges gegen den Irak. “Mit dem Zerfall des **Irak** entstand dort dann ein Failed State. Ein gescheiterter Staat, dessen [von den USA] gut ausgebildete Militärs heute die Führungsschicht des IS abgeben.”⁷⁹ Das Verhältnis des Iraks zu Syrien steht ganz im Gegensatz zum Zueinanderstehen, wie es von den Massenmedien propagiert wird, denn formal befinden sich die beiden Länder immer noch im Krieg.

Israel hat auch einen großen Streitpunkt mit Syrien, die syrischen Golanhöhen, die es seit 1967 besetzt hält. Anders als in den Massenmedien behauptet hat Israel keine Angst vor dem Islamischen Staat, sondern unterstützt ihn direkt, um Assad zu stürzen.⁸⁰ “Wesentlich ist, dass der Staat Israel keine fest definierten Grenzen kennt und nennt. Dahinter steht der Plan, ein Groß-Israel weiter voran zu treiben: Eretz Israel.”⁸¹ Für das zionistische Land ist dieser Krieg aber auch einer um das Wasser des Jordans, das für das Wachstum Israels und die gewünschte Übernahme Palästinas und Vernichtung Jordaniens unumgänglich ist.⁸² Auffällig hierbei ist, dass die Massenmedien die Verhältnisse dieser Länder zu Syrien deutlich abgeschwächt präsentieren.

Einzig das Verhältnis der **Türkei** zu Syrien wird in den Mainstreammedien negativer dargestellt als es tatsächlich ist. Noch 2012 war die Türkei mit Syrien eng befreundet und hat es sogar vor dem Einmarsch des IS in Schutz genommen. Mittlerweile bekämpft Erdoğan tatsächlich syrische Truppen und besonders die Kurden, die aus diesem Krieg profitieren. Er unterstützt sogar den Islamischen Staat, um seine Feinde, die Kurden, zu vernichten. Das bedeutet, dass die Türkei an sich nichts gegen ihren “Bruder”⁸³ Baschar al-Assad hat und demnach auch nicht unbedingt gegen ihn agiert, sondern in erster Linie gegen die Kurden kämpft, die in diesem Krieg geschlagen werden sollen. Für Europa ist die Türkei kaum mehr als das Auffangbecken für Flüchtlinge. Diese “Flüchtlinge werden als Waffe eingesetzt, indem man erst Fluchtwellen produziert, durch Krieg, und die Flüchtlinge später gezielt in andere Länder lockt.”⁸⁴ Somit wird dem bombardierten Land zusätzlich geschadet, da, in diesem Fall aus Syrien, die Menschen fliehen, die sich diese Flucht leisten können und eigentlich benötigt würden, um das Land stabil zu halten.

Auf das Thema der Flucht wird später in dieser Arbeit noch eingegangen werden. Die kritische Diskursanalyse zeigt aber bereits, wie alle untersuchten Zeitungen Fakten verschieben und verheimlichen. Auf die einzelnen Länder bezogen, lässt sich sagen, dass in den deutschen Zeitungen die mit Abstand einseitigste Berichterstattung, besonders gegen den syrischen Präsidenten, vorzufinden ist. Es lassen sich kaum Berichte finden, die die Komplexität der Lage beleuchten und Hintergründe zum Syrien-Krieg aufzeigen. Der Standpunkt der englischen Berichterstattung ist der, der am meisten schwankt und sich über die Zeit auch am meisten verändert. Hier lassen sich eklatante Unterschiede zwischen den eher rechten und den tendenziell linken Zeitungen zu vermerken. Besonders auffällig ist die zunächst negative Konnotation der Begriffe in der Zeitung *Daily Mail* (rechts-konservativ), die später aber deutlich abnimmt. All dies wird in späteren Punkten dieser Arbeit noch herausgearbeitet werden. Auch in den französischen Zeitungen ist die Berichterstattung deutlich ausgewogener und weniger einseitig als in Deutschland. Besonders in der eher linken Zeitung *Le Monde* sind teils sehr facettenreiche Artikel zu finden. Auch verschiedene Meinungen werden hier präsentiert und ausführlich vorgestellt. Die Tendenzen aus der qualitativen, kritischen Diskursanalyse werden nun in der quantitativen, zunächst anhand der Begriffe “Krieg und Frieden”, ergänzt und überprüft.

⁷⁹ Jepsen (07.11.2015), “Syrien: Spielball geopolitischer Interessen” *Free21*.

⁸⁰ Vgl. Jepsen (07.11.2015), “Syrien: Spielball geopolitischer Interessen” *Free21*.

⁸¹ Jepsen (07.11.2015), “Syrien: Spielball geopolitischer Interessen” *Free21*.

⁸² Vgl. Jepsen (07.11.2015), “Syrien: Spielball geopolitischer Interessen” *Free21*.

⁸³ Vgl. Jepsen (07.11.2015), “Syrien: Spielball geopolitischer Interessen” *Free21*.

⁸⁴ Jepsen (07.11.2015), “Syrien: Spielball geopolitischer Interessen” *Free21*.

3. Quantitative Analyse

Auch bei den quantitativen Analysen handelt es sich generell um Überschriftenanalysen⁸⁵, die über die Online-Plattform *LexisNexis* zur Fluchthematik in Syrien durchgeführt werden. Die Untersuchungen sind eurolinguistisch im engeren Sinne, quasi “echt europäisch” gestaltet. Das bedeutet, dass alle Himmelsrichtungen Europas, wie dies bereits in der Einleitung vorgestellt wurde, abgedeckt sind. Um aussagekräftigere Resultate zu erhalten, werden auch hier immer eine eher linke und eine eher rechte Zeitung betrachtet.⁸⁶ Wie auch in der vorhergehenden Analyse wird untersucht, ob und in welchem Umfang die Mediensprachen der verschiedenen Länder sich gegenseitig beeinflussen und auf welche Art die “Meinungsmache” in den Zeitungen die Leser manipuliert. Außerdem werden die Standpunkte der verschiedenen Zeitungen in den verschiedenen Ländern verglichen. Die quantitative Analyse umfasst denselben Suchzeitraum wie auch die qualitative Analyse, vom 01. März 2011 bis 01. März 2016.⁸⁷ Im Rahmen dieser Studie werden die Überschriften sowie teilweise die Volltexte der einzelnen Zeitungen nach den jeweils festgelegten Suchbegriffen⁸⁸ in Zusammenhang mit Syrien untersucht. Im Gegensatz zur kritischen Diskursanalyse werden aus den Resultaten keine Artikel ausgewählt, sondern allein die Anzahl der Treffer ist ausschlaggebend für die Untersuchung. Doppelte Ergebnisse werden hierbei generell nicht gewertet. Innerhalb der gesamteuropäischen quantitativen Analysen kann es zu Abweichungen und Besonderheiten kommen, die dann zu Beginn gesondert erläutert werden.

3.1. Krieg und Frieden in Syrien

Bei dieser Teilstudie handelt es sich um eine reine Überschriftenanalyse zum Thema Krieg und Frieden in Syrien. Die Überschriften der einzelnen Zeitungen werden zunächst nach den Suchbegriffen “Krieg” und “Frieden” in Zusammenhang mit “Syrien” untersucht.⁸⁹ In einem zweiten Schritt wird diese Analyse weiter eingeschränkt. Hierbei werden die Zeitungsüberschriften nach den Suchbegriffen “Krieg beenden” und “Frieden schaffen” in Zusammenhang mit “Syrien” untersucht.⁹⁰ Bei dieser Suche müssen die Begriffe “Krieg” und “beenden” sowie “Frieden” und “schaffen” nicht zwingend direkt hintereinander in dieser Reihenfolge, sondern sollen nur gemeinsam in der Überschrift vorkommen.⁹¹

Irrelevante Ergebnisse der Suche wie beispielsweise “Die gefährlichste Weltlage seit Ende des Kalten Kriegs”⁹² oder “Russian moves in Syria have coalition questioning motives; Sources claim Moscow plans to extend its support of Assad regime and could end up running the war”⁹³ werden dann aussortiert. Somit fließen nur die relevanten Ergebnisse in die Studie mit ein, wie zum Beispiel die Überschriften “Frieden schaffen in Syrien”⁹⁴ oder “Iran calls for concerted international

⁸⁵ Eine hiervon ist eine reine Überschriftenanalyse, die andere eine Mischform aus Volltext- und Überschriftensuche.

⁸⁶ Vgl. *The Guardian* und *Daily Mail* und *Daily Mail on Sunday* (Vereinigtes Königreich), *Frankfurter Rundschau* und *Die Welt* (Deutschland), *Le Monde* und *Le Figaro* (Frankreich), *El País* und *El Mundo* (Spanien), *Gazeta Wyboreza* und *Gazeta Prawna* (Polen).

⁸⁷ Die Begründung hierzu ist unter 3.1.1. *Methodik und Grundlagen* zu finden.

⁸⁸ Diese werden in den einzelnen Untersuchungen vorgestellt, da sie sich je nach Analyse unterscheiden.

⁸⁹ Die Suche nach “Krieg” in einer deutschen Zeitung sieht demnach wie folgt aus: ÜBERSCHRIFT (Syri! UND Krieg).

⁹⁰ Die Suche nach “Krieg beenden” in einer deutschen Zeitung sieht demnach wie folgt aus: ÜBERSCHRIFT (Syri! UND Krieg w/5 !ende!). Die Suche nach “Frieden schaffen” in einer deutschen Zeitung sieht wie folgt aus: ÜBERSCHRIFT (Syri! UND Frieden w/5 !schaff!)

⁹¹ Die beiden Begriffe müssen innerhalb einer Phrase (5 Wörter Abstand = w/5) vorkommen. Ein weiterer Abstand verringert die Chance, dass sich die Suchbegriffe aufeinander beziehen.

⁹² *Die Welt* (21.01.2016), Herzinger: “Die gefährlichste Weltlage seit Ende des Kalten Kriegs”.

⁹³ *The Guardian* (17.09.2015), Chulov: “Russian moves in Syria have coalition questioning motives”.

⁹⁴ *Frankfurter Rundschau* (12.02.2016), “Frieden schaffen in Syrien”.

effort to beat Isis and end Syrian war”⁹⁵. Bevor allerdings auf diesen zweiten Teil der Studie eingegangen wird, werden die Ergebnisse der Analyse von “Krieg” und “Frieden” bezüglich Syrien vorgestellt und erläutert.

Insgesamt ergibt die Suche nach “Krieg” und “Frieden” im Zusammenhang mit Syrien 1.330 Treffer. Bei der Suche nach “Krieg beenden” und “Frieden schaffen” können dahingegen nur 26 Suchergebnisse ausgemacht werden. Hier muss auch erklärt werden, dass gerade in der zweiten Einzelanalyse überprüft werden muss, dass auch wirklich “Krieg beenden” und “Frieden schaffen” in Syrien gemeint ist. Die unpassenden Ergebnisse wurden vor der Analyse bereits aussortiert. Die folgende Grafik zeigt die absoluten Zahlen.

| | Krieg | Krieg beenden | Frieden | Frieden schaffen |
|-------------|-------|---------------|---------|------------------|
| Deutschland | 115 | 0 | 26 | 1 |
| Links | 31 | 0 | 9 | 1 |
| Rechts | 84 | 0 | 17 | 0 |
| | | | | |
| UK | 498 | 16 | 220 | 1 |
| Links | 478 | 16 | 210 | 1 |
| Rechts | 20 | 0 | 10 | 0 |
| | | | | |
| Frankreich | 153 | 0 | 53 | 1 |
| Links | 69 | 0 | 23 | 0 |
| Rechts | 84 | 0 | 30 | 1 |
| | | | | |
| Spanien | 178 | 2 | 45 | 0 |
| Links | 149 | 2 | 32 | 0 |
| Rechts | 49 | 0 | 13 | 0 |
| | | | | |
| Polen | 33 | 5 | 9 | 0 |
| Links | 9 | 0 | 3 | 0 |
| Rechts | 24 | 5 | 6 | 0 |

Abb. 8

Sofern nicht weiter angegeben, sind im folgenden genannte Unterschiede statistisch hoch signifikant (gemäß Chi-Quadrat-Tests).

3.1.1. “Krieg” und “Frieden”

Die folgende Grafik präsentiert die Ergebnisse für die eurolinguistische Medienanalyse zum Thema “Krieg und Frieden in Syrien”.

⁹⁵ *The Guardian* (18.12.2015), Tisdall: “Iran calls for concerted international effort to beat Isis and end Syrian war; Iran's foreign minister Mohammad Javad Zarif, writing for the Guardian, says global powers must join together to win ‘existential battle’ against extremists”.

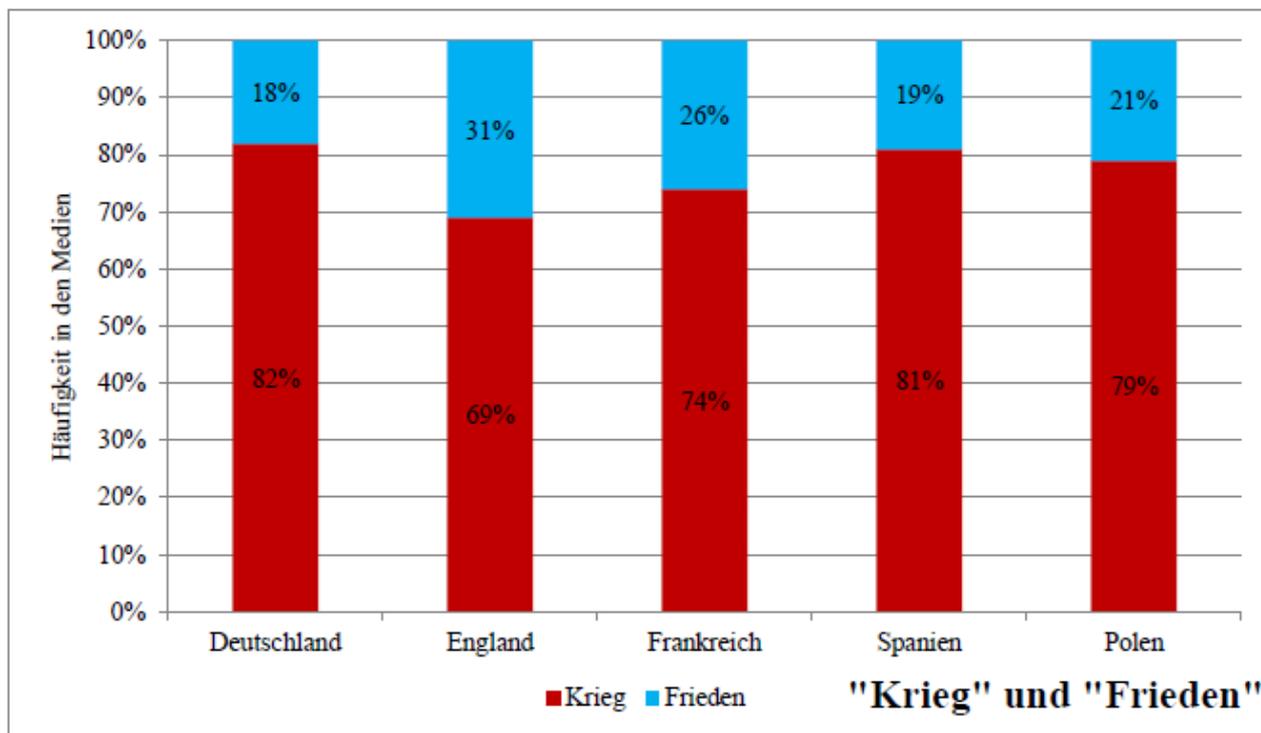


Abb. 9

Zunächst muss angemerkt werden, dass eine Unterscheidung nach den jeweils rechten und linken Zeitungen in diesem Fall nicht nötig ist, da die Differenz zwischen den beiden Tendenzen sehr gering⁹⁶ und somit nicht aussagekräftig ist. Auffällig ist, dass die untersuchten Länder deutlich mehr von Krieg als von Frieden in Bezug auf Syrien sprechen. Das ist auch durchaus sinnvoll und absolut realistisch, da es sich in Syrien tatsächlich um einen Krieg handelt. Dennoch sind Unterschiede zwischen den Ländern erkennbar. So sind hier die deutschen Zeitungen knapp vor den spanischen und polnischen die negativsten, die den Krieg in den Medien im Vergleich zum Frieden am meisten betonen. Im Gegensatz dazu, ist das Vereinigte Königreich, in dem zu einem Drittel von Frieden in den Berichten geschrieben wird, mit Abstand das positivste Land ist. Nach diesen ersten Einschätzungen ist die Einzelanalyse zum Thema "Krieg beenden" und "Frieden schaffen" besonders überraschend.

Zuvor wird aber noch darauf eingegangen, wie häufig in den einzelnen Ländern über den Syrien-Krieg berichtet wird. Dazu werden alle Treffer zu den einzelnen Suchbegriffen "Krieg" und "Frieden" summiert und die Verteilung der 1.330 Artikel der einzelnen Länder betrachtet. Zwar sind die einzelnen Zeitungen unterschiedlich umfangreich, doch darf man annehmen, dass sich dies kaum auf die Präsenz von zentralen Weltthemen auswirkt. Daher scheint ein solcher Vergleich legitim.

⁹⁶ Die größte Differenz beträgt 5,5 %-Punkte bei den deutschen Zeitungen, die geringste 1 %-Punkt bei den französischen Zeitungen.

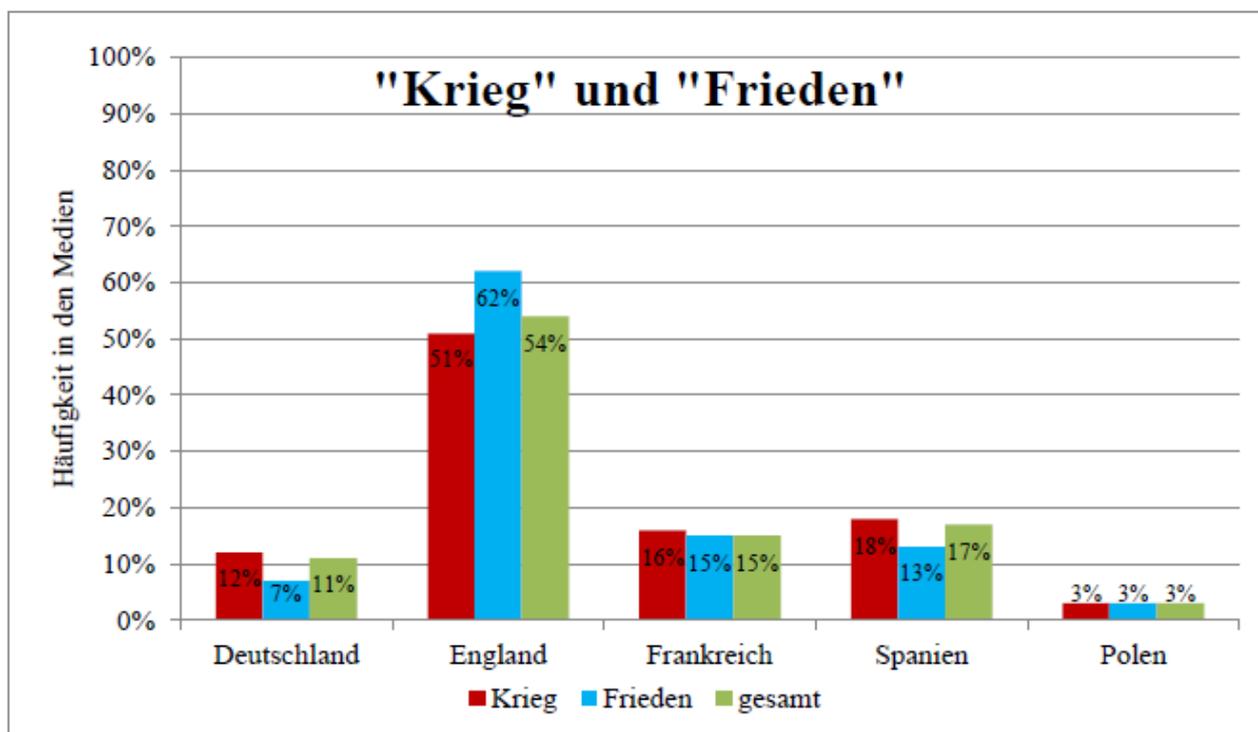


Abb. 10

In diesem Schritt zeigt sich, dass die englischen Medien, im Vergleich zu den anderen Ländern, mit Abstand am häufigsten sowohl über “Krieg” als auch über “Frieden” in Syrien berichten. Ganz im Gegensatz hierzu berichten die polnischen Zeitungen kaum über den Syrien-Krieg. Es scheint somit als wären anderen Themen in polnischen Medien wichtiger als die Frage nach “Krieg” oder “Frieden” in Syrien. Auch die deutschen Zeitungen berichten im Verhältnis zu den anderen Ländern wenig über den Syrien-Krieg, dabei aber deutlich mehr über “Krieg” als über “Frieden”. In den anderen zwei Ländern wird verhältnismäßig häufiger über “Krieg” als über “Frieden” berichtet. Somit scheint Polen mit Abstand das Land mit den am ehesten ausgeglichenen Medien zu sein. Die englischen Zeitungen sind im Verhältnis deutlich optimistischer oder zielorientierter als die Medien der anderen drei Länder. Diese Ähnlichkeiten der Ergebnisse lassen sich laut einer Medienforschungs-Studie der Landesanstalt für Medien in Nordrhein-Westfalen (LfM) auf die Art der Recherche zurückführen. Oftmals verlassen sich Journalisten “zum großen Teil auf Quellen, die bereits bekannt sind, was zu einer internen Selbstreferentialität führen kann.”⁹⁷

Darüber hinaus ließ sich in dieser Studie eine “hohe Konzentration journalistischer Aufmerksamkeit auf nur wenige, ausgewählte Internetangebote”⁹⁸ feststellen. Genau diese Erkenntnisse, der Selbstreferentialität sowie der Bezug auf dieselben Quellen, spiegeln sich in den Ergebnissen dieser Analyse wieder. Es scheint, als habe eine Zeitung mit einem bestimmten Berichtsstil begonnen, welcher dann von den anderen Zeitungen übernommen wurde. Dazu kommt noch eine wichtige Erkenntnis aus der Studie der LfM. “Eine Überprüfungsrecherche findet kaum noch statt.”⁹⁹ Das bedeutet, die ‘Fakten’ aus den Artikeln anderer Journalisten, auch aus anderen Ländern, werden die Grundlage für die eigenen Veröffentlichungen und dabei nicht überprüft, bevor sie kopiert werden. Besonders wahrscheinlich wird dies in dem Fall der Berichte über den Syrien-Krieg, da hier eine eigenständige Recherche besonders komplex ist. Statt selbst Korrespondenten in das Kriegsland zu schicken, verlassen sich die Journalisten auf die Recherche der anderen.¹⁰⁰ Diese

⁹⁷ Machill (2008: 330).

⁹⁸ Machill (2008: 13).

⁹⁹ Machill (2008: 325).

¹⁰⁰ Hier sind andere Korrespondenten, andere Zeitungen und auch andere Länder gemeint.

Selbstreferentialität der Medien kann linguistisch betrachtet als eine Auswirkung von Sprachenkontakt gesehen werden. Hierbei können sowohl gemeinsam verwendete Begriffe, wie es beispielsweise später in der Fluchtthematik am deutlichsten wird, oder eben gegenseitig beeinflusste Ideen verbreitet werden.

3.1.2. Einzelanalyse – “Krieg beenden” und “Frieden schaffen”

Im zweiten Teil dieser Studie werden die Zeitungen, wie bereits erläutert, auf die Begriffspaare “Krieg beenden” und “Frieden schaffen” untersucht. Hier muss vorweggenommen werden, dass die beiden Begriffspaare zwar dasselbe aussagen, aber verschiedene Einstellungen zum Syrien-Krieg vermitteln. So ist der Ausdruck “Krieg beenden” eher pessimistisch, während “Frieden schaffen” sehr optimistisch klingt. Natürlich handelt es sich bei dem Konflikt in Syrien um einen Krieg, daher ist es durchaus angebracht den Krieg beenden zu wollen. Dennoch kreieren diese Bezeichnungen verschiedene Bilder in den Köpfen der Leser und können diese damit unterschiedlich beeinflussen. Somit kann “Frieden schaffen” auf die Bevölkerung eher beruhigend wirken, wohingegen “Krieg beenden” diese eher aufbringt und Angst verbreitet. Bei diesem Phänomen handelt es sich um die linguistische Theorie der Frame-Semantik. Ein linguistischer Frame ist eine konzeptionelle Struktur die beim Denken verwendet wird.¹⁰¹ George Lakoff hat vier Lehren formuliert um den Prozess des Framings zu erklären.

1. Jedes Wort ruft einen Frame hervor.
2. Wörter die innerhalb eines Frames definiert werden rufen den Frame hervor.
3. Einen Frame zu negieren ruft den Frame hervor.
4. Einen Frame hervorzurufen verstärkt den Frame.¹⁰²

Das bedeutet, mit dem Begriffspaar “Krieg beenden” wird einerseits für Frieden plädiert, während andererseits beim Rezipienten der Frame “Krieg” geweckt wird. In diesem Fall wird folglich nicht der Frame gewählt aus dem der Zielgedanke, friedliches Zusammenleben, stammt. Somit kann das Begriffspaar “Krieg beenden” als negativ beeinflussend gewertet werden, auch wenn es durchaus realitätsnah ist. Dahingegen kann das Begriffspaar “Frieden schaffen” die Leserschaft positiv beeinflussen.

Die Untersuchung der Begriffspaare “Krieg beenden” und “Frieden schaffen” wird zunächst in einer Grafik präsentiert und anschließend mit den Hintergründen der Analyse, wie sie oben vorgestellt wurden, verknüpft. Die Unterschiede zwischen “Krieg beenden” und “Frieden schaffen” innerhalb eines Landes nur bei Großbritannien und Polen statistisch signifikant. In beiden Ländern ist der Begriff “Krieg beenden” häufiger. Im länderübergreifenden Vergleich ist nur der hohe britische Anteil von “Krieg beenden” statistisch signifikant.

3.1.3. Hintergründe zu Krieg und Frieden in Syrien

Zwar besteht gelegentlich die Forderung zur Rückkehr zum Status ante quem in den europäischen Medien, dennoch wird nicht im Sinne des Friedens gehandelt, denn “Frieden lässt sich nicht herbeibomben”.¹⁰³ Statt den Frieden mit friedlichen Mitteln¹⁰⁴ herbeizuführen wird Syrien immer weiter bombardiert. Viele Länder sind mittlerweile am Syrien-Krieg beteiligt. Aus der Sicht des

¹⁰¹ Vgl. Lakoff (2006).

¹⁰² Lakoff (2006).

¹⁰³ Müller (30.11.2015), “Krieg ist die Ultima irratio”, *NachDenkSeiten*.

¹⁰⁴ Vgl. Galtung (1998).

Westens ist dieser Krieg einer für Menschenrechte¹⁰⁵ und gegen den Terror¹⁰⁶ und wird in den westlichen Medien weiterhin als solcher dargestellt.

“Mit der Charta der Vereinten Nationen versuchten die Staaten am Ende des Zweiten Weltkriegs eine internationale Ordnung zu schaffen, die für immer “die Welt vor der Geißel des Krieges bewahren” sollte (Präambel). Als wichtigste Grundsätze hierfür gelten zwei Artikel. Nach Artikel 2 Ziff. 4 und Artikel 2 Ziff. 7 der Charta ist Gewalt gegen Staaten also grundsätzlich tabu. Ebenso auch jede Androhung von Gewalt gegen einen Staat. Einzig Art. 51 belässt den Staaten im Falle eines bewaffneten Angriffs “das naturgegebene Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung.” Medien und Politik starren nun allerdings immer öfter auf Kapitel VII der Charta, das in der Tat – auch – militärische Zwangsmaßnahmen des Sicherheitsrats (und also explizit nicht etwa einer “Koalition der Willigen”, es sei denn, diese ist vom Sicherheitsrat autorisiert) bei “Bedrohung oder Bruch des Friedens und bei Angriffshandlungen” zulässt, wenn Maßnahmen zur “Friedlichen Beilegung von Streitigkeiten” (Kap. VI der Charta) ausgeschöpft sind.”¹⁰⁷

Diese Charta der Vereinten Nationen soll also generell Kriege verhindern und lässt ausschließlich ein Verteidigungsrecht zu. Auch ist das so oft zitierte Konzept der “Schutzverantwortung” als Hintergrund für eine “humanitäre Intervention” nicht beschlossen und demnach eine Berufung darauf nicht möglich.¹⁰⁸ Ein Eingreifen in Syrien ist daher rechtswidrig, wenn der syrische Präsident Baschar al-Assad die nicht anfordert Hilfe – was nur bei Russland der Fall war¹⁰⁹. Ebenso wird der von westlichen Zeitungen propagierte Krieg gegen den Terror in Syrien “von vielen [Syern] selbst als Terror empfunden – und hat Terrororganisationen wie al-Quaida und ISIS Auftrieb gegeben”.¹¹⁰ Die Interessen des Westens scheinen also wichtiger zu sein als der Frieden in Syrien. Das Land “war 2010 auf dem aufsteigenden Ast und sollte 2015 [...] die fünftstärkste Wirtschaftsmacht der arabischen Welt sein. Heute liegt Syrien knapp vor Somalia. Die durch den Krieg entstandene Wirtschaftskrise wird durch die *Wirtschaftssanktionen* der EU noch verschärft.”¹¹¹ Es geht in diesem Krieg also nicht, wie es in den westlichen Medien propagiert wird, um Menschenrechte, sondern vielmehr um Einfluss. Es handelt sich also viel mehr um einen “Krieg um das Erdgas und die Pipelines”¹¹², ebenso wie um einen “Wirtschaftskrieg gegen ein aufstrebendes Land”¹¹³. Somit ist die Forderung nach Frieden in den Medien geradezu ironisch und rückt in den Hintergrund, und das, obwohl der Frieden in Syrien die Problematik¹¹⁴ der Fluchtthematik deutlich verbessern würde. Wie die Zeitungen mit dieser Thematik umgehen, wird im folgenden Kapitel vorgestellt.

3.2. Fluchtthematik – Symptome des Syrien-Krieges

Die eurolinguistische Analyse zur Fluchtthematik soll beleuchten wie neutral oder wertend die einzelnen Zeitungen berichten. Zunächst werden die Besonderheiten in der Methodik erklärt. Diese quantitative Analyse ist keine reine Überschriftenanalyse, sondern setzt sich aus einer Überschriftensuche nach Syrien oder syrisch¹¹⁵ und einer Volltextsuche zu den einzelnen Suchbegriffen zusammen. Im Gegensatz zur Analyse zum “Krieg und Frieden in Syrien” werden

¹⁰⁵ Vgl. Ruf (09.09.2013), “Menschenrechte versus Völkerrecht?”, *NachDenkSeiten*.

¹⁰⁶ Vgl. Müller (30.11.2015), “Krieg ist die Ultima irratio”, *NachDenkSeiten*.

¹⁰⁷ Ruf (09.09.2013), “Menschenrechte versus Völkerrecht?”, *NachDenkSeiten*.

¹⁰⁸ Vgl. Ruf (09.09.2013), “Menschenrechte versus Völkerrecht?”, *NachDenkSeiten*.

¹⁰⁹ Vgl. Ganser (2016: 316). Das Eingreifen von Russland war daher rechtskonform. Die anderen Angriffe waren rechtswidrig.

¹¹⁰ Müller (30.11.2015), “Krieg ist die Ultima irratio”, *NachDenkSeiten*.

¹¹¹ Wernicke (27.08.2015), “Das Perfide ist, dass diese Fluchtbewegungen politisch instrumentalisiert werden”, *NachDenkSeiten*.

¹¹² Sassi (14.01.2016), “Warum muss das kleine Syrien solche Leiden erdulden?” *Free21*.

¹¹³ Wernicke (27.08.2015), “Das Perfide ist, dass diese Fluchtbewegungen politisch instrumentalisiert werden”, *NachDenkSeiten*.

¹¹⁴ Der Begriff wird hier wissenschaftlich verwendet. Das bedeutet es ist eine neutrale und nicht emotionalisierende Form des Wortes gemeint.

¹¹⁵ Beziehungsweise den jeweiligen Suchbegriffen der anderen Sprachen.

hier keine einzelnen Suchbegriffe gewertet, sondern diese in zwei Kategorien, neutral und wertend, zusammengefasst und als Analyseergebnis bewertet. Die Gruppe der neutralen Begriffe umfasst die Suchbegriffe “Flucht”, “Geflüchtete” und “Flüchtlingsthema” und deren Pendants in den anderen Sprachen. Die wertende Kategorie umfasst die Begriffe “Flüchtling”, “Flüchtlingsproblem(atik)”, “Flüchtlingsdrama(tik)”, “Flüchtlingstragödie”, “Flüchtlings(zu)strom”, “Flüchtlingskrise”, “Flüchtlingswelle”, “Flüchtlingsflut” und “Flüchtlingskatastrophe” und deren Äquivalente der anderen Länder.¹¹⁶ Diese Begriffe werden nun kurz in ihrer wertenden Eigenschaft erklärt. Die Wörter für “Tragödie” dürfen in den untersuchten Sprache als negativ konnotiert gelten. Gleiches gilt für “Drama(tik)”, selbst wenn es in der Fachsprache neutral ist. Da in dieser Arbeit Zeitungsartikel untersucht werden, muss auch die alltagssprachliche Verwendung berücksichtigt werden. Ähnlich gilt dies für “Flüchtlingsproblem(atik)”. Zwar ist der Ausdruck “Problem(atik)” in der Wissenschaftssprache neutral, doch in den Alltagssprachen wird er meist mit negativer Konnotation verwendet. Die “Krise” ist mit einer gefährlichen Entwicklung beziehungsweise einer “Zeit der Gefährdung” gleichzusetzen und demnach deutlich negativ konnotiert. Ein anderes Wortfeld, das als Quelle für diese Begriffe verwendet wurde, ist das der Naturereignisse, hier mit verheerenden Folgen. Sowohl die “Katastrophe”, als auch die “Welle” oder die “Flut” lassen sich in dieses Wortfeld einordnen. Auch ein zu starker “Strom” kann negative Folgen hervorrufen.

Dahingegen ist die Kategorisierung des deutschen Ausdrucks *Flüchtling* für “Geflüchteter” als wertend zu sehen, nicht jedoch die Entsprechungen in den anderen untersuchten Sprachen. Im Deutschen gibt es viele negativ konnotierte Wörter, die auf den Suffix *-ling* enden, wie beispielsweise *Häftling*, *Feigling* oder *Schwächling*. Ebenso wird diese Endung oft mit einer Abhängigkeitskonnotation in Verbindung gebracht, wie beispielsweise bei *Prüfling*. Bildungen mit dem Suffix *-ling* haben also häufig einen stark abwertenden Charakter. Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass der Ausdruck *Flüchtling* wieder zum Schimpfwort wird. Zwar wird das Wort oft als neutral verwendet, wie zum Beispiel in *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge*, dennoch kann der Begriff negativ wertend sein und ist somit in jedem Fall bedenklich.¹¹⁷ Stattdessen wird im Deutschen nach *Geflüchtete/r* als neutrales Pendant zum wertenden *Flüchtling* gesucht.

Die Ergebnisse der Analyse sind in folgender Grafik zusammengefasst. Eine Tabelle mit den absoluten Zahlen findet sich im Anhang. Alle hier behandelten Unterschiede sind statistisch hoch signifikant (gemäß Chi-Quadrat-Tests).

¹¹⁶ Für eine Übersicht der Suchbegriffe in allen Sprachen befindet sich im Anhang unter Punkt 3 eine Tabelle.

¹¹⁷ Vgl. Stefanowitsch (2012).

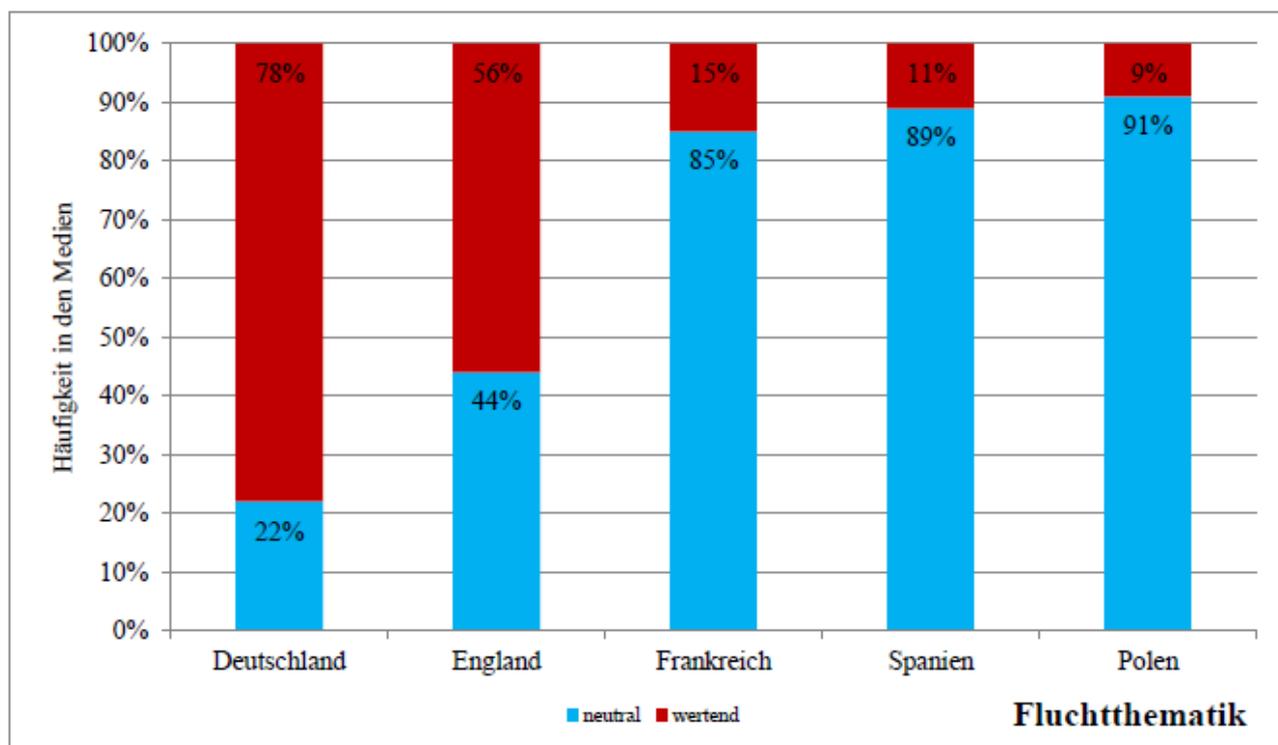


Abb. 11

Besonders auffällig ist, dass sich die verschiedenen Länder in zwei Gruppen einordnen lassen. Die eher neutrale Gruppe besteht aus den französischen, spanischen und polnischen Zeitungen, während die eher wertende Gruppe sich aus deutschen und englischen Zeitungen zusammensetzt. So sind die polnischen Medien mit einem Anteil von 9% wertenden Artikeln die neutralsten. Dahingegen sind nahezu vier Fünftel der deutschen Zeitungsartikel über das Flüchtlingsthema wertend. Dies spiegelt die Ergebnisse der kritischen Diskursanalyse, bei der aufgefallen ist, dass in den deutschen Artikeln am stärksten wertend über den syrischen Präsidenten berichtet wird. Die französischen Medien schienen auch dort schon die neutralsten der drei Länder zu sein. Nur spanische und polnische Zeitungen, die beide bei der qualitativen Analyse nicht untersucht werden konnten, berichten noch neutraler über die Fluchtthematik. Die englischen Zeitungen sind auch hier in der Mitte zwischen den deutschen und französischen anzusiedeln. Dennoch ist bezüglich der englischen Medien ein gesonderter Blick auf die eher rechte und linke Zeitung interessant. Das folgende Diagramm geht auf die zwei englischen Zeitungen ein.

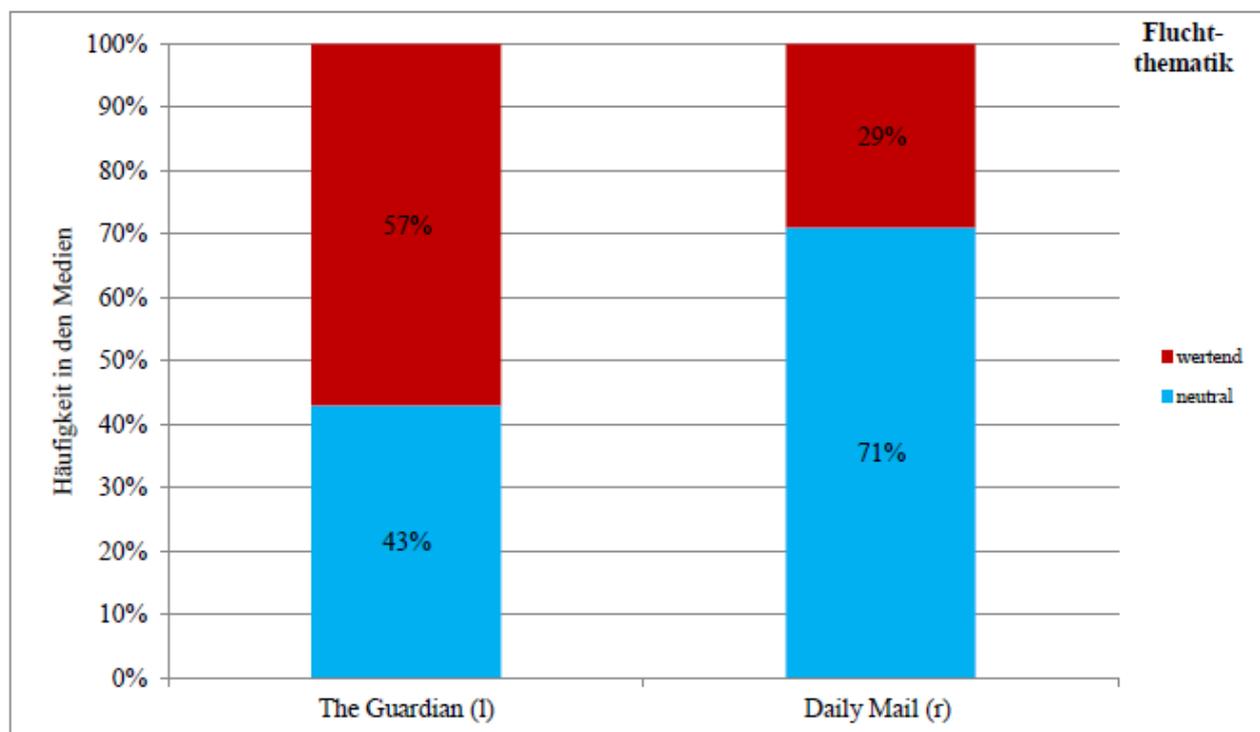


Abb. 12

Es fällt auf, dass die eher rechte *Daily Mail*, mit über 70% neutralen Artikeln, deutlich neutraler über die Fluchtthematik berichtet als die eher linke Zeitung *The Guardian*. Diese Tendenz zeigt sich bereits bei der kritische Diskursanalyse und wird hiermit verstärkt. Auf diese deutlichen Unterschiede zwischen den beiden englischen Zeitungen wird im Rahmen der Propaganda-Analyse noch eingegangen werden. Festzuhalten ist schon hier, dass die englischen Medien mit Abstand die heterogensten sind. Die Unterschiede zwischen den eher linken und eher rechten Zeitungen der anderen Länder betragen zwischen 1% und 4%, was in starkem Kontrast zu den 28% Unterschied in den englischen Medien steht. Nun wird geklärt wie häufig in den einzelnen Ländern in welcher Weise über die Fluchtthematik berichtet wird. Das folgende Diagramm zeigt die länderspezifische Verteilung der neutralen Artikel und die länderspezifische Verteilung der wertenden Artikel jeweils gemessen an der jeweiligen Gesamtzahl des Artikeltyps.

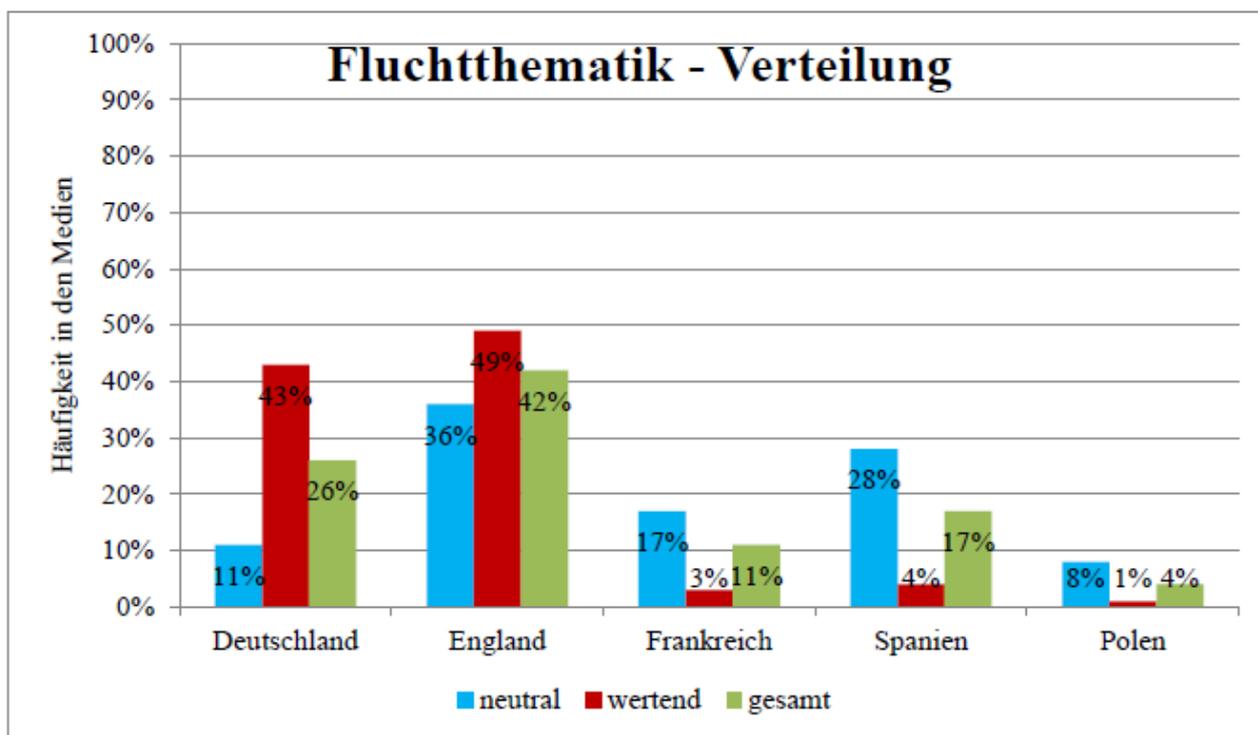


Abb. 13

Hierbei zeigt sich, dass die polnischen Medien, wie auch bereits bei der Analyse von “Krieg und Frieden in Syrien”, mit Abstand am wenigsten über die Fluchthematik berichten. Dies stützt die Vermutung, dass andere Themen in diesem Land wichtiger sein könnten als die Lage in Syrien und deren Auswirkungen. Die spanischen und französischen Zeitungen berichten im Verhältnis zu den deutschen und englischen Medien ebenfalls wenig über die syrische Fluchthematik. Auffällig ist, wie stark wertend die englische und deutsche Presse berichtet. Von allen wertenden Artikeln lässt sich fast die Hälfte davon in englischen Zeitungen finden, und über vier Fünftel der restlichen wertenden Treffer sind in den deutschen Medien anzusiedeln.

Auch hier könnten die Selbstreferentialität der Medien, sowie der Sprachkontakt, den Ähnlichkeiten innerhalb der beiden Gruppen, wie sie bereits definiert wurden¹¹⁸, zugrunde liegen. So kann man davon ausgehen, dass die deutschen und englischen Medien sich gegenseitig beeinflussen. Darüber hinaus waren und sind die Asylsuchenden sowohl in Deutschland, als auch im Vereinigten Königreich ein Politikum und daher von besonderem Interesse. In Deutschland ist mit der AfD eine faschistisch-rassistische Partei aufgekommen, die von Feindbildern lebt.¹¹⁹ In England haben diejenigen, die den “Brexit” vorantreiben wollten, Flüchtlinge und die Flüchtlingspolitik der EU instrumentalisiert, um mithilfe der Xenophobie Wähler für das Referendum zu gewinnen.¹²⁰ Dies kann zusätzlich die hohe Anzahl der Treffer zur Fluchthematik in den englischen und deutschen Zeitungen erklären.¹²¹

Ebenso ist es wahrscheinlich, dass eine wechselseitige Beeinflussung der Medien aus den eher neutralen Länderstilen besteht. Durch die häufige Verwendung von wertenden Begriffen wird die Meinung der Leser in diesen Ländern eher manipuliert, als bei den neutraleren Ländern. So wird

¹¹⁸ Die eher wertende Gruppe besteht aus Deutschland und England. Die eher neutrale Gruppe aus Frankreich, Spanien und Polen.

¹¹⁹ Vgl. Wernicke (09.05.2016), “Die faschistische Gefahr”, *NachDenkSeiten*.

¹²⁰ Vgl. Toch (29.06.2016), “Brexit – ein Sargnagel für den Frieden in Europa?”, *Free21*.

¹²¹ Allerdings muss auch gesagt werden, dass diese Argumentation auch auf den Zulauf für den französischen Front National zutrifft. Die Medien sind hier allerdings offensichtlich deutlich zurückhaltender.

beispielsweise in den deutschen und englischen Artikeln häufig über den “Flüchtlingsstrom” oder die “Flüchtlingskrise” gesprochen, während eine solche Bezeichnung in der zweiten Gruppe eher selten vorkommt.

Meist wird nur die europäische Seite der Fluchtthematik in den untersuchten Zeitungen beleuchtet. Dass die Flucht aber auch dem Land schadet aus dem geflohen wird, in diesem Fall Syrien, da das Land ausblutet¹²², wenn es seine Bevölkerung verliert, wird in den westlichen Medien nicht erwähnt. “Der Flüchtlingsstrom sollte gleichzeitig zur Rechtfertigung für das langersehnte direkte militärische Eingreifen in Syrien instrumentalisiert werden.”¹²³ Das bedeutet, dass die Betonung der hohen Anzahl von syrischen Flüchtlingen in den westlichen Medien auch dazu dienen soll, einen militärischen Eingriff zu rechtfertigen.

4. Zusammenfassung und Ausblick

Alles in allem lässt sich aus den Ergebnissen der Studien schließen, dass besonders die deutschen und englischen Zeitungen der Massenmedien mit Vorsicht betrachtet werden müssen. Auch die Zeitungen der anderen europäischen Länder sollten kritisch betrachtet werden, auch wenn deren Berichterstattung im Großen und Ganzen weniger manipulativ ist, als die der beiden bereits genannten Länder.

Dabei wird deutlich, dass die Mediensprache der verschiedenen Länder sich in einigen Punkten gegenseitig beeinflusst. Dies lässt sich durch Sprachenkontakt und die hohe Selbstreferentialität der Medien erklären. Es wird deutlich, dass die Lesermeinung zum Syrien-Krieg in den Zeitungen manipuliert wird. In den Massenmedien werden Feindbilder wiederbelebt und durch Repetition auch in den verschiedenen Zeitungen der verschiedenen Länder verbreitet. Hierbei sind die Vertreter von Zentrum und Norden Europas deutlich aktiver als jene von Osten, Süden und Westen.

In einer weiteren Arbeit könnte man eine Propaganda-Analysen gemäß dem Ponsonby-Morelli-Modell durchführen, wie es etwa Studie zur”Qualität der geopolitischen Berichterstattung in der Neuen Zürcher Zeitung”¹²⁴ tut. Arthur Ponsonby, auf dessen Ideen Anne Morellis Werk aufbaut, hat “einige entscheidende Mechanismen der Kriegspropaganda herausgearbeitet, die sich in zehn ‚Gebote‘ zusammenfassen lassen.”¹²⁵ Diese sind bereits um 1928 entstanden und auch heute noch gültig.¹²⁶ Dabei ist es nicht wichtig herauszufinden “welche Partei Lügen und welche Wahrheit propagiert, welche in gutem Glauben handelt und welche nicht”¹²⁷, sondern nur ob Propaganda verbreitet wird oder nicht. Die, wie Morelli sie nennt, zehn ‚Gebote‘ der Kriegspropaganda¹²⁸ sind:

¹²² Jebesen (07.11.2015), “Syrien: Spielball geopolitischer Interessen” *Free21*.

¹²³ Duschner (28.11.2015), “Ein Volk im Elend”, *Free21*.

¹²⁴ Swiss Propaganda (2016).

¹²⁵ Morelli (2004: 9).

¹²⁶ Morelli (2004: 9).

¹²⁷ Morelli (2004: 9).

¹²⁸ Vgl. Morelli (2004: 5).

1. Wir wollen keinen Krieg.
2. Das feindliche Lager trägt die alleinige Schuld am Krieg.
3. Der Feind hat dämonische Züge (oder: ‚Der Teufel vom Dienst‘).
4. Wir kämpfen für eine gute Sache und nicht für eigennützige Ziele.
5. Der Feind begeht mit Absicht Grausamkeiten. Wenn uns Fehler unterlaufen, dann nur versehentlich.
6. Der Feind verwendet unerlaubte Waffen.
7. Unsere Verluste sind gering, die des Gegners aber enorm.
8. Unsere Sache wird von Künstlern und Intellektuellen unterstützt.
9. Unsere Mission ist heilig.
10. Wer unsere Berichterstattung in Zweifel zieht, ist ein Verräter.

Unterzieht man unsere beiden britischen Zeitungen einer ersten Betrachtung, indem die Artikel einmal eher zu Beginn des Syrien-Krieges, im Monat April 2011, und einmal aktueller, im August 2016, gewählt, so ergibt sich eine Gesamtzahl von insgesamt 70 Artikeln, welche Propaganda enthält, zum einen in Form NATO-Propaganda, zum anderen in Form von NATO-Kritik. Von den 70 Artikeln wurden 43 zu Beginn des Krieges verfasst¹²⁹ und 27 sind aktuellere Artikel von August 2016¹³⁰. Die Auswertung der insgesamt 70 Artikel zum Syrien-Krieg ergibt insgesamt 150 Kriegspropaganda-Botschaften im Sinne des Ponsonby-Morelli-Modells. Hiervon wurden 76% aller Propaganda-Phrasen zu Beginn des Syrien-Krieges verbreitet. Dabei sind in den Artikeln der *Daily Mail* 2016, wie auch zu Beginn des Krieges, ausschließlich Propaganda-Phrasen pro *NATO* zu finden. Im Gegensatz dazu verbreitet die eher linke Zeitung *The Guardian*, die auch schon 2011 einen kleinen Anteil an *NATO*-kritischen Botschaften veröffentlichte, in den aktuelleren Artikeln deutlich weniger Propaganda-Phrasen pro *NATO*. So äußern im *Guardian* 2016 etwas mehr als ein Drittel der gesamten Propaganda-Botschaften Kritik an der *NATO*. Zuletzt muss hier noch erwähnt werden, dass im Gesamten durchschnittlich etwa zwei Propaganda-Phrasen, egal ob *NATO*-Propaganda oder *NATO*-Kritik, pro Artikel zu finden sind. Dabei sind in den Artikel von April 2011 etwa 2,7 Propaganda-Botschaften pro Artikel anzutreffen, während es im August 2016 nur noch 1,3 sind. Alles in allem, sind dies verhältnismäßig wenige Propaganda-Phrasen. In der NZZ-Studie zum Ukraine- und Syrienkonflikt¹³¹ konnten durchschnittlich 6.3 Propaganda-Botschaften pro Artikel festgestellt werden.¹³² Das bedeutet, die Artikel der untersuchten Monate der englischen Zeitungen sind relativ arm an Propaganda-Phrasen verglichen mit der anderen bereits durchgeführten Studie. Somit wäre es also besonders interessant die Propaganda-Analyse auf die Medien auszuweiten der anderen Sprachen auszuweiten.

Massenmedien haben im allgemeinen Verständnis die Aufgabe “Informationen zu verbreiten[...][,] zur Meinungsbildung der Bürgerinnen und Bürger beizutragen [...] [und] die Entscheidungen der politischen Institutionen sowie das Verhalten der Amtsinhaber zu kontrollieren und Missstände zu kritisieren.”¹³³ Besonders den überregionalen Tageszeitungen, welche als Grundlage für die Analysen dieser Masterarbeit dienen, kommt eine meinungsführende Aufgabe zu, “weil sie von vielen politisch besonders Interessierten gelesen werden, die Einfluss auf die Meinungen ihrer Umgebung haben.”¹³⁴ Allerdings fällt auf, dass die Zeitungen nicht nur zur objektiven Meinungsbildung der Bevölkerung beitragen, sondern diese bewusst manipulieren. Dieses Prinzip

¹²⁹ Die Aufteilung auf die beiden Zeitungen ist wie folgt: *The Guardian* 35 Artikel; *Daily Mail* 8 Artikel.

¹³⁰ Die Aufteilung auf die beiden ist lautet wie folgt: *The Guardian* 20 Artikel; *Daily Mail* 7 Artikel.

¹³¹ Für den Syrien-Krieg wurde hier der Oktober 2015 untersucht. Außerdem wurde die Untersuchung in der *Neuen Züricher Zeitung* durchgeführt.

¹³² Vgl. *Swiss Propaganda* (2016: 4).

¹³³ Pötzsch (2009).

¹³⁴ Pötzsch (2009).

der Manipulation von Meinungen wird auch "Mind Control" genannt. Dieser Begriff umschreibt unter anderem die bewusste Einflussnahme von Massenmedien.¹³⁵ Hier spielt die häufige Repetition von sogenannten Fakten eine Rolle, wie diese bereits bei der qualitativen Analyse im Zusammenhang mit der Dämonisierung des syrischen Präsidenten aufgefallen ist. "Wenn eine Aussage nur oft genug wiederholt wird, dann wird sie irgendwann als Tatsache wahrgenommen."¹³⁶ Die Gründe, weshalb Journalisten in diesem System überhaupt mitspielen, liegen in der Medienlandschaft verankert.

"[E]s gibt, beispielsweise in Deutschland, nur eine Handvoll von Verlagsgruppen. Diesen gehören die privaten Fernsehsender, die meisten Radiostationen und sogar Plattenfirmen.

Ein Blatt oder ein Sender wird durch den Chefredakteur geprägt. Er [...] gibt den Geist und die Ausrichtung des Mediums vor. Die Abteilungsleiter sind für die Einhaltung dieser Linie verantwortlich. Wenn irgendein Journalist einen bestimmten Artikel verfassen will, der dieser Ausrichtung nicht entspricht, dann wird ihm das in der Redaktionssitzung ganz klar mitgeteilt. Wer Woche für Woche gegen eine Wand läuft, gibt irgendwann auf und schreibt, was ankommt."¹³⁷

Das heißt, die Journalisten fügen sich in das bestehende System des redaktionellen Umfelds ein, auch wenn sie mit durchaus positiven Intentionen zu dem Beruf gegriffen haben. Dabei können einstige idealistische Intentionen, die sie bei der Berufswahl angetrieben haben, verloren gehen. Demnach sind "nicht alle Journalisten korrupt oder gekauft,"¹³⁸ sondern müssen sich anpassen um in dem System der Massenmedien überleben zu können. "Und da die Medienlandschaft sehr, sehr eng ist, ist es schwer, noch einmal eine Anstellung zu finden, wenn man bei einem der großen Verlage gekündigt wurde. Journalisten sind auch nur Menschen. Viele haben Familien und wollen anständig und in Frieden leben."¹³⁹ Das bedeutet, die Parteinahme der Journalisten entsteht "in den hierarchischen Strukturen der Medien, mit den Existenzängsten und Karrierezwängen in einer Medienlandschaft, die sich immer weiter monopolisiert."¹⁴⁰ Aufgrund der hier in dieser Untersuchung erarbeiteten systemimmanenten Probleme - darunter fallen die Adaption der Journalisten und die sprachlichen Wechselwirkungen - wird der Pluralismus der Medien ausgehöhlt. Anstatt kritisch und objektiv zu berichten, werden "Fakten" anderer Medienschaffenden in den Mainstreammedien kritiklos wiedergegeben. Das schafft eine dominante Deutung, die von einer Häufung einzelner Ausdrücke, wie beispielsweise "Flüchtlingswelle" und Narrative, wie die Kritik an Assad, sowie das Ignorieren westlicher Interessen, geprägt ist. Dabei geht jedoch die Chance einer eigentlich pluralistischen Berichterstattung verloren, die über Ereignisse aus verschiedenen Blickwinkeln berichten sollen. Selbst in dem hier untersuchten europäischen Kontext lässt sich dies noch erkennen, wie hier in den deutschen oder englischen Medien. Positiv sind jedoch die französische oder polnische Medienlandschaft anzumerken, welche "objektiver" berichten und der deutschen vielleicht als Vorbild dienen könnten. Letzten Endes entscheiden also nicht die Journalisten über die Berichterstattung sondern vielmehr die Redakteure beziehungsweise die Inhaber der Zeitungen. Dadurch tendieren die Massenmedien "dazu, Stimmen der Macht zu sein. Wenn die Eliten sich auf einen politischen Kurs geeinigt haben, dann ist es die Aufgabe von Massenmedien, um Zustimmung dafür zu werben."¹⁴¹ Das bedeutet, die Medien haben eine Propagandafunktion, die bewusst die Meinung der Leser manipulieren soll. Auffällig ist aber auch, dass Medien, die früher zur Entspannungspolitik beigetragen haben, heute bewusst Konflikte schüren und erneut Feindbilder aufbauen.¹⁴² Hierbei sind die Methoden der Meinungsmache zum Schüren eines Konflikts sehr simpel: "es werden Behauptungen in die Welt gesetzt, ohne dass man

¹³⁵ Vgl. Morris (2011: 266).

¹³⁶ Morris (2011: 266).

¹³⁷ Morris (2011: 267 f.).

¹³⁸ Morris (2011: 267 f.).

¹³⁹ Morris (2011: 268).

¹⁴⁰ Wernicke (21.08.2016), "Lügen für den Krieg", *NachDenkSeiten*.

¹⁴¹ Wernicke (24.01.2016), "Wenn die Regierungen lügen und Medien mitmachen", *Free21*.

¹⁴² Vgl. Müller (17.03.2016), "Kriegsgefahr (I) und auf Feindschaft getrimmte Medien", *NachDenkSeiten*.

sich die Mühe macht, die Belege gleichzeitig beizubringen. Stattdessen werden die Behauptungen von verschiedenen Seiten wiederholt und man beruft sich auf sogenannte Experten.“¹⁴³ Anstatt Beweise zu den Behauptungen zu liefern, werden außerdem die Aussagen von Politikern als solche deklariert.

In dieser Darstellung der Massenmedien wird deutlich, dass es sich um einen Teufelskreis handelt, der Hand in Hand mit der Gewaltspirale im Nahen Osten geht und nur schwer durchbrochen werden kann. Die eigentliche Aufgabe der Medien, als vierte Gewalt im Staat die Informationen sammeln, aufbereiten und kritisch kommentieren um Bürger objektiv aufzuklären, sowie die Machthaber zu kontrollieren¹⁴⁴, erfüllen die untersuchten Zeitungen, auch in Bezug auf die anderen in dieser Masterarbeit durchgeführten Studien, schon lange nicht mehr.

Es muss hier ausdrücklich darauf hingewiesen werden, dass in dieser Arbeit ausschließlich seriöse überregionale Tageszeitungen und keine “Klatschmagazine” untersucht wurden. Allein in Deutschland gibt es von den bekannten Tageszeitungen etwa sieben verschiedene¹⁴⁵, also offensichtlich viel Auswahl. Die angebliche Vielfalt unter den Massenmedien soll nun an einem kleinen Beispiel widerlegt werden. Einer der größten und dynamischsten Medienkonzerne – momentan auf Platz drei des Rankings der zehn größten Medienkonzerne Deutschlands 2015 – ist die Axel Springer SE mit einem Jahresumsatz von über 3 Milliarden Euro. Die folgenden Zeitungen erscheinen in diesem Verlag: *Bild* und *Bild am Sonntag*, daneben die komplette *Welt*-Gruppe mit *Die Welt*, *Welt am Sonntag*, *Welt kompakt*, *Welt online*. Aber auch Zeitschriften sind noch im Portfolio des Medienkonzerns, auch wenn sich der Verlag daraus zurückzieht. So gehören die Münchner Musiktitel (*Rolling Stone*, *Musikexpress* und *Metal Hammer*), sowie die bekannten Zeitschriften der *Bild*-Gruppe (*Computer Bild*, *Auto Bild*, *Sport Bild*, *Bild der Frau*) zu diesem Konzern. Das Onlineangebot der Axel Springer SE ist im ständigen Wachstum und umfasst auch Firmen wie *idealo.de* oder *Zanox*. Besonders aktiv ist die Verlagsgruppe bei kostenpflichtigen Apps, wie beispielsweise das Magazin *The Iconist*. Darüber hinaus gehören auch Fernsehsender wie *Hamburg 1* und *TV Berlin* und Radiosender wie unter anderen *Radio Hamburg*, *Antenne Bayern* und *Laut FM/Laut.de* anteilig zu diesem Medienkonzern. Auch im Ausland ist der Konzern mit mehr als 240 Zeitungen und Zeitschriften in West-, Mittel- und Osteuropa, aber auch Ländern wie Russland, der Türkei und Indien vertreten.¹⁴⁶ Das Beispiel belegt, wie eng allein die deutsche Medienlandschaft vernetzt ist, in der es nur ein paar wenige Verlagsgruppen gibt, die wiederum die meisten bekannten Medienprodukte unter sich vereinen.

Diese enorme Beeinflussung von Meinungen der Masse durch eine kleine Gruppe von Menschen sowie die Aufgabe der Medien, als Übermittler von Meinungen, erklärte Edward Bernays 1928 in seinem Werk *Propaganda*. Um als Leser diesen wenigen Imperien zu entgehen und sich der, in dieser Arbeit aufgezeigten, Aggressivität, einseitigen Berichterstattung und Propaganda der etablierten Massenmedien zu entziehen, ist es wichtig, dass Sprachkritiker dazu anregen, sich durch unabhängige Medien zu informieren. Beispiele hierfür ist die in dieser Arbeit oftmals zitierte kritische Website *NachDenkSeiten.de*¹⁴⁷ oder die unabhängige global ausgerichtete Plattform *Free21*¹⁴⁸.

¹⁴³ Müller (05.02.2016), “Wenn Behauptungen aus verschiedenen Ecken kommen, dann wird die Lüge zur Wahrheit”, *NachDenkSeiten*.

¹⁴⁴ Vgl. Branahl (2011 S.6).

¹⁴⁵ Vgl. TST Media GmbH.

¹⁴⁶ Der komplette Abschnitt ist zusammengestellt aus der *Mediendatenbank (Axel Springer SE)*.

¹⁴⁷ Müller, Albrecht. *NachDenkSeiten*. Initiative zur Verbesserung der Qualität politischer Meinungsbildung. E.V. (IQM). <www.nachdenkseiten.de>.

¹⁴⁸ Hansen, Tommy. *Free21*. <www.free21.org>.

Auf der Ebene der Produzenten – also der Journalisten und Zeitungen, welche die Informationen für die Leser sammeln, aufbereiten und zusammenstellen – wäre ein sogenannter “trickle up”-Journalismus sinnvoll. Das bedeutet die “progressiven Medien [könnten] Einfluss auf die Mainstreammedien ausüben, indem sie sie mit ,unangenehmen Tatsachen‘ infizieren.”¹⁴⁹

Letzen Endes müssten sich aber die Politik und deren Entscheidungen ändern. Statt den Krieg unter dem Deckmantel der humanistischen Intervention zu fördern, sollte tatsächlich Frieden geschaffen werden. Dazu gehören keine Feindbilder, sondern vielmehr gegenseitiges Vertrauen, Verständnis und Mitgefühl.¹⁵⁰ Kommunikation und der Dialog mit der Bevölkerung sind hier Schlüsselkompetenzen.¹⁵¹ In Bezug auf den Syrien-Krieg ist die offene Konversation mit der Konfliktpartei *Russland* unumgänglich bei der Suche nach einer friedlichen Lösung. Genau diese Kommunikation sollte das Ziel jeglicher politischer Aktion sein. Hierbei sollten auch die Medien ihren Anteil leisten und auf eine bewussteren Wortwahl zur Deeskalation achten, statt übermäßig zu emotionalisieren. So würden die Massenmedien auch wieder zu ihren eigentlichen Aufgaben zurückkehren und ihre Kontrollfunktion ausüben.

Nina Hippler
Donauwörther Straße 63
86633 Neuburg an der Donau
nina.hippler@web.de

Literaturverzeichnis

Wissenschaftliche Sekundärliteratur

- Asseburg, Muriel (2013), “Ziviler Protest, Aufstand, Bürgerkrieg und Zukunftsaussichten”, *Aus Politik und Zeitgeschichte* 63.8: 11–17.
<<http://www.bpb.de/apuz/155110/ziviler-protest-aufstand-buergerkrieg-und-zukunftsaussichten?p=all>> 05.11.2016.
- Bernays, Edward (2011), *Propaganda: Die Kunst der Public Relations*, 3. Auflage, Freiburg im Breisgau: Orange Press.
- Carter, Ronald (2015), *How to analyse texts: A toolkit for students of English*, London: Taylor & Francis.
- Galtung, Johan (1998), *Frieden mit friedlichen Mitteln: Friede und Konflikt, Entwicklung und Kultur*, [Friedens- und Konfliktforschung 4], Opladen: Leske + Budrich.
- Ganser, Daniele (2016), *Illegale Kriege: Wie die NATO-Länder die UNO sabotieren – Eine Chronik von Kuba bis Syrien*, Zürich: Orell Füssli.
- Grzega, Joachim (2013b), *Studies in Europragmatics: Some Theoretical Issues and Practical Implications*, [Eurolinguistische Arbeiten 7], Wiesbaden: Harrassowitz.
- Grzega, Joachim (2015), “Analyzing Languages on the National, European and Global Level – Different Goals and Frames Require Different Methods”, *Journal for EuroLinguistics* 12: 4-15.
- Jäger, Siegfried (2004), *Kritische Diskursanalyse: Eine Einführung*, [Edition DISS 3], Münster: Unrast-Verlag.
- Januschek, Franz / Redder, Angelika / Reisigl, Martin (2012), “Funktionale Pragmatik und Kritische Diskursanalyse: Editorial”, *OBST: Osnabrücker Beiträge zur Sprachtheorie* 82: 7-18.
- Lakoff, George (2006), *Simple Framing: An introduction to framing and its uses in politics*, Rockridge Institute.
<<https://georgelakoff.com/writings/rockridge-institute/>>. 15.11.2016.
- Lüders, Michael (2015), *Wer den Wind Sät: Was westliche Politik im Orient anrichtet*, [C. H. Beck Paperback 6185], München: Beck.
- Machill, Marcel (2008), *Journalistische Recherche im Internet: Bestandsaufnahme journalistischer Arbeitsweisen in Zeitungen, Hörfunk, Fernsehen und Online*, [Schriftenreihe Medienforschung der Landesanstalt für Medien

¹⁴⁹ Wernicke (24.01.2016), “Wenn die Regierungen lügen und Medien mitmachen”, *Free21*.

¹⁵⁰ Vgl. Galtung (1998: 461).

¹⁵¹ Vgl. Galtung (1998: 61).

- Nordrhein-Westfalen 60], Berlin: Vistas.
- Morelli, Anne (2004), *Die Prinzipien der Kriegspropaganda*, Springe: Zu Klampen.
- Morris, Michael (2011), *Was Sie Nicht Wissen Wollen! Einigen wenigen Familien gehört die gesamte westliche Welt - und nun wollen sie den Rest!*, Fichtenau: Amadeus-Verlag.
- Reiter, Norbert (1991), "Ist Eurolinguistik Gotteslästerung?", in: Feldbusch, Elisabeth et al. (eds.), *Neue Fragen der Linguistik: Akten des 25. Linguistischen Kolloquiums Paderborn 1990*, 109-113, Tübingen: Niemeyer.
- Schünemann, Wolf J. (2016), "Manifeste Deutungskämpfe: Die wissenssoziologisch-diskursanalytische Untersuchung politischer Debatten", in: Bosančić, Saša / Keller, Reiner (eds.), *Perspektiven wissenssoziologischer Diskursforschung*, 29-51, Wiesbaden: Springer VS.
- Swiss Propaganda (2016), *Forschungsprojekt zu Propaganda in Schweizer Medien: Eine Studie des Forschungsprojekts zu Propaganda in Schweizer Medien*, Forschungsprojekt zu Propaganda in Schweizer Medien.
<<https://swisspropaganda.wordpress.com/die-nzz-studie/>>. 23.11.2016.
- Zein, Huda (2013), "Identitäten und Interessen der syrischen Opposition", *Aus Politik und Zeitgeschichte* 63.8: 17-23.
<<http://www.bpb.de/apuz/155110/ziviler-protest-aufstand-buergerkrieg-und-zukunftsaussichten?p=all>>. 25.11.2016.

Primärliteratur: Massenmedien

Zeitungsrecherche: über LexisNexis GmbH. *LexisNexis*. <www.lexisnexis.de>:
The Guardian und *The Daily Mail* und *Daily Mail on Sunday* (Vereinigtes Königreich), *Frankfurter Rundschau* und *Die Welt* (Deutschland), *Le Monde* und *Le Figaro* (Frankreich), *El País* und *El Mundo* (Spanien), *Gazeta Wyboreza* und *Gazeta Prawna* (Polen; für diese Zeitschrift Recherche über das Online-Archiv für den Zeitraum ab 11.02.2014).

Journalistische Sekundärliteratur: Hintergrundrecherche in alternativen Tagesperiodika

Generell gesichtet wurden:

- Hansen, Tommy. *Free21*. <www.free21.org>.
- Müller, Albrecht. *NachDenkSeiten*. Initiative zur Verbesserung der Qualität politischer Meinungsbildung. E.V. (IQM).
<www.nachdenkseiten.de>.

Speziell verwendet wurden:

- <http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2012A12_ass_wmm.pdf>. 27.11.2016.
- Asseburg, Muriel / Wimmen, Heiko (2012), "Der gewaltsame Machtkampf in Syrien: Szenarien und Einwirkungsmöglichkeiten der internationalen Gemeinschaft", SWP-Aktuell 2012/A:
- Austin, Steve (14.10.2015), "Oil prices and the Syrian civil war" OIL-PRICE.NET. <<http://www.oil-price.net/en/articles/oil-prices-and-syrian-civil-war.php>>. 11.11.2016.
- Berger, Jens (05.01.2016), "Saudi-Arabien - der große Brandstifter am Golf", NachDenkSeiten.
<<http://www.nachdenkseiten.de/?p=29894>>. 10.11.2016.
- Berger, Jens (09.02.2012), "Syrien und die Scheinheiligkeit des Westens", NachDenkSeiten. <<http://www.nachdenkseiten.de/?p=12174>>. 10.11.2016.
- Berger, Jens / Wernicke, Jens / Ruf, Werner (13.09.2013), "NachDenkGespräche - Was passiert eigentlich in Syrien?", NachDenkSeiten. <<http://www.nachdenkseiten.de/?p=18619>>. 10.11.2016.
- Dirksen, Jens (05.02.2016), "Ist das Wort Flüchtling auf dem Weg zum Schimpfwort?". WAZ 05.02.2016
<<http://www.derwesten.de/kultur/ist-das-wort-fluechtling-auf-dem-weg-zum-schimpfwort-id11533257.html>>. 18.11.2016.
- Duschner, Bernd (28.11.2015), "Ein Volk im Elend: Unser Krieg gegen Syrien", Free21.
<<http://www.free21.org/unser-krieg-gegen-syrien/>>. 02.12.2016.
- Jebsen, Ken (07.11.2015). "Syrien: Spielball geopolitischer Interessen", Free21.
<<http://www.free21.org/syrien-spielball-geopolitischer-intressen/>>. 02.12.2016.
- Kennedy, Robert F. Jr. (17.03.2016), "Warum uns die Araber in Syrien nicht wollen", NachDenkSeiten.
<<http://www.nachdenkseiten.de/?p=32213>>. 10.11.2016.
- Lachmann, Günther (15.09.2015), "Die Debatte; 'Abschrecken, abschieben, abstrafen'; Die Flüchtlingspolitik der Regierung Merkel ist menschenverachtend, findet Linke-Chefin Katja Kipping. Sie fordert ein Bekenntnis zu einer echten europäischen Flüchtlingspolitik". Die Welt 15.09.2015.
- Leidholdt, Ulrich (30.08.2011), "Ölembargo der EU-Staaten. Wie hart treffen Syrien die Sanktionen?". Tagesschau.
<<https://www.tagesschau.de/ausland/syrien710.html>>. 21.11.2016.
- Mediendatenbank (Axel Springer SE). Institut für Medien- und Kommunikationspolitik. 2015.
<<http://www.mediadb.eu/datenbanken/deutsche-medienkonzerne/axel-springer-se.html>>. 02.12.2016.
- Morris, Michael (2011), *Was Sie Nicht Wissen Wollen! Einigen wenigen Familien gehört die gesamte westliche Welt -*

- und nun wollen sie den Rest!, Fichtenau: Amadeus-Verlag.
- Müller, Albrecht (05.02.2016), "Wenn Behauptungen aus verschiedenen Ecken kommen, dann wird die Lüge zur Wahrheit", NachDenkSeiten. <<http://www.nachdenkseiten.de/?p=30932>>. 02.12.2016.
- Müller, Albrecht (17.03.2016), "Kriegsgefahr (I) und auf Feindschaft getrimmte Medien – eine gefährliche Konstellation", NachDenkSeiten. <<http://www.nachdenkseiten.de/?p=32224>>. 02.12.2016.
- Müller, Albrecht (30.09.2015), "Krieg ist die Ultima irratio. Auf Deutsch: Wahnsinn. In Afghanistan, in Syrien und anderswo", NachDenkSeiten. <<http://www.nachdenkseiten.de/?p=27762>>. 10.11.2016.
- o.V. (09.07.2011), "Saudi-Arabien – ‚Ein Stabilitätsanker in der Region‘". Die Welt. Web. 11.11.2016. <<https://www.welt.de/politik/deutschland/article13476959/Saudi-Arabien-Ein-Stabilitaetsanker-in-der-Region.html>>.
- O'Shea, Tim (2009), The Doors of Perception: Why Americans Will Believe Almost Anything, The Doctor Within. <<http://www.thedoctorwithin.com/?s=why+americans+>>. 23.10.2016.
- Pötzsch, Horst (2009), Massenmedien, Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), Dossier. <<http://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-demokratie/39327/massenmedien?p=all>>. 26.11.2016.
- Ruf, Werner / Wernicke, Jens (09.09.2013), "Menschenrechte versus Völkerrecht?", NachDenkSeiten. <<http://www.nachdenkseiten.de/?p=18547>>. 02.12.2016.
- Sassi, Nureddin (14.01.2016), "Warum muss das kleine Syrien solche Leiden erdulden? – Wegen der erkundeten Energievorräte", Free21. Web. <<http://www.free21.org/warum-muss-das-kleine-syrien-solche-leiden-erdulden/>>.
- Schall, Lars (27.09.2012), "Zu Syrien und weit darüber hinaus", NachDenkSeiten. <<http://www.nachdenkseiten.de/?p=14560>>. 10.11.2016.
- Scheben, Helmut (08.12.2016), "Syrien, ein Krieg um Gas und Öl – Der ‚Bürgerkrieg‘ in Syrien ist vor allem ein Rohstoffkrieg. Es geht hier um die Vormacht im globalen Energiemarkt". Free 21. <<http://www.free21.org/syrien-ein-krieg-um-gas-und-oel/>>. 25.11.2016.
- Stefanowitsch, Anatol (2012), Flüchtlinge und Geflüchtete, Sprachlog. <<http://www.sprachlog.de/2012/12/01/fluechtlinge-und-gefluechtete/>>. 18.11.2016.
- Swiss Propaganda (2016), Forschungsprojekt zu Propaganda in Schweizer Medien: Eine Studie des Forschungsprojekts zu Propaganda in Schweizer Medien, Forschungsprojekt zu Propaganda in Schweizer Medien. <<https://swisspropaganda.wordpress.com/die-nzz-studie/>>. 23.11.2016.
- Toch, Patrick (29.06.2016), "Brexit – Ein Sargnagel für den Frieden in Europa?". Free21. <<http://www.free21.org/brexit-ein-sargnagel-fuer-den-frieden-in-europa/>>. 08.12.2016.
- TST Media GmbH. Zeitung.de. 02.12.2016. <<http://www.zeitung.de/>>.
- Wernicke, Jens (23.08.2016), "Leiser Optimismus im Mittleren Osten?", NachDenkSeiten. <<http://www.nachdenkseiten.de/?p=34722>>. 10.11.2016.
- Wernicke, Jens (24.01.2016), "Wenn die Regierungen lügen und Medien mitmachen", Free21. <<http://www.free21.org/wenn-regierungen-luegen-und-medien-mitmachen/>>. 08.12.2016.
- Wernicke, Jens / Berger, Jens / Leukefeld, Karin (27.08.2012), "Das Perfide ist, dass diese Fluchtbewegungen politisch instrumentalisiert werden", NachDenkSeiten. <<http://www.nachdenkseiten.de/?p=27340>>. 10.11.2016.
- Wernicke, Jens / Berger, Jens / Paech, Norman (21.08.2016), "Lügen für den Krieg", NachDenkSeiten. <<http://www.nachdenkseiten.de/?p=33071>>. 10.11.2016.
- Wernicke, Jens / Todenhöfer, Jürgen (09.05.2016), "Die faschistische Gefahr", NachDenkSeiten. <<http://www.nachdenkseiten.de/?p=33295>>. 08.12.2016.

Anhang

Anhang 1: Tabelle zur Fluchtthematik (Suchbegriffe der einzelnen Länder)

| | Deutsch | Englisch | Französisch | Spanisch | Polnisch (*4) |
|---------|---------------------------------------|--|------------------------------------|---|--|
| neutral | Flucht | flight | fuite | fuga | uciecz! ((ucieczka ‚Flucht‘)) |
| | Geflüchtete | refugee* (*1) | réfugié (*2) | refugiado (*3) | uchodź! ((uchodźca ‚Flüchtling‘, lit. ‚Entgeher, Weggeher‘)) |
| | | fugitive | fugitif | fugitivo | zbieg! ((‚Flüchter, Wegläufer‘)) |
| | | | | desplazado | uciekinier! |
| | | | | exiliado | |
| | Flüchtlingsthema! | | | | temat! |
| wertend | Flüchtling | | | | |
| | Flüchtlingsproblem! | refugee problem | problème migratoire / de* réfugié* | problema migratorio / de los refugiados | problem! |
| | Flüchtlingsdrama! | refugee drama | drame migratoire / de* réfugié* | drama de los refugiados | dramat! |
| | Flüchtlingstragödie | refugee tragedy | tragédie migratoire / de* réfugié* | tragedia de los refugiados / migratoria | tragedi! ((tragedia)) |
| | Flüchtlingsstrom / Flüchtlingszustrom | refugee influx / flow of refugees / influx of migrants /refugees | flux de réfugiés / flux migratoire | flujo migratorio / de inmigrantes / avalancha de refugiados | przeptyw! ((‚Strom‘)) / napływ! ((‚Strom‘)) |
| | Flüchtlingskrise | refugee / migrant crisis | crise migratoire / de* réfugié* | crisis migratoria/ de los refugiados | kryzys! |
| | Flüchtlingswelle | wave of refugees | | ola de refugiados | fal! ((fala ‚Welle‘)) |
| | Flüchtlingsflut | tide of refugees/migrants / migrant/refugee tide | flot de réfugiés | | przyptyw ((‚Flut‘)) |
| | | | | | powódź! ((‚Flut, Überflutung‘)) |
| | Flüchtlingskatastrophe | refugee catastrophe | catastrophe migratoire | catástrofe migratoria | katastrof! ((katastrofa)) |

*₁ ÜBERSCHRIFT (Syria!) UND refugee NICHT problem NICHT drama NICHT crisis NICHT catastrophe NICHT influx

₂ ÜBERSCHRIFT (syrie!) UND réfugié NICHT problème NICHT drame NICHT flux NICHT crise NICHT flot

*₃ ÜBERSCHRIFT (siri!) UND refugiado NICHT catástrofe NICHT crisis NICHT avalancha NICHT drama NICHT problema

*₄ jeder Begriff ab „temat“ wurde jeweils mit allen drei Wörtern vor Flüchtlinge zusätzlich mit einer UND-Ergänzung gesucht. Gelistet sind auch nur die Treffer, wenn die Wörter in den Artikeln dann direkt nebeneinander vorkommen oder nur das Adjektiv für „syrisch“ noch ergänzt ist.

Anhang 2: Für die Diskursanalyse verwendete Artikel

Deutschland – *Die Welt* (rechts)

| | | | |
|------------|------|--------------------|--|
| 31.03.2011 | S. 7 | Dietrich Alexander | Der Löwe bricht sein Schweigen; Syriens Präsident Assad wähnt Verschwörer am Werk. Kein Wort über Reformen |
| 26.04.2011 | S. 1 | | Syrien: Assad lässt Städte umzingeln |
| 23.05.2011 | S. 7 | Amira El Ahl | „Ich habe keine Angst um Syrien“ |
| 21.06.2011 | S. 3 | Dietrich Alexander | Assads Autismus: Syriens Präsident enttäuscht auch in seiner dritten Reden an die Nation |
| 07.07.2011 | S. 7 | Dietrich Alexander | Der ganz normale Terror im Assad-Land; Amnesty dokumentiert Folter und Mord auf Syriens Straßen und in den Kerkern: Die Staatsrazzia von Tell Kalach – eine Stadt in Angst |

| | | | |
|------------|-------|-------------------------------|---|
| 17.08.2011 | S. 6 | Noemi Mihalovic | Syriens elitäre Minderheit: Die Alawiten |
| 30.09.2011 | S. 3 | Dietrich Alexander | Syrien schiebt USA die Schuld zu |
| 05.10.2011 | S. 7 | | Ausland Kompakt II; Syrien: Regierung lässt Angehörige von Politiker verschleppen |
| 02.11.2011 | S. 8 | Daniel-Dylan Böhmer | Sicherheit; Syriens Albtraum-Fabrik? |
| 15.11.2011 | S. 7 | Stefanie Bolzen | Europa lehnt einen Militärschlag gegen Syrien ab |
| 18.11.2011 | S. 8 | Gabriela M. Keller | Syrien gleitet in den Bürgerkrieg |
| 28.12.2011 | S. 1 | | Friedensmission in Syrien beginnt |
| 11.01.2012 | S. 6 | | Syrien; Assad sieht sich als Opfer |
| 15.02.2012 | S. 7 | Tim Arango; Duaraid Adnan | Iraker beliefern syrische Rebellen mit Waffen |
| 16.02.2012 | S. 1 | Gau | Syrien gleitet in die Anarchie |
| 22.02.2012 | S. 25 | Berthold Seewald | Ein ewiges Armageddon; Das Assad-Regime rechtfertigt seinen grausamen Krieg gegen die Aufständischen mit der Verteidigung der Einheit Syriens. Die ist aber eine sehr junge Erfindung |
| 02.03.2012 | S. 23 | Andrea Backhaus | “Sie schaffen es nicht, uns mundtot zu machen”; Die libanesisische Starmoderatorin Mai Chidiac über Assads Syrien, die Bedrohung der Pressefreiheit und den hohen Preis der Wahrheit |
| 30.03.2012 | S. 6 | Birgit Svensson | Gipfel der Apelle; Arabische Liga ringt in Bagdad um eine Lösung im Syrien-Konflikt – vor allem der Irak tut sich schwer |
| 02.04.2012 | S.7 | Claudia Ehrenstein | Am Ende der Geduld; “Freunde Syriens” suchen bei ihrem Treffen in Istanbul nach einer friedlichen Lösung des Konflikts. Erstmals drohen die Staaten zumindest indirekt auch mit militärischen Mitteln |
| 30.05.2012 | S. 1 | Dietrich Alexander | Syriens Srebrenica |
| 28.06.2012 | S. 7 | Hans Rühle | Syrisches ABC |
| 14.07.2012 | S. 7 | Alfred Hackensberger | Zu den Opfern gehört auch die Wahrheit; Dass sich die Angaben zu den Vorgängen in Syrien nicht überprüfen lassen, ist manchen recht |
| 13.08.2012 | S. 8 | Gil Yaron | Assad will nicht alleine untergehen; Jordanien, Libanon, Türkei, Israel – der Terrorkrieg zieht immer weitere Kreise |
| 12.09.2012 | S. 3 | Lord Weidenfeld | Was wird aus Syrien? |
| 10.10.2012 | S. 3 | Clemens Wergin | Dramatische Drohung; Die Nato springt der Türkei bei und verschärft den Ton gegen Syrien |
| 12.11.2012 | S. 6 | Michael Borgstede | Warnschüsse in Richtung Syrien |
| 13.12.2012 | S. 8 | Florian Flade; Clemens Wergin | Al-Qaida will Syrien als Basis gegen Europa |
| 12.01.2013 | S. 7 | | Pläne für Syriens Zukunft |
| 19.02.2013 | S. 6 | | EU verlängert Syrien-Sanktionen |
| 16.03.2013 | S. 1 | Silke Mülherr | EU streitet über Waffen für syrische Rebellen |
| 26.04.2013 | S. 6 | Ansgar Graw | Washington: Syrien setzt Chemiewaffen ein |
| 16.05.2013 | S. 1 | Dietrich Alexander | Brutalität in Syrien erinnert an den Balkan |
| 19.06.2013 | S. 3 | Michael Stürmer | Syrien wird ferngesteuert |
| 05.07.2013 | S. 5 | | Syrien; Assad sieht sich als Sieger |
| 30.08.2013 | S. 7 | | Diplomatie und Drohungen; Während die Vermittlungsbemühungen laufen, wappnet sich Syrien gegen den Militärschlag |
| 13.09.2013 | S. 1 | | Doch kein Krieg? Assad will Giftgas abgeben; Syrien beantragt Beitritt zur Chemiewaffenkonvention. Putin warnt vor Terrorwelle. CIA soll Waffen an Rebellen liefern |
| 12.10.2013 | S. 1 | | Nobelpreis als Signal gegen Chemiewaffen; Organisation OPCW ausgezeichnet. Sie schickt Waffeninspektoren nach Syrien. Merkel: “Ihr Einsatz verdient unser aller Respekt” |
| 07.11.2013 | S. 7 | Alfred Hackensberger | Versteckt Assad Chemiewaffen?; Regierung in Washington äußert Zweifel an der Vollständigkeit der syrischen Angaben. |

| | | | |
|------------|-------|-----------------------------------|---|
| | | | Termin für Friedensverhandlungen in Genf auf unbestimmte Zeit verschoben |
| 13.12.2013 | S. 6 | | Syrien; Rebbellengeneral flieht vor Islamisten |
| 22.01.2014 | S. 1 | Eckhard Balfanz | Assad-Regime ließ Tausende zu Tode foltern; Unmittelbar vor der Syrien-Konferenz werden erschütternde Bilder bekannt. Aufnahmen sollen in Gefängnissen entstanden sein |
| 18.02.2014 | S. 6 | | Syrien; Kerry nennt Assad "Kriegstreiber" |
| 06.03.2014 | S. 3 | Ansgar Graw | Amerikas Schwäche; Viele amerikanische Experten werfen Präsident Obama eine zu weiche Haltung gegenüber Moskau vor. Sie erinnern an seine Unentschlossenheit während der Syrien-Krise. Das mag stimmen, reicht als Erklärung aber nicht aus |
| 14.04.2014 | S. 7 | Boe. | Oberster Chef von al-Qaida zum Verräter erklärt; In Syrien bekämpfen sich Islamisten untereinander |
| 28.05.2014 | S. 6 | | Ausland Kompakt; Syrien: Inspekture für Chemiewaffen angegriffen |
| 12.06.2014 | S. 3 | Clemens Wergin | Die Folgen des "Ohne uns"; Dreizehn Jahre nach "9/11" ist der Terror weltweit wieder auf dem Vormarsch – im irakischen Mossul genauso wie in Syrien oder in Nordafrika |
| 24.07.2014 | S. 7 | | Verdrängt und vergessen: Konflikte dieser Welt; In Syrien, Nigeria oder Mali geht das Töten weiter |
| 27.08.2014 | S. 7 | | Obama prüft Luftangriffe in Syrien |
| 12.09.2014 | S. 1 | | Obama plant Koalition gegen Terrormiliz IS; US-Präsident kündigt Luftangriffe in Syrien an. Gemäßigte Rebellen sollen Waffen erhalten |
| 01.10.2014 | S. 6 | Ansgar Graw; Alfred Hackensberger | Khorasan – die Terrorgruppe, die vielleicht nie existierte; US-Geheimdienste begründen ihre Luftangriffe in Syrien mit neuer Organisation |
| 12.11.2014 | S. 6 | Florian Flade | Die Dschihadisten wollen sich wieder ins Gespräch bringen. Im Bürgerkriegsland Syrien planen sie Anschläge in Europa |
| 08.12.2014 | S. 7 | | Syrien meldet israelische Angriffe |
| 16.01.2015 | S. 5 | Clemens Wergin | IS trotz amerikanischer Luftschläge in Syrien auf dem Vormarsch |
| 23.02.2015 | S. 7 | | Mission "Osmanisches Grab": Türken rücken in Syrien ein |
| 14.03.2015 | S. 10 | | Vier Jahre Bürgerkrieg: So hat die Syrien-Krise die Region verändert |
| 01.04.2015 | S. 5 | | Militärischer Erfolg im Irak, Massaker in Syrien |
| 22.05.2015 | S. 7 | Alfred Hackensberger | Jetzt kontrolliert der IS fast die Hälfte Syriens |
| 02.06.2015 | S. 6 | Gil Yaron | Assads neue Schwäche; Bisher konnte sich das syrische Regime auf seine Verbündeten verlassen: Russen und Hisbollah. Doch nun bröckelt sie Allianz |
| 28.07.2015 | S. 6 | Alfred Hackensberger | Moderate Rebellen oder moderate Islamisten?; Die von der Türkei und den USA geplante Pufferzone in Syrien wird vom IS beherrscht |
| 29.08.2015 | S. 2 | Anne-Marie Slaughter | Syriens Tragödie |
| 11.09.2015 | S. 6 | Paul Nehf | Kein Happy Birthday, Baschar al-Assad! Vom Hoffnungsträger zum Verbrecher am Volk: Während Syriens Präsident seinen 50. Geburtstag feiert, tötet seine Armee weiter |
| 02.10.2015 | S. 7 | | Syrien; Bodentruppen von Iran und Hisbollah |
| 16.10.2015 | S. 6 | Dietrich Alexander | Syrien als Staat wird es bald nicht mehr geben |
| 27.11.2015 | S. 1 | Eckhard Balfanz | Deutschland schickt Tornado-Jets nach Syrien |
| 02.12.2015 | S. 4 | Thorsten Jungholt | Von Krieg wollen sie nicht reden; Stillschweigend hat die Regierung für den Syrien-Einsatz die Auslegung des Völkerrechts verändert |
| 12.01.2016 | S. 7 | Alfred Hackensberger | In Syrien wird der Hunger als Kriegswaffe eingesetzt |

| | | | |
|------------|------|----------------------|--|
| 01.02.2016 | S. 5 | Claudia Ehrenstein | Deutschland steht bei Syrien-Hilfe "relativ gut da" |
| 05.02.2016 | S. 1 | Eckhard Balfanz | Der Westen zahlt, Putin schafft Fakten; Auch Geberkonferenz für Syrien in London wird von Offensive des Assad-Regimes überschattet |
| 11.02.2016 | S. 1 | Julia Smirnova | Was passiert eigentlich mit Russland?; Putin redet über Frieden in Syrien, befeuert aber den Krieg und kommt damit durch |
| 16.02.2016 | S. 5 | Alfred Hackensberger | In Syrien tobt der Krieg der Stellvertreter |
| 24.02.2016 | S. 3 | Richard Herzinger | Die Achse des Schreckens; Russland und Iran setzen in Syrien mit aller Gewalt auf den Erhalt des Assad Regimes – ungeachtet der Ankündigung einer Feuerpause |
| 24.02.2016 | S. 7 | Alfred Hackensberger | Assad plant schon nächsten Schachzug; Syriens Präsident Baschar al-Assad stimmt der von den USA und Russland vorgeschlagenen Waffenruhe zu |

Deutschland – *Frankfurter Rundschau* (links)

| | | | |
|------------|-------|--------------------|---|
| 22.03.2011 | S. 5 | Martin Gehlen | "Wir haben keine Angst mehr"; Syriens Regime ist alarmiert – Volk lässt sich nicht weiter einschüchtern |
| 16.04.2011 | S. 9 | | Tausende demonstrieren in Syrien für Reformen |
| 11.05.2011 | S. 9 | Thorsten Knuf | Halbherzig gegen Syrien |
| 18.06.2011 | S. 8 | Martin Gehlen | Freunde und Feinde; Syriens Verhältnis zu seinen Nachbarn und den Großmächten |
| 22.06.2011 | S. 8 | rtr | Assad lässt weiter wüten; Sieben Tote in Syrien |
| 09.07.2011 | S. 9 | Pierre Simonitsch | UN untersuchen Assads Atompläne; Sicherheitsrat reagiert auf Berichte über Syriens Nuklearprogramm |
| 09.08.2011 | S. 9 | Reuters; AFP; dpa | Syrien verliert seine letzten Freunde |
| 16.08.2011 | S. 8 | Martina Doering | Patt in Syrien |
| 03.09.2011 | S. 8 | Thorsten Knuf | EU verhängt Ölembargo gegen Syrien |
| 22.10.2011 | S. 7 | (Julia Gerlach) | "Sie werden dem Regime das Genick brechen"; Der Philosoph Sadik al-Azm über die Reformbewegung Syriens und die ausweglose Lage von Baschar al-Assad |
| 22.11.2011 | S. 10 | (Gastbeitrag) | Syriens blutiger Zerfall |
| 20.12.2011 | S. 13 | Julia Gerlach | Gereift am Syrien-Konflikt |
| 24.01.2012 | S. 8 | AFP; dpa | Russland rüstet Syrien mit Kampffjets auf |
| 01.02.2012 | S. 9 | AFP; Reuters | Vorspiel zum Eingriff; Nato streitet über Intervention in Syrien |
| 02.02.2012 | S. 7 | Reuters | Russland will keine Intervention; Syrien wirft Westen koloniale Ambitionen vor |
| 15.02.2012 | S. 9 | Steffen Hebestreit | Merkel lobt die Arabische Liga; Kanzlerin würdigt klare Haltung der Organisation im Syrien-Konflikt |
| 06.03.2012 | S. 10 | (Gastbeitrag) | Unsere Verantwortung in Syrien |
| 21.04.2012 | S. 9 | dpa; AFP | Rebellen fordern Intervention; Kein Ende der Gewalt in Syrien absehbar |
| 26.05.2012 | S. 8 | dapd | Der UN fehlt Plan B für Syrien |
| 05.06.2012 | S. 8 | | EU kann Putin nicht umstimmen; Russischer Präsident bleibt beim Gipfel in der Syrien-Frage seiner Linie treu |
| 14.06.2012 | S. 3 | Steffen Hebestreit | Bürgerkrieg oder nicht?; Erhält Syriens Regierung Hilfe aus dem Ausland, dürfen auch Aufständische im bewaffneten Konflikt unterstützt werden |
| 23.07.2012 | S. 8 | AFP | Syrische Rebellen marschieren in Aleppo ein |
| 27.07.2012 | S. 8 | | Asyl oder Galgen; Syrien-Experte Joshua Landis über die Aussichten des Regimes und der Rebellen |
| 17.08.2012 | S. 9 | | UN-Mission für Syrien wird beendet |
| 17.09.2012 | S. 8 | AFP; dapd | Syrien testet Träger für C-Waffen |
| 29.10.2012 | S. 8 | AFP; dapd; dpa | Heftige Kämpfe statt Waffenruhe in Syrien |
| 05.11.2012 | S. 8 | (FR) | Syrien beunruhigt Nachbarn |
| 30.11.2012 | S. 9 | Damir Fras | Waffen für die Gegner Assads; New York Times: US-Regierung denkt über Änderung ihres Syrien-Kurses nach |

| | | | |
|------------|-------|-----------------------|--|
| 05.12.2012 | S. 10 | Damir Fras | US-Soldaten üben für Syrien-Intervention |
| 23.01.2013 | S. 9 | AFP; dpa; Reuters | “Schreckliches Ausmaß an Tötungen und Zerstörung”; Syrien-Bericht: Opposition will Übergangsregierung |
| 01.02.2013 | S. 1 | | Spannung zwischen Syrien und Israel |
| 26.03.2013 | S. 9 | Julia Gerlach | Stimmrecht für die Opposition; Gegner des Regimes sollen den Sitz Syriens in der Arabischen Liga erhalten |
| 10.04.2013 | S. 9 | AFP | Extremisten vereinen sich in Syrien |
| 02.05.2013 | S. 6 | Steffen Hebestreit | De Maizière und die rote Linie; Verteidigungsminister spricht mit US-Amtskollegen über Syrien |
| 02.05.2013 | S. 7 | Damir Fras | Rebellen können auf Waffen hoffen; US-Präsident will aber vor Lieferung nach Syrien mit Putin sprechen |
| 07.05.2013 | S. 7 | Frank Nordhausen | Furcht vor dem Flächenbrand; In der Türkei wird das syrische Drama mit dem Bosnienkrieg verglichen |
| 23.05.2013 | S. 3 | (Peter Seidel) | “Westliche Politiker haben ihre eigene Propaganda geglaubt und die Realitäten falsch eingeschätzt”; Jürgen Todenhöfer hat in den letzten Jahren immer wieder Krisengebiete besucht und wiederholt war er in Syrien. Assad hält sich, sagt er, weil ihn noch immer fast die Hälfte der Bürger stützen |
| 01.06.2013 | S. 8 | Julia Gerlach | Nur Ägypten sperrt sich gegen eine militärische Lösung in Syrien. Die anderen Regionalstaaten wollen Assad fallen sehen |
| 12.07.2013 | S. 8 | | UN wieder in Syrien; Verdacht auf C-Waffen |
| 27.07.2013 | S. 10 | | Patriarch warnt; Syrien könnte zerfallen / Kritik am Westen |
| 30.08.2013 | S. 8 | | Unklarheit über Militärschlag in Syrien |
| 13.09.2013 | S. 3 | | Syrien bewegt sich |
| 19.09.2013 | S. 9 | | Chemikalien für Syrien |
| 07.10.2013 | S. 6 | | Berlin will in Syrien nicht vermitteln |
| 25.11.2013 | S. 8 | | Rebellen erobern Syriens größtes Ölfeld |
| 20.12.2013 | S. 8 | | Islamistisches Schreckensregime in Syrien |
| 28.01.2014 | S. 8 | | Syrien-Gespräche stocken bei Assad-Frage |
| 15.02.2014 | S. 7 | | Gespräche über Syrien stocken |
| 29.04.2014 | S. 6 | | Die zwiespältige Syrien-Politik der Türkei |
| 28.05.2014 | S. 10 | | Schlechtes Vorbild Syrien |
| 27.06.2014 | S. 1 | | Syrien bombardiert Isis-Kämpfer |
| 28.08.2014 | S. 7 | Julia Gerlach | Syrien warnt USA vor Angriffen |
| 13.09.2014 | S. 7 | | Irak/Syrien-News |
| 17.10.2014 | S. 7 | rtr | Islamisten – Syrien |
| 04.11.2014 | S. 9 | Pierre Simonitsch | Syriens kleineres Übel |
| 30.12.2014 | S. 8 | | Viele Tote bei Anschlägen in Irak und Syrien |
| 14.01.2015 | S. 5 | Frank Nordhausen | Flucht nach Syrien |
| 23.02.2015 | S. 1 | | Türken evakuieren Mausoleum in Syrien |
| 18.03.2015 | S. 9 | | USA verhandeln nicht mit Syriens Machthaber Assad |
| 11.04.2015 | S. 8 | (Andreas Schwarzkopf) | “Die beklemmende Ratlosigkeit im Falle Syriens wird bleiben” |
| 18.05.2015 | S. 2 | Damir Fras | US-Kommandos in Syrien |
| 13.06.2015 | S. 6 | | Syrien drängt Rebellen vom Stützpunkt zurück |
| 01.07.2015 | S. 1 | | IS-Miliz enthauptet Frauen in Syrien |
| 14.08.2015 | S. 18 | Urs Kleinert | Komplexe Gemengelage in Syrien |
| 17.09.2015 | S. 4 | Peter Riesbeck | Europas Arbeitsteilung; Brüssel überlässt Frankreich und Großbritannien die Militäreinsätze in Syrien – und setzt selbst auf Diplomatie |
| 01.10.2015 | S. 4 | | Russland greift in Syrien an |
| 07.11.2015 | S. 9 | | Laut Experten wurde in Syrien Senfgas eingesetzt |
| 10.12.2015 | S. 6 | Christian Esch | Russen feuern von U-Boot auf Ziele in Syrien |
| 16.01.2016 | S. 15 | | In Syrien gekämpft? |
| 04.02.2016 | S. 2 | Sebastian Borger | Damit sie nicht zu uns kommen; Die Bürgerkriegsregion Syrien braucht dringend Hilfen für mehr Bildung und Jobs |

| | | | |
|------------|------|--|--|
| 17.02.2016 | S. 5 | | Syrien |
| 22.02.2016 | S. 5 | | Feuerpause in den nächsten Tagen; USA und Russland reden über Syrien |

Vereintes Königreich (England) – *The Daily Mail and Mail on Sunday* (rechts)

| | | | |
|------------|--|------------------------------|---|
| 27.03.2011 | | | Six die in Syria as protests spread |
| 26.04.2011 | | Tim Shipman | Syria faces UK squeeze |
| 25.05.2011 | | | Syria death toll 'more than 1,000' |
| 11.06.2011 | | | Syria accused of atrocity as troops kill 28 protesters |
| 09.07.2011 | | | Syria accuses U.S. of 'interfering' |
| 19.08.2011 | | | Cameron, EU and Obama tell Assad to quit Syria |
| 25.11.2011 | | | France calls for armed mercy push into Syria |
| 24.12.2011 | | David Williams | Blasts kill 40 as Arab league observers arrive in Syria |
| 19.01.2012 | | Kirsty Walker | Pm blasts Syria's 'wretched tyrant' |
| 08.02.2012 | | Tim Shipman | PM's three-step strategy to force Assad from Syria |
| 09.02.2012 | | Stephen Wright | 18 premature babies die on one of Syria's bloodiest days |
| 10.04.2012 | | | Peace plan in doubt as Syria attacks Turkish refugee camp |
| 29.05.2012 | | Jason Groves | Syria facing all-out civil war, warns Hague |
| 29.06.2012 | | | Turkey turns heat on Syria |
| 04.07.2012 | | | Syria 'is guilty of torture policy' |
| 17.08.2012 | | | Syria rebels' al Qaeda warning |
| 28.09.2012 | | | 700,000 to flee Syria, warns un |
| 05.10.2012 | | David Williams | Turkey gives ok for its troops to target Syria |
| 09.11.2012 | | | I will never flee Syria, vows Assad |
| 07.12.2012 | | (Mail Foreign Service) | Syria has loaded bombs with deadly sarin nerve gas' |
| 31.12.2012 | | Nick Fagge | Syria rebels beheaded a Christian and fed him to the dogs' |
| 07.01.2013 | | (Mail Foreign Service) | Assad breaks cover to call for war to defend Syria |
| 01.02.2013 | | David Williams | Now Iran and Syria threaten to strike back against Israel |
| 10.03.2013 | | Ian Birrell | Inside Syria's cauldron of despair |
| 29.04.2013 | | Tim Shipman | A warning shot and no more: Defense chiefs tell pm to hold back over Syria |
| 29.05.2013 | | Tim Shipman | Russia blasts 'hothead' west over Syria arms |
| 14.06.2013 | | Michael Burleigh | Could Syria ignite ww3 |
| 25.07.2013 | | | Cia to arm the rebels in Syria |
| 24.08.2013 | | Jason Groves | Hague: world can't ignore Syria crisis |
| 07.09.2013 | | James Chapman | Putin: I'll help Syria if us attacks |
| 07.10.2013 | | | Syria's chemical arms destroyed |
| 25.11.2013 | | | 11,000 children killed in Syria' |
| 01.12.2013 | | Michelle Dockery | Sad, lonely, bewildered: the children of Syria who left me lost for words |
| 22.01.2014 | | David Williams | Syria and the torture dossier |
| 06.02.2014 | | Stephen Wright | Fanatics in Syria vow to bring terror home to UK |
| 16.02.2014 | | | Syria peace talks fail as violence escalates |
| 27.02.2014 | | Robert Hardman | Syria 2014: a sea of human misery |
| 21.03.2014 | | | Syria delays ditching WMDs |
| 25.04.2014 | | Chris Greenwood | Up to 700 young British jihadists could be in Syria |
| 20.05.2014 | | Rebecca Evans | First woman to face terror charges over Syria... Model who smuggled £16,000 in her underwear' |
| 04.06.2014 | | | British fighter killed in Syria |
| 05.07.2014 | | | UK's secret plan to arm 100,000 rebels in Syria |
| 22.08.2014 | | | Hollande blames rise of militants on failure of UK and US over Syria |
| 12.09.2014 | | Jason Groves; David Williams | UK disarray over Syria airstrikes |
| 06.10.2014 | | Jason Groves | I'll block bombing of IS in Syria says Clegg |
| 09.11.2014 | | Michael Powell; | Suspect in 'poppy terror plot' tried to travel to Syria six |

| | | | |
|------------|--|-------------------------------|---|
| | | Duncan Gardham | months ago |
| 18.01.2015 | | | IS fighters fake death in Syria to slip back to UK and Europe |
| 04.02.2015 | | Chris Greenwood | UK student who fought in Syria is jailed |
| 27.03.2015 | | | Chlorine gas probe as six die in Syria attack |
| 03.04.2015 | | Larisa Brown | Syria, the finishing school for fanatics |
| 24.05.2015 | | Duncan Gardham; Abul Taher | UK police cleared supermarket jihadi for travel to Syria |
| 30.06.2015 | | Jack Doyle; Jason Groves | Cameron threatens RAF bombing raids against IS in Syria |
| 20.07.2015 | | (Comment) | We can't bomb our way to peace in Syria |
| 25.08.2015 | | | PM: Chilcot won't delay a vote on bombing in Syria |
| 29.09.2015 | | | Obama and Putin clash over Syria |
| 01.10.2015 | | Larisa Brown | Russia defies the West to drop bombs on Syria |
| 03.11.2015 | | Jason Groves | Benefits from bombing IS in Syria don't outweigh risks' |
| 07.12.2015 | | | Blair: Not bombing IS in Syria would be like appeasing Nazis |
| 04.01.2016 | | Peter McKay | Syria? It's turned into operation damp squib |
| 13.02.2016 | | | Syria: Assad pledge to retake whole country |
| 16.02.2016 | | Ian Drury | 50 dead as Putin's bombs hit schools and hospitals in Syria |
| 23.02.2016 | | (Mail Foreign Service) | US and Russia ceasefire for Syria to start on Saturday |

Vereintes Königreich (England) – *The Guardian* (links)

| | | | |
|------------|-------|-----------------------------|---|
| 31.03.2011 | S. 34 | | Syria: A lost opportunity |
| 12.04.2011 | | Michael Tomasky | White House finally condemns Syria |
| 30.05.2011 | S.14 | Julia Borger | Syria offers to cooperate on nuclear inquiry |
| 02.06.2011 | S.22 | Ian Black; Nidaa Hassan | Rights watchdog accuses Syria of crimes against humanity |
| 09.07.2011 | S. 28 | Martin Chulov | Middle East unrests: Syria protests |
| 11.08.2011 | S. 22 | Ian Black | Obama poised to tell Assad to step down: US decries the 'heinous actions' of Syria's leader Call to resign would signal a major shift in the crisis |
| 13.09.2011 | S. 21 | Ian Black | Syria: Russia refuses to pile pressure on alley as death toll increases |
| 03.10.2011 | S. 19 | (Agencies Istanbul) | Rebels unite to oust Assad and turn Syria into a democracy |
| 03.11.2011 | S. 21 | Ian Black | Scepticism as Syria accepts Arab League's ceasefire plan |
| 02.12.2011 | | David Hearst | Why Russia is backing Syria |
| 07.12.2011 | | Ian Black | Bashar al-Assad insists killings and torture in Syria are beyond his control |
| 24.01.2012 | S. 30 | | Syria: A plan with no resolution |
| 07.02.2012 | S. 32 | | Syria: Russia on the wrong side |
| 08.02.2012 | S. 4 | Ian Black | Syria: Moscow calls for 'Arab solution' to crisis as more civilians killed: Russians foreign minister travels to Damascus as UN body reports 400 children dead and many more tortured and sexually abused |
| 08.02.2012 | S. 5 | Ian Black; Julian Borger | Syria: Foreign intervention: Covert action plan could be 'explosive', analysts warn |
| 13.02.2012 | | Ian Black | Syria rejects Arab League call for peacekeeping mission |
| 13.02.2012 | | Abdel Bari Atwan | The Arab League has misjudged its actions on Syria |
| 17.02.2012 | S. 18 | David Batty | Syria: United Nations: Assembly calls for Assad to resign |
| 28.02.2012 | S. 3 | Zoe Williams | G2: Shortcuts: Foreign affairs: Just another day for democracy in Syria |
| 28.02.2012 | S. 19 | Martin Chulov | Syria reports 90% of voters back reforms: 138 reportedly killed – 64 at checkpoint in Homs; EU targets Assad regime with further sanctions |
| 29.02.2012 | S. 1 | Peter Beaumont | Activists killed in rescue of British journalist from Syria: News come as UN says more than 7,500 people have now died in uprising |
| 03.03.2012 | S. 48 | | Syria: No road back |

| | | | |
|------------|-------|---|--|
| 13.04.2012 | S. 21 | Ian Black | Syria: What happens next? Five possible stumbling blocks to a lasting ceasefire |
| 29.05.2012 | S. 1 | Chris McGreal | US threatens use of force in Syria after massacre |
| 04.06.2012 | S. 12 | Julian Borger | Assad compares Syria crackdown to surgeons saving patients' lives |
| 07.07.2012 | S. 38 | | Syria: Long, hard slog |
| 08.08.2012 | | | What is Qatar doing in Syria? |
| 25.09.2012 | S. 16 | Julian Borger | Syria: Analysis: If the Syria crisis widens faultiness at a divided UN, then just wait for Iran |
| 15.10.2012 | S. 14 | Julian Borger | Video shows Syria using Russian cluster bombs |
| 02.11.2012 | | Martin Chulov | Syria's rebels fear foreign jihadis in their midst |
| 07.11.2012 | | Nicholas Watt | Cameron: I'll work with Obama to ensure Syria is top priority |
| 04.12.2012 | | Matt Williams | Barack Obama warns Syria of chemical weapons 'consequences' |
| 05.12.2012 | S. 38 | | Syria: Assad's last stand |
| 06.12.2012 | | Paul Rogers | Syria: last chance for diplomacy |
| 08.12.2012 | | | Syria conflict: William Hague renews warning over chemical weapons |
| 10.12.2012 | S. 17 | Julian Borger | Russia and US discuss Syria as fighting continues |
| 11.12.2012 | | Ewen MacAskill | US blacklists Syria's al-Nusra Front as terrorist group |
| 14.12.2012 | | Paul Rogers | After Assad: the US tries to keep Islamists out of the picture in Syria |
| 14.12.2012 | S. 44 | | Syria: Russian writing on the wall |
| 24.12.2012 | S. 1 | Julian Borger | Russians in Syria pose challenge to intervention |
| 26.12.2012 | | Peter Beaumont | Syria military police chief defects to rebels |
| 06.01.2013 | | Ian Black | Syria's President Bashar al-Assad delivers rare public speech |
| 18.01.2013 | S. 27 | Martin Chulov | Syria: 'Al-Qaida want me to make their weapons. They run everything': Schism between jihadists and Free Syrian Army threatens to open new phase in the civil war |
| 31.01.2013 | | | Russia condemns Israeli air strike on Syria |
| 04.02.2013 | S. 13 | Julian Borger | Syria's monthly death toll increases to 5,000; Russia and Iran in talks with opposition leader; Thousands flee daily as fighting intensifies |
| 19.02.2013 | | Ian Black | Qatar criticises EU over Syria arms embargo |
| 15.03.2013 | S. 23 | Julian Borger | Iran 'funding 50,000-strong Syria militia': Teheran using Hezbollah to prop up Assad, says Israel: Senior officials warn of ugly new war in Lebanon |
| 17.04.2013 | S. 20 | | Syria: Assad regime says it will release 7,000 prisoners |
| 01.05.2013 | S. 15 | Ian Black; Dan Roberts | Hezbollah chief: my fighters will stand by Assad regime in Syria |
| 13.06.2013 | | Dan Roberts | Syria regime used chemical weapons against rebels, US officials say |
| 13.07.2013 | S. 15 | Martin Chulov | Syria faces spectre of war within civil war: Senior rebel assassinated by anti-Assad jihadists Tensions between Syrian fighters and foreigners |
| 22.08.2013 | | Martin Chulov; Mona Mahmoud; Ian Sample | Assad accused as hundreds die in 'gas attack' on rebels: Chemical attack 'worst since Saddam': Many children among victims |
| 28.08.2013 | S. 5 | Julian Borger | Syria crisis: Analysis: The timetable for intervention |
| 31.08.2013 | | Saptarshi Ray | Syria: Putin rubbishes chemical attack claims |
| 06.09.2013 | S. 1 | Patrick Wintour; Dan Roberts | Russia and west clash over new British evidence of gas attack in Syria |
| 30.09.2013 | | Ed Pilkington | Syrian deputy PM blames 'western-backed terrorist groups' for sarin gas attack |
| 01.10.2013 | S. 34 | | Cross infection: Iraq and Syria |
| 08.11.2013 | S. 19 | Ian Black | Saudi Arabia to spend millions training new rebel force in Syria: Efforts are focused on union of 43 rebel groups: Fears of 'blowback' from returning extremists |

| | | | |
|------------|-------|--|--|
| 19.12.2013 | S. 22 | Peter Beaumont | Syria: Islamist rebels abusing civilians, says Amnesty |
| 08.01.2014 | S. 17 | Ian Black | Syria weapons |
| 14.01.2014 | S. 32 | | Drops in the ocean: Syria's refugee crisis |
| 15.01.2014 | | Mona Chalabi | Aid to Syria: the 5 big questions |
| 21.01.2014 | | Jonathan Freeland | Can evidence of mass murder in Syria end the inertia? Only with Putin's help |
| 22.01.2014 | | Matthew Weaver | Syria accuses the west of pouring arms into the hands of terrorists |
| 22.01.2014 | | Ian Black | Syria's insistence Bashar al-Assad will stay put it on collision course with US |
| 05.02.2014 | | Martin Chulov | Syria misses another chemical weapons deadline |
| 15.02.2014 | | | Syria peace talks break up as UN envoy fails to end deadlock |
| 17.02.2014 | | Richard Norton-Taylor | Extremist threat from Syria – real or exaggerated? |
| 17.02.2014 | S. 10 | Shiv Malik | British jihadists in Syria pose UK security problem, says minister |
| 28.02.2014 | | Jonathan Jones | A shocking image of Syria's brutal war – a war that will continue regardless |
| 12.03.2014 | S. 18 | Simon Tisdall | Syria: Secret strategy: Saudi Arabia and the US 'backing new front against Assad' |
| 08.04.2014 | S. 9 | Nicholas Watt | Blair: we should have intervened in Syria |
| 22.05.2014 | S. 36 | (Editorial) | Syria: The war crimes record |
| 04.06.2014 | S. 30 | (Editorial) | Syria: Voting in the ruins |
| 17.07.2014 | S. 22 | Ian Black | Syria: Defiant Assad sworn in for the third term after poll |
| 14.08.2014 | S. 8 | Nicholas Watt | Lesson of Syria vote weighs heavily as Cameron mulls Iraq |
| 11.09.2014 | | Martin Chulov | How the US targets Isis in Syria will reveal Barack Obama's real goals |
| 11.09.2014 | | Mark Tran | Syria's opposition welcomes US air strikes on Isis militants |
| 08.10.2014 | S. 21 | Catherine James; Ian Black; Constanze Letsch | Islamic state: Isis advance fuels tension inside Turkey: Anger at Ankara's interaction amid fighting on border: President wants west to move against Syria's Assad |
| 13.11.2014 | | Patrick Wintour | David Cameron to reveal new laws to fight terrorism in the UK: Prime minister to use speech to Australian parliament to unveil strategy on how to stem flow of fighters to Syria and Iraq |
| 02.12.2014 | | | Justice in the balance over Syria jihad case |
| 10.01.2015 | | Claire Phipps | Paris attacks: rallies held across France as police hunt suspected accomplice – live; Rolling coverage as French media reports that Hayat Boumeddiene could be in Syria, and thousands join #JeSuisCharlie rallies |
| 16.01.2015 | | Jason Rodrigues | Terror attacks in Europe: the five danger zones; Security experts believe jihadis returning from Syria are most likely to be plotting attacks in five western European countries |
| 25.02.2015 | | Kareem Shaheen | Syria has used barrel bombs in hundreds of locations, says rights group |
| 17.03.2015 | | Kareem Shaheen | Fresh allegations of chlorine gas attacks in Syria |
| 09.04.2015 | | (Letters) | Syria, Assad and what the west must do now |
| 26.05.2015 | | Frances Perraudin | UK and Russia to resume Syria talks |
| 25.06.2015 | | Aisha Gani | Syrans respond to 'summer in Syria' tweet with photographic realities of war |
| 03.07.2015 | | Roy Greenslade | Bomb Syria? UK national newspapers are unsure if that's a good plan; David Cameron and Michael Fallon cannot expect much support from the press |
| 24.08.2015 | | (Letters) | The world must act to stop Syria's suffering |
| 29.09.2015 | | Simon Jenkins | Why the west should listen to Putin on Syria |
| 01.10.2015 | | Matthew Weaver | 'Deconflict': buzzword to prevent risk of a US-Russian clash over Syria |
| 09.11.2015 | | (Agence France-Press) | UN watchdog confirms mustard gas attack in Syria |

| | | | |
|------------|--|----------------------------------|--|
| 01.12.2015 | | Matthew Weaver; Julian Borger | Syria airstrikes: everything you need to know |
| 22.01.2016 | | Shaun Walker | Putin denies sending official to Syria to ask Assad to step down |
| 04.02.2016 | | Ian Black | Saudi Arabia offers to send ground troops to Syria to fight Isis |
| 11.02.2016 | | Simon Tisdall | Bullish Vladimir Putin is running things around the west in Syria |
| 15.02.2016 | | Chris Johnston | Russia PM warns of 'new cold war' amid Syria accusations |
| 19.02.2016 | | Michael Clarke | If the Syria ceasefire fails, Isis will be the least of the west's problems |
| 24.02.2016 | | Mary Dejevsky | This ceasefire deal could bring peace closer for Syria; Despite the west's strident propaganda war with Russia, diplomacy still gives cause for hope |

Frankreich – *Le Figaro* (rechts)

| | | | |
|------------|-------|----------------------|--|
| 25.03.2011 | S. 1 | Philippe Gelie | Syrie : la répression tourne au bain de sang |
| 28.04.2011 | S. 6 | Philippe Gelie | Syrie : démissions en série au Baas |
| 07.05.2011 | S. 6 | Pierre Prier | Les dictateurs arabes résistent ; Ils s'accrochent au pouvoir en Syrie, au Yémen et en Libye |
| 08.06.2011 | S. 15 | Pierre Rousselin | La politique du pire en Syrie |
| 12.07.2011 | S. 1 | Thierry Oberlé | Les partisans d'Assad attaquent l'ambassade de France en Syrie |
| 24.08.2011 | S. 21 | Antoine Basbous | De la Libye à la Syrie, une liberté à arracher au prix fort |
| 12.09.2011 | S. 2 | Georges Malbrunot | Le malaise de chrétiens de Syrie |
| 15.10.2011 | S. 9 | Alain Barluet | Les monarchies du Golfe au chevet de la Syrie |
| 31.10.2011 | S. 2 | Georges Malbrunot | Le jeu ambigu de l'Iran en Syrie |
| 26.11.2011 | S. 21 | Alexandre Adler | Syrie : bloc chiite contre axe sunnite |
| 15.12.2011 | S. 16 | Roland Hureauux | Intervenir en Libye oui, en Syrie non ! |
| 17.12.2011 | S. 7 | Alain Barluet | Pourquoi Moscou durcit le ton contre la Syrie |
| 20.12.2011 | S. 2 | Edith Bouvier | La guerre de l'ombre des combattants libres de Syrie |
| 28.01.2012 | S. 7 | Thierry Portes | La violence redouble en Syrie ; À l'ONU, la Russie repousse les solutions arabes et occidentales |
| 17.02.2012 | S. 1 | Pierre Rousselin | Syrie : un conflit qui va durer |
| 31.03.2012 | S. 10 | Alain Barluet | Le front anti-Bachar en quête d'un second souffle ; Les « Amis de la Syrie », réunis dimanche à Istanbul, vont presser Damas d'appliquer le plan de paix |
| 27.04.2012 | S. 10 | Isabelle Lasserre | Syrie : la diplomatie occidentale s'impatiente ; L'opposition syrienne réclame une réunion d'urgence à l'ONU sur une intervention armée |
| 31.05.2012 | S. 1 | Pierre Rousselin | Syrie : faire plier Poutine... |
| 20.06.2012 | S. 8 | Thierry Portes | L'ONU réexamine sa mission en Syrie : L'armée de Bachar el-Assad poursuit ses bombardements contre la rébellion |
| 17.07.2012 | S. 1 | Luc de Barochez | Syrie : préparer l'après-Assad |
| 11.08.2012 | S. 6 | Adrien Jaulmes | De la Libye à la Syrie, des dynamiques comparables |
| 11.09.2012 | S. 36 | | Syrie : Bachar el-Assad a disséminé ses armes chimiques |
| 09.10.2012 | S. 39 | Georges Malbrunot | Laurent Fabius converti à plus de réalisme sur la Syrie |
| 16.11.2012 | S. 6 | Jean-Jacques Mével | Syrie : l'UN n'est pas près de lever son embargo sur les armes ; Une reconnaissance de l'opposition unifiée est en revanche à l'étude |
| 19.12.2012 | S. 19 | Pierre Rousselin | Syrie : les limites de la non-intervention |
| 28.12.2012 | S. 5 | Alain Barluet | L'avenir de la Syrie se négocie à Moscou : La transition proposée par l'envoyé spécial de l'ONU achoppe toujours sur le sort d'el-Assad |
| 09.01.2013 | S. 6 | Isabelle Lasserre | Les Israéliens surveillent la situation en Syrie... avec un œil sur Téhéran |
| 23.02.2013 | S. 29 | Eric Biétry-Rivierre | Solidarité La Syrie au cœur |
| 12.03.2013 | | Muriel Frat | « Syrie, le souffle de la révolte » |
| 28.03.2013 | S. 47 | Georges Malbrunot | Syrie : les services de renseignement vont comparer leurs |

| | | | |
|------------|-------|------------------------------------|---|
| | | | plans |
| 16.04.2013 | S. 6 | Georges Malbrunot | En Syrie, les djihadistes gênent l'opposition ; En prêtant allégeance à al-Qaïda, al-Nosra divise les groupes armés et ternit l'image de la rébellion |
| 06.05.2013 | | Georges Malbrunot | En Syrie, grand flou sur les armes chimiques qu'auraient utilisées régime et rebelles |
| 01.06.2013 | S. 6 | Alain Barluet | « Pas de transition en Syrie avec Bachar el-Assad » |
| 19.07.2013 | S. 7 | Florentin Collomp | Londres vend des armes à la Syrie ; Selon un rapport parlementaire, le Royaume-Uni a autorisé des exportations de matériel militaire à plusieurs pays sensibles dont l'Iran, la Syrie et la Chine |
| 22.08.2013 | | Cyrille Vanlerberghe | Syrie : des symptômes liés à des agents neurotoxiques |
| 15.09.2013 | | Laure Mandeville | Syrie : Obama sort de la crise affaibli face à Poutine |
| 12.10.2013 | S. 5 | Jean-Jacques Mével | Un Nobel contre l'horreur chimique ; La Syrie est en toile de fond de l'attribution du prix Nobel de la paix à l'Organisation pour l'interdiction des armes chimiques (OIAC) |
| 11.11.2013 | | Georges Malbrunot | Syrie : l'opposition participera à Genève 2 |
| 12.12.2013 | | Georges Malbrunot | Syrie : la rébellion en danger |
| 17.12.2013 | | Isabelle Lasserre | Armes chimiques en Syrie : le long chemin du démantèlement |
| 19.12.2013 | S. 9 | Cyrille Louis | Le pari risqué du Hezbollah en Syrie |
| 04.01.2014 | S. 6 | Laure Marchand | Des armes pour Syrie alimentent la guerre entre service |
| 08.02.2014 | S. 6 | Georges Malbrunot | Syrie : début de l'évacuation des civils assiégés à Homs |
| 11.03.2014 | | Delphine Minoui ; Cyrille Louis | En Syrie, la faim est une arme de guerre |
| 20.04.2014 | | Georges Malbrunot | Un « al-Qaïda land », de la Syrie aux portes de Bagdad |
| 08.05.2014 | S. 2 | Laure Mandeville | Washington craint l'afflux d'agents d'al-Qaïda en Syrie |
| 10.06.2014 | S. 32 | Claire Bommelaer | En Syrie, la résistance culturelle du professeur Abdulkarim |
| 17.07.2014 | S. 7 | Georges Malbrunot | Syrie : Assad prête serment et menace les Occidentaux |
| 23.08.2014 | S. 5 | Thierry Oberlé | Syrie : combats violents entre l'armée et les djihadistes de l'État islamique à Taqba |
| 25.09.2014 | S. 4 | Isabelle Lasserre | Pourquoi la France ne frappe pas en Syrie |
| 17.10.2014 | S. 8 | Isabelle Lasserre | Les raisons de l'abstention française sur les frappes en Syrie |
| 22.11.2014 | S. 6 | Georges Malbrunot | La progression des djihadistes a été freinée en Syrie comme en Irak |
| 20.12.2014 | S. 8 | Thierry Portes | Al-Qaïda en Syrie s'empare de dizaines de chars de l'armée de Bachar el-Assad |
| 17.12.2014 | S. 7 | Georges Malbrunot | Al-Qaïda se taille un fief dans le nord de la Syrie ; Après la conquête de deux bases, al-Nosra se rapproche du mini-émirat qu'il espère constituer |
| 23.01.2015 | S. 2 | Adrien Jaulmes | Le califat s'étend en Syrie |
| 25.02.2015 | S. 5 | Samuel Forey | Syrie : l'État islamique enlève 90 chrétiens ; Les djihadistes ont attaqué deux villages chrétiens. Un assaut repoussé grâce à des frappes aériennes de la coalition anti-EI |
| 14.03.2015 | S. 1 | | Syrie : après quatre ans de guerre, Assad à la merci de l'Iran et du Hezbollah |
| 13.04.2015 | S. 7 | Georges Malbrunot | Syrie : les Palestiniens pris au piège de Yarmouk ; Près de 18 000 réfugiés sont prisonniers, dans la banlieue de Damas, des combats entre des groupes palestiniens et l'État islamique, dont les positions sont bombardées par l'aviation du régime syrien |
| 22.05.2015 | S. 3 | Georges Malbrunot | Affaibli, le régime Assad est obligé de se replier sur une mini « Syrie utile » |
| 02.06.2015 | S. 8 | Isabelle Lasserre | La coalition anti-Daech en mal de stratégie ; Les alliés se retrouvent ce mardi à Paris pour corriger leur action, guère efficace, en Syrie et Irak |
| 08.07.2015 | S.8 | Charlotte Chaulin | Al-Qaïda enlève un prêtre franciscain en Syrie |
| 05.08.2015 | S. 4 | Julie Connan | Syrie : Washington bombarde pour défendre des rebelles |

| | | | |
|------------|-------|---------------------|---|
| 29.09.2015 | S. 2 | Pierre Avril | Moscou condamne les raids français sur la Syrie |
| 05.10.2015 | S. 10 | Arnaud de La Grange | Pour Hollande, Poutine « n'est pas notre allié en Syrie » |
| 06.11.2015 | S. 8 | Isabelle Lasserre | Les limites de l'intervention russe en Syrie apparaissent |
| 07.11.2015 | S. 6 | Georges Malbrunot | Sauver la Syrie, une priorité turque |
| 16.11.2015 | S. 17 | Alain Barluet | La France va intensifier ses frappes aériennes en Syrie |
| 07.12.2015 | S. 23 | Georges Malbrunot | En Syrie, quelle alternative possible à Bachar el-Assad ?; La question d'une transition politique à Damas se heurte au sort du président syrien. Ce dernier a fait le vide autour de lui. Quels hommes pourraient toutefois émerger ? |
| 10.12.2015 | S. 11 | Angélique Négroni | Bataclan : le troisième tueur lui aussi « fiche S » ; Foued Mohamed-Aggad, un Français de 23 ans originaire d'Alsace, combattait en Syrie et en Irak depuis fin 2013 |
| 22.12.2015 | S. 13 | Renaud Girard | Vers une libanisation de la Syrie |
| 29.01.2016 | S. 7 | Georges Malbrunot | Incertitudes autour de la conférence sur la Syrie à Genève |
| 27.02.2016 | S. 7 | Elodie Métral | Une « cessation des hostilités » en Syrie ; L'accord de trêve américano-russe devrait entrer en application samedi à minuit |

Frankreich – *Le Monde* (links)

| | | | |
|------------|-------|------------------------------------|---|
| 27.03.2011 | S.1 | | Syrie : la révolte s'entend contre le régime de Bachar Al-Assad |
| 03.04.2011 | S.6 | Dominique Lucas | En Syrie, les manifestations continuent en dépit de la répression |
| 20.05.2011 | S.5 | | Syrie ; Le président russe s'oppose à toute résolution de l'ONU contre Damas |
| 21.06.2011 | S.6 | | M. Al-Assad doit s'exprimer sur la situation en Syrie |
| 05.07.2011 | S. 7 | Cécile Hennion | La mobilisation contre le régime s'accroît en Syrie |
| 18.08.2011 | S. 6 | | Syrie: une révolte si loin, si proche |
| 23.09.2011 | S. 4 | | Nouvelles sanctions occidentales contre la Syrie |
| 09.10.2011 | S. 10 | | Syrie, dans l'enfer de la répression |
| 06.11.2011 | S. 4 | Laure Stephan | La répression continue en Syrie en dépit du plan de la Ligue arabe |
| 23.12.2011 | S. 4 | Benjamin Barthe ; Laure Stephan | Syrie : la répression du soulèvement tourne au massacre |
| 27.12.2011 | S. 3 | Benjamin Barthe | La mission d'observation en Syrie entre en action |
| 03.01.2012 | S. 4 | Christophe Ayad | En Syrie, la mission de la Ligue arabe est contestée |
| 04.02.2012 | S. 5 | Alexandra Geneste | Les Occidentaux multiplient les concessions à l'ONU pour faciliter l'adoption d'une résolution sur la Syrie |
| 15.03.2012 | S. 6 | Natalie Nougayrède | Les raisons de l'impasse diplomatique en Syrie |
| 07.04.2012 | S. 7 | Alexandra Geneste | L'ONU prépare une mission très délicate en Syrie |
| 01.05.2012 | S. 7 | Laure Stephan | En Syrie, l'espoir opiniâtre d'une activiste alaouïte |
| 21.06.2012 | S. 4 | Alexandra Geneste | Malgré sa suspension, la mission de l'ONU reste en Syrie |
| 11.07.2012 | S. 4 | Natalie Nougayrède | La Russie s'engage à ne plus conclure de contrats d'armement avec la Syrie |
| 14.08.2012 | S. 8 | Patrick Jarreau ; Nabil Wakim | Syrie, insécurité, conjoncture : vacances sur tous les fronts pour M. Hollande |
| 02.09.2012 | S. 20 | Eric Perez | Syrie ; Il n'y a plus rien à attendre de l'ONU |
| 11.10.2012 | S. 3 | Benjamin Barthe | En Syrie, les djihadistes montent en puissance |
| 23.10.2012 | S. 20 | (Editorial) | Assez de dérobades, il faut intervenir à Syrie ! |
| 09.11.2012 | S. 18 | (Editorial) | Analyse ; En Syrie, l'éléphant et les fourmis |
| 05.12.2012 | S. 5 | Benjamin Barthe | La peur d'une attaque chimique resurgit en Syrie |
| 11.12.2012 | S. 18 | Benjamin Barthe | Syrie Copains d'avant |
| 16.12.2012 | S. 7 | Natalie Nougayrède | Intervenir en Syrie : quelle légalité ? |
| 20.12.2012 | S. 22 | | Risque de crise humanitaire en Syrie |
| 26.12.2012 | S. 6 | Khaled Sid Mohand | La crise humanitaire en Syrie touche la totalité du pays, frappé par les pénuries |
| 29.12.2012 | S. 18 | Christophe Ayad | Syrie, de la révolte à la guerre |
| 22.01.2013 | S. 9 | Natalie Nougayrède | Syrie ; Laurent Fabius dément qu'une arme chimique a été employée |

| | | | |
|------------|-------|---|--|
| 02.02.2013 | S. 7 | Jean-Pierre Stroobants | L'UE réfléchit à la levée de son embargo sur les livraisons d'armes vers la Syrie |
| 02.03.2013 | S. 5 | Piotr Smolar | Syrie ; Des « nuances » d'approche entre la France et la Russie |
| 13.04.2013 | S. 6 | Alexandra Geneste | Des preuves de l'utilisation d'armes chimiques en Syrie transmises à l'ONU |
| 09.05.2013 | S. 3 | Marie Jégo | Moscou et Washington proposent une conférence internationale sur la Syrie |
| 01.06.2013 | S. 22 | Benjamin Barthe | Les armes chimiques en Syrie, une « ligne rouge » qui s'estompe |
| 23.07.2013 | S. 4 | Yves-Michel Riols | L'Europe toujours réticente face à un engagement en Syrie |
| 21.08.2013 | S. 4 | Karim Lebour | L'enquête de l'ONU sur l'emploi d'armes chimiques en Syrie suscite le scepticisme |
| 17.09.2013 | S. 2 | Marie Jégo | Après la Syrie, la Russie joue la carte iranienne |
| 19.09.2013 | S. 10 | Laurent Borredon | La Syrie attire une nouvelle génération de djihadistes |
| 17.10.2013 | S. 4 | Christophe Ayad | L'analyse ; Le nord de la Syrie, terre de djihad et de kidnapping |
| 07.11.2013 | S. 2 | C.A. ; S.M. | Syrie : « Nous condamnons catégoriquement l'usage d'armes chimiques par qui que ce soit » |
| 19.12.2013 | S. 4 | Laure Stephan | Terreur et attentisme chez les chrétiens de Syrie |
| 08.01.2014 | S. 3 | Christophe Ayad | SYRIE ; Les quatre otages français sont détenues par les djihadistes d'EIL |
| 08.02.2014 | S. 3 | Alexandra Geneste | Accord Syrie-ONU pour évacuer les assiégés d'Homs |
| 15.03.2014 | S, 20 | Sandrine Vlondel Envermeu | Syrie ; Une enquête essentielle |
| 23.04.2014 | S. 5 | | ÉTATS-UNIS ; Washington évoque l'utilisation d'armes chimiques en Syrie |
| 24.05.2014 | S. 4 | Alexandra Geneste | Syrie ; la saisine de la CPI bloquée par Pékin et Moscou |
| 06.06.2014 | S. 3 | Alexandra Geneste | Le désarmement chimique de la Syrie prend du retard |
| 16.07.2014 | S. 4 | Alexandra Geneste | L'ONU autorise l'entrée de l'aide humanitaire en Syrie sans passer par Damas |
| 24.08.2014 | S. 6 | Soren Seelow | Djihad en Syrie : deux adolescentes de 15ans et 17 ans mises en examen |
| 21.09.2014 | S. 2 | Hélène Sallon | En Syrie, l'aide militaire américaine aux rebelles « modérés » semble insuffisante |
| 01.10.2014 | S. 20 | | L'intervention en Irak et en Syrie est-elle justifiée ? |
| 05.10.2014 | S. 1 | | En Syrie, un autre otage assassiné par les djihadistes |
| 20.11.2014 | S. 4 | Christophe Ayad | Syrie : la guerre des bombes-barils |
| 20.12.2014 | S. 6 | | Syrie ; L'Etat islamique aurait abattu un avion de la coalition antidjihadistes |
| 27.01.2015 | S. 7 | Gilles Paris ; Yves-Michel Riols ; Jacques Follorou | Syrie : l'Occident cherche une issue avec le régime |
| 10.02.2015 | S. 17 | Philippe Mesmer | L'histoire du jour ; Au Japon, les reportages en Syrie, c'est fini |
| 08.03.2015 | S. 4 | | Syrie ; Le Conseil de sécurité de l'ONU condamne l'utilisation du chlore |
| 22.04.2015 | S. 24 | | Syrie : le discours stérile de Bachar Al-Assad |
| 31.05.2015 | S. 4 | Marie Bourreau | Les Nations unies s'alarment du nombre de djihadistes étrangers présents en Syrie et en Irak |
| 02.06.2015 | S. 4 | | Syrie : M. Boutros-Ghali pour une « réconciliation » avec Bachar Al-Assad |
| 19.07.2015 | S. 3 | Philippe Bernard | Cameron interpellé sur l'engagement de Britanniques en Syrie |
| 09.08.2015 | S. 5 | Louis Imbert | Syrie ; l'ONU enquête sur les auteurs d'attaques chimiques |
| 12.08.2015 | S. 3 | Benjamin Barthe | L'épineux plan de transition post-Assad en Syrie |
| 25.09.2015 | S. 15 | Guy Verhofstadt ; Marille de Sarnez ; Jean-Marie Cavada | Nous devons lutter aux côtés de la Russie contre les djihadistes en Syrie |
| 20.10.2015 | S. 24 | | Syrie : le droit et les frappes françaises |

| | | | |
|------------|-------|---|--|
| 17.11.2015 | S. 2 | Laurent Borredon ; Jacques Follorou ; Simon Piel ; Soren Seelow ; Jean-Pierre Stoobants | Un commanditaire belge parti en Syrie |
| 18.11.2015 | S. 8 | Yves-Michel Riols | Sur la Syrie, François Hollande change de priorité |
| 19.11.2015 | S. 2 | Isabelle Mandraud | Pour Poutine, la France est devenue une alliée en Syrie |
| 25.11.2015 | S. 4 | Gilles Paris | Syrie, Irak : les angles morts de la présidence Obama |
| 03.12.2015 | S. 20 | Gaïds Minassian | Faut-il intervenir en Syrie ? |
| 24.01.2016 | S. 4 | Madjid Zerrouky | En Syrie comme en Irak, l'Etat islamique est au régime sec |
| 31.01.2016 | S. 24 | | Syrie, un processus en trompe-l'œil |
| 02.02.2016 | S. 3 | Rodolphe Gérard | En Syrie, des Afghans chiites combattent pour le compte de l'Iran |
| 16.02.2016 | S. 1 | Sylvie Kauffmann | Syrie : l'Europe impuissante face à Poutine |
| 23.02.2016 | S. 3 | Hélène Sallon | En Syrie : l'Etat islamique frappe les chiites à Homs et Damas |
| 24.02.2016 | S. 5 | Hélène Sallon | Poutine et Obama s'engagent à tenter de faire cesser les hostilités en Syrie |
| 28.02.2016 | S. 2 | Gilles Paris | Le diplomate américaine joue son crédit en Syrie |
| 28.02.2016 | S. 20 | Stéphane Davet | Massive Attack amplifie sur scène les échos de la guerre en Syrie |

Anhang 3: Absolute Zahlen der Treffen zu "Flüchtlingsthematik"

| DE | | Frankfurter Rundschau (f) | Die Welt (r) | |
|--------------------------|-------------------------|--|--|------------|
| ° neutral / - wertend | Symptome | <i>ÜBERSCHRIFT (Syri!) UND ...</i> | <i>ÜBERSCHRIFT (Syri!) UND ...</i> | |
| ° | Flucht | 47 | 114 | 161 |
| ° | Geflüchtete | 7 | 8 | 15 |
| ° | Flüchtlingsthema! | 0 | 2 | 2 |
| ° | <i>SUMME</i> | <i>54</i> | <i>124</i> | <i>178</i> |
| - | Flüchtling | 158 | 315 | 473 |
| - | Flüchtlingsproblem! | 2 | 11 | 13 |
| - | Flüchtlingsdrama | 3 | 5 | 8 |
| - | Flüchtlingstragödie | 0 | 1 | 1 |
| - | Flüchtlings(zu)strom | 11 | 32 | 43 |
| - | Flüchtlingskrise | 21 | 62 | 83 |
| - | Flüchtlingsswelle | 3 | 15 | 18 |
| - | Flüchtlingsflut | 0 | 0 | 0 |
| - | Flüchtlingsskatastrophe | 1 | 2 | 3 |
| - | <i>SUMME</i> | <i>199</i> | <i>443</i> | <i>642</i> |
| Ergebnis | | | | |
| | ° neutral | 21% | 22% | 22% |
| | - wertend | 79% | 78% | 78% |

| UK | | The Guardian (l) | Daily Mail & Daily Mail on Sunday (r) | |
|--------------------------|--|---|---|------------|
| | | | | |
| ° neutral / - wertend | Symptome | <i>ÜBERSCHRIFT (Syria!) UND ...</i> | <i>ÜBERSCHRIFT (Syria!) UND ...</i> | |
| ° | flight | 218 | 20 | 238 |
| ° | refugee* (*) | 312 | 27 | 339 |
| ° | fugitive | 14 | 0 | 14 |
| ° | <i>SUMME</i> | <i>544</i> | <i>47</i> | <i>591</i> |
| - | refugee problem | 10 | 0 | 10 |
| - | refugee drama | 7 | 0 | 7 |
| - | refugee tragedy | 3 | 0 | 3 |
| - | refugee influx / flow of refugees / influx of migrants /refugees | 101 | 3 | 104 |
| - | refugee / migrant crisis | 568 | 16 | 584 |
| - | wave of refugees | 24 | 0 | 24 |
| - | tide of refugees/migrants / migrant/refugee tide | 9 | 0 | 9 |
| - | refugee catastrophe | 1 | 0 | 1 |
| - | <i>SUMME</i> | <i>723</i> | <i>19</i> | <i>742</i> |
| Ergebnis | | | | |
| | ° neutral | 43% | 71% | 44% |
| | - wertend | 57% | 29% | 56% |

(*) ÜBERSCHRIFT (Syria!) UND refugee NICHT problem NICHT drama NICHT crisis NICHT catastrophe NICHT influx

| FR | | Le Monde (l) | Le Figaro (r) | |
|--------------------------|---------------------------------------|---|---|------------|
| | | | | |
| ° neutral / - wertend | Symptoms | <i>ÜBERSCHRIFT (syrie!) UND ...</i> | <i>ÜBERSCHRIFT (syrie!) UND ...</i> | |
| ° | fuite | 54 | 41 | 95 |
| ° | réfugié* (*) | 97 | 84 | 181 |
| ° | fugitif | 4 | 4 | 8 |
| ° | <i>SUMME</i> | <i>155</i> | <i>129</i> | <i>284</i> |
| - | problème migratoire / de* réfugié* | 1 | 2 | 3 |
| - | drame migratoire / de* réfugié* | 2 | 0 | 2 |
| - | tragédie migratoire | 0 | 0 | 0 |
| - | flux de réfugiés / flux migratoire | 8 | 5 | 13 |
| - | crise migratoire / de* réfugié* | 11 | 17 | 28 |
| - | flot de réfugiés | 1 | 5 | 6 |
| - | catastrophe migratoire | 0 | 0 | 0 |
| - | <i>SUMME</i> | <i>23</i> | <i>29</i> | <i>52</i> |
| Ergebnis | | | | |
| | ° neutral | 87% | 82% | 85% |
| | - wertend | 13% | 18% | 15% |

(*) ÜBERSCHRIFT (syrie!) UND réfugié* NICHT problème NICHT drame NICHT flux NICHT crise NICHT flot

| ES | | El País (l) | El Mundo (r) | |
|--------------------------|---|--|--|------------|
| | | | | |
| ° neutral / - wertend | Symptoms | <i>ÜBERSCHRIFT (siri!) UND ...</i> | <i>ÜBERSCHRIFT (siri!) UND ...</i> | |
| ° | fuga | 8 | 1 | 9 |
| ° | refugiado (*) | 170 | 73 | 243 |
| ° | fugitivo | 5 | 3 | 8 |
| ° | desplazado | 102 | 48 | 150 |
| ° | exiliado | 34 | 18 | 52 |
| ° | <i>SUMME</i> | <i>319</i> | <i>143</i> | <i>462</i> |
| - | problema migratorio / de los refugiados | 3 | 0 | 3 |
| - | drama de los refugiados | 1 | 2 | 3 |
| - | tragedia de los refugiados / migratoria | 2 | 1 | 3 |
| - | flujo migratorio / de inmigrantes / avalancha de refugiados | 6 | 5 | 11 |
| - | crisis migratoria/ de los refugiados | 22 | 13 | 35 |
| - | ola de refugiados | 3 | 2 | 5 |
| - | catástrofe migratoria | 0 | 0 | 0 |
| - | <i>SUMME</i> | <i>37</i> | <i>23</i> | <i>60</i> |
| Ergebnis | | | | |
| | ° neutral | 90% | 86% | 89% |
| | - wertend | 10% | 14% | 11% |

(*) ÜBERSCHRIFT (siri!) UND refugiado NICHT catástrofe NICHT crisis NICHT avalancha NICHT drama NICHT problema

| PL | | Gazeta Wyborcza (l) | Gazeta Prawna (r) | |
|--------------------------|--|--------------------------------|--------------------------------|-----|
| ° neutral / - wertend | Symptoms | ÜBERSCHRIFT (siri!) UND ... | ÜBERSCHRIFT (siri!) UND ... | |
| ° | uciecz! ((ucieczka ,Flucht')) | 10 | 5 | 15 |
| ° | uchodź! ((uchodźca ,Flüchtling', lit. ,Entgeher, Weggeher')) | 55 | 24 | 79 |
| ° | zbieg! ((,Flüchter, Wegläufer')) | 6 | 0 | 6 |
| ° | uciekinier! | 11 | 8 | 19 |
| ° | temat! | 0 | 0 | 0 |
| ° | SUMME | 82 | 37 | 119 |
| - | problem! | 0 | 0 | 0 |
| - | dramat! | 0 | 0 | 0 |
| - | tragedi! ((tragedia)) | 2 | 0 | 2 |
| - | przepływ! ((,Strom')) | 0 | 0 | 0 |
| - | napływ! ((,Strom')) | 0 | 3 | 3 |
| - | kryzys! | 2 | 1 | 3 |
| - | fal! ((fala ,Welle')) | 4 | 3 | 7 |
| - | przyptyw ((,Flut')) | 0 | 0 | 0 |
| - | powódź! ((,Flut, Überflutung')) | 0 | 0 | 0 |
| - | katastrof! ((katastrofa)) | 0 | 0 | 0 |
| - | SUMME | 8 | 7 | 15 |
| Ergebnis | | | | |
| ° neutral | | 91% | 90% | 91% |
| - wertend | | 9% | 10% | 9% |

Laura Ferrarotti

English in the Urban Linguistic Landscape: From Lingua Franca to “Lingua Symbol” A Brief Overview of Case Studies

Abstract

The main aim of this article is to offer a brief overview of various recent studies that have dealt with multilingualism in the urban linguistic landscape (according to Landry/Bourhis), in Europe and in the rest of the world, with special emphasis on the results regarding English. English is today considered the quintessential *lingua franca*, in that it is almost constantly and variously present in the linguistic landscape in many cities in the world, from store signs to directions for tourists, from messages in shop windows to commercial billboards. The studies discussed, in addition to confirming this role as *lingua franca*, highlight the growing use of English as a language symbolic of globalization, multiculturalism and prestige.

Sommaire

L'objectif principal de cet article est d'offrir un bref aperçu de recherches récentes et variées qui se sont penchées sur le multilinguisme dans le cadre du paysage linguistique urbain (selon Landry/Bourhis), que ce soit en Europe ou dans le reste du monde, en prêtant une attention particulière aux résultats concernant l'anglais. On sait que l'anglais est aujourd'hui la *lingua franca* par excellence et que, en tant que telle, elle est présente de manière diversifiée mais constante dans le paysage linguistique de nombreuses villes du monde: on l'aperçoit aussi bien sur les enseignes des magasins que sur les panneaux d'informations touristiques, sur les affichettes des devantures ou les annonces publicitaires. Outre à confirmer ce rôle de *lingua franca*, les recherches ici évoquées soulignent l'accroissement de l'utilisation de l'anglais en tant que langue symbole de la mondialisation, de l'internationalité et du prestige.

Zusammenfassung

Das Hauptziel dieses Artikels ist, einen kurzen Überblick über verschiedene Studien zu geben, die Multilingualismus in der städtischen Sprachlandschaft (gemäß Landry/Bourhis), in Europa und dem Rest der Welt, wobei insbesondere die Ergebnisse zu Englisch berücksichtigt werden. Englisch gilt heute als die *lingua franca* schlechthin, angesichts der Tatsache, dass es fast fortwährend und in vielfältiger Form in der sprachlichen Landschaft vieler Städte in der Welt zu finden ist: von Ladenschildern bis zu Anweisungen für Touristen, von Botschaften im Schaufenstern bis zu kommerziellen Anschlagtafeln. Neben der Bestätigung dieser Rolle als Lingua-Franca-Sprache unterstreichen die Studien den steigenden Gebrauch des Englisch als Sprachsymbol für Globalisierung, Multiculturalismus und Prestige,

The aim of this article is to briefly explore a range of research results that deal with multilingualism in the urban linguistic landscape of Europe and the rest of the world. The main objective is to focus on the results concerning the presence of English in the urban linguistic landscape (henceforth LL). Before turning our attention to the use of English in the LL of cities, it is worth considering a definition of the LL.

It is evident that *landscape* can have at least two meanings (Gorter 2006: 1). It can either refer to natural scenery or to a picture of a natural landscape, such as a view of the countryside or of a mountain. Interestingly, when it comes to describing the linguistic landscape of a given city or area, “one can say that both meanings are also used. On the one hand the literal study of the languages as they are used in the signs, and on the other hand also the representation of the languages, which is

of particular importance because it relates to identity and cultural globalisation, to the growing presence of English and to revitalisation of minority languages” (Gorter 2006:1).

Certainly, the idea of the LL can lend itself to a variety of interpretations; it could, for instance, indicate the number of languages that coexist in a multilingual city, point to language diversity and even reveal the history of a given language (Gorter 2006). In recent years, however, the notion of LL refers more specifically to the various written messages that an individual encounters in city streets and public spaces; such as official notices, posters and traffic signs (Cenoz/Gorter 2006; Shohamy/Gorter 2009). This narrower and more focused notion of the LL, which takes into account all the written signs that we perceive in our cities – sometimes even unconsciously – has been defined by Landry and Bourhis in 1997 as follows:

“The language of public road signs, advertising billboards, street names, place names, commercial shop signs, and public signs on governmental buildings combines to form the linguistic landscape of a given territory, region, or urban agglomeration. The linguistic landscape of a territory can serve two basic functions: an informational function and a symbolic function. The most basic informational function of the linguistic landscape is that it serves as a distinctive marker of the geographical territory inhabited by a given language community [...]. The linguistic landscape can also provide information about the sociolinguistic composition of the language groups inhabiting the territory in question. Public signs can be unilingual, bilingual, or multilingual, thus reflecting the diversity of the language groups present in the given territory” (Landry/Bourhis 1997: 25).

There are two kinds of messages in the LL of cities: signs can be either *top-down* or *bottom-up* (Landry/Bourhis 1997; Gorter 2010; Backhaus 2006). Typically, *top-down* signs are posted by city authorities to signal official information, such as street signs, traffic signs, information about historical buildings and sites, including information about ministries, schools, parks and public transportation (Landry/Bourhis 1997: 26). Private, or *bottom-up*, signs are those that pertain to shops, private businesses and advertisements. While most public signs tend to use the local language and also English as a *lingua franca*, private signs are more commonly multilingual as they do not share the bureaucratic functions of public signs, which tend to be in the official language(s) of the country rather than in the immigrant languages. For this reason, sociolinguistic research on multilingualism is bound to find more relevant data in private signs. Such research can provide reliable information about the cultural and linguistic diversity of a given area. However, public signs can also, in many cases, be bilingual or multilingual, “with the language of the dominant group being displayed more prominently” (Landry/Bourhis 1997: 26).

All the signs in the various languages present in the LL of a city obviously convey information; however, they also carry a symbolic meaning, especially if their presence in the LL is prominent. This is particularly the case in multilingual societies. The concept of objective and subjective ‘ethnolinguistic vitality’, in fact, means that “the prevalence of the in-group language on public signs can symbolize the strength or vitality of one’s own language group on the demographic and institutional control front relative to other language communities within the intergroup setting” (Landry/Bourhis 1997: 28).

Ever since Landry and Bourhis formulated their theoretical definition of the LL, a considerable number of research projects have been carried out in an attempt to study the visibility and vitality of languages in multilingual and urban contexts. However, sociolinguistic studies in urban areas had already been carried out in the past in an attempt to explore specific language uses and to determine language change. The city had already been the focus of important studies. Labov (1966), for example, studied language variation in the urban context, while Halliday (1978) focused his research on the city and how inhabitants perceive the urban environment in which they live. The contribution that followed in the wake of Landry and Bourhis’s definition of the LL provided new

research perspectives and the possibility of exploring the actual vitality of languages in a given territory by recording their presence.

English plays a special role in the LL of many urban settings. On a global scale, in today's complex and increasingly multilingual urban realities, English fulfills at least two main functions. First, it plays an important role as the main *lingua franca* by providing information to tourists, who are simply visiting temporarily, and to immigrants, who do not speak the native language of the country where they reside. Many *top-down* signs written in the native language and posted by the authorities are translated into English, thus becoming bilingual signs. If there is more than one official language, the signs are likely to be multilingual. Second, the use of English in urban settings can be viewed as highly symbolic and prestigious. As already mentioned, this is especially true for *bottom-up* signages.

Many studies of the LL specifically deal with the presence of advertising and shop signs in urban streets, and deliberately choose not to consider public signs, street signs and tourist information messages. To be sure, commercial signs and billboards, both for the language and the images that they display, form a considerable part of the LL, even though the LL as such is not limited to them. Certainly, the commercial messages that it is possible to find in the LL can be viewed as the "middle earth" between the LL and advertising *per se*. It goes without saying that the presence of English in commercial signs is widespread. As Piller remarks (2003: 175), "internationally, English has become a general symbol of modernity, progress, and globalization". Thus many studies dealing with advertising in the LL have focused on the use of English (Collins/Slembrouck 2004).

The various studies on the LL, whether dealing with commercial and shops signs or with the totality of signs to be found in the LL, can be divided into two groups representing two lines of research. The first group is mainly concerned with findings regarding only signs in English, focusing both on its symbolic nature and its special role as the language of international communication and prestige in the LL. The second group pays more attention to multilingualism as a whole and studies all the languages present in the urban LL. Unsurprisingly, English also has a considerable presence in this second group of research, thus confirming its omnipresence in the LL of many urban realities worldwide.

Let us now briefly review some of the studies regarding the first group, which deal mainly with the findings for English. For reasons of space, we will focus on a limited number of studies, selecting those that appear to be most significant as far as the results for English are concerned. Ross (1997), for example, after studying the shop signs of a neighborhood in Milan and noting that most of the shop signs were easily intelligible for non-English speakers, decides to define this special use of the language as 'International English'. Shop names such as *Black & White*, *Green Garden*, *Idea Books*, *Photo Express* indicate that:

"English is today seen as an attractive and fashionable language. An English name lends an aura of chic prestige to a business, suggesting that it is part of the international scene, following the latest trends, up-to-date with the newest ideas. This aspect of English as an international language [...] is perhaps too often underestimated. Yes, English is important for communication world-wide, but English is also important because of the prestige associated with English-speaking countries" (Ross 1997: 31).

Even when the language of the shop signs is off mark or grammatically misused, as in the case of *New Mike's Bar*, *Gadget's* or *Apply*, the prestige of their international appeal is not diminished.

McArthur (2000) studies shop signs in Zurich and Uppsala. He records many English words in his study, but rather than referring to 'international English' he prefers to use the term 'Interanto' to

describe this phenomenon, since many of the words used in shop signs derive from a number of languages and do not belong solely to English: *apotheke*, *genius*, *city*, *video*. Thus, what favors the intelligibility of these words is the common cultural and etymological roots shared by many European languages. English, then, would seem to act more as a vehicle of mediation among these languages. Maria Schlick (2002, 2003) carried out two quantitative research projects on the use of English and the multilingualism of shop signs in four European countries adopting a comparative perspective (Austria, the UK, Italy and Slovenia). Apart from the UK, she finds that English is used most often in Austria and Slovenia (36%).

Griffin (2004) explores the presence of English in 17 streets in downtown Rome and in the EUR [Esposizione Universale Roma] neighborhood, recording all the visible signs, including both public and private signs, street signs, store fronts, public buildings, billboards, advertisements and even graffiti (Griffin 2004). The presence of English is noteworthy in the center of Rome, albeit not uniformly in all the streets, while the EUR area has fewer instances since it “contains fewer popular tourist attractions” (Griffin 2004: 6). Two-thirds of the English terms appear most commonly outside commercial businesses, and usually consist of only a few words. The most common words are well known internationally, like “*American, express, visa, international, club, diners*” (Griffin 2004: 7), while others display more complex terms: *crumbles, handicraftsmen, java, nailcare* (Griffin 2004: 6). The use of English as a *lingua franca* and its symbolic aspect, aimed at constructing an international image, are both present.

Dimova (2007) explores the use of English shop signs in the city of Veles, in Macedonia. The results show a common current trend in the country, as English is the second most prevalent language after Macedonian. The typology of the business influences the extent to which English is present: “Internet cafés, hospitality establishments, and boutiques had the largest percentages of such signs, while butchers, barbers, bakeries, and pharmacies had the lowest percentages of English elements in their signs” (Dimova 2007: 23). Dimova underlines the fact that the English words target everyone in Macedonia, even people who are not very proficient in English. Thus “even if the English elements are incomprehensible for some, they can be attractive because of the prestige and wealth associated with them” (Dimova 2007: 24).

The study by Hasanova (2010) is based on 97 shop signs and services in various neighborhoods of the city of Burhara, in Uzbekistan. The use of English in Uzbekistan is recent, due to the fact that during the Cold War (1947-1991) English, which was viewed as representing Western imperialism, was banned. Today the situation is reversed, and English is welcome in the country. It has spread considerably in commercial signs, becoming a prestigious symbol of globalization and progress, not to mention elitism. The research outcomes reflect this positive attitude, as English is represented in 55.6% of the sample, particularly in supermarkets and electronics shops. Thus, English has become, in slightly more than a decade, “the leading language in shop and service names in Uzbekistan” (Hasanova 2010: 8).

The contribution of Shu-Chao Liu (2011) falls into the category of papers and articles that view the urban LL as a good teaching tool in classes of English as a second language (ESL) or English as a foreign language (EFL) (see also Cenoz/Gorter 2008, Sayer 2010, Chern/Dooley 2014). Shu-Chao Liu developed a project to enhance language learning and stimulate students’ awareness of English. In her work, before dealing with the practical aspects concerning teaching with the use of the LL, she describes the presence of English in Taiwan, and in particular in her hometown of Taichung. As Taiwan has become progressively more international and more open to foreign economic markets and workers, the presence of English has increased considerably. English is used in commercial signs, advertisements and even on cars. English has become a synonym of fashion and is considered

to be decorative and creative, especially if one considers the original names used for shops or advertising (Liu 2011: 47-48).

Seargeant (2009, 2011, 2012) worked extensively on the use of English in the Japanese urban LL. He argues that the use of English in advertising or in a given urban LL does not necessarily refer to either of the two major English-speaking nations: “English in the LL is not automatically equated with the UK, or the US. English as the hegemonic voice in advertising does not need to be understood; it needs first and foremost to be decoded as ‘English’. This process of decoding overshadows a sense of the text’s meaning, or even its internal coherence” (Blackwood/Tufi 2015: 186). Moreover, syntactic and spelling accuracy are not crucial elements when it comes to using English. The ‘international orientation’ of a company or a shop can be signaled by the simple fact that they use English when advertising their products or on their shop signs. A good number of studies underline the fact that English in particular can be perceived as a ‘fetish’ (Kelly-Holmes 2005). Thus “in the LL, where a language is perceived to be English it is often ‘fetishized’ [...] whereby the reader projects into the sign a value which may or may not have a direct correlation with its material value” (Blackwood/Tufi 2015: 187). The use of English in commercial signs in the LL, as well as in advertising, serves to “foreground” the message in order to capture the reader’s attention (Serra 2006). The use of English does not necessarily imply that people fully understand the meaning of the text. What is relevant is the impact that an English term may have on an individual, independent of its semantic aspect. The English word in itself is already a message.

Lanza and Woldemariam (2013) carried out research in a little studied area, the Global South. They explore the use of English in the LL of Addis Abeba, Ethiopia, focusing on how English is used for international brand names. The general economic development of Addis Abeba, mainly due to the investments of international corporations, has encouraged the use of English to advertise brands. Ethiopia is a multilingual territory, but this has not prevented English from expanding considerably in the LL of Addis Abeba through general signage, well-known brand names and advertisements. As a result, English is now increasingly perceived as being linked to modernity and prestige.

A second group of studies deals with multilingualism in general and not exclusively with English. Among the studies that mainly deal with the LL, particular mention should be given to Rosenbaum et al. (1997), which analyzes private and public signs in Jerusalem (Backhaus 2006). Backhaus notes that such studies are usually carried out in countries where there is evidence of a language problem or conflict. Among these it is worth mentioning the work by Tulp (1978) in Brussels; Monnier (1989) in Montreal and Jerusalem (Spolsky/Cooper 1991) and another study by Calvet that compares shop signs in Paris and Dakar (Calvet 1990, 1994). Backhaus (2006: 53-54) has recorded various studies on the LL; he mentions Itagi and Singh’s research (2002) of the LL in India. The research carried out by MacGregor (2003) focuses on multilingualism in Tokyo, where she analyzed 120 commercial signs. Half of the signs are either exclusively in English or bilingual (Japanese and English). When used with Japanese, English “function(s) to embellish the Japanese and to a lesser extent to communicate meaning on their own” (MacGregor 2003: 22) thus, the symbolic function of English seems to be more evident than the communicative function. This result seems to be confirmed by other research on commercial signages in various parts of the world (Friedrich 2002; Stewart, Fawcett 2004). Born (2004) carried out a study in two cities in Southern Brazil, where Italian and German signs are explored. Reh (2004) studies the plurilingual population of Lira, in Uganda.

Like MacGregor (2003), Backhaus (2006) also studies Tokyo’s LL. English terms are present in 98% of the 12,000 signs he gathered. English, which frequently occurs along with Japanese in bilingual messages, is used both in private and public signs. His research confirms the hegemonic

role of Japanese, as well as the clear distinction between public and private signs in the LL. In public signs in particular, multilingualism is more common, thus confirming the role of English as the language of international communication. Seargeant (2009), who carried out research on the LL in Japan, confirms the fact that the use of English is connected to globalization, social aspiration and modernity.

Bagna and Barni (2006) studied multilingualism in Rome's multi-ethnic Esquilino neighborhood by adopting a multimethodological approach, supported by the use of technology. There are at least 24 languages used in the area, whether written or spoken, and the aim of the research was to record all the languages in order to establish their "vitality". With this aim, various written text formats were gathered, such as shop signs, brochures, posters, billboards, ads, personal messages and even restaurant menus. Spoken data were also recorded, such as everyday conversations occurring, for instance, at the market or at the local school. This information was then classified by considering the following elements: the language used, text genre, localization, domain and the context of use. In this way a map was created describing the use of the languages, whether written or spoken. English is one of the most widely used languages in the neighborhood, both as a *lingua franca* and as a language of prestige. It is accessible to different typologies of speakers with various degrees of knowledge of the language. English is used in many multilingual messages, together with Italian or other immigrant languages.

Ben-Rafael et al. (2006) compares multilingualism in various urban settings in Israel, in particular in East Jerusalem, to determine the degree of visibility of the three main languages - Hebrew, Arab and English. The data include *top-down* and *bottom-up* messages gathered in areas inhabited by three distinct communities: Israeli-Jewish, Israeli-Palestinian and non-Israeli Palestinian. Without discussing the rather complex patterns that these groups display in their LL signs, it suffices here to say that English, as expected, is prevalent in Jewish areas and also in the wealthiest areas of East Jerusalem. "English, among Jews as well as among non-Israeli Palestinians, serves for communication with people from outside the community, and at the same time, represents, under the influence of globalisation, a status symbol *per se*" (Ben-Rafael et al. 2006: 23).

The study by Cenoz and Gorter (2006) analyzes multilingualism in two European cities: Ljouwert in Holland and Donostia in the Basque country, in Spain. Together with the official languages, Dutch and Spanish, two minority languages are also used in both cities, namely Frisian and Basque respectively. English is also employed, in both areas, as the language for international communication, and it is preferred over German and French. In *top-down* and *bottom-up* messages, English is more common in Ljouwert, immediately after Dutch and followed by Frisian, while in Donostia, English is the third language after Spanish and Basque.

Huebner (2006) explores the LL in 15 neighborhoods of Bangkok, Thailand. In this work English is also found in bilingual messages together with Thai and Chinese. The majority of the messages that use English are located in modern neighborhoods, which are mainly inhabited by middle-class people. English is also used to communicate with tourists, confirming the dual role of English as a *lingua franca* and a language of prestige.

Gorter (2010) carried out a quantitative and qualitative study in four Roman neighborhoods, including the Esquilino area, downtown Rome, Trastevere and the Termini railway station, where 73% of the signs are *top-down* and bilingual (Italian and English). Written signs were recorded in the four areas, including small brand logos. Overall, in the corpus there is a high number of *bottom-up* messages that use English, mostly in the Esquilino area; significantly, English appears in a quarter of the research sample as a whole, whether alone or with another language, but its

presence is more significant in the city center and near the Termini railway station. As Gorter notes: “It is clear that the relatively frequent use of English is aimed at the tourists from many different countries around the world that visit Rome every year. The distribution shows that the extent to which English is used as a language of wider communication or lingua franca in a tourist city like Rome is geographically limited” (Gorter 2010: 48).

In their book entitled *The Linguistic Landscape of the Mediterranean*, Blackwood and Tufi (2015) explore the uses of English in the LL of French and Italian Mediterranean locations, including Liguria, Nice, Monaco, Trieste, North Catalonia, Sicily, Sardinia, Marseilles and Naples. In their conclusion, they assert that English has become the defining characteristic of cosmopolitanism in the LL and as such it acts as a semiotic resource and stylistic device and practice. “English is without doubt the most prominent of all languages after French and Italian in our surveying of the public space” (Blackwood/Tufi 2015: 186). Apart from tourists and a small cosmopolitan elite, some of the shop and commercial signs seem to be directed at the Italian public, while others, such as *Phone center* in a street in Genoa, are instances of *lingua franca*, mainly directed at immigrants. In France, many stores and commercial activities also use English to name their companies or in advertisements, although English seems to be slightly less pervasive in France than in Italy.

The 15 chapters that make up the book *Negotiating and Contesting Identities in Linguistic Landscapes*, edited by Blackwood, Lanza and Woldemariam (2016), address crucial sociolinguistic issues of language, culture and identity in the LL. The contribution of the book seems to go further than simply gathering and commenting on data to obtain a portrait of the LL in a given territory. Cultural, sociolinguistic, economic and political factors are discussed as potentially influencing the identity construction of people and groups belonging to different ethnicities. The different studies were carried out in Europe, Africa and Asia. English is obviously mentioned, but the core interest of these studies is the local languages and their role in the construction of identity.

In conclusion, this short, and by no means exhaustive, review of research projects concerning the urban LL signals the fact that this area of study is clearly growing. The results regarding the functions of English in particular confirm its role as a tool for official and international communication, as well as its symbolic function as a language of prestige. The studies all confirm, albeit to different degrees, the dual role that English holds as a *lingua franca*, internationally understood by most individuals, and its symbolic role as a language of prestige, progress and globalization. Sometimes these two functions are intrinsically connected, while at other times one function is more dominant than the other. For instance, when a message in English is clear, especially in a top-down message, its communicative function emerges more unequivocally. In contrast, if the message in English is somewhat obscure, displaying technical or unusual vocabulary, the symbolic function can be easily perceived, as the message conveys a sense of modernity, cosmopolitanism and globalization. It has been observed that “the process of globalization is made visible through the presence of English in the LL” (Gorter 2006: 81), to the point that English can be perceived as a synonym of globalization. The prominence that English has gained in the urban LL of many countries reinforces the strength and popularity of this language. It is possible that additional pinpointed research projects on the presence of English in the LL of cities could add further linguistic, social and political insights into its possible uses in various sectors, such as education, communication and language policies.

Laura Ferrarotti
 University of Rome “La Sapienza”
 Department of Communication and Social Research
 laura.ferrarottibattino@uniroma1.it

References

- Backhaus, Peter (2006), "Multilingualism in Tokyo: A Look into the Linguistic Landscape", in: Gorter, Durk (ed.), *Linguistic Landscape: A New Approach to Multilingualism*, 52-66, Clevedon-Buffalo-Toronto: Multilingual Matters.
- Bagna, Carla / Barni, Monica (2006), "Per una mappatura dei repertori linguistici urbani: nuovi strumenti e metodologie", in: De Blasi, Nicola / Marcato, Carla (eds.), *La città e le sue lingue: Repertori linguistici urbani*, 1-43, Napoli: Liguori.
- Ben-Rafael, Eliezer / Shoahmy, Elana / Hasan Amara, Muhammad / Truper-Hecht, Nira (2006), "Linguistic Landscape as Symbolic Construction of the Public Space: The Case of Israel", in: Gorter, Durk (ed.), *Linguistic Landscape: A New Approach to Multilingualism*, 7-30, Clevedon/Buffalo/Toronto: Multilingual Matters.
- Blackwood, Robert J. / Lanza, Elizabeth / Woldemariam, Hirut (eds.) (2016), *Negotiating and Contesting Identities in Linguistic Landscapes*, London/New York: Bloomsbury.
- Blackwood, Robert J. / Tufi, Stefania (2015), *The Linguistic Landscape of the Mediterranean: French and Italian Coastal Cities*, Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Born, Joachim (2004), "Zurück in die Folklore oder vorwärts als Werbeträger? Deutsch und Italienisch im öffentlichen Leben Südbraziens", in: Darquennes, Jeroen / Nelde, Peter H. / Weber, Peter J. (eds.), *The Future Has Already Begun: Recent Approaches in Conflict Linguistics – Forschungsansätze der Konfliktlinguistik – Tendances de la linguistique de conflit*, [Plurilingua 25], 49-59, St. Augustin: Asgard.
- Calvet, Louis-Jean (1990), "Des mots sur les murs: Une comparaison entre Paris et Dakar", in: Chaudenson, Robert (ed.), *Des langues et des villes*, [Actes du colloque international à Dakkar, December 15-17, 1990], 73-83, Paris: Agence de coopération culturelle et technique.
- Calvet, Louis-Jean (1994), *Les voix de la ville: Introduction à la sociolinguistique urbaine*, Paris: Payot et Rivages.
- Cenoz, Jasone / Gorter, Durk (2006), "Linguistic Landscape and Minority Languages", *International Journal of Multilingualism* 3.1: 67-80.
- Cenoz, Jasone / Gorter, Durk (2008), "The Linguistic Landscape as an Additional Source of Input in Second Language Acquisition", *International Review of Applied Linguistics in Language Learning* 46.3: 267-287.
- Chern, Chiou-Lan / Dooley, Karen (2014), "Learning English by Walking down the Street", *ELT Journal* 68.2: 113-123.
- Collins, James / Slembrouck, Stef (2004), "Reading Shop Windows in Globalized Neighborhoods: Multilingual Literacy Practices and Indexicality", *Journal of Literacy Research* 39.3: 335-356.
- Dimova, Slobodanka (2007), "English Shop Signs in Macedonia", *English Today* 23.3: 18-24.
- Friedrich, Patricia (2002), "English in Advertising and Brand Naming: Sociolinguistic Considerations and the Case of Brazil", *English Today* 18.3: 21-28.
- Gorter, Durk (2006), *Linguistic Landscape: A New Approach to Multilingualism*, Clevedon/Buffalo/Toronto: Multilingual Matters.
- Gorter, Durk (2010), *Roma Multiethnica: L'analisi del panorama linguistico*, Roma: EDUP Multimedia.
- Griffin, Jeffrey L. (2004), "The Presence of Written English on the Streets of Rome", *English Today* 20.2: 3-8.
- Halliday, Michael A.K. (1978), *Language as Social Semiotic: The Social Interpretation of Language and Meaning*, London: Arnold.
- Hasanova, Dilbarhon (2010), "English as a Trademark of Modernity and Elitism", *English Today* 26.1: 3-8.
- Huebner, Thom (2006), "Bangkok's Linguistic Landscapes: Environmental Print, Codemixing and Language Change", *International Journal of Multilingualism* 3: 31-51.
- Itagi, Narasimbha Hariyacharya / Singh, Shailendra Kumar (eds.) (2002), *Linguistic Landscaping in India with Particular Reference to the New States: Proceedings of a Seminar*, Mysore: Central Institute of Indian Languages and Mahatma Gandhi International Hindi University.
- Kelly-Holmes, Helen (2005), *Advertising as Multinational Communication*, London: Palgrave Macmillan.
- Labov, William (1966), *The Social Stratification of English in New York City*, Washington, D.C.: Center for Applied Linguistics. [Second edition 2006: Cambridge: Cambridge University Press].
- Landry, Rodrigue / Bourhis, Richard Y. (1997), "Linguistic Landscape and Ethnolinguistic Vitality: An Empirical Study", *Journal of Language and Social Psychology* 16.1: 23-49.
- Liu, Sandra Shu-Chao (2011), *The Utilization of English in the Linguistic Landscape to Increase Taiwanese Students' Interest in Learning English*, PhD Dissertation, Texas A&M University - Commerce 170, USA.
- MacGregor, Laura (2003), "The Language of Shop Signs in Tokyo", *English Today* 19.1: 18-23.
- McArthur, Tom (2000), "Interanto: The Global Language of Signs", *English Today* 16.1: 33-43.
- Monnier, Daniel (1989), *Langue d'accueil et langue de service dans les commerces à Montréal*, Québec: Conseil de la langue française.
- Piller, Ingrid (2003), "Advertising as a Site of Language Contact", *Annual Review of Applied Linguistics* 23: 170-183.
- Reh, Mechthild (2004), "Multilingual Writing: A Reader-Oriented Typology – with Examples from Lira Municipality (Uganda)", *International Journal of the Sociology of Language* 170: 1-41.

- Rosenbaum, Yehudit / Nadel, Elizabeth / Cooper, Robert L. / Fishman, Joshua A. (1997), "English on Keren Kayemet Street", in: Fishman, Joshua A. / Cooper, Robert L. / Conrad, Andrew W. (eds.), *The Spread of English*, 179-196, Rowley, MA: Newbury House Publishers.
- Ross, Nigel J. (1997), "The Signs of International English", *English Today* 13.2: 29-33.
- Sayer, Peter (2010), "Using the Linguistic Landscape as a Pedagogical Resource", *ELT Journal* 64.2: 143-154.
- Schlick, Maria (2002), "The English of Shop Signs in Europe", *English Today* 18.2: 3-7.
- Schlick, Maria (2003), "The English of Shop Signs in Europe", *English Today* 19.1: 3-17.
- Sargeant, Philip (2009), *The Idea of English in Japan: Ideology, and the Evolution of a Global Language*, Bristol: Multilingual Matters.
- Sargeant, Philip (2011), "The Symbolic Meaning of Visual English in the Social Landscape of Japan" in: Sargeant, Philip (ed.), *English in Japan in the Era of Globalization*, Basingstoke: Palgrave Macmillan, 187-204.
- Sargeant, Philip (2012), "Between Script and Language: The Ambiguous Ascription of "English" in the Linguistic Landscape", in: Hélot, Christine / Barni, Monica / Janssens, Rudi / Bagna, Carla (eds.), *Linguistic Landscapes, Multilingualism and Social Change*, 187-200, Frankfurt (Main): Peter Lang.
- Shohamy, Elana / Gorter, Durk (eds.), (2009), *Linguistic Landscape: Expanding the Scenery*, New York and London: Routledge.
- Spolsky, Bernard / Cooper, Robert L. (1991), *The Languages of Jerusalem*, Oxford: Oxford University Press.
- Stewart, Penny / Fawcett, Richard (2004), "Shop Signs in Some Small Towns in Northern Portugal", *English Today* 20.1: 56-58.
- Tulp, Stella M. (1978), "Reclame en tweetaligheid: Een onderzoek naar de geografische verspreiding van franstalige en nederlandstalige affiches in Brussels", *Taal en sociale integratie* 1: 261-288.

Joachim Grzega

**“Limites”, “liberté”, “sécurité” –
accès académiques aux pensées de différents Européens
au bénéfice d’un public général***

Abstract

The contribution shows how Europeans are alike or different with respect to the notions of “limits”, “liberty” and “security”. Apart from connections to classical works of cross-cultural studies an analysis of newspaper headlines from 7 countries is presented (Italy, Spain, France, UK, Germany, Poland). It shows that, from July 2015 to June 2016, “security” is given more attention than “freedom”, but that in direct contrast both notions are normally attributed equal value. Further, the data from various Eurobarometer surveys are analyzed. Europeans associate threats for internal security with: wars and political instabilities, poverty, social exclusion and extremist ideologies. It is also shown how such results can be taught to a broad, international public in an entertaining, but instructive way (edutainment). One example is a quiz that requires not details, but heuristic knowledge. Especially with emotional topics such as free trade, though, it is important that edutainment, too, is based on empirical data.

Sommaire

La contribution illustre comment les Européens s’équivalent ou diffèrent quant aux notions de “limites”, “liberté” et “sécurité”. A part des références à des œuvres classiques des contrastes culturels, l’article présente une analyse des accroches de journaux de 7 pays (Italie, Espagne, France, Royaume-Uni, Allemagne, Pologne). Elle montre que, du juin 2015 au juillet 2016, les mots pour “sécurité” étaient plus utilisés que ceux de “liberté”, mais dans les co-occurrences les deux termes ont normalement reçu la même valeur. En outre, les évaluations des enquêtes Eurobaromètre sont analysées. Les Européens associent les menaces de la sécurité intérieure avec: les guerres et les instabilités politiques, la pauvreté, l’exclusion sociale et les idéologies extrémistes. L’article illustre aussi comment ces résultats peuvent être enseignés à un public général et international d’une manière amusante, mais instructive (“edutainment”). Une idée sont des jeux de questions qui nécessitent des grands principes plutôt que des détails. Lors des sujets émotionnels, il est pourtant important que l’edutainment, lui aussi, soit basé sur des données empiriques.

Zusammenfassung

Der Beitrag zeigt, wie sich Europäer im Hinblick auf die Begriffe “Grenzen”, “Freiheit” und “Sicherheit” gleichen oder unterscheiden. Neben der Verknüpfung mit klassischen Werken des Kulturvergleichs wird eine Analyse von Zeitungsüberschriften aus 7 Ländern durchgeführt (Italien, Spanien, Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Polen). Sie zeigt, dass “Sicherheit” von Juli 2015 bis Juni 2016 mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird als “Freiheit”, im direkten Vergleich aber dann doch beide in der Regel als gleichwertig angesehen werden. Ferner werden Auswertungen verschiedener Eurobarometer-Befragungen analysiert. Europäer assoziieren die Gefahr für die innere Sicherheit mit: Kriege und politische Instabilitäten, Armut, soziale Ausgrenzung, extremistische Ideologien. Der Beitrag zeigt auch, wie man solche Erkenntnisse einem breiten, internationalem Publikum auf unterhaltsame und lehrreiche Weise vermitteln kann (Edutainment). Dies kann etwa ein Quiz sein, bei dem nicht Details, sondern grobe Prinzipien gefragt sind. Gerade bei emotionalen Themen wie dem Freihandel ist jedoch wichtig, auch Edutainment auf empirischen Daten aufzubauen.

1. Introduction

Le sujet original de cette contribution était en allemand: “*Grenzen*”, “*Freiheit*”, “*Sicherheit*” – *Zugänge zur Gedankenwelt unterschiedlicher Europäer*. Cela contenait le mot *Grenzen*. Pour la traduction en néerlandais, on choisirait *grenzen*. Mais pour les traductions en anglais et français,

* Cet article est basé sur une présentation lors d’une conférence du Parti Démocrate Européen qui a eu lieu près de Schengen en octobre 2016. L’idée était de discuter comment on peut faire mieux connaître l’idée de l’Europe aux citoyens ordinaires. Je remercie Sandra Schwehofer de l’aide stylistique.

c'est un mot difficile. Si l'on ne connaît pas le contexte plus large, on ne sait pas si le mot juste en anglais est *limit*, *border* ou *boundary* et si le mot juste en français est *limite*, *frontière* ou *barrière*. En d'autres termes: en allemand et néerlandais, il y a une polysémie que l'on ne peut pas rendre en anglais ou en français. Peut-être les premiers éléments dans chaque série sont-ils les plus adéquats pour ce dont je parlerai. En effet, Schengen est le symbole pour l'abolition des limites, pas des frontières. Je parlerai des mots et les concepts derrière, des vues liées à ces concepts et des idées pour rendre de telles observations utiles pour des rencontres de citoyens européens, par exemple de villes jumelées.

Un de mes spécialités en tant qu'eurolinguiste est le début de l'apprentissage d'une langue européenne et j'ai créé des techniques pour cela, plus efficaces que les méthodes traditionnelles. Pour apprendre l'anglais comme langue véhiculaire, j'ai développé le système Basic Global English (www.basicglobalenglish.com, cf. p.ex. Grzega 2008 & 2015, Grzega/Stenzenberger 2011) – les principes du modèle sont aussi utiles pour les rencontres des citoyens de différents pays européens. Pour les migrants et les réfugiés j'offre le modèle du "Sprach-Not-Arzt" 'Médecin d'urgence linguistique' (www.sprach-not-arzt.de, cf. Grzega/Sand/Schweihofner 2013 & Grzega 2014). Pour les premières visites de citoyens d'un pays européen dans un autre pays européen, j'ai élaboré la méthode "Sprachworkout" 'fitness linguistique' (cf. Grzega/Hanusch/Sand 2014). Au début, l'enseignant travaille avec des internationalismes et les élèves réalisent qu'ils connaissent déjà beaucoup de mots. Si l'on sait que l'allemand *Professor* correspond au français *professeur*, à l'anglais *professor* ou à l'italien *professore*, on peut supposer que all. *Doktor* et *Direktor* résulte en angl. *doctor*, *director* et fr. *docteur*, *directeur* et ital. *dottore*, *direttore*. Mais de surcroît, l'enseignant peut, ou bien devrait, informer les apprenants que la gamme des sens aussi bien que les associations peuvent être différentes: qu'est-ce que l'on attend d'un *Professor* typique, d'un *professeur* typique, d'un *professore*, et d'un *Direktor* typique, d'un *directeur* typique, d'un *direttore* typique: donnent-ils beaucoup de liberté à leurs élèves et employés ou montrent-ils beaucoup de limite? Cela illustre que je suis également intéressé à des aspects culturels liés à la langue, y inclus des différences parfois visibles, parfois invisibles. Et comme eurolinguiste, je tiens beaucoup à ce que l'on n'appelle pas "européen" les projets qui tiennent compte de seulement deux ou trois nations, mais seulement ceux qui s'occupent au moins d'une sélection représentative, c.-à-d. une sélection qui inclut le nord, le sud, l'ouest et l'est (cf. Grzega 2012 & Grzega 2013a: 36-44).

Pourtant, ce que l'on peut observer c'est que les rencontres des villes jumelées sont très souvent caractérisées par des visites des attractions culturelles et des cérémonies gastronomiques. Bien sûr, on échange certaines vues sur la grande politique et certaines informations culturelles. Mais cela se déroule plutôt sur le plan individuel. On développe de l'empathie pour un individu ou une famille de l'autre pays, mais on ne développe guère de l'empathie pour toute une culture nationale. On n'analyse pas, ou bien: guère, les différentes vues des nations, leurs différentes perceptions de la vie. Cependant, l'empathie est essentielle pour l'établissement et la garantie de la paix. Cela ne s'exprime-t-il pas dans notre conception de la guerre en Syrie? Combien de spectacles de sympathie voit-on lorsqu'il y a un attentat oriental contre des innocents en Allemagne ou en France? Combien de spectacles de sympathie lorsqu'il y a un attentat occidental contre des innocents en Syrie? L'empathie peut naître lors des rencontres de villes jumelées. Mais de temps en temps les interlocuteurs ne se rendent même pas compte qu'il y a déjà des différences inexprimées, des différences d'associations avec certains mots. Pour cela, il faudrait une conception très méthodique pour que de telles rencontres de villes jumelées aient une vraie valeur ajoutée. De conséquence, je voudrais présenter quelques observations culturelles et donner des idées pour des rencontres des citoyens des villes jumelées afin qu'ils puissent achever, de manière plus professionnelle, une compétence interculturelle plus élevée. Je voudrais faire cela par jeter un coup d'œil sur les notions de "limites", "liberté" et "sécurité" dans quelques nations européennes.

2. Nos notions et les journaux

Avec Schengen, les frontières n'étaient plus des limites, mais avec la tâche courante d'accepter et d'alimenter des réfugiés, la discussion rend les frontières visibles de nouveau. Les limites des réfugiés, cela a beaucoup à faire avec des nombres. Ces choses sont beaucoup plus présentes que l'abolition des causes des refuges. Or, les causes ne figurent guère dans les journaux.

“Liberté” est un parmi les trois grands mots de la devise de la République française: liberté, égalité, fraternité. Mais il semble que de nos jours les Français sont plus occupés de la “sécurité”. Dans mon travail eurolinguistique j'analyse souvent les titres des articles dans des journaux de qualité de haute circulation. Les titres, ce sont les éléments que chaque lecteur perçoit, même s'il ne lit pas l'article propre. Et, si possible, j'inclus dans mes analyses, pour chaque pays sélectionné, un journal plutôt gauche et un plutôt droite (les pays sélectionnés représentent toutes les zones géo-culturelles de l'Europe).

Grande-Bretagne: *The Guardian, The Daily Telegraph*

Pays-Bas: *De Telegraaf, De Volkskrant*

France: *Le Monde, Le Figaro*

Italie: *La stampa, Corriere della sera*

Pologne: *Gazeta wyborcza, Gazeta prawna*

Espagne: *El pais, El mundo*

Allemagne: *Frankfurter Rundschau, Die Welt*

Si on analyse les titres français du 1er juillet 2015 au 30 juin 2016 et exclut les occurrences de noms propres, on voit que “sécurité” apparaît 253 fois, tandis que “liberté” ne se trouve dans les titres que 129 fois. C'est une différence statistiquement très significative ($\chi^2=40,251$; $df=1$; $p<0,0001$). Pour l'Espagne, l'Allemagne et la Grande-Bretagne, on n'arrive pas à des différences significatives selon les statistiques, même si pour les deux premiers pays, il y a une certaine petite tendance que là aussi le mot pour “sécurité” est plus fréquent que “liberté”. Par contre, une différence claire, pareille à celle de la France, se montre aussi dans les journaux des Pays-Bas (76 vs. 41; $\chi^2=5,832$; $df=1$; $p<0,0157$), de l'Italie (540 vs. 300; $\chi^2=68,571$; $df=1$; $p<0,0001$) et de la Pologne (225 vs. 117; $\chi^2=34,105$; $df=1$; $p<0,0001$). Dans 17 titres les deux mots-clés sont directement opposés (dans 12 titres les deux concepts reçoivent la même valeur, dans 2 cas c'est “sécurité”, dans 3 cas “liberté”):

- (1) “Les Français prêts à moins de libertés pour plus de sécurité” (Le Figaro 18/11/15: 3)
- (2) “Sécurité et liberté, le débat escamoté” (Le Monde 24/11/15: 9)
- (3) “Oui à l'état d'urgence, car il n'y a pas de liberté sans sécurité” (Le Figaro 01/12/15: 20)
- (4) “Il est normal que le curseur bouge entre sécurité et libertés” (Le Monde 12/12/15: 6)
- (5) “Les Français en ont ras le bol des interdits: Sécurité routière, tabac, alcool... Un sondage montre l'exaspération face aux restrictions des libertés.” (Le Figaro 08/07/15: 10)
- (6) “Il sottile confine tecnologico tra sicurezza e libertà” ‘La subtile frontière technologique entre sécurité et liberté’ (Corriere della Sera 13/07/15: 1.31)
- (7) “L'equilibrio tra libertà e sicurezza” ‘L'équilibre entre liberté et sécurité’ (La Stampa 17/11/15: 23)
- (8) “Il compito di conciliare libertà e sicurezza” ‘Le devoir de concilier liberté et sécurité’ (Corriere della Sera 21/11/15: 29)
- (9) “Sicherheit und Freiheit” ‘Sécurité et liberté’ (Die Welt 19/11/15: 6)

- (10) “Streżyńska o ustawie o policji: Potrzebny kompromis pomiędzy wolnością a bezpieczeństwem” “Streżyńska au sujet de la loi sur la police: Nous avons besoin d’un compromis entre la liberté et la sécurité” (Gazeta Prawna 07/01/16)
- (11) “Szymaniak: W zamian za wolność iluzja bezpieczeństwa” “Szymaniak: En échange de la liberté l’illusion de la sécurité” (Gazeta Prawna 10/05/16)
- (12) “Encontrar un equilibrio entre seguridad y libertad” “Trouver une balance entre sécurité et liberté” (El mundo 17/11/15)
- (13) “Libertad y seguridad” “Liberté et sécurité” (El país 23/11/15)
- (14) “Salvini: nessuna moschea dove governa la Lega Parisi: sicurezza, ma libertà” “Salvini: aucune mosquée où gouverne la Lega Parisi: sécurité, mais liberté” (Corriere della Sera 04/04/16: 2)
- (15) “Meer veiligheid, minder vrijheid” “Plus de sécurité, moins de liberté” (De Volkskrant 26/03/16: 7).
- (16) “Seguridad para proteger la libertad” “Sécurité pour protéger la liberté” (El mundo 30/09/15)
- (17) “... I have traded creative freedom for gentle safety” “J’ai vendu la liberté créative pour douce sécurité” (Guardian 28/08/15)

Sont bien sûr trop rares les occurrences pour dessiner un image des sociétés européennes, mais c’est un début vraiment européen pour initier une discussion entre des villes jumelées ou bien dans un projet Internet des citoyens européens.

3. Nos notions et les œuvres classiques

Le premier investigateur qui a étudié des différences culturelles d’une manière quantitative est le chercheur néerlandais Geert Hofstede. Il avait développé un large questionnaire qui consistaient en beaucoup de couples de phrases contrastives. Les informants devaient décider lors de chaque couple d’énonciations laquelle correspond plutôt à leur perception de la vie. Grâce à un très grand nombre de questionnaires Hofstede s’est rendu capable de caractériser des cultures sur, à l’origine, quatre échelles, dans les publications plus récentes: six échelles (Hofstede 1980, Hofstede/Hofstede/Minkov 2010). Chaque échelle consiste en deux valeurs caractéristiques opposées et on peut la diviser en 100 points. C’est-à-dire, une nation caractérisée par un nombre de 34 à 66 points est plutôt équilibrée, les autres nombres représentent des expressions plus claires d’une valeur principale. On peut faire les remarques suivantes:

1. Une de ces dimensions est directement liée à l’idée de la sécurité, à savoir la dimension du contrôle de l’incertitude. Celle-ci exprime le degré des soucis, face à l’incertitude quant à l’avenir. Il y a une certaine tendance que les pays plus méridionaux cherchent beaucoup à réduire les incertitudes. En revanche, quelques pays sont énormément relaxés face à l’avenir: la Suède et le Danemark. L’étude ne peut pas dire, bien sûr, si cela est lié aux standards sociaux élevés dans ces pays.
2. D’autres catégories contrastives sont liées au sujet de la liberté. La dimension “individualisme/collectivisme” exprime le degré de liberté et autonomie d’un individu par rapport à un groupe et aux normes sociales aussi bien que le degré de solidarité avec le groupe et ses valeurs comme l’amitié ou la famille. On peut noter que les pays germaniques sont assez ou même très individualistes.
3. Une autre catégorie liée à la liberté est la distance hiérarchique. Elle indique le degré d’acceptation culturelle des inégalités de statut et de pouvoir entre les individus. Ici, on a une grande diversité en Europe sans que l’on puisse voir des régularités.

4. Une troisième dimension relative à la liberté est celle de “masculinité/féminité”, comme dit Hofstede. Une société masculine est organisée avec une séparation claires des rôles des deux sexes (et selon d’autres paramètres sociaux) dans les tâches de la vie quotidienne. Une société typiquement féminine ne connaît pas ces séparations. Les pays du nord et les baltes sont extrêmement féminins.
5. Dans ses publications plus récentes, Hofstede inclut aussi la dimension de l’indulgence. “Indulgence” exprime le degré de bonheur par l’autonomie d’individualiser sa propre vie. Cela inclut aussi l’importance de loisir. De nouveau, il y a une grande variété parmi les pays européens. Mais on peut dire que dans les anciens pays soviétiques il y a un degré d’indulgence assez bas.

Toutes ces observations peuvent être le début d’un petit projet interculturel lors d’une rencontre de villes jumelées. Les personnes qui préparent un tel projet peuvent acheter la 2e ou 3e édition du livre *Cultures and Organizations*, qui existe aussi en maintes traductions. Alternativement, elles peuvent étudier les informations que Geert Hofstede offre sur son site Internet: www.geerthofstede.nl.

Après Hofstede, il y a eu d’autres projets basés sur une évaluation statistique d’un grand nombre de données. Un élève de Hofstede, Fons Trompenaars, a publié, avec son collègue anglais Charles Hampden-Turner, le livre *Riding the Waves of Culture*. Le livre est d’importance mineure pour notre sujet, parce que le thème central de leur livre est le monde des affaires. Ce qui pourrait être intéressant, cependant, c’est la technique qu’ils emploient. D’une part Trompenaars et Hampden-Turner offrent des petites anecdotes après lesquelles les informants doivent décider quels des réactions offertes ils choisiraient. D’autre part ils travaillent avec des déclarations plus longues que celles dans le questionnaire de Hofstede. Les informants doivent donc marquer quelle des déclarations contrastives ils favorisent. Par exemple, il y a l’opposition entre ces deux déclarations (Trompenaars/Hampden-Turner 1997: 50):

- A. Il est évident que si les individus ont la liberté plus grande possible et la chance maximale de se développer, le résultat sera une amélioration de la qualité de leurs vies.
- B. Si des individus prennent constamment soin de leurs prochains, la qualité de vie améliorera pour chacun même si cela restreignait la liberté et le développement sur le plan individuel.

Quel est le pourcentage qui vote pour réponse A? Plus de deux tiers des personnes ont voté pour A au Danemark, en Tchéquie et en Roumanie. Les autres pays européens sont assez balancés (à savoir 41% en France à 65% en Pays-Bas).

Un autre chercheur anglais a aussi travaillé avec des piles de questionnaires, Richard D. Lewis (p.ex. 2006). En ce qui concerne nos concepts, c’est la sécurité qu’on peut lier à ses observations quant à la valeur de sources d’information. Avec quelle source d’information les gens se sentent-ils plus rassurés: avec des données écrites ou avec des commentaires par des personnes qu’ils connaissent? Comme règle de base, on peut dire que les pays méditerranéens font plus confiance à des informations déduites des dialogues. Malheureusement, Lewis n’a pas publié les mots exacts de ses questionnaires de sorte que l’on ne peut pas les utiliser lors des rencontres de citoyens internationaux.

4. Nos notions et les Eurobaromètres

Une autre source qui peut parfois servir de base pour des projets autour des connotations, c'est la série d'Eurobaromètre. Certes, on peut la critiquer, puisque les études violent assez fréquemment les règles d'un questionnaire solide. A titre d'exemple: une bonne question n'inclut pas plusieurs éléments combinés par la conjonction *et*. Secundo, les questions de l'Eurobaromètre contiennent des mots extrêmement vagues, indéfinies. Des informants différents comprendront les mots de manières différentes. Toutefois, de telles questions peuvent être intéressantes pour le linguiste intéressé aux associations qu'un certain mot évoque même si l'on n'est pas sûr du sens précis.

L'Eurobaromètre spéciale 432 s'occupe du sujet de la sécurité. Les Eurobaromètres offrent aussi des tables illustratives comme celle-ci:

| % | | Tout à fait d'accord | | Plutôt d'accord | | Plutôt pas d'accord | | Pas du tout d'accord | | NSP | | Total 'D'accord' | | Total 'Pas d'accord' | | | |
|---|-------|-------------------------|----------|-----------------|----------|----------------------|----------|---------------------------|----------|------|----------|--------------------|----------|--------------------------|----------|------|----------|
| | | Totally agree | | Tend to agree | | Tend to disagree | | Totally disagree | | DK | | Total 'Agree' | | Total 'Disagree' | | | |
| | | Stimme voll und ganz zu | | Stimme eher zu | | Stimme eher nicht zu | | Stimme überhaupt nicht zu | | WN | | Gesamt 'Stimme zu' | | Gesamt 'Stimme nicht zu' | | | |
| | | EB | Diff. EB | EB | Diff. EB | EB | Diff. EB | EB | Diff. EB | EB | Diff. EB | EB | Diff. EB | EB | Diff. EB | EB | Diff. EB |
| | | 83.2 | 76.4 | 83.2 | 76.4 | 83.2 | 76.4 | 83.2 | 76.4 | 83.2 | 76.4 | 83.2 | 76.4 | 83.2 | 76.4 | 83.2 | 76.4 |
| | EU 28 | 35 | -1 | 47 | -1 | 13 | 1 | 4 | 1 | 1 | 0 | 82 | -2 | 17 | 2 | | |
| | BE | 29 | -6 | 59 | 4 | 10 | 2 | 2 | 0 | 0 | 0 | 88 | -2 | 12 | 2 | | |
| | BG | 23 | -3 | 34 | -7 | 27 | 1 | 14 | 8 | 2 | 1 | 57 | -10 | 41 | 9 | | |
| | CZ | 24 | -1 | 57 | 1 | 16 | 0 | 3 | 1 | 0 | -1 | 81 | 0 | 19 | 1 | | |
| | DK | 67 | -7 | 29 | 6 | 3 | 0 | 1 | 1 | 0 | 0 | 96 | -1 | 4 | 1 | | |
| | DE | 50 | -5 | 41 | 2 | 8 | 3 | 1 | 0 | 0 | 0 | 91 | -3 | 9 | 3 | | |
| | EE | 44 | -3 | 47 | 5 | 7 | -2 | 1 | -1 | 1 | 1 | 91 | 2 | 8 | -3 | | |
| | IE | 44 | 6 | 46 | 2 | 8 | -4 | 2 | -2 | 0 | -2 | 90 | 8 | 10 | -6 | | |
| | EL | 40 | 10 | 40 | -1 | 15 | -7 | 5 | -1 | 0 | -1 | 80 | 9 | 20 | -8 | | |
| | ES | 49 | -5 | 38 | 0 | 10 | 4 | 2 | 1 | 1 | 0 | 87 | -5 | 12 | 5 | | |
| | FR | 27 | 1 | 55 | 0 | 15 | 0 | 2 | -1 | 1 | 0 | 82 | 1 | 17 | -1 | | |
| | HR | 30 | | 52 | | 13 | | 4 | | 1 | | 82 | | 17 | | | |
| | IT | 15 | -2 | 47 | -15 | 27 | 11 | 10 | 6 | 1 | 0 | 62 | -17 | 37 | 17 | | |
| | CY | 29 | -15 | 40 | 1 | 19 | 6 | 12 | 8 | 0 | 0 | 69 | -14 | 31 | 14 | | |
| | LV | 26 | 4 | 53 | 0 | 16 | -5 | 3 | 0 | 2 | 1 | 79 | 4 | 19 | -5 | | |
| | LT | 27 | 3 | 49 | -1 | 19 | -2 | 4 | 0 | 1 | 0 | 76 | 2 | 23 | -2 | | |
| | LU | 51 | -13 | 42 | 13 | 6 | -1 | 1 | 1 | 0 | 0 | 93 | 0 | 7 | 0 | | |
| | HU | 26 | 10 | 47 | -2 | 20 | -6 | 6 | -3 | 1 | 1 | 73 | 8 | 26 | -9 | | |
| | MT | 52 | -18 | 40 | 13 | 6 | 3 | 1 | 1 | 1 | 1 | 92 | -5 | 7 | 4 | | |
| | NL | 53 | -3 | 42 | 2 | 4 | 1 | 1 | 0 | 0 | 0 | 95 | -1 | 5 | 1 | | |
| | AT | 52 | -8 | 42 | 7 | 5 | 1 | 1 | 0 | 0 | 0 | 94 | -1 | 6 | 1 | | |
| | PL | 30 | -10 | 53 | 1 | 13 | 7 | 1 | 0 | 3 | 2 | 83 | -9 | 14 | 7 | | |
| | PT | 39 | 9 | 50 | 1 | 10 | -7 | 1 | -2 | 0 | -1 | 89 | 10 | 11 | -9 | | |
| | RO | 35 | 10 | 35 | -6 | 19 | -5 | 10 | 1 | 1 | 0 | 70 | 4 | 29 | -4 | | |
| | SI | 52 | -6 | 41 | 5 | 6 | 1 | 1 | 0 | 0 | 0 | 93 | -1 | 7 | 1 | | |
| | SK | 24 | -1 | 59 | -1 | 14 | 2 | 3 | 1 | 0 | -1 | 83 | -2 | 17 | 3 | | |
| | FI | 67 | -9 | 31 | 9 | 2 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 98 | 0 | 2 | 0 | | |
| | SE | 51 | -10 | 43 | 10 | 5 | -1 | 1 | 1 | 0 | 0 | 94 | 0 | 6 | 0 | | |
| | UK | 28 | 4 | 56 | 1 | 11 | -4 | 4 | -1 | 1 | 0 | 84 | 5 | 15 | -5 | | |

Dans question 1.2 dans cet Eurobaromètre les informants doivent décider s'ils regardent leur pays comme un pays sûr ou pas. Les Eurobaromètres offrent Dans presque tous les états-membres de l'UE plus de deux tiers des informants ont répondu oui. Seul en Bulgarie et Italie moins personnes ont dit oui. Le questionnaire a aussi interrogé les personnes sur les choses dont ils pensent qu'elles influencent la sécurité intérieure (cf. QA6.1-3). Dans tous les pays, ce sont très nettement

- les guerres et les instabilités politiques dans les régions hors l'Union,
- la pauvreté, la discrimination et l'exclusion sociale
- les idéologies extrémistes, sans que le questionnaire clarifie si cela inclut aussi l'idéologie néolibérale, qui est à la base de la catastrophique situation sociale et économique que l'on face maintenant dans l'Union Européenne.

Dans beaucoup d'états-membres plus de deux tiers considèrent aussi le changement climatique et la pollution dangereux, exception faite de la République tchèque, l'Allemagne, le Luxembourg et les Pays-Bas (QA6.4). Dans la majorité des pays plus de deux tiers disent que la situation sur le marché de travail influence leur sentiment de sécurité, surtout en Espagne. Cela n'est pas le cas, cependant, en Allemagne, au Danemark et aux Pays-Bas (QA8.2). Moins de deux tiers se laissent influencer dans leur sentiment de sécurité par leur situation financière sauf la Bulgarie, la Hongrie et la Pologne (QA8.4).

Dans toute l'UE, sauf au Royaume-Uni, plus de deux tiers se sont prononcés pour la libre circulation des citoyens qui peuvent vivre, travailler, étudier et faire des affaires dans l'UE (Eurobaromètre 85, mai 2016). L'Eurobaromètre 84 traite de valeurs. Le questionnaire offre les libertés individuelles comme aspect qui représente mieux l'UE – à côté de la paix, les droits de l'homme, la démocratie, la solidarité et d'autres. Pourtant, seul en Lituanie plus d'un tiers considère les libertés individuelles comme une des trois valeurs représentant mieux l'UE. Dans les autres états ce sont moins. Le moindre pourcentage, on le trouve en Espagne et au Royaume-Uni.

En ce qui concerne les autorités douanières de l'UE – et avec cela nous revenons au sujet des frontières –, que devrait être leurs tâches principales selon les informants de l'Eurobaromètre spécial 439? Dans chaque pays, la plupart, dans quelques états même plus de 66%, nomme, premièrement, la lutte contre la contrebande et la fraude et, deuxièmement, la protection contre des menaces de sécurité. Ce dernier aspect est donné par même plus de deux tiers des informants finlandais, suédois, britanniques, néerlandais, français et chypriotes. Dans quelques pays, une majorité nomme aussi la garantie de la sécurité comme une des tâches principales, à savoir la Finlande, les Pays-Bas, l'Espagne et le Portugal.

5. Nos notions et des études empiriques

Les paroles pour "libre" évoquent sans doute des associations positives dans toutes les langues européennes. Y inclus sont les mots liés à une parole pour "libre": "liberté", "libre temps", "libre marché". Donc: "libre-échange", ça sonne bien. Mais qu'est-ce qui est vraiment derrière la parole? C'est la question centrale dans la discussion sur TTIP alias PTCI (le partenariat transatlantique de commerce et d'investissement) et CETA alias AECG (l'Accord économique et commercial global). Lors d'une rencontre entre villes jumelées, on pourrait commencer discuter les vues, puis confronter les vues avec des faits, et ensuite discuter encore une fois sur la base des faits. Au lieu de choisir une présentation pour la confrontation, une méthode plus interactive peut renforcer les effets d'apprentissage, y inclue la révélation, ou bien correction, des mythes. Il y a une série d'études qui se sont occupées de PTCI. Au fur et à mesure d'une étude, elle veut éprouver qu'avec cet accord croissance, emplois et revenue montent beaucoup, montent un peu ou descendent. Même dans les études plus optimistes le meilleur résultat ne peut pas être achevé qu'après une abolition des limites définies par des standards sociaux et par la protection des consommateurs (cf. Bode 2015). En effet, une grande partie des citoyens européens est pour la préservation des limites en forme de standards sociaux; les lobbyistes des grandes entreprises multinationales sont pour leur abolition. Il semble que les différences ne sont pas entre des nations, mais entre des couches sociales. Certes, on ne peut pas bien connaître l'avenir. Pourtant, comme orientation, on peut inspecter l'expérience avec des

accords pareils. Et un bon organisateur de tels rencontres éducatives fait attention que cela soient des analyses empiriques. En effet, l'empirie est même essentielle pour éviter de discussions émotionnelles surtout si les faits sont contraires aux mythes ou convictions personnelles.

Moi, je fais cela en forme des quiz, où les participants peuvent répondre à la majorité des questions pas avec un savoir de détails, mais avec l'aide de grands principes, de règles grossières. Et un seul et même principe s'appliquerait à plusieurs questions. Voilà un exemple. L'animateur dit:

“En 1994, l'Accord de zone de libre-échange nord-américain ALÉNA (ou bien NAFTA) prend effet. ALÉNA est vu comme modèle pour PTCI et AECG. En 2006, une étude a analysé les effets d'ALÉNA. Question: ALÉNA a-t-il conduit à plus, moins ou juste autant d'emploi au Mexique?”

La réponse est: “A moins d'emploi, c.-à-d. le taux de chômage a augmenté. Le principe: Des accords de zone de libre-échange de nos jours n'ont pas d'effets positifs pour la majorité des citoyens”. Plus tard, l'animateur pose une autre question: “ALÉNA a-t-il conduit à plus, moins ou juste autant de profits pour les entreprises jusqu'à 200 employés au Canada?” La réponse: A moins de profit. Et l'animateur répète le principe: “Des accords de zone de libre-échange de nos jours n'ont pas d'effets positifs pour la majorité des citoyens.” Plus tard, une troisième question: “ALÉNA a-t-il conduit à plus, moins ou juste autant d'inégalité de revenus aux Etats-Unis?” Réponse: A plus d'inégalité. Et l'organisateur donnera des informations complémentaires: L'étude sur ALÉNA a été produite par l'Economic Policy Institute (Scott/Salas/Campbell 2006). Selon ces recherches, les effets d'ALÉNA ont été: une augmentation du taux de chômage dans tous les trois pays, une baisse signifiante des revenus de plusieurs millions d'employés, une hausse de l'inégalité des revenus. Les revenus baissés ont mené à moins de recettes fiscales; ceci a conduit à une déduction des aides sociales. En outre, les prix de beaucoup de produits alimentaires ont augmenté. Juste quelques entreprises multinationales aux Etats-Unis semblent avoir profité. Cela peut suffire à ce que les participants regardent d'une manière plus critique, mais empirique les autres accords de zone de libre-échange.

6. Nos notions et le langage camouflant

Parfois les connotations de mots quotidiens nous gênent de voir clairs. Un exemple: Quel scénario est exclu si une étude dit que les accords de libre-échange mènent à une augmentation du revenu annuel d'un ménage moyen par 500 EUR?

- A. Que les revenus annuels de chaque ménage augmentent par 500 EUR ou plus.
- B. Que les revenus annuels d'un petit groupe de ménages augmentent par 500.000 EUR.
- C. Que les revenus annuels de la majorité ne changent pas.
- D. Que les revenus annuels de la majorité de ménages diminuent par 5.000 EUR par an.

Solution: A. Que les revenus annuels de chaque ménage augmentent par 500 EUR ou plus. C'est exactement 500 EUR pour chacun ou c'est plus pour les uns et moins pour les autres. La logique nous fait exclure la solution A. Les autres scénarios sont tous possibles. Mais combien de citoyens se rendent compte que le mot *moyen* implique qu'ils peuvent très facilement perdre de l'argent avec ces accords de libre-échange?

Egalement, on pourrait comparer des designations et développer une discussion de critique de la langue lors de laquelle on dévoile du langage camouflant. A titre d'exemple: En allemand de nos jours, on lit *Sicherheitsindustrie*, littéralement “industrie de sécurité”, au lieu de *Waffenindustrie*

“industrie des armes”, ou bien *Verteidigungsindustrie* “industrie de défense”, le type lexical le plus fréquent en Europe. Quels pourraient être les buts et les dangers derrière un tel changement? Quand serait-il raisonnable d’éviter de tels changements linguistiques?

7. Conclusion

J’ai présenté des sources qui peuvent donner une base solide pour des événements instructifs de haute qualité. J’ai mentionné, au début du chapitre 2, les trois mots de la devise française. Dans cette contribution, je me suis concentré sur la liberté. Pour l’égalité, les mêmes sources peuvent être utilisées. De surcroît, je voudrais mentionner le livre de Richard Wilkinson et Kate Pickett (2009), dont le style peut aussi être lu par un lecteur non-sociologue. Le livre a été traduit dans plusieurs langues européennes. C’est aussi le cas avec le livre de Joseph Stiglitz (2012), qui dessine l’expérience avec la politique de l’austérité. Une série des mythes économiques de nos jours est révélés et corrigés par Ha-Joon Chang (2010); le livre existe aussi dans des langues différentes. Un livre qui stimule la réflexion sur notre concept de fraternité parmi les humains et qui vient de paraître il y a quelques semaines est celui de Daniele Ganser (2016). Il donne une chronologie des guerres des pays de l’OTAN (au mépris de l’ONU) Pour le moment, il existe seulement dans une version allemande, mais vu le succès il est possible qu’il vient bientôt traduit dans d’autres langues. Pour un aperçu historique du développement et fonctionnement de l’économie, les bandes dessinées de Goodwin/Burr (2012) sont une alternative fraîche. Ce livre existe également dans un tas de traductions dans diverses langues européennes.

Si le public dans des rencontres est vraiment international, la langue véhiculaire sera souvent l’anglais. Mais les gens auront des connaissances diverses de l’anglais. Là, je voudrais rappeler le système Basic Global English, dont la plupart des règles communicatives sont aussi transférables à des niveaux plus élevés, comme p.ex. l’abandon de toutes les phrases que l’on ne peut pas interpréter littéralement (cfr. Grzega 2015: 101-105, Grzega 2008: 8-16). Le matériel est accessible sur www.basicglobalenglish.com (y inclus les principes du modèle ainsi que les livres du cours pour des groupes différents).

Toutes les questions et tous les aspects ne doivent pas être aussi lourds lors d’un événement pour un public général. On peut les mélanger avec des tâches culturelles. Cela pourrait être des principes musicaux. Et l’on pourrait même inclure des exemples auditifs. Actuellement, je suis en train de composer un tel livre qui présente des questions liées à tels principes récurrents. Les questions se réfèrent à des divers domaines du développement de l’Europe.

Je comprends très bien que de tels événements éducatifs ne peuvent pas être organisés seulement par des volontaires. C’est pour cela que j’ai essayé d’établir un premier institut. Là, on a fait des quiz, on a créé des visites guidées où je combine des observations culturelles et linguistiques, comme d’habitude avec de l’interactivité. On a préparé des spectacles éducatifs et interactifs avec mes étudiants. Les étudiants, sous mes auspices, ont fait des recherches solides et créés des stations où ils ont présenté les résultats employant une méthode interactive et un langage clair aussi pour un public général. Une autre idée pas encore commencée est l’installation d’un site Internet “mot du mois” où l’on collecte d’abord, d’une manière schématique, les associations de participants de tous les coins d’Europe et puis analyse les vues dans des questions relatives au mot du mois (aussi d’une méthode quantitative). Ce serait la tâche du coordinateur de déduire un sommaire.

Malheureusement, l’institut est devenu la victime des querelles de la politique municipale. Bien que tous les objectifs eussent été achevés, la majorité du conseil municipal a décidé de terminer ce

projet et laisser inutilisé les choses qui ont été acquises et développés – de conséquence, des centaines de milliers d’euros de fonds publics peuvent maintenant être regardés comme “gaspillés”. Heureusement, il y a d’autres organisations qui veulent adopter les idées. Là aussi, il sera essentiel de s’engager pour une nouvelle époque de Lumières et une nouvelle époque de la communauté européenne sous sa devise “Unie dans la diversité”. C’est-à-dire : créer des chemins solides à faire voir les communalités entre les pays aussi que faire développer de l’empathie pour des différences et la volonté à réfléchir sur soi-même et la volonté à apprendre à connaître d’autres nations. Cela ferait progresser la liberté et la sécurité – en d’autres termes: la paix, sans limites.

Joachim Grzega
 Sprach- und Literaturwissenschaftliche Fakultät
 Universität Eichstätt-Ingolstadt
 Universitätsallee 1
 DE-85072 Eichstätt
 joachim.grzega@ku.de
 www.grzega.de

Bibliographie

- Bode, Thilo (2015), *Die Freihandelslüge: Warum TTIP nur den Konzernen nützt – und uns allen schadet*, München: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Chang, Ha-Joon (2010), *23 Things They Don't Tell You about Capitalism*, London: Allen Lane. [version française: *Deux ou trois choses que l'on ne vous dit jamais sur le capitalisme*, Paris: Points Économie 2015; version allemande: *23 Lügen, die sie uns über den Kapitalismus erzählen*, München: Goldmann 2012; version néerlandaise: *23 dingen die ze je niet vertellen over het kapitalisme*, Amsterdam: Nieuw Amsterdam 2010; version espagnole: *23 cosas que no te cuentan sobre el capitalismo*, Barcelona: Debate 2012; version italienne: *23 cose che non ti hanno mai detto sul capitalismo*, Milano: Il Saggiatore 2014; etc.].
- Ganser, Daniele (2016), *Illegale Kriege: Wie die NATO-Länder die UNO sabotieren – Eine Chronik von Kuba bis Syrien*, Zürich: Orell Füssli.
- Goodwin, Michael / Burr, Dan E. (2012), *Economix: How Our Economy Works (and Doesn't Work) in Words and Pictures*, New York: Harry N. Abrams. [version française: *Economix: La première histoire de l'économie en BD*, Paris: Les Arènes 2014; version allemande: *Economix: Wie unsere Wirtschaft funktioniert (oder auch nicht)*, Berlin: Jacoby & Stuart, 2013; version néerlandaise: *Economix: Hoe onze economie werkt (en niet werkt)*, Amsterdam: Q 2016; version espagnole: *Economix: Cómo funciona la economía (y cómo no)*, Barcelona: Lunwerk 2013; version italienne: *Economix: Per comprendere origini, storia e principi della nostra pazzia economia*, Milano: Gribaudo 2013; etc.].
- Grzega, Joachim (2008), “How to Do Things with English Words—in Intercultural Situations: On Basic Global English (BGE) and Beyond”, *Onomasiology Online* 9: 1-18.
- Grzega, Joachim (2012), *Europas Sprachen und Kulturen im Wandel der Zeit: Eine Entdeckungsreise*, [Stauffenburg Handbücher 11], Tübingen: Stauffenburg
- Grzega, Joachim (2013a), *Studies in Europragmatics: Some Theoretical Foundations and Practical Implications*, [Eurolinguistische Arbeiten 7], Wiesbaden: Harrassowitz.
- Grzega, Joachim (2013b), “Report on Developing and Testing the Language Workout Method: The First Research Project at the Europäisches Haus Pappenheim (EHP)”, *Journal for EuroLinguistiX* 10: 76-89.
- Grzega, Joachim (2014), “Der Sprach-Not-Arzt als effiziente Methode für Deutsch-Anfänger: Grundlagen und Erfahrungen”, *Journal for EuroLinguistiX* 12: 49-73.
- Grzega, Joachim (2015), “‘We will abstain from eating any kind of food at the hotel’: On Analyzing and Teaching Pragmatic and Other Aspects of English as a Global Language,” *Linguistik Online* 70: 61-110.
- Grzega, Joachim / Hanusch, Nora / Sand, Claudia (2014), “Qualitative und quantitative Studien zur Sprachworkout-Methode (Language Workout)”, *Journal for EuroLinguistiX* 11: 4-14.
- Grzega, Joachim / Stenzenberger, Sandra (2011), “Teaching Adults Intercultural Communication Skills with Basic Global English (BGE)”, *Journal for EuroLinguistiX* 8: 34-131.
- Hofstede, Geert (1980), *Culture's Consequences*, Beverly Hills (Cal.): Sage.
- Hofstede, Geert / Hofstede, Gert Jan / Minkov, Michael (2010), *Cultures and Organizations: Software of the Mind*, 3rd

- ed., New York: McGraw-Hill. [version allemande: *Lokales Denken, globales Handeln: Interkulturelle Zusammenarbeit und globales Management*, München: Beck 2011; version espagnole: *Culturas y organizaciones: El software mental. La cooperación internacional y su importancia para la supervivencia*, Madrid: Alianza 1999; version italienne: *Culture e organizzazioni: Valori e strategie per operare efficacemente in contesti internazionali*, Milano: Angeli 2014; version polonaise: *Kultury i organizacje: Zaprogramowanie umysłu*, Warszawa: Polskie Wydawnictwo Ekonomiczne 2011; etc.]
- Lewis, Richard (2006), *When Cultures Collide: Leading Across Cultures – Leading, Teamworking and Managing Across the Globe*, 3. Auflage, London: Nicholas Brealey.
- Scott, Robert E. / Salas, Carlos / Campbell, Bruce (2006), *Revisiting NAFTA: Still Not Working for North America's Workers*, Briefing Paper #173, Washington: Economic Policy Institute.
- Stiglitz, Joseph (2012), *The Price of Inequality: How Today's Divided Society Endangers Our Future*, New York: Norton. [version française: *Le Prix de l'inégalité*, Paris: Liens qui libèrent; version allemande: *Der Preis der Ungleichheit: Wie die Spaltung der Gesellschaft unsere Zukunft bedroht*, Berlin: Siedler 2012; version espagnole: *El precio de la desigualdad*, Madrid: Taurus 2011; version italienne: *Il prezzo della disuguaglianza: Come la società divisa di oggi minaccia il nostro futuro*, Torino: Einaudi 2013; etc.]
- Trompenaars, Fons / Hampden-Turner, Charles (1997), *Riding the Waves of Culture: Understanding Cultural Diversity in Business*, London: Nicholas Brealey.
- Wilkinson, Richard / Pickett, Kate (2009), *The Spirit Level: Why More Equal Societies Almost Always Do Better*, London: Allen Lane. [version française: *Pourquoi l'égalité est meilleure pour tous*, Paris: Les petits matins 2013; version allemande: *Gleichheit ist Glück: Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind*, Berlin: Tolkemitt 2009; version suédoise: *Jämlikhetsanden: Därför är mer jämlika samhällen nästan alltid bättre samhällen*, Stockholm: Karneval 2009; version espagnole: *Desigualdad: Un análisis de la (in)felicidad colectiva*, Madrid: Turner Publicaciones 2009; version italienne: *La misura dell'anima: Perché le diseguaglianze rendono le società più infelici*, Milano: Feltrinelli 2009; version polonaise: *Duch równości: Tam gdzie panuje równość, nawet bogatszym żyje się lepiej*, Warszawa: Czarna Owca 2011; etc.]

Joachim Grzega

Aktuelle Erfahrungen mit Sprach-Not-Arzt und LdL für Integrationskurse Ein Rückblick auf 2016

Abstract

The *Language Emergency Doctor (Sprach-Not-Arzt)* is a method for a fast start with a European language, without teacher and students having to share a common language, although this would make the method still more efficient. The contribution illustrates effectiveness and efficiency of the method when teaching German: it does so through feedbacks by (honorary and professional) teachers, feedback by participants and results from standardized A1 tests. The article also points out the important role of *LdL (Lernen durch Lehren* ‘Learning by Teaching’) in the phase up to the completion of level A1.

Sommaire

La méthode *Sprach-Not-Arzt* (‘médecin d’urgence linguistique’) est une méthode pour instruire rapidement une langue européenne, sauf que l’enseignant et les élèves doivent parler une langue commune, même si cela rendrait la méthode même plus efficace. La contribution illustre l’effectivité et l’efficacité de la méthode quand on enseigne l’allemand: elle présente des feed-backs d’enseignants (honoraires aussi bien que professionnels), des feed-backs par des élèves et des résultats des tests A1 standardisés. L’article souligne aussi le rôle important de *LdL (Lernen durch Lehren)* pendant la phase jusqu’au niveau A1.

Zusammenfassung

Der “Sprach-Not-Arzt” ist eine Methode für den schnellen Einstieg in eine europäische Sprache, ohne dass Lehrkraft und Lernergruppe über eine gemeinsame Sprache verfügen müssen, wenngleich eine gemeinsame Brückensprache die Methode noch einmal effizienter machte. Im Beitrag wird die Effektivität und Effizienz der Methode beim Vermitteln von Deutsch-Kenntnissen aufgezeigt, und zwar anhand von Rückmeldungen von ehrenamtlichen Lehrkräften, Rückmeldung von Kursteilnehmern, Rückmeldung einer hauptamtlichen Grundschullehrkraft und Ergebnissen aus standardisierten A1-Tests im Integrationskurs. Dabei wird auch auf die wichtige Rolle von LdL (Lernen durch Lehren) in der Phase bis zum Niveau A1 eingegangen.

1. Einführung

Der “Sprach-Not-Arzt” ist eine Methode für den schnellen Einstieg in eine europäische Sprache, ohne dass Lehrkraft und Lernergruppe über eine gemeinsame Brückensprache verfügen müssen, wenngleich eine gemeinsame Brückensprache die Methode noch einmal effizienter werden ließe. Derzeit liegen ausgearbeitete Materialien für Deutsch als Zielsprache vor, mit englischen “Untertiteln” für die Altersgruppen 10-15 und ab 16, zum anderen mit arabischen “Untertiteln” für die Altersgruppe ab 16 (Grzega/Sand/Schwehofer 2016a, 2016b & 2016c). Diese und weitere Materialien sind auch online über <http://www.sprach-not-arzt.de> zugänglich. Die erste Vorstellung der Prinzipien erfolgte 2014 (Grzega/Sand/Schwehofer 2014). Sie seien hier noch einmal zusammengefasst (wobei ich neben meinen eigenen Erfahrungen nochmal auf die wichtigsten Bezugspublikationen hinweisen möchte: Berlitz 1912, Butzkamm/Caldwell 2009, Csikszentmihalyi 1990, Grzega 2005, Grzega/Klüsener 2012, Lewis 1997, Pienemann 1986, Soly 2008, Woodsmall/Woodsmall 2008):

1. Es gibt prinzipiell Kapitel mit neuen Wörterlisten, mit neuen grammatischen Strukturen und mit neuen Kommunikationsstrategien. Die Wörterlisten bestehen aus Reihen von zweiteiligen Wortkarten. Abbildung 1 gibt ein Beispiel:

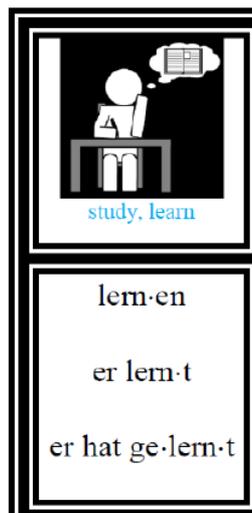


Abb. 1

In der oberen Hälfte ist ein Bild, in der unteren Hälfte steht die deutsche Grundform mit den entsprechenden notwendigen grammatischen Formen. Die Karten sind zum Ausschneiden gedacht, so dass damit auch Übungen gemacht werden können. Das folgende Beispiel (Abb. 2) ist der letzte Abschnitt von Kapitel 2 (Grzega/Sand/Schweihofer 2016b: 3). Dieses vermittelt Kommunikationsstrategien zur Angabe der Herkunft und die grammatischen Strukturen des Präsens Singular.

| | | |
|---|--|--|
| Paul: | Ah! Maria komm·t aus Italien. | Was ist <u>Maria's</u> Heimat·ort? |
| Nadia: | Hm... Maria! Ist Dein Heimat·ort Palermo? Oder komm·st Du aus Rom? <u>near-your</u> | Or come· <u>near-you</u> from Rome? Or do you come from Rome? |
| Maria: | Ich komm·e aus Rom. | |
| Ich ...· <u>e</u> Du ...· <u>st</u> Sie ...· <u>en</u> Maria/Paul ...· <u>t</u> | | |

Abb. 2

2. Wie erfolgt die Erklärung? Die Erklärung von Neuem erfolgt stets durch die Lehrkraft; Erklärungswiederholungen können auch vom Schüler erfolgen, wenn sie so aufgebaut sind, wie die der Lehrkraft. Der Weg der Sprach-Not-Arzt-Methode nimmt in gewisser Hinsicht Butzkamms Idee von Wort-für-Wort-Übersetzungen auf, nun aber über Bilder, Pantomime und Internationalismen – auch mit Hilfe von Handpuppen. Neues wird in langsamem Sprechtempo vorgestellt und auch wiederholt. Durch die Lautstärke müssen sowohl Thematik eines Abschnittes als auch minimale Gegensätze klar werden. Es wird durch spärliche, aber unhektische und eindeutige, zum Wort parallele Pantomime/Gestik ergänzt (eventuell wiederholend). Die Lerner können ermuntert werden, die gleiche Gestik aufzunehmen. Erklärungen (zu Aussprache, Grammatik und Wortschatz) müssen gerade am Anfang mit wenigen Worten erfolgen. Verwendete Wörter sollten nur aus schon bekannten Wörtern und Internationalismen bestehen. Gerade am Anfang ist darauf zu achten, dass nicht die typischsten Sprachformen verwendet werden, sondern nur ein telegrammartiger Stil, wie er etwa auch in der Werbesprache gefunden wird (also durchaus ungewöhnlich, aber vereinfachend, jedoch

nicht im sogenannten “Ausländerdeutsch” (mit bloßen Grundformen und ähnlichem) – eben nur zum jeweiligen Stand bekannte Wörter und Konstruktionen. Erklärungen sollten auch so erfolgen, dass sie für möglichst viele Lerner gut nachvollziehbar sind. Die Kasus etwa erklärt man besser mit einem prototypischen Aktionsverb statt mit der *haben*-Konstruktion, die mehr als 50% der Sprachen gar nicht kennen. Nach der Vorstellung neuer Wörter und Wendungen dürfen Lerner muttersprachliche, möglichst wörtliche Interlinear-Glossen in ihr Geheft hinzufügen. Dies macht die Lehrkraft anhand eines bekannten Beispiels mit Englisch vor. Bei den Einzelwort-Karten haben die Lerner unter Umständen Schwierigkeiten, weil es für manche Wörter keine einfachen Entsprechungen gibt; hier erleichtern konkrete Sätze das Hinzufügen von Interlinearglossen. Hier stehen englische Wort-für-Wort-Erklärungen in orange; bei den Materialien für jüngere werden diese Interlinearglossen vom Lerner hinzugefügt.

3. Dabei wird nicht nur ein neues Wort oder eine Wendung mit Bild, Pantomime oder einem bekannten Wort semantisiert, sondern Morpheme, seien sie nun lexikalisch oder grammatikalisch (falls man überhaupt die Unterscheidung machen will): damit soll die gesamte Struktur eines Wortes und eines Satzes begreifbar, griffig gemacht werden. Morphem-Grenzen werden in den Materialien mit einem Mittelpunkt <-> dargestellt (an der Tafel kann auch ein senkrechter Strich oder eine senkrechte gestrichelte Linie verwendet werden). Er wird auch akustisch hörbar, d.h. bei der Erstvorstellung wird nicht in Silben, sondern in Morphemen gesprochen: *Ich komm-e, du komm-st; ich ...e, du ...st*. Ist das Muster gelernt, wird der Morphem-Punkt nicht mehr verwendet.
- 4a. Im Lehrgeheft gibt es noch weitere Arten von Kapitel: Da gibt es etwa Kapitel zum Einüben von Wörtern und (Grammatik-)Strukturen anhand von “Übersetzungsaufgaben” (von der Bildersprache in die Muttersprache). In der Hauptzeile stehen die beteiligten Lemmata; dazu gesellen sich kleinere Kärtchen mit grammatischen Informationen. In Abbildung 3 ist ein vollständiger Satz als Beispiel gegeben: Sie – verstehen – als Frage und in der Vergangenheit: *Haben Sie verstanden?*

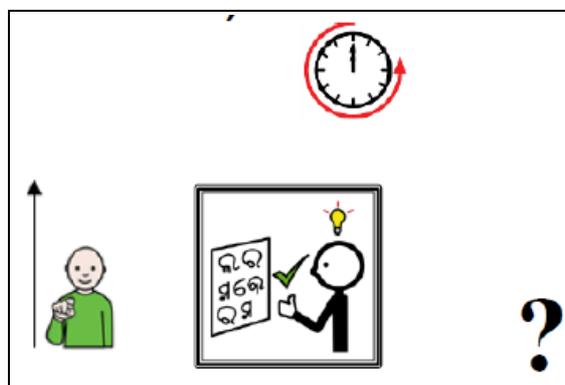


Abb. 3

Der Übungstyp “Bilder-zu-Satz” ist der Hauptübungstyp in der mittleren Phase des Konzepts. Die Sätze können bei Kleinstgruppen auf den Tisch gelegt werden; bei größeren Gruppen empfiehlt sich die Projizierung an die Wand vermittels einer Dokumentenkamera (Visualizer). Ein neues Element mag man noch mit ausgeklappten Formen auflegen; nach dem 2. oder 3. Mal werden die Formen umgeklappt und nur noch die Bilder aufgelegt. Die Satzfolgen sollten progressiv aufgebaut sein und jeweils Einzelbausteine ersetzen. Alle sollen mitdenken und den Satz im Geiste bilden, erst dann wird jemand aufgerufen.

- 4b. Es lassen sich aber auch Drill-Übungen rein mit Lemmata gestalten, zum Beispiel mit den Orten der Stadt, um den Dativ zu üben. Dabei ist die Drill-Übung so gestaltet, dass man nicht nur den Input der Lehrkraft papageienartig wiederholt, sondern dass der Lerner über die korrekte grammatische Form auch noch nachdenken muss – Drill mit Kognition.

- 4c. Daneben gibt es den Übungstyp "Dialog": Zum Habitualisieren von Wendungen eignet sich bei den Dialog-Kapiteln ein emotionsbeladenes Chor-Sprechen (ohne direktes Ablesen). Zum Training wird bei Bedarf mit einzelnen Lernern geübt. Auch hier soll der Lerner beim Sprechen des Satzes nicht vom Blatt ablesen. Im Anschluss werden Sequenzen herausgegriffen, bei denen Persönliches eingebaut werden kann. Dazu gibt es kleinere Frage-Antwort-Sequenzen, die im Kettenverfahren oder gemäß LdL durchgeführt werden können. Bei freien Dialogen ist die Botschaft wichtiger als die Form.
- 4d. Zudem bauen wir bei den Jüngeren kleine Lernspiele mit Bewegung und Kognition ein (aber keine Spiele nur um der Bewegung willen). Beispiel: Es werden mehrere Stühle in einer Reihe hintereinander aufgestellt. Die Lehrkraft zeigt ein Verb-Symbol. Die Schüler sollen möglichst schnell den entsprechenden Infinitiv rufen – also zunächst mal die lexemische Information rufen. Der schnellste Schüler wird dann außerdem nach den Formen der 3. Person Präsens und Perfekt gefragt; pro richtiger Form rückt er einen Stuhl nach vorne. Sieger ist, wer als Erster den vordersten Stuhl erreicht hat. Analog können Substantiv-Symbole gezeigt werden; es gilt, zunächst die Singularform, dann den Artikel und die Pluralform zu nennen.
- 5a. Es ist stets darauf zu achten, dass der Fokus der Lerner beim Unterrichtsgeschehen bleibt. Je weniger Ablenkung man zulässt, umso länger halten die Schüler durch. Daher sind viele Phasen im Vergleich zu anderen modernen Methoden stark lehrerzentriert und instruktionistisch und erfordern viel Kognition.
- 5b. Greift ein Lerner bei einer Übersetzungsaufgabe zur falschen Grammatik-Kategorie bzw. formuliert er zwar einen richtigen, aber nicht den aufgelegten Satz, so legt die Lehrkraft zunächst den gesprochenen Satz hin. Sie sagt dabei: "Du hast das gesagt. Und was ist das?". Dabei legt sie die ursprüngliche Bildkette wieder hin. Ist die Grammatik-Kategorie richtig, aber die Form falsch, sollte die Lehrkraft ebenfalls Hilfe zur Selbstkorrektur geben. Die Lehrkraft merkt sich individuelle Probleme von Lernern und legt spätere Übungssätze so, dass sie die individuellen Schwächen der Lerner wieder aufgreifen und trainieren lassen.
- 5c. Wird die richtige Lösung vom Lerner genannt – und sie sollte zunächst von einem Lerner kommen, um ihm das Erfolgserlebnis zu geben –, dann gibt es noch das Lehrer-Echo, damit alle nochmal in angemessener muttersprachlicher Aussprache und Lautstärke die Lösung hören.

Die verschiedenen Präsentationstypen schaffen auch eine Abwechslung in Rhythmus und Fokus des Unterrichts: viele langsame Bewegungen bei den Präsentationen mit Fokus auf die Lehrkraft, wenige langsame Bewegungen bei den Bilder-zu-Satz-Übungen mit Fokus auf die Bilder, wenige schnelle Bewegungen bei den Pattern-Drills mit Fokus auf die Bilder, wenige langsame Bewegungen bei den Dialogen mit Fokus auf Lehrkraft und Mitlerner. Der Sprechanteil der Lehrkraft mag insgesamt hoch wirken; eine Auszählung würde sicher über 50 Prozent ergeben. Dies ist aber schon allein durch die Präsentation und das Lehrer-Echo bedingt. Dadurch dass aber jeder darauf gefasst sein muss, eine Aufgabe lösen zu müssen, wird sehr viel in den Köpfen der Lerner gebildet, ohne dass jeder einzelne den Satz dann auch ausspricht. Wie gesagt: geht es nach dem Sprach-Not-Arzt noch weiter, sollte im Sinne von LdL (Lernen durch Lehren) mehr und mehr Aktivierung bei den Lernen liegen.

2015 wurden Effekt und besondere Effizienz der Methode in einem empirischen Forschungsbericht aufgezeigt (Grzega 2015). In dem jetzt vorliegenden Beitrag geht es um erweiterte Materialien sowie weitere Nachweise für Effekt und Effizienz der Methode, bei deren Zusammenstellung ich besonders von Mitgliedern des Asylhelferkreises Wertingen unterstützt wurde – namentlich Silvia Fischer, Uwe Laskowski und Robinson Ringler.

2. Rückmeldungen von ehrenamtlichen Lehrkräften

Bereits in einem früherem Artikel (Grzega 2015) wurden Rückmeldungen von ehrenamtlichen Lehrkräften zitiert. Diese seien hier um weitere ergänzt. Hier ist die erste:

Ich habe bisher ausschließlich Alphabetisierungskurse erteilt, d.h. Grammatikverständnis war überhaupt nicht gegeben, da meine Schüler überwiegend primäre Analphabeten waren. Aber durch den Sprach-Not-Arzt waren sie wirklich schnell in der Lage, korrekte Sätze zu bilden und diese schon bald auch leicht zu variieren. Der visuelle Aspekt der Bilder war ausgesprochen hilfreich! Meine Schüler konnten nur wenige Buchstaben schreiben und erkennen und dennoch ganze Sätze sprechen - das motivierte sie sehr. Bald hatten sie einfache Satzstrukturen dadurch verinnerlicht und waren von den Bildern unabhängig geworden. Die Schüler, die auch arabisch schreiben konnten, haben auch die Vokabelkärtchen genutzt. Ich persönlich bin sehr begeistert von Ihrer Methode und finde sie wirklich genial! Vor allem der Umgang mit den Fällen gefällt mir. [...]

Ich finde alle Tabellen sehr übersichtlich und sehr gut strukturiert und würde den Sprach-Not-Arzt jederzeit wieder anwenden.

Eine Ehrenamtskoordinatorin schreibt:

einige der Lehrer [hatten] an Ihrer Fortbildung teilgenommen und ihr Wissen an andere weitergegeben [...]. Einige der Lehrer konnten darauf hin auch sehr erfolgreich mit Ihrem Buch und Materialien arbeiten.

Schließlich ein Auszug aus der sehr detaillierten Rückmeldung einer Dame, die auch im Berufsleben Sprachlehrerin war:

Äußere Gegebenheiten:

Ich habe in dem Zimmer unterrichtet, in dem die Syrer untergebracht sind, d.h. vier Betten, ein Tisch, Stühle, keine Tafel und auch kein Flip Chart.

Wir sind alle um den Tisch gesessen, und ich hatte wenig Möglichkeit, Kärtchen zu legen. So bin ich meist nach dem Buch vorgegangen und habe anfangs auch sehr viel mit den Puppen gearbeitet. Ich hatte Paul und Nadia, eine Lehrerin, einen Arzt, einen Polizisten und eine Köchin [als Puppen].

Wenn wir etwas schriftlich festhalten wollten (es kam immer wieder die Frage „schreiben?“), schrieb ich es auf einem Block vor, der dann herumgegeben wurde.

[...]

Meine „Schüler“:

Es handelt sich [...] um drei junge Syrer: die Zwillinge [...] (17) und ihren Bruder [...] (29). Sie hatten keine Vorkenntnisse in Deutsch, abgesehen von einigen wenigen Wörtern, die sie im Internet bzw. im Lager in Zirndorf gelernt hatten. Da Arabisch ihre Muttersprache ist, lud ich mir die entsprechende Version Ihres Sprachkurses aus dem Internet herunter.

Die Zwillinge haben in Syrien eine Schule besucht, wo sie auch etwas Englisch gelernt haben. Ihr Bruder [...] war Busfahrer und hat keine weiterführende Schule besucht. Somit halfen die Jüngeren immer wieder mit Erklärungen auf Arabisch aus [...]; denn [der ältere Bruder] tut sich wesentlich schwerer mit dem Deutschen (Aussprache und Formen). Außerdem musste er gleichzeitig unsere Druckschrift erlernen.

Nach Weihnachten kam dann noch ein vierter Bruder, [...] (22), hinzu [...] (ähnliche Probleme wie [der älteste Bruder]).

Als fünfter gesellte sich ein junger Albaner dazu, der es abgelehnt hatte, mit den Äthiopiern zusammen zu lernen; doch [dieser] nahm nicht regelmäßig am Unterricht teil.

Motivation:

Meine Schüler waren und sind sehr wissbegierig. Insbesondere den Zwillingen konnte es nicht schnell genug gehen. „Nächste Seite?“ „Was lernen wir heute?“ Das sind Fragen, die ich in 35-jähriger Tätigkeit als Lehrerin nie von meinen deutschen Schülern gehört habe. Und auch solche Anerkennung habe ich nie erfahren: [einer der Zwillinge] zeigte mir nach einer der ersten Stunden auf dem Handy das Wort „wunderbar“, sprach es aus und fragte „richtig?“. Mir war nicht klar, was er damit wollte. Und dann kam der Satz: „Du bist Lehrerin wunderbar.“

[...]

Kurs-Verlauf:

[...] [ich bin] vom „reinen“ Sprachkurs abgewichen, d.h. von der bloßen Vermittlung der deutschen Sprache, und auch auf Fragen meiner Schüler eingegangen - ganz einfach deshalb, weil das Fragen waren, die sie beschäftigt haben. Besonders war das ab Kapitel 29 (S. 40-47) der Fall, wo plötzlich viel unbekannter Wortschatz auftaucht. Zum Beispiel Kap. 30 (S. 41): Was ist „Meldebescheinigung“ „Wohngeld“, „Kindergeld“, „andere soziale Leistungen“? Oder erklären Sie mal einem Menschen, der nicht aus unserem Kulturkreis stammt, den Unterschied von „Bio Tomaten“ und „normalen Tomaten“ (Zusatz-Dialoge, S. 15), wenn die sprachlichen Mittel dazu fehlen! Auch dadurch hat sich sicher die Dauer des Kurses verlängert. Außerdem habe ich die Übungen zum Selbststudium und Ihre Zusatzübungen immer auch schriftlich fixiert, was geraume Zeit in Anspruch nahm, da [zwei] noch nicht so schnell schreiben können.

[....]

Mein Urteil über den „Sprach-Not-Arzt“:

Diese Methode, **Deutsch bildgesteuert beizubringen**, finde ich wirklich **genial**. Die Abbildungen zu den Vokabeln sind eindeutig, und auch die Grammatik-Symbole haben alle schnell verstanden. Es hat einfach nur Spaß gemacht!

Ein Problem, das ich sehe, ist, dass die Durchführung des Kurses ziemlich zeitintensiv ist. Welcher ehrenamtliche Lehrer kann so viel Zeit investieren, um das Projekt zügig durchzuführen?

Außerdem müsste der Unterricht meines Erachtens von ein und derselben Person durchgeführt werden, und nicht von mehreren (wie dies wohl in den meisten Flüchtlingsunterkünften der Fall ist).

Last but not least, nicht jeder Lehrer will sich auf diese Methode einlassen. Das habe ich bereits in unserem kleinen Kreis gemerkt, wo doch viel Skepsis gegenüber Ihrer Vorgehensweise besteht. Es erfordert ja auch vom Lehrer, sich mit der Methodik vertraut zu machen, sich auf Neues einzulassen und Bilder und Symbole zu lernen.

3. Rückmeldung von Kursteilnehmern

In der Gruppe von Flüchtlingen in Wertingen sollten die 23 TeilnehmerInnen nach dem Kurs (3 Tage à 7 Stunden) zwei einfache Hauptfragen beantworten, die Sie entweder auf Arabisch, Russisch, Englisch, Italienisch oder Bulgarisch beantworten konnten, d.h. alle konnten in ihrer Muttersprache oder einer Fremdsprache, die sie sehr gut beherrschten, in Ruhe antworten und diese anonym angeben. Die beiden Hauptfragen waren: Was fanden Sie an der Methode gut? Was hat Ihnen nicht gefallen?

18 Feedback-Bögen waren wieder bei uns eingegangen. Die Antworttypen, die von mindestens einem Viertel der Teilnehmer kamen, waren wie folgt (daneben gibt es mehrere Aussagen, die nur ein- oder zweimal genannt werden):

- Was fanden Sie an der Methode gut? –
die Art der Erklärungen (10), die Fülle von Informationen (6), die Grammatik (5)
- Was hat Ihnen nicht gefallen? –
nichts (d.h. alles war gut) (8), die nur kurze Dauer (7)

Somit beurteilen auch die Lerner selbst das Modell als sehr positiv.

4. Rückmeldung einer hauptamtlichen Grundschullehrkraft

Nachdem die Altersgruppe 10 bis 15 teilweise auch die Grundschule betrifft, habe ich Anfang des Jahres Fortbildungen für Grundschullehrkräfte gegeben. Ein Münchner Grundschullehrer, Pascal Czernik, hat versucht, die Materialien (Grzega/Sand/Schwehofer 2014) auch bei Jüngeren auszuprobieren, um zu sehen, was hier schon funktioniert. Er hat Wege gefunden, dass die Schüler seiner heterogenen Übergangsklassen schon nach 3 Monaten Kompetenzen haben, die andere KollegInnen beeindruckt (wobei nachteilig ist, dass von der Schule keine Dokumentenkamera angeschafft werden konnte, sodass keine „Bild-zu-Satz“-Übungen gelegt werden konnten). Mit Blick auf die Sprach-Not-Arzt-Prinzipien lassen sich seine Beobachtungen wie folgt zusammenfassen:

- Wenn eine Brückensprache vorhanden ist, geht es schneller. Die Brückensprache gibt ferner auch nochmal Sicherheit.
- Die Vermittlung von Grammatik bzw. Strukturen geht auch in dieser Altersgruppe früh. Allerdings wird in dieser Altersgruppe noch mehr übers Hören gelernt (es bedarf daher auch mehr Rhythmisierung). Der visuelle Mitte-Punkt hat etwas verwirrt. Klarer sind Striche, die gleichzeitig mit der gehörten Erklärung gesetzt werden. Mit dem akustischen “Aufspalten” funktioniert die Vermittlung von Strukturen aber schon sehr gut, sodass schon in vergleichsweise kurzer Zeit die Verwendung von transitiven Verben mit Akkusativ-Objekt möglich wurde.
- Die Auswahl der Wörter/Themen ist in dieser Altersgruppe anders zu gestalten, da Kinder dieses Alters noch nicht so sehr zur Unterstützung “erwachsener” Aufgaben herangezogen werden. *Adresse* etwa kann man sich noch sparen. Dafür sollten die Schulgegenstände vorgezogen werden. (N.B.: Dieses Vorziehen von Schulgegenständen ist auch bei der Altersgruppe 10-15 vertretbar, sodass dies bereits in der 2. Auflage des Lehrgehefts berücksichtigt wurde [Grzega/Sand/Schweihofner 2016b]).
- Die Piktogramme für Substantive, Präpositionen sowie bestimmten Artikel funktionieren gut. Bei den Verben, die prinzipiell mit Bewegung verbunden sind, sodass ein Piktogramm immer nur ein Standfoto ist, ist es effizienter, einfach eine Bewegung zu machen. Generell gilt: die Bildwelten und die Ichzentrierung bei jüngeren Kindern korrespondiert nicht unbedingt mit der Struktur und dem Verständnis von älteren Kindern (8-10 Jahren). Dennoch funktionieren die grammatischen Übungen auch bei den Jüngeren gut, weil sie in der heterogenen Lerngruppe "mitlernen". Die Heterogenität ist diesbezüglich von Vorteil und ähnelt einer heutigen Zwergschule mit mehreren Klassenstufen in einem Raum.
- Effektivität und Effizienz von Chorsprechen hängen von der Klassengröße ab.
- Eselsbrücken, gerade wenn sie lustig sind, helfen (z.B. für *Karaffe*: “Die Karaffe ist so groß wie die Giraffe.”).
- Die Darbietungsform ist auch hier aufgelockerter Frontalunterricht. Dies erweist sich als sinnvoll und erfolgreich, weil sie eine Unterrichtsform ist, die Sicherheit gibt, da die Lehrkraft Rhythmus, Inhalt und Tempo vorgibt. Außerdem ist auf diese Weise das Verständnis besser zu gewährleisten als bei offenen Formen. Denn das Problem ist ja, den Arbeitsauftrag zu verstehen – ein ganz praktisches Problem, dem nur mit Kleinschrittigkeit und Wiederholung zu begegnen ist. Eine Wiederholungssequenz anzuleiten geht punktuell und bei Schülern, die entweder Vorkenntnisse haben oder schnell sind, gerade bei einer Brückensprache wie Englisch.

Diese Erfahrungen bestätigen und erweitern auch die ersten Erfahrungen des Sprach-Not-Arzt-Forscherteams (vgl. Grzega/Sand/Schweihofner 2014: 88).

5. Neue Materialien

Im Jahr 2016 konnten für beide bislang berücksichtigten Altersgruppen überarbeitete Materialien herausgebracht werden (Grzega/Sand/Schweihofner 2016a, 2016b & 2016c). Zusätzlich erstellt wurden neue Materialien für die dem Sprach-Not-Arzt-Programm vorgeschaltete Alphabetisierungshilfe sowie eine alphabetische Wortliste der Wörter im Sprach-Not-Arzt-Programm mit erprobten Vorschlägen an Worterklärungen und Eselsbrücken. Die Worterklärungen erreichen dabei selbstverständlich mehr Schüler als die Eselsbrücken. Die Zugänglichkeit bzw. Offenheit für bestimmte Eselsbrücken ist individuell. Wenn es für ein Drittel hilfreich ist, ist schon viel erreicht. Manche Eselsbrücken helfen allerdings tatsächlich alle oder nahezu alle Lerner. Zusätzlich sind noch kulturelle Informationen zu Deutschland eingeflossen, etwa dass *alt* in Deutschland oft

negativ konnotiert ist, dass ein Vertrag oft sehr lang ist, weil in Deutschland das geschriebene Wort wichtiger ist als das gesprochene Wort. Die genannten Materialien sind über www.sprach-not-arzt.de zugänglich. Hier einige Beispiele in Abbildung 4:

| Wort | Erklärhilfe (P=Pantomime, D=auf das Bild/Objekt deuten; H=Wort-Historie; K=kulturelle Information) | Lernhilfe (H=Wort-Historie, B=pantomimisches Bild, E=Englisch, M=Sprech-Melodie, N=Eigen-Name, S=Bedeutung ins Schriftbild übertragen) |
|-------------------------|--|--|
| ab | ab ((ohne Ende; Start nicht in der Vergangenheit))::von...bis... | |
| Abend | Morgen::Mittag::Abend::Nacht | MB [müde am] AAAabend [gähnd!] |
| aber | Kontrast! | M A-a-a! Bä-bä-bä! |
| abheben | Ich hole Geld von der Bank. | |
| acht | 8 | E eight; B 8h! Achtung! Sex-Ende! |
| Adresse | Wo wohnst du? Das ist: Was ist deine Adresse? | E address |
| allein | :: zusammen | E alone |
| Allergie | Milch macht mir Schmerzen. Ich habe eine Milch-Allergie. | E allergy |
| alt | :: jung ((K: in DE ist alt oft negativ)) | E old |
| Ampel | D | N AMPere+voLt |
| ander | :: der hier | Das ist Paul. Andy ist ein anderer Mann. |
| anfallen | attackieren | HB fallen + an |
| anmelden, sich anmelden | P | BN MEL (Gibson) meldet sich an. |
| anrufen | P | HB rufen |
| Anwalt | Advokat | NB Walt Disneys Mickey Mouse ist AnWALT. |
| Apfel | D | E apple |
| Apfelsaft | | H / B Saft ist SOFT (nicht hart wie Whisky) |
| Apotheke | Shop für Medizin | B "Medizin APO" + TAKER |

Abb. 4

6. Der Sprach-Not-Arzt als Basis für einen Integrationskurs mit LdL

Seit Oktober 2016 habe ich die Gelegenheit eine sehr heterogene Gruppe von letztlich 19 Frauen und Männern im Alter von 20 bis 53 Jahren nach der Phase des Sprach-Not-Arzt in einem Integrationskurs an der VHS Donauwörth weiter zu unterrichten. Bislang konnte ich nur Kleingruppen weiterführen. Der Kurs findet jede Woche dienstags bis donnerstags von 9 bis 13 Uhr

statt, mit einer 15- bis 30-minütigen Zwischenpause (je nachdem, wie sehr verwaltungstechnische Dinge oder lernerindividuelle Belange in dieser Pause erledigt werden müssen). Die Lebensbedingungen der Teilnehmer sind äußerst unterschiedlich; manche haben zuhause eine Rückzugs- bzw. Ruhe-Möglichkeit, einige aber auch nicht. Insofern versuche ich Diensttage und Mittwoch frei von Hausaufgaben zu halten. Nur am Donnerstag wird für den darauf folgenden Dienstag eine Hausaufgabe erteilt; diese fällt dann gelegentlich auch umfangreicher aus. Die Teilnehmer kommen aus Syrien (9 TeilnehmerInnen), Afghanistan (2), Eritrea und Rumänien (je 2), Albanien, Bulgarien, Polen, Ungarn (je 1). Es sind die verschiedensten Berufsgruppen vertreten, von Ärztin und Lehrer über Buchhalterin, Makler und Schneider bis hin zu Busfahrer, Friseur und Köchin. Erst erfolgte also die Phase des Sprach-Not-Arzt mit den dafür entwickelten Materialien (Grzega/Sand/Schwehofer 2016); aufgrund von erhöhtem Zeitaufwand von Verwaltungsmaßnahmen zu Beginn eines solchen Kurses konnte allerdings nur eine Auswahl der an den letzten beiden Halbtagen vorgesehenen Dialoge durchgeführt werden konnte. Danach erfolgte eine Weiterbeschulung mit einem für Integrationskurse vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge genehmigten Lehrwerk. An der VHS Donauwörth wird *Pluspunkt Deutsch* vom Cornelsen Verlag verwendet. Die Methode ist der Lehrkraft dabei frei gestellt. Ich wende einen von der Methode Lernen durch Lehren, kurz LdL, getragenen Unterricht an (vgl. Martin 1982, Martin 1994, Grzega/Klüsener 2012). Dies sollte mir erlauben, vor allem der Heterogenität in der Gruppe Rechnung zu tragen. Alle waren zu Beginn alphabetisiert: einige beherrschen das lateinische Alphabet durch ihre Muttersprache oder sind schon lange an die lateinischen Buchstaben gewöhnt, andere brauchen beim Lesen und Schreiben bis heute noch relativ viel Zeit. Eine der Eritreerinnen hat große Konzentrationsschwierigkeiten, hört bisweilen beim Erledigen von Übungen plötzlich mittendrin auf und macht irgendetwas anderes im Lehrwerk. Die Ablenkung ist teilweise dadurch bedingt, dass die zweite, bessere Eritreerin auf sie belehrend einspricht; aber das Verhalten zeigt sie auch, wenn sie manchmal allein sitzt. Zwei Syrer hatten schon zu Beginn gute Vorkenntnisse. Ein weiterer Syrer war angeblich zwei Wochen lang zu behördlichen Interviews in Berlin und tauchte dann wieder auf. Ihm fällt es schwer, den verpassten Stoff nachzuholen. Die Ungarin war eine Woche lang krank. Ursprünglich waren noch weitere Personen dabei, die im Laufe der Zeit nicht mehr am Unterricht teilnehmen, und zwar aus Gründen, die nicht im Zusammenhang mit dem Unterricht standen, mit Ausnahme einer Syrerin: sie verließ den Kurs wieder, nachdem ihr Kleinkind durch das viele Schreien den Unterricht zu sehr störte (das Angebot, dass eine Freundin das Kind im benachbarten Gymnastikraum betreuen könne, wurde nicht angebommen). Immer wieder mal fehlt jemand bedingt durch Krankheit oder einen offiziellen Termin. Eine Syrerin kommt regelmäßig eine Viertelstunde später und geht ca. zwanzig Minuten früher (bedingt durch die Betreuungszeiten bei der Kindertagesstätte).

Es ist kein idealer LdL-Unterricht möglich, da die Tische in 4 Reihen hintereinander stehen und die Tische jeder Reihe miteinander fest verbunden sind. Sie lassen sich somit nicht in U-Form oder leicht schräg aufstellen. Der Unterricht lief im Anschluss an die Sprach-Not-Arzt-Phase in der Regel so ab, dass von 9 bis 11 Uhr eine Wiederholungsphase des Vortagsstoffes stattfand und die Zeit nach der Pause für eine neue Lektion verwendet wurde. Bei den neuen Lektionen ist es allerdings auch so, dass durch den Sprach-Not-Arzt viele Strukturen, d.h. Grammatik-Themen, schon bekannt ist (wenngleich trennbare Verben und Adjektivflexion nur kurz beleuchtet worden waren); wirklich neu ist nur der Imperativ. Die Wiederholungsphase selbst ist zweigeteilt. Die ersten 45 bis 60 Minuten werden für die Vorbereitung hergenommen. Dabei wird jeweils ein Paar mit der späteren Leitung von zwei bis drei Übungen betraut; die restliche Zeit steht der Besprechung der Übungen zur Verfügung. Wenngleich ich die guten Schüler öfter in die Lehrer-Rolle stecke, waren doch alle TeilnehmerInnen bislang mindestens einmal Moderator einer Übung. Wenn Schüler in der Lehrerrolle sind, hab ich mir mittlerweile angewöhnt, meist im Schneidersitz auf dem Boden vorne zu sitzen (quasi für den Rest der Gruppe im Prinzip unsichtbar). Dies erlaubt

mir, schnell zu soufflieren, im Fall eines kleinen sprachlichen Fehlers oder eines ungünstigen Schriftbildes (die Europäer werden angeregt in Druckbuchstaben zu schreiben) oder eines falschen Schriftbildes (manche sind ja erst seit kurzem alphabetisiert). Gibt es Disziplin-Schwierigkeiten brauche ich normalerweise nur kurz meine Stimme erheben, um dann den Fokus wieder auf die Schülerlehrer zu richten. In der Vorbereitungszeit nehme ich meist einzelne Schüler nach draußen, wo ich einen Tisch und zwei Stühle aufgebaut habe. Hier kann ich mit den Schülern an ihren individuellen Schwächen arbeiten bzw. die guten noch weiter fördern. In dieser Zeit ergibt sich allerdings mit einigen Syrern ein großes Problem. Meine Vorgabe beziehungsweise dringende Empfehlung ist, dass zwar die zu moderierenden Aufgaben im Team besprochen werden sollen, dass aber die übrigen Aufgaben alleine gelöst werden sollen. Hier sagen einige Syrer vielen anderen die Lösungen vor. Dies führt auch zu Diskussionen in einer Lautstärke, die auch schon zu Beschwerden zweier Teilnehmer führte. Auch während der Besprechung der Übungen oder bei Vorstellung neuer Lektionen mit ersten Übungen habe ich stets große Energie dafür aufzubringen, dass nicht permanent Lösungen eingesagt werden und Übung mit kognitiven Einsatz verhindert wird. Auch bei den Hausaufgaben ist es so, dass gerade ein schwacher Schüler sie in der Regel nicht machte und auch drei weitere schwache Schüler nur nach Ermahnen die Hausaufgabe nachholten. Abweichend von der normalen Gestaltung habe ich einmal einen allgemeinen Wiederholungstag gemacht, an dem ich in der ersten Stunde auch drei Sprachgruppen gebildet wurden: eine Arabisch-Gruppe, eine Farsi-Gruppe und eine europäische Englisch-Gruppe. Dabei habe ich jeweils den nach meinem Eindruck besten Schüler zum Moderator gemacht. In dieser Zeit habe ich selbst bei allen die größere Wiederholungsaufgabe korrigiert. Bei Lektion 12 wurde wegen des neuen umfangreicheren Grammatikkapitels der Adjektivflexion im ersten Teil der Stoff eingeführt und im zweiten Teil geübt zusammen. Lektion 13 und 14 wurden an einem Unterrichtstag abgehandelt. Zwischendurch streue ich Themen zur deutschen Kultur bzw. zum Kulturvergleich ein – eher als vorgesehen. Beispiele sind die Themen: Was ist in Deutschland ein guter Lehrer? Wie sieht ein typischer Unterricht aus? Was ist eine angenehme Lautstärke? Was ist eine angenehme Distanz? Was ist Familie (das in der deutschsprachigen Kultur typischerweise viel weniger Personen/Verwandtschaftsbeziehungen umfasst als in davon südlicher und östlicher gelegenen Kulturen)? Was ist Frühstück/Mittagessen/Abendessen (sie sind in Deutschland ganz vorwiegend Nahrungsaufnahme, in anderen Kulturen steht der soziale Aspekt im Vordergrund, sodass hier auch keine Zeitangabe oder kein Wort für ‘essen’ in der entsprechenden Bezeichnung vorkommt)?

Nachdem die 14 Lektionen des Lehrwerks durchgemacht wurde, hätten in einem Test schon rund die Hälfte wohl eine A1-Prüfung bestanden. Es folgte aber noch eine allgemeine Wiederholung, in der die guten Schüler auch eigene Übungen in Form von zwei Typen bilden sollten. Die eine Form zeigt Paare von Formen, die immer im gleichen Verhältnis stehen, bei einem fehlt jedoch das eine Element. Die Schüler müssen das Verhältnis der Formen benennen und die fehlende Form sagen. Ein Beispiel: Gegeben sind *sing:singt, sehen:sieht, fahren:___*. Die Schüler müssen sagen, dass die fehlende Form *fährt* ist, denn an erster Stelle steht immer der Infinitiv (oder die 3. Person Plural oder etwas anderes Richtiges), an zweiter Stelle die 3. Person Singular. Der zweite Aufgabentyp ist als “Außenseiter” oder “Odd One Out” bekannt: In einer Reihe von vier Elementen passt eines nicht dazu. Die Schüler müssen eines herausfiltern, und zwar mit Begründung. Dabei kann es mehrere Lösungen geben; es kommt auf die Begründung an – und dieser müssen viele erst einmal zuzuhören lernen. Als Beispiel sei die Reihe *Küche, Bad, Schlafzimmer, Rad* gegeben. Einige mögliche Antworten sind:

- “*Rad* passt nicht, denn alle anderen sind Arten von Zimmer, aber *Rad* ist ein Transportmittel.”
- “*Küche* passt nicht, denn alle anderen sind neutrum [sächlich/*das*-Wörter], aber *Küche* ist feminin [weiblich/ein *die*-Wort].”

- “*Schlafzimmer* passt nicht, denn alle anderen haben nur einen Wortstamm [sind nur aus einem Element], aber *Schlafzimmer* hat zwei Wortstämme [ist aus zwei Elementen].”

Wichtig ist, dass ein korrekt beschriebenes einendes Merkmal für die verbliebenen drei Wörter geliefert wird, das nicht einfach ein verneinendes Merkmal sein darf (z.B. nicht “Küche passt nicht, denn alle anderen haben kein K am Anfang”). Diese Übung bewirkt, dass man trainiert, nicht vorschnell Ja oder Nein zu sagen, bevor noch eine Begründung gefallen ist, sondern auf die Begründung bewusst hört und – notfalls gemeinsam mit der Klasse – überlegt, ob die Begründung stimmig ist. Erst wenn etwas als richtig oder falsch überprüft worden ist, wird der nächste Vorschlag gehört. Genau auf die Einhaltung dieses Prozesses musste ich achten – wie aber auch in allen anderen Gruppen einschließlich mancher Sprachlehrkräfte, die ich fortbilde. Aber dies lässt nicht nur das Zuhören trainieren, sondern auch das klassifizierende Denken und genaue Formulieren.

An Tag 23 führte ich unangekündigt einen Test durch, also nach 66 Stunden bzw. 88 Unterrichtseinheiten, abzüglich der 15- bis 30-minütigen Pausen), de facto also nach ungefähr 55 Stunden bzw. 73 Unterrichtseinheiten. Dies sollte jenen, die meine empfohlenen Lernstrategien anwendeten zeigen, dass sie damit jetzt schon A1-Niveau erlangt hatten, und jenen, die meine Lernstrategien missachteten und lieber auf Einsagen und Abschreiben bauten statt der Lehrkraft bzw. dem Moderator zuzuhören und zuzusehen, zeigen, dass sie damit nicht so erfolgreich sein können. An diesem Tag fehlten einer der Syrer mit Vorkenntnissen und die gute Eritreerin. Es waren somit 17 Personen anwesend. Der Test wurde nach dem Muster der A1-TELC-Tests durchgeführt. Dabei begann ich mit dem Teil Sprechen. Dann folgten Hören, Lesen und Schreiben. Letzter Teil war bedingt durch das Lehrwerk praktisch kaum geübt worden. Beim Test sind 60 Punkte erreichbar, jeweils 15 Punkte pro Teil. Die Bestehensgrenze liegt bei 36 Punkten; beim A1-Test sind die Leistungen der einzelnen Teile miteinander kompensierbar. Die weitere Verteilung der Punkte nach TELC ist wie folgt: 36-41,5 Punkte sind ausreichend (Note 4), 42-47,5 Punkte sind befriedigend (Note 3), 48-53,5 Punkte sind gut (Note 2) und 54-60 Punkte sind sehr gut (Note 1). Bestanden haben 10 von 17 Personen, also 59%. Die 10 Personen haben klar bestanden. Innerhalb der Bestehensgruppe gab es 1-mal die Note 1, 0-mal die Note 2, 2-mal die Note 3 und 7-mal die Note 4. Die Schüler, die bestanden haben, umfassen alle Europäer, zwei syrische Schüler und die zwei verbliebenen Afghanen. Dies bestätigt vorherige Erfahrungen mit kleineren Gruppen (vgl. Grzega 2015: 61). Nun lässt sich sagen, dass auch in einer Gruppe von 20 Personen die Teilnehmer nach 40 bis 60 realen Stunden bzw. 53 bis 80 Unterrichtseinheiten das Niveau A1 erreichen (und damit deutlich vor den angesetzten 200 Unterrichtseinheiten), wenn sie sich auf die von der Lehrkraft gemäß Sprach-Not-Arzt und LdL angebotenen Lernstrategien einlassen.

Erwartungsgemäß war der Teil Schreiben der am schlechtesten bearbeitete Teil. Dieser Teil wurde in den nächsten Tagen am intensivsten mit eigens erstellten Aufgaben geübt. Zum anderen wurde denjenigen, die nicht bestanden hatten noch einmal vor Augen geführt, dass man mit den von mir empfohlenen Strategien gut fahren konnte. Die Schwachen sollten daher noch einmal die Wörter mit den schon im Sprach-Not-Arzt-Teil empfohlenen Strategien einüben sowie die am Ende jeder Lehrwerkktion abgedruckten Zusammenfassungen zu den Kommunikationsstrategien und der Grammatik lesen und in jedem Detail nachvollziehen können. Von den schwachen Schülern gaben sich nach der Probeklausur drei sichtlich mehr Mühe, mehr Energie für das Deutsch-Üben aufzubringen. Dazu wurden jene, die eigentlich auf meine Wiederholungsaufgaben nicht mehr angewiesen waren und diese in der Stillarbeitsphase schnell erledigt hatten, beauftragt, eigene Aufgaben zu entwickeln. Das ist gleichsam schon eine höhere Stufe von LdL, bei der sich die Schülerexperten selbst Aufgaben ausdenken (freilich – so war das auch gewünscht – nur bekannte Aufgabentypen). Dabei wurden Morphosyntax, Semantik (incl. Konnotationen) und Aussprache wiederholt.

Vor der eigentlichen A1-Prüfung wurden noch 6 Unterrichtstage (bzw. 2 Wochen) gewartet, damit diejenigen, die durch die Probeklausur ihr Unterrichts- und Lernerhalten nochmal änderten, das Versäumte aufholen konnten. Die eigentliche A1-Prüfung als Stufenabschlussprüfung gab es also nach insgesamt 88 Stunden bzw. 117 Unterrichtseinheiten (und damit immer noch deutlich vor den angesetzten 200 Unterrichtseinheiten) – zieht man die Pausen noch ab waren es sogar nur 75 Stunden bzw. 100 Unterrichtseinheiten. An diesem Tag nahmen wiederum 17 Personen teil. Die Zusammensetzung war etwas anders: zwei der Schüler, die den Übungstest bestanden haben, waren nicht anwesend; dafür waren die gute Eritreerin und der Syrer mit Vorkenntnissen diesmal dabei. Es haben 14 Personen bestanden, also 82%¹. Es gab darunter 2-mal die Note 1, 5-mal die Note 2, 3-mal die Note 3 und 4-mal die Note 4. Von denen, die erst nach der Probeklausur die nötige Bereitschaft aufbrachten, den Unterrichtsstrategien zu folgen, war einer mit mehreren Punkten über der Bestehensmarke, einer wurde als gerade noch bestanden bewertet, einer konnte das Ziel noch nicht erreichen, hat sich aber dennoch deutlich seit der Übungsklausur verbessert. Vor allem das Sprechen besteht nun nicht mehr nur aus Grundformen (“Ausländerdeutsch”); vielmehr erzielte er hier 13 von 15 Punkten. Generell zeigt sich das Schreiben unter den Prüflingen nach wie vor als die am wenigsten entwickelte Kompetenz. Doch immerhin haben nun schon 8 Personen mindestens 9 Punkte erzielt (was als Bestehensgrenze pro Kompetenz gilt); zwei Personen haben sogar die vollen 15 Punkte erreicht.

Aus LdL-Sicht ist noch folgende Beobachtung interessant. Die Schüler, die in der Phase zwischen Probeklausur und echter Prüfung, auch mal die Lehrerrolle einnahmen, konnten sich nochmal steigern: eine Person von Note 4 auf Note 2, eine Person sogar von Note 4 auf Note 1, eine Person von Note 3 auf Note 2. Eine Schülerin hatte schon im ersten Test die Note 1 mit 55,5 Punkten erzielt (sie war im zweiten Test mit 57 von 60 Punkten sogar nochmal geringfügig besser). Ferner ist das Ergebnis eines Feedback-Bogens interessant, der nach Rückgabe des Abschlusstests den 14 anwesenden Lernern ausgegeben wurde und folgende LdL-bezogene Aussagen enthielt:

[...]

6. Wenn ich Lehrer war, hat mir das für mein Sprechen viel geholfen.
 ein bisschen geholfen.
 nicht geholfen.
7. Wenn ich Lehrer war, hat mir das für mein Hören viel geholfen.
 ein bisschen geholfen.
 nicht geholfen.
8. Wenn ich Lehrer war, habe ich mich immer/oft gut gefühlt.
 am Anfang nicht gut, später gut gefühlt.
 selten/nie gut gefühlt.
9. Wenn ein anderer Lehrer war, habe ich mich immer/oft gut gefühlt.
 am Anfang nicht gut, später gut gefühlt.
 selten/nie gut gefühlt.
10. Wenn ein anderer Schüler Lehrer war, ist das immer/oft gut für das Lernen.
 manchmal gut für das Lernen
 selten/nie gut für das Lernen.

[...]

12. Wenn wir Übungen gemacht haben und der Lehrer mit einer anderen Person vor der Tür war,
 war das für die Klasse immer/oft gut.
 manchmal gut.
 selten/nie gut.

¹ Ein Syrer, der erst nach der Probeprüfung mehr Energie auf das Deutsch-Training im Klassenzimmer gelegt hat, hatte eigentlich nur 35,5 Punkte erzielt. Zum Bestehen waren 36 Punkte nötig. Nach einem Prüfergespräch wurde die Leistung um einen halben Punkt angehoben – schon allein aus psychologischen Gründen. Würde man ihn herausrechnen, hätten nur noch 13 von 17 Personen bestanden – dies sind aber immer noch 76%.

Die Lerner mit Note 1 oder 2 im Mittelwert eher auf der Positiv-Seite empfinden, während die Lerner mit Note 3 oder 4 (unter denen freilich auch jene sind, die sich grundsätzlich relativ wenig aufs System einlassen) diese im Mittelwert die mittlere Bewertung ankreuzten. Dies ergibt, trotz der Disziplinierungsenergie, die ich immer wieder aufwenden muss, jedoch insgesamt ein Bild, das LdL auch im Integrationskurs als lernförderlich erkennen lässt.

Joachim Grzega
 Sprach- und Literaturwissenschaftliche Fakultät
 Universität Eichstätt-Ingolstadt
 Universitätsallee 1
 DE-85072 Eichstätt
joachim.grzega@ku.de

Bibliographie

- Berlitz, Maximilian D. (1912), *Erstes Buch für den Unterricht in den neueren Sprachen*, New York: Berlitz.
- Butzkamm, Wolfgang / Caldwell, John A. (2009), *The Bilingual Reform: A Paradigm Shift in Foreign Language Teaching*, Tübingen: Narr.
- Csikszentmihalyi, Mihaly (1990), *Flow = The Psychology of Optimal Experience*, New York: Harper & Row.
- Grzega, Joachim (2005), "Towards Global English via Basic Global English (BGE): Socioeconomic and Pedagogic Ideas for a European and Global Language (with Didactic Examples for Native Speakers of German)", *Journal for EuroLinguistiX* 2: 65-164. <<http://www1.ku-eichstaett.de/SLF/EnglVglSW/ELiX/grzega-054.pdf>>
- Grzega, Joachim (2015), "Der Sprach-Not-Arzt als effiziente Methode für Deutsch-Anfänger: Grundlagen und Erfahrungen", *Journal for EuroLinguistiX* 12: 49-73.
- Grzega, Joachim / Klüsener, Bea (2012), *LdL für Pepe, Pfeiffer und die Pauker: Unterrichtstipps nach 30 Jahren bewährtem, verlässlichem, kreativem und effektivem Lernen durch Lehren*, Berlin: epubli.
- Grzega, Joachim / Sand, Claudia / Schweihofer, Sandra (2014), "The Language Emergency Doctor (Sprach-Not-Arzt) for Migrants: "An Innovative Teaching Method for *Deutsch als Fremdsprache (DaF)* and Other Languages with Linguistically Heterogeneous Beginners", *Journal for EuroLinguistiX* 11: 74-90.
- Grzega, Joachim / Sand, Claudia / Schweihofer, Sandra (2014), *Sprach-Not-Arzt: Deutsch als Fremdsprache für Kinder und Jugendliche von 10 bis 15 Jahren mit englischen Bedeutungsangaben und Hinweisen für Lehrkräfte*, [ASEcoLi Publications by the Academy for SocioEconomic Linguistics 7], Eichstätt: ASEcoLi.
- Grzega, Joachim / Sand, Claudia / Schweihofer, Sandra (2016a), *Sprach-Not-Arzt: Deutsch als Fremdsprache für Kinder und Jugendliche von 10 bis 15 Jahren mit englischen Bedeutungsangaben und Hinweisen für Lehrkräfte (sowie Tipps zum Einsatz bei Unter-10-Jährigen)*, Version 2, [ASEcoLi Publications by the Academy for SocioEconomic Linguistics 7], Eichstätt: ASEcoLi.
- Grzega, Joachim / Sand, Claudia / Schweihofer, Sandra (2016b), *Sprach-Not-Arzt: Basis-Materialien Deutsch mit arabischen Hilfen für Lerner ab 16 Jahren*, Version 4, [ASEcoLi Publications by the Academy for SocioEconomic Linguistics 6.2], Eichstätt: ASEcoLi.
- Grzega, Joachim / Sand, Claudia / Schweihofer, Sandra (2016c), *Sprach-Not-Arzt: Basis-Materialien Deutsch mit englischen Hilfen für Lerner ab 16 Jahren*, Version 4, [ASEcoLi Publications by the Academy for SocioEconomic Linguistics 6.1], Eichstätt: ASEcoLi.
- Lewis, Michael (1997), *Implementing the Lexical Approach: Putting Theory into Practice*, Hove: LTP.
- Martin, Jean-Pol (1982), "Bedingungen für einen sozialintegrativen Fremdsprachenunterricht", *Der fremdsprachliche Unterricht* 1/1982: 61-64.
- Martin, Jean-Pol (1994), *Vorschlag eines anthropologisch begründeten Curriculums für den Fremdsprachenunterricht*, Tübingen: Narr.
- Pienemann, Manfred (1986), "Is Language Teachable?", *Applied Linguistics* 10.1: 52-79.
- Solity, Jonathan (2008), *Michel Thomas Method: The Learning Revolution*, London: Hodder Education.
- Woodsmall, Marilyn / Woodsmall, Wyatt (2008), *The Future of Learning: The Michel Thomas Method – Freeing Minds One Person at a Time*, Great Falls, VA: Next Step Press.

Joachim Grzega

**Gedanken eines EuroLinguisten zu Sprache, Ökonomie und Frieden
Texte aus dem Europäischen Haus Pappenheim
für den europäischen Normalbürger
(with English translations)**

Abstract

This publication [‘Thoughts of a EuroLinguist on Language, Economy and Peace: Texts from Europäisches Haus Pappenheim for Normal European Citizens’] reprints texts that were published by Europäisches Haus Pappenheim in the years 2013 through 2015—in their German as well as in their English versions. They deal with the connection between the ways people speak and the way they think and act with respect to economy and peace. They also give recommendations how to change speaking habits.

Sommaire

Cette publication [‘Idées d’un eurolinguiste sur langage, économie et paix: Quelques textes de l’Europäisches Haus Pappenheim pour l’européen ordinaire’] réimprime quelques textes écrits dans l’Europäisches Haus Pappenheim de 2013 à 2015—dans leurs versions allemandes aussi bien que dans leurs versions françaises. Ils traitent la connexité entre la façon de parler et la façon de penser et agir à l’endroit d’économie et paix. Ils donnent aussi des recommandations pour changer nos façons de parler.

Zusammenfassung

Diese Veröffentlichung ist ein Wiederabdruck einiger Texte aus dem Europäischen Haus Pappenheim, die in den Jahren 2013 bis 2015 verfasst wurden—sowohl in ihren deutschen als auch in ihren englischen Versionen. Sie behandeln den Zusammenhang zwischen der Art, wie Menschen sprechen, und der Art, wie sie hinsichtlich Wirtschaft und Frieden denken und handeln. Sie geben außerdem Hinweise, wie man Sprechweisen ändern kann.

Vorbemerkung

Juli 2012 wurde ich Leiter des neuen Europäischen Hauses Pappenheim, 2013 begann der Betrieb, 2016 wurde er leider aufgrund von kommunalpolitischen Streitigkeiten eingestellt. In dieser Zeit habe eine Reihe von Texten zur manipulativen Kraft von Sprache verfasst – eines der zentralen Themen, die wir im Europäischen Haus Pappenheim, das auf dem besten Wege zu einem Zentrum für Politik, Sprachen und Kulturen war. Dabei habe ich auch Vorschläge zur Änderung von Sprechweisen gemacht. Damit diese Texte nicht verloren gehen, werden vier von ihnen hier noch einmal abgedruckt (zuerst in ihren deutschen, dann in den englischen Versionen). Sie behandeln den Zusammenhang zwischen der Art und Weise, wie wir sprechen, und der Art und Weise, wie wir mit Bezug auf Ökonomie und Frieden denken und handeln. Der ursprüngliche Wortlaut der Haupttexte ist beibehalten. Das Layout wurde jedoch an jenes des *Journal for EuroLinguistiX* anpasst. Ferner erscheinen die Literaturangaben nicht am Ende jedes einzelnen Textes, sondern gesammelt für alle Texte ganz am Ende dieses Wiederabdrucks.

1. Gedanken zu den Europa-Tagen 2013 (veröffentlicht als EHP-Essay 1 am 05.05.13)

1.1. Einleitung

Die Europäische Union feiert den 9. Mai als Europa-Tag in Erinnerung an die Schuman-Erklärung zur Gründung einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl 1950. Bereits am 5. Mai wird jährlich der Gründung des Europarats im Jahre 1949 gedacht. Mittlerweile zählt diese Vereinigung 47 Mitgliedstaaten von Island bis Aserbaidschan, von Portugal bis Russland. Der Europarat ist bemüht um eine gemeinsame Förderung von wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt sowie um die Wahrung der demokratischen Sicherheit und der Menschenrechte. Es soll also um Gleichheit, Freiheit, Würde und Solidarität gehen. Doch lassen sich diese abstrakten Begriffe nicht immer mit dem vereinbaren, was unsere Worte über unser Denken verraten.

Wörter rufen Bilder hervor, wobei ein bestimmtes Wort bei unterschiedlichen Gemeinschaften auch unterschiedliche Bilder auslösen kann. Es gibt Wörter, die fest in unserer Alltagssprache integriert sind und ganz unbewusst Bilder und/oder Emotionen in uns hervorrufen. Und der gewiefte Rhetoriker spielt damit. Im Zuge seiner Studienabschlussarbeit hat mein Student Michael Weißinger beispielsweise festgestellt, dass es Hinweise dafür gibt, dass je schwächer und je persönlich unbedeutender ein Argument ist, desto wichtiger die Art und Weise der Formulierung für dessen Überzeugungskraft. Mit anderen Worten: wenn der Inhalt schwach oder unbedeutend ist, muss er zumindest gut klingen. Sieht man die niedrigen Wahlbeteiligungen in Europa als ein Zeichen für Politikverdrossenheit und mangelndes Politikinteresse, dann darf die Kraft von Wörtern als umso höher eingeschätzt werden. Dann besteht die Gefahr des rein manipulativen Gebrauchs von Wörtern. Dann fragt man sich, ob sich nicht auch eine Art Gütesiegel für Wörter lohnt. Zumindest aber bietet es sich an, Alternativen zum gegenwärtigen Gebrauch von Wörtern vorzuschlagen. Im Folgenden einige Anmerkungen.

1.2. Politische Schlagbegriffe

1.2.1. „Arbeitslose“, „Arbeitslosenquote“ und „Beschäftigung“

In der Politik und ökonomischen Theorie wird *Vollbeschäftigung* über die Arbeitslosenquote definiert, allerdings sehr unterschiedlich. Die Definitionen bewegen sich jedoch zwischen 2% und 13%. Daran sieht man bereits, dass das Wort Vollbeschäftigung nicht dem wörtlichen Sinne nach gebraucht wird – wie dies vielleicht eine nur mäßig politisch interessierte Person verstehen mag. Nein, *Vollbeschäftigung* wird flexibel definiert.

Ähnlich ist es mit dem, was unter dem Wort *Arbeitslose* verstanden wird. Sein Gebrauch als Fachbegriff schwankt, während er in den Köpfen des Normalbürgers recht klar erscheinen mag. Wörtlich ist ein Arbeitsloser schlichtweg jemand, der „ohne Arbeit“ ist. Parallele Bildungsweisen zu *Arbeitslos-igkeit* gibt es in zahlreichen europäischen Sprachen, z.B. finn. *työ-ttöm-yys*, schwed. *arbets-lös-het*, niederländ. *werk-loos-heid*, ungar. *munka-nélkül-iség*, poln. *bez-robot-ica*, russ. *bez-rabot-ica*; in anderen Sprachen gibt es das Muster „Un-angestellt-heit“: engl. *un-employment*, span. *des-emple-o*, ital. *dis-occupa-zione*, tschech *ne-zaměstnan-ost*. Unter *Arbeit* wird dabei ‚Lohnarbeit‘ verstanden. Doch der Begriff schürt diskriminierende Vorstellungen. Sie entwertet einerseits beispielsweise die ehrenamtliche Arbeit, die künstlerische Arbeit und die häusliche Arbeit (einschließlich der privaten Kindererziehung und Altenpflege). Andererseits führt die herkömmliche Vorstellung, dass *Arbeit* im Gegensatz zu *Nichtstun* bzw. *Freizeit* stehe, vielfach zur Vorstellung, Arbeitslose wären untätig und würden nur ihren Vergnügungen nachgehen. Menschenverachtende

Vorstellungen zur Arbeitseinstellung von Arbeitslosen gab es schon Ende des 19. Jahrhunderts, als der Begriff aufkam. Solche Vorstellungen hat damals bereits etwa der Ökonom Alfred Marshall verurteilt. Danach wurde in den Wirtschaftswissenschaften zwischen freiwilliger Arbeitslosigkeit und unfreiwilliger Arbeitslosigkeit unterschieden – eine Unterscheidung, die von der derzeit herrschenden neoliberalen Wirtschaftstheorie nicht vorgenommen wird. Da der Mensch in der neoliberalen Theorie letztlich als eine Art Maschine aufgefasst wird (unter vollkommener Ausblendung psychologischer Erkenntnisse über den Menschen), gibt es hier nur die Auffassung, dass es keine unfreiwillige Arbeitslosigkeit geben könne – eine Auffassung, die angesichts der gesellschaftlichen Entwicklungen reichlich seltsam wirkt.

Nun lohnt sich an dieser Stelle ein Blick auf die Entwicklungen der Arbeitslosenquoten seit 1950 in Ländern aus unterschiedlichen Ecken Europas: Deutschland, Italien, Frankreich, Großbritannien, Schweden¹. Hierbei fällt auf, dass es nach einer relativ flachen Wellenbewegung von ca. 1960 bis Mitte der 1970er Jahre – mit Ausnahme des sogenannten² “sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaates” Schweden – zu einer Zunahme der Arbeitslosenquote kommt, die man spätestens in den 1980er Jahren als rasant bezeichnen kann. In den anderen Ländern lag die Quote Mitte der 1970er Jahre bei 4 Prozent – ein so niedriger Wert wurde seit dem nie mehr wieder erreicht. Selbst in Schweden wurde die 4%-Marke 1991 schließlich gerissen und kam nur 2001-2002 wieder auf dieses Niveau. Historisch gesehen fällt das Reißen der 4-Prozent-Marke mit der Ölkrise zusammen und der rasante Anstieg mit der Einführung des neoliberalen Prinzips. Das neoliberale Modell kann also offenbar – trotz mancher neuer Begriffsbestimmungen – nicht zu einer spürbar niedrigen Arbeitslosenquote führen. Somit wäre die Frage berechtigt, warum man nicht wieder zum alten Modell oder einem davon abgeleiteten Modell zurückkehrt. Nun mögen Neoliberale einwenden, dass die Arbeitslosenquote nicht Folge des Neoliberalismus sei, sondern Folge von Menschen, die nicht arbeiten wollen. Dann ließe sich jedoch aus deren eigener Sicht die Frage stellen, ob man als Konsequenz nicht besser das neoliberale Prinzip abschaffen sollte, damit Menschen wieder arbeiten wollen. Es besteht jedenfalls die Gefahr, dass sich die neoliberale, wissenschaftlich unbegründete Auffassung des Begriffs *Arbeitslose* in der Gesellschaft festigt.

Alternativvorschläge: *Erwerbsarbeitsuchende*, *Lohnarbeitsuchende* oder – wie dies die Nationale Armutskonferenz vorgeschlagen hat – *Erwerbslose*.

1.2.2. “Steuern”

Die Wörter für Steuern werden von vielen Europäern eher negativ assoziiert, wengleich von Skandinaviern deutlich weniger als von anderen Europäern, wie ich in einigen Studien schon zeigen konnte. Ob dies mit der Einführung des neoliberalen Gedankens einhergeht, kann nicht gesagt werden, da zu den Vorstellungen der Wörter für *Steuer* keine Studien aus der Zeit von den 1930ern bis zu den 1970ern vorliegen. Umfrage 74.1 der Reihe “Special Eurobarometer” – so methodisch problematisch die Reihe oft scheinen mag – hat immerhin ergeben, dass zur Bewältigung der “Krise” in keinem Land eine Mehrheit der Befragten die Kürzung von öffentlichen Ausgaben gegenüber der Investition in Maßnahmen zur ökonomischen Belebung bevorzugen würde. Bildete man eine Kürzungs-Gruppe (= mindestens zwei Drittel der Befragten bevorzugt Kürzungen), eine Investitions-Gruppe (= mindestens zwei Drittel der Befragten bevorzugt Investitionen) und die Gleichgewichtsgruppe (= Meinung ausgeglichen bzw. Unentschlossenheit, d.h. keine Maßnahme wird zu über zwei Dritteln bevorzugt), so sind die Dänen eindeutig in der Investitionsgruppe, keine Nation ist in der Kürzungs-Gruppe, der Rest gehört zur Gleichgewichtsgruppe. Das heißt mit anderen Worten aber auch, dass Investitionen für eine nicht geringe Zahl von EU-Bürgern als

¹ Vgl. dazu die Studie von Bertola/Garibaldi (2003).

² Vgl. dazu die Arbeit von Esping-Andersen (1990).

notwendig erachtet werden. Ob dazu mittlerweile eine positive Einstellung zu den dazu notwendigen Steuereinnahmen einhergeht, wird zu prüfen sein. Neue Bezeichnungen könnten für ein Umdenken sorgen.

Alternativvorschlag: *Gemeinschaftsbeitrag*.

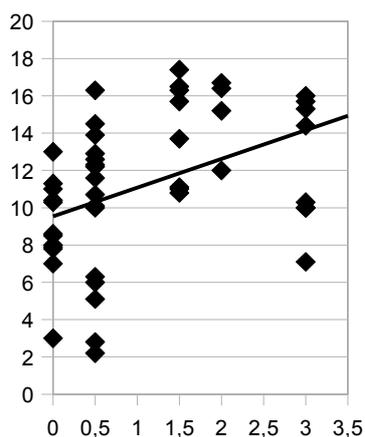
1.2.3. "sparen", "sparsam", "billig" und "wirtschaftlich"

Sparen gilt jedem, der als Verbraucher oder als Unternehmer denkt, als einsichtige Tugend. Nicht selten wird dabei übersehen, dass ein einzelwirtschaftliches Prinzip nicht unbedingt ein volkswirtschaftliches, staatliches Prinzip sein kann. Dies gilt schon allein deshalb, weil der Staat ganz andere Aufgaben hat als Privathaushalte und Unternehmen – gemäß neoliberalem Wirtschaftsmodell soll der Staat sogar nur sehr begrenzte Aufgaben wahrnehmen, viel begrenzter, als es derzeit die staatlichen Verfassungen der EU-Mitglieder in der Regel vorsehen.

Dennoch wird Sparen auch in der Europa-Politik derzeit als das beste Heilmittel gesehen – trotz gegensätzlicher Erkenntnisse, wie sie etwa Heiner Flassbeck am 26. April im EHP vorgetragen hat. Menschen – der Durchschnittsbürger wie der Durchschnittspolitiker – tun sich nämlich mit der Vorstellung schwer, dass etwas, das für ein einzelnes Element oder einen Teil der Gruppe gut sein mag, für die Gesamtheit der Gruppe (sprich den Staat) nicht gut sein mag. So ist es nachvollziehbar, dass viele Wörter um den Begriff "sparen" mit dem Begriff "wirtschaften" zusammenhängen. Mit anderen Worten: das Sparen wird als Idealform von Wirtschaften gesehen. So gibt es in den europäischen Sprachen folgende Wortzusammenhänge zu finden:

1. Wörter für 'sparsam' hängen mit 'wirtschaftlich' zusammen, z.B. engl. *economical/economic*
2. Wörter für 'sparen' hängen mit 'wirtschaften, wirtschaftlich handeln' zusammen, z.B. franz. *économiser*.
3. Wörter für 'Sparkasse' hängen mit 'sparen' zusammen, z.B. dt. *risparmiare/cassa di risparmio*
4. Wörter für 'billig' hängen mit 'gut/wirtschaftlich' zusammen, z.B. ital. *economico/economico*, niederländ. *goedkoop*

Als Gegengewicht gibt es zumindest in einigen Sprachen noch die Erscheinung, dass ein Wort für 'billig' auch 'von schlechter Qualität' bezeichnen kann. Nun könnte man einer Sprache für jedes vorhandene der obigen Merkmale 1 bis 4 je 1 Punkt geben und bei Vorliegen des Zusammenhanges 'billig=schlecht' einen halben Punkt abziehen (z.B. niederländ. *goedkoop*). Dann könnte man die Sparquoten privater Haushalte in einigen Ländern vergleichen, in denen diese Sprachen als nationale Amtssprachen gesprochen werden. Dies habe ich getan für die Sparquoten der Jahre 2002, 2005 (vor Beginn der weltweiten Finanzkrise), 2008 (nach Beginn der weltweiten Finanzkrise, aber vor Beginn der daraus erfolgten sogenannten Staatsschuldenkrise) und 2011 (nach Beginn der sogenannten Staatsschuldenkrise) gemäß der Eurostat-Datenbank, und zwar für folgende Länder: Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Schweden, Spanien, Tschechien, Ungarn. Die Berechnung des sogenannten Korrelationskoeffizienten ergibt dabei immerhin einen mittelstarken Zusammenhang (und mittleren Effekt). Mit anderen Worten: Je mehr der Wortschatz einer nationalen Amtssprache eines Landes Zusammenhänge in der Bildung der Wörter für 'sparen', 'wirtschaften', 'Sparkasse' und 'billig' zeigen, desto höher ist die Sparquote privater Haushalte des betroffenen Landes.



Die europäischen Wörter für 'sparen', die nicht von Wörtern für 'wirtschaften' abstammen, bedeuteten ursprünglich meist 'schonen' (z.B. dt. niederländ. *sparen*, schwed. *spara*, franz. *épargner*, ital. *risparmiare*). Interessant ist dabei auch die Gebrauchsentwicklung des Wortes. Soweit ich es überblicke, konnte man früher diese Wörter nur im Zusammenhang mit einem realen Gut als Zweck verknüpfen. Man konnte also beispielsweise *Öl sparen* oder *(Geld) für Öl sparen*. Heutzutage kann man auch *Geld sparen*, ohne Zweck. Und in vielen Sprachen ist es so, dass das bloße Wort *sparen*, also ohne Nennung eines Objektes, heutzutage automatisch als *Geld sparen* aufgefasst wird. So habe ich es in einer kleinen informellen Analyse der jeweils ersten 25 Google-Treffer für die Grundformen der Wörter für 'sparen' auf deutschen, britischen, französischen, italienischen, ungarischen, polnischen und schwedischen Internet-Seiten festgestellt.

| | allein- stehend (im Sinne von 'Geld') | + 'Geld' / 'Ausga- ben' / 'Summe' / Betrag | + Prozent- satz | + 'Ener- gie' | + 'Strom' | + 'Sprit' | + 'Wasser' | + 'Wärme' | + 'Batte- rie' | + 'Um- welt' | + 'Zeit' / 'Monat' | + 'Atem' |
|----|--|---|-----------------------|---------------------|--------------|--------------|---------------|--------------|----------------------|--------------------|--------------------------|-------------|
| DE | 18 | 3 | | 3 | | 1 | | | | | | |
| UK | 6 | 15 | 1 | | | 1 | | | | 1 | | 1 |
| FR | 25 | | | | | | | | | | | |
| IT | 14 | 2 | 2 | 7 | | | | | | | | |
| HU | 6 | 7 | | 3 | | | | | | | 9 | |
| PL | 13 | 6 | | 2 | 1 | | 1 | 1 | 1 | | | |
| SE | 16 | 6 | | 1 | | | 2 | | | | | |

Auf den meisten Internet-Seiten finden sich Wörter für 'sparen' in direkter oder in gedachter Kombination mit 'Geld'; lediglich auf den ungarischen Seiten halten sich echte oder gedachte Kombination mit 'Geld' und Kombinationen mit 'Zeit(spanne)' die Waage. Doch letztlich kann man Zeit ebensowenig sparen wie Geld. Zeit verstreicht einfach und der Geldwert sinkt einfach.

Alternativvorschlag: Eine Trennung der Begriffe für den Geld-Bereich und den Nicht-Geld-Bereich, im Deutschen vielleicht *sparen* für ersteres und *schonen* für letzteres (denn Geld ist ja zum Investieren da und nicht zum Schonen, außer man ist Münzsammler).

1.3. Schlussbemerkung

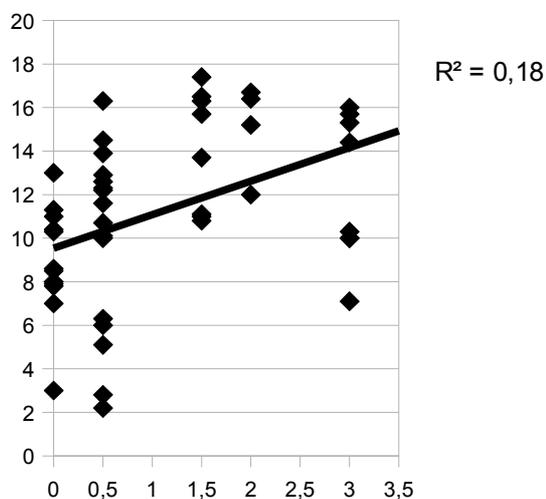
Mit Worten werden Wirklichkeiten geschaffen. Eines sei hier aufgrund der Erfahrungen mit “politisch korrekten Begriffen” seit den 1960er Jahren allerdings hinzugefügt: Namensänderung allein bringt nicht automatisch Verbesserung der Situation, sondern bringt nur ein anfängliches Umdenken. Aber solche neuen Denkwege müssen genutzt werden, bevor man wieder auf die alten gewohnten Denkpfade zurückkehrt. Umso wichtiger scheint es mir, dass der Zusammenhang zwischen Sprache und politischer Bildung bzw. politischer Willensbildung einen größeren Raum im schulischen und außerschulischen Leben einnimmt. Das Europäische Haus Pappenheim will dazu beitragen.³

Appendix

(1) National Savings Ratios (Source: Eurostat)

| Country | 2002 | 2005 | 2008 | 2011 |
|---------|------|------|------|------|
| AT | 12.9 | 14.5 | 16.3 | 12.6 |
| CZ | 10.1 | 9.5 | 9.4 | 9.6 |
| DE | 15.7 | 16.3 | 17.4 | 16.5 |
| ES | 11.1 | 10.8 | 13.7 | 11.0 |
| FI | 7.9 | 8.5 | 7.8 | 8.6 |
| FR | 16.0 | 14.4 | 15.3 | 15.7 |
| HU | 10.3 | 11.3 | 8.0 | 10.4 |
| IE | 6.3 | 10.1 | 10.0 | 10.7 |
| IT | 16.7 | 16.4 | 15.2 | 12.0 |
| NL | 13.9 | 12.3 | 12.2 | 11.6 |
| PL | 10.6 | 8.3 | 2.4 | 2.1 |
| PT | 10.3 | 10.0 | 7.1 | 10.0 |
| SE | 9.7 | 6.9 | 11.8 | 12.9 |
| UK | 5.1 | 2.8 | 2.2 | 6.0 |

(2) Correlation Degree of Lexical Derivates / National Savings Ratios (Source: own calculations)



x-axis = degree of lexical derivatives; y-axis = national savings ratios

³ Vgl. ferner: Eurostat, Flassbeck (2012), Grzegza (2009 & 2013), TNS Opinion & Social (2010), Wunsch (1962).

2. Ein anderes Europa – im Sprechen, Denken und Handeln: Ein Beitrag im Vorfeld der Europawahlen 2014 (veröffentlicht als EHP-Essay 2 am 04.01.14)

2.1. Zusammenfassung

Schon Diskussionen auf kommunalpolitischer Ebene zeigen, dass Wörter uns blenden können. Sie können positive oder negative Gefühle auslösen – je nachdem, mit welchem Ereignis sie verbunden werden oder zu welcher anderen Wörtern sie ähnlich klingen. Das Wort *Sparen* klingt gut, bedeutet in der jetzigen Wirtschaftssituation in der Gesamtbetrachtung jedoch *Vernichten* – Vernichten von Arbeitsplatzqualität, Arbeitsplatzmenge, Allgemeinvermögen und Allgemeinwohl. Hinzu kommt, dass *wirtschaftlicher Erfolg* von uns als Veränderung des Bruttoinlands- oder des Bruttosozialproduktes definiert wird. Diese Definition ist aber keinesfalls naturgegeben. Wir können Wörtern eine neue Definition geben und dadurch die Welt ändern (so wie Neu-Definitionen von *Arbeitsloser* die Arbeitslosenzahlen verbessern). Das heißt auch: Wir können unsere gesellschaftlichen Ziele immer selbst bestimmen. Darum geht es in diesem Beitrag. Er befasst sich mit folgenden Zielen:

- Wir wollen als Land ein guter Partner sein.
- Wir wollen ein langes gesundes Leben genießen.
- Wir wollen eine gute Schulbildung haben.
- Wir wollen jetzt und später ein sicheres Leben in Freiheit und ohne Armut führen.
- Wir wollen staatliche Leistungsbilanzen erzielen, die im Gleichgewicht sind.

Diese Ziele stehen im Einklang mit EU-Vertrag und nationalen Verfassungen und bedürfen eines entsprechenden Modells. Das derzeit herrschende Neoliberalismus-Modell ist letztlich vertrags- und verfassungswidrig. Es hat zu hohen sozialen Ungleichgewichten, hoher Arbeitslosigkeit und einer tiefen Finanz- und Existenzkrise geführt. Analysen zeigen, dass in der EU Schweden, Dänemark, Irland und die Niederlande die alternativen Ziele oft besser erreichen als andere; bisweilen sind auch außereuropäische Länder viel besser. In der Gesamtschau zeigt sich Folgendes: Statt eines unter- oder einseitig ernährten Staates braucht es vielmehr einen gesunden wohlgeformten Staat. Mit *Staat* ist damit die Verwaltung der Leistungen gemeint, die allen Mitglieder eines Landes dienen. Wissenschaftliche Beobachtungen zeigen, dass Folgendes gilt:

- **Je gesünder, wohlgeformter, stärker der Staat, desto höher die Leistungsstärke von Menschen.**
- **Je gemäßigter die Einkommensunterschiede, desto höher der allgemeine Wohlstand.**

Um dies zu erreichen, müssen sowohl die wissenschaftlichen Daten als auch Wendungen wie *gesunder wohlgeformter, starker Staat* vielfältig verbreitet werden.

2.2. Einleitende Überlegungen

In welchem Europa wollen wir leben? Was sind erstrebenswerte Ziele? Dieser Beitrag will mit Blick auf die Europawahlen im Mai 2014 zeigen, dass wir durch Wörter, die uns alltäglich in den Massenmedien vorgestellt oder vorenthalten werden, daran gehindert werden, über eine andere Gestaltung Europas nachzudenken. Dieser Beitrag will Menschen dazu anregen, verschiedene Formen von Europa in ihren Köpfen entstehen zu lassen und diese mit den Zielen der einzelnen politischen KandidatInnen abzugleichen. Der Beitrag will dabei keine bestimmte Partei empfehlen. Der Beitrag will sich auch nicht als Beitrag eines Deutschen für die Europäer verstanden wissen; ich schreibe als Europäer. Genauso wenig will der Beitrag Schelte von PolitikerInnen und JournalistInnen

betreiben und ihnen bewusste Manipulation der Menschen unterstellen. Vielleicht sind sie selbst nur durch die jahrelangen Wiederholungen von Wörtern und Wendungen in ihren Denkweisen gefangen. Vielleicht ist auch der empfundene Druck, möglichst viel an Macht und Verkaufsexemplaren zu erzielen, zu groß.

Zunächst ein Beispiel aus meiner unmittelbaren Umgebung. Zu Beginn des Jahres 2014 steht in den Gemeinden wieder die Verabschiedung der Haushalte an. Ich wohne in Bayern. Hier stößt man in kommunalen Haushaltsdebatten vielerorts auf drei ganz pauschale Ansichten:

- Es sei notwendig, dass die Personalkosten gesenkt würden.
- Es sei notwendig, dass die Kommune spare und Schulden abbaue.
- Es sei notwendig, mehr Aufgabenbereiche an effizientere Privatunternehmen abzugeben.

Bei allen drei nachgeplapperten Aussagen vermisst man eine Einbettung in wirtschaftliche Analysen, Zusammenhänge und Erfahrungen. **Doch schon ein kurzes Nachdenken ist ein Anstoß, sich aus solchen verhärteten Sprach- und Denkmustern zu befreien.** Aus den Äußerungen schwingt zum einen der Generalverdacht, dass die Mitarbeiter von Stadtverwaltungen nicht gut genug arbeiteten – **die pauschale Forderung nach Personalabbau ist eine Art General-Mobbing.** Politiker sollten sich nicht zu solch menschenverachtenden Äußerungen hinreißen lassen. Zum anderen muss man sich jedoch Folgendes vergegenwärtigen:

- **Senkung von Personalkosten bedeutet Versklavung oder Arbeitsplatzvernichtung** und damit für das verbliebene Personal gegebenenfalls **gesundheitsschädigende Arbeitsplatzgestaltung.**
- **Sparen und Schuldenabbau bedeuten Investitionsverzicht** und damit geringe Aufträge an die örtliche und überörtliche Privatwirtschaft; **Sparen und Schuldenabbau bedeuten dadurch wiederum Arbeitsplatzvernichtung** und letztlich **Wertminderung des kommunalen Vermögens und eine in der Regel einsetzende Verschlechterung der Lebensqualität im Ort.**
- Die grundsätzliche Aufgabe der Kommune ist, Sorge für das Wohl der Allgemeinheit zu tragen. Die grundsätzliche Aufgabe eines Privatunternehmens ist, Sorge für die Eigentümer des Unternehmens zu tragen. **Die Abgabe kommunaler Aufgabenbereiche an die Privatwirtschaft bedeutet somit Verzicht auf die Sorge um das Allgemeinwohl und Verlust von kommunalem Vermögen.**

Ob nachfolgende Generationen dafür dankbar sein werden, ist fraglich. Und obwohl die Gemeinde so nah ist, denken wir oft nicht ausreichend genug über das wirtschaftliche Handeln für unsere Gemeinde nach. Viele unbedachte Ansichten werden genährt durch deren permanenter Wiederholung in den Massenmedien und darin repräsentierten überörtlichen politischen Mächte – der Politiker der Region, des Landes und sogar der EU. Dazu gehört auch der Aufbau von positiven und negativen Schwingungen von Wörtern.

Das Wort *Inflation* etwa ist im Laufe des 20. Jahrhunderts im Zusammenhang mit der enormen Geldentwertung durch die rasante Geldmengensteigerung in der Weltwirtschaftskrise der frühen 1930er Jahre entstanden. Dieses Phänomen wird in der Fachsprache heute als *Hyperinflation* bezeichnet. Der Ausdruck *Inflation* wird von Fachleuten heute umfassender gebraucht, doch der negative Beigeschmack ist vor allem in der Alltagssprache geblieben. *Schulden* klingt im Deutschen negativ, weil es mit negativen moralischen und juristischen Ausdrücken zusammenhängt: *Schuld* und *schuldig*. Das trifft übrigens auch auf das Niederländische, Dänische und Schwedische zu. Nicht aber auf andere europäische Sprachen.

Wörter können negative Gefühle auslösen, wenn sie mit einem negativen geschichtlichen Ereignis oder mit anderen negativen Wörtern zusammenhängen. Bei rein sachlicher Betrachtung ist tatsächlich wenig einsichtig, warum Schulden und Inflation so negativ gesehen werden. Besinnen wir uns einmal auf Folgendes. Zu den wirtschaftlichen Hauptakteuren zählen die Unternehmen (darunter die Banken und Medienhäuser), die Privathaushalte und der Staat. Der Staat umfasst alle Angehörigen eines Landes; hier ist mit *Staat* die Verwaltung der Leistungen gemeint, die allen Angehörigen eines Landes dienen. Jeder der drei wirtschaftlichen Hauptakteure hat das Wohl eines anderen im Auge. Der Unternehmer zahlt Löhne, damit diese von den Privatpersonen für seine Produkte ausgegeben werden. Unternehmer und Privatpersonen zahlen Steuern an den Staat, damit dieser zumindest die wichtigsten Rahmengenheiten für das Zusammenleben garantiert. Die wichtigsten Rahmengenheiten sind Sicherheit, Justiz, Straßennetz, Abwasseranlagen und soziale Absicherung. In der realen Welt ist kaum vorstellbar, dass bei einer Einzelperson oder einem Einzelunternehmen jeden Monat oder gar jeden Tag die gleiche Menge an Einnahmen der gleichen Menge an Ausgaben gegenüberstehen. Jedes Mal, wenn ein Teilnehmer des Wirtschaftskreislaufes etwas für eine größere Investition zurücklegt (eine Privatperson für ein Eigenheim, ein Unternehmen für eine Fabrikhalle oder eine staatliche Einrichtung für eine Schule), dann fehlt dies irgendeinem anderen Teilnehmer als Einnahme. Alternativ kann der Investitionswillige sich das Geld von jemandem vorschließen lassen, mit anderen Worten: *Schulden machen*. Das bedeutet allerdings zunächst auch nichts anderes, als dass wiederum irgendein anderer Teilnehmer des Wirtschaftskreislaufes etwas vorher in Geldanlagen angespart haben müsste. Dies wiederum muss schon vorher zu Verlusten bei einem anderen geführt haben. Es wäre ein Teufelskreis, würde nicht zum Zwecke des Fortschritts in der Güter-Welt von Banken Geld zusätzlich gedruckt oder als Buchgeld angeboten. Bei steigender Nachfrage nach Geld und Gütern kann es freilich zu einer gewissen Preiserhöhung kommen. Dies trägt zu dem bei, was man *Inflation* nennt, die Minderung der Kaufkraft des Geldes bzw. die Preissteigerungsrate. Am Ende des Tages belaufen sich sämtliche Ein- und Ausgänge an Geld für die gesamte Wirtschaftsgemeinschaft gesehen auf Null. Mathematisch ist es anders nicht denkbar. Somit sehen wir: für den Fortschritt sind sowohl Inflation und Schulden grundsätzlich notwendig und begrüßenswert. Letztlich gilt also: **Schulden und Sparen sind zwei Seiten derselben Medaille; Nachfrage-Fortschritt und Inflation sind zwei Seiten derselben Medaille. Man kann nur jeweils beide als gut oder beide als schlecht bezeichnen.** Wollte man sich für letzteres entscheiden, müsste man dann auch ein gänzlich alternatives Wirtschaftsmodell vorschlagen.

Wie bei allem im Leben, kommt es auf das Maß an. Eine Inflation bis zu rund 5 Prozent Wertverlust im Jahr hat sich in der Geschichte bislang als unbedenklich erwiesen und gilt in der Wirtschaftswissenschaft als akzeptabel. Welche Staatsschuldenquote als bedenklich anzusehen ist, ist schwerer zu sagen. Bei der Währungsunion hatte sich die EU geeinigt, dass die Staatsschulden nicht 60 Prozent des so genannten Bruttoinlandproduktes (BIP) eines Staates übersteigen sollten. Diese Zahl beruht aber nicht auf irgendwelchen Beobachtungen. Hier genügt zunächst der Hinweis, dass die Krise im Euro-Raum keinesfalls auf Staatsschulden zurückgehen kann. Die schwer getroffenen Staaten Spanien und Irland hatten nämlich von 2000 bis 2007 ihre Staatsschulden permanent bis auf 40 bzw. 25 Prozent des BIP reduziert⁴. Selbst 2008 war die Staatsverschuldung von Irland noch im Rahmen, jene von Spanien sogar 2010. Die beiden Länder waren also mit Blick auf die EU-Vereinbarungen geradezu vorbildlich, während Deutschland schon seit 2003 dieses Kriterium gerissen hatte.

⁴ Soweit nicht anders angegeben, entstammen alle EU-Daten der EU-Statistik-Datenbank *Eurostat*: <http://ec.europa.eu/eurostat> (01-01-14).

Umgekehrt ist bei rein sachlicher Betrachtung wenig einsichtig, warum Sparen gerade in wirtschaftlichen Krisenzeiten gepredigt wird. Die Geschichte bietet vielmehr eine Reihe von Belegen für folgende Erkenntnis: **Sparprogramme machen eine schwächelnde Wirtschaft zu einer todkranken Wirtschaft**, die auch andere Wirtschaften mit in den Abgrund reißen kann: etwa die amerikanischen und deutschen Spar-Programme nach dem Börsenkrach von 1929 und die lateinamerikanischen Staaten in den 1990er Jahren. Letztere sind erst wieder aufgeblüht, als sie die Einschränkung an öffentlichen Investitionen ablehnten, die ihnen der Internationale Währungsfonds (IWF) damals – so wie heute EU-Ländern – auferlegt hatte⁵.

Ebenso wenig einsichtig ist, warum man noch immer an der Abschaffung von Regeln für die verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen und insbesondere für den Finanzbereich festhält. In Großbritannien wurde Ende der 1970er, in Deutschland und allmählich anderen europäischen Ländern ab den 1980ern ohne Not ein erfolgreiches Modell abgelöst: eine europäische Wirtschafts- und Sozialordnung, die seit den 1950er Jahren in Westeuropa zu Wohlstand für alle geführt hatte und die beiden Ölkrisen der 1970er Jahre meistern konnte. Die Abschaffung von Regeln und sozialen Absicherung hat Europa bitter bezahlt. **Der so genannte Neoliberalismus oder Marktradikalismus führte zu einem sprunghaften, nie wieder gänzlich bereinigten Anstieg von Arbeitslosen und hat die Menschen in Nordamerika und Europa in eine tiefe Finanz- und Existenzkrise gestürzt.** Die neoliberale Lehre predigt einen "schlanken Staat" (dieses Bild ist mit Ausnahme von Skandinavien und einem Teil des westlichen Europa häufig). Sie hat jedoch zu einem ungesunden, einseitig ernährten, untergewichtigen Staat geführt. **Man braucht wieder einen gesünderen, besser ernährten Staat.** Dazu braucht man auch etwas, das man *Steuern* nennt. Dies wird vielleicht mehr geschätzt, wenn man **für die Finanzierung der staatlichen Gemeinwohl-Aufgaben Gemeinwohl-Abgaben⁶ oder Gemeinwohl-Beiträge** sagt.

Mit Blick auf die Europawahlen im Mai 2014 soll in diesem Essay unser wirtschaftliches Handeln aus Richtungen abseits der Massenmedien betrachtet werden. Das Europa, in dem wir leben, können wir selbst mitbestimmen. Dies vergessen wir zuweilen angesichts der wiederkehrenden Darstellungen in den Massenmedien, dass die Welt auf eine bestimmte Art einfach funktioniert. Doch Gesetze zum gesellschaftlichen Zusammenleben sind zum geringsten Teil Naturgesetze. Menschliches Verhalten ist nicht allein von Natur, sondern zu einem Gutteil von Kultur geprägt. Und was den Menschen nun wirklich von Natur aus prägt, darüber gibt es immer wieder neue Erkenntnisse. Rationales Handeln gehört offenbar nicht dazu, wie vielfach gezeigt worden ist⁷. Vielmehr lässt sich der Mensch von Gefühlen leiten, oftmals ausgelöst durch bestimmte Wörter. Wir können mit Wörtern unser Denken und Handeln steuern. **Wir können mit neuen Wörtern zumindest ein neues Denken einleiten, das dann zu einem neuen Handeln führen kann. Und wir können mit unseren Wörtern einfach die Welt ändern, indem wir ihnen einfach eine neue Bedeutung geben. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich in den Statistiken einfach senken lassen, indem das Wort *Arbeitsloser* neu definiert wurde.**

2.3. "Wohlstand", "Wachstum", "wirtschaftlicher Erfolg"

Wirtschaftliches Wachstum ist ein oft erklärtes Wunschziel von Politikern. Dadurch wird wirtschaftliche Kompetenz suggeriert. Für den Allgemeinbürger mag beim Wort *Wachstum* die Vorstellung erweckt werden, dass man immer mehr Exemplare der gleichen Dinge herstellen muss. Dies allein ist aber beim wirtschaftswissenschaftlichen Fachbegriff *Wachstum* gar nicht gemeint. Er kann auch bedeuten, dass die gleiche Zahl der Dinge mit weniger Einsatz hergestellt werden. Es kann auch hei-

⁵ Vgl. Stiglitz 2002.

⁶ Diesen Ausdruck hat mein Vater, Günter Grzega, vorgeschlagen – so etwa zitiert in Bunjes (2013).

⁷ Vgl. z.B. Ariely 2008, Kahnemann 2011, Gigerenzer 2014.

ßen, dass neue, fortschrittliche Dinge hergestellt werden. Viele Unternehmen hoffen allerdings darauf, dass sie möglichst wenig in Neuerungen, in Fortschritt stecken müssen, sondern mit den bestehenden Produkten möglichst viel Gewinn erzielen. **Wachstum als wirtschaftliche Größe umfasst also dreierlei:**

- **mehr Exemplare eines Produktes mit dem gleichen Aufwand**
- **gleich viele Exemplare eines Produktes mit weniger Aufwand**
- **ein gänzlich neues Produkt, das dem gleichen Gebrauchszweck dient**

Fachsprachlich ausgedrückt ist Wachstum die Veränderung des Bruttoinlandsproduktes. Das Bruttoinlandsprodukt ist der Wert aller Waren und Dienstleistungen, die innerhalb eines Jahres innerhalb eines Staates hergestellt wurden und dem Endverbrauch dienen. Bekannt ist daneben auch das Bruttosozialprodukt; dies ist der Wert aller Waren und Dienstleistungen, die in einer Zeitspanne mit Hilfe von Mitteln und Leistungen der Inländer eines Landes hergestellt werden; es ist das an Inländer insgesamt geflossene Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen. Bei dieser Sichtweise werden die Inländer als eine Einheitsmasse betrachtet.

Bruttoinlandsprodukt (BIP) und Bruttosozialprodukt (BSP) bzw. Bruttonationaleinkommen (BNE) sind die mit Abstand häufigsten Begriffe, die ich in den von mir ausgewählten Zeitungen als Kennzahl für wirtschaftlichen Erfolg gefunden habe. Dazu sei jedoch Folgendes gesagt: Weder das Bruttoinlandsprodukt noch das Bruttosozialprodukt sagen etwas darüber aus, ob ein Mitglied der Bevölkerung das gesamte von der Bevölkerung erarbeitete Einkommen erhalten hat und die anderen nichts oder ob jedes Mitglied der Bevölkerung das gleiche Einkommen erhält, egal wieviel jeder einzelne gearbeitet hat. Das Bruttoinlandsprodukt und das Bruttosozialprodukt berücksichtigen auch nicht, ob es Mensch und Umwelt gut oder schlecht geht.

Zumindest folgende Erkenntnis sollte uns interessieren: **Es gibt keine naturgegebene Bedeutung von Wohlstand und Wirtschaftswachstum und der Wendung wirtschaftlicher Erfolg.** Wir Menschen können sie anders bestimmen. Dazu sei gesagt, dass der Erfinder des Bruttosozialproduktes, der US-amerikanische Simon Kuznets (1934), das Bruttosozialprodukt gar nicht als Kennzahl für Wohlstand entwickelt hat, sondern zur Prüfung, ob die US-amerikanische Wirtschaft finanzstark genug wäre, um an einem Weltkrieg teilzunehmen. Er betonte sogar, dass sein Indikator wissenschaftlich gesehen unsolide sei. Längst sind andere Kennzahlen geschaffen worden.

- Der Human Development Index berücksichtigt das Bruttonationaleinkommen pro Kopf, die Lebenserwartung eines Menschen bei dessen Geburt und die durchschnittliche und voraussichtliche Schuldauer
- Der Happy Planet Index berücksichtigt Lebenserwartung, Lebenszufriedenheit und die Fläche Erde, die ein Mensch braucht, um seinen Lebensstandard unter Beibehaltung heutiger Produktionsbedingungen dauerhaft zu ermöglichen.
- Der Index of Sustainable Economic Welfare und die daraus hervorgegangene Ideen für einen Genuine Progress Indicator berücksichtigt die im Haushalt erbrachten Leistungen, den Grad der Nachhaltigkeit unseres Verhalten und die Verteilung von Arbeit und Einkommen positiv und rechnet unerwünschte Folgekosten unseres sozialen und ökologischen negativ mit ein.
- Der Gini-Index stellt die Ungleichverteilung von Einkommen dar und gilt manchen als Ausdruck der gesamtgesellschaftlichen Lage.

Wie beim BIP und beim BSP bzw. BNE ist bei jeder dieser alternativen Kennzahlen deren Ermittlung mal mehr, mal weniger kritisiert worden. Es geht jedoch weniger um Zahlen, die im Detail überzeugen, sondern um grobe Linien, die diese Zahlen erkennen lassen. **Doch im Vergleich zum**

Bruttoinlandsprodukt und dem Bruttosozialprodukt sind diese alternativen Kennzahlen wenig eingebürgert – was sich in deren Vorkommen in den Massenmedien ausdrückt. Exemplarisch habe ich die Online-Versionen weit verbreiteter Tagesmedien aus allen Himmelsrichtungen Europas gesichtet. Die untersuchten Online-Zeitungsarchive sind jene von bild.de (*BILD*), krone.at (*Kronen Zeitung*), lefigaro.fr (*Le Figaro*), dailymail.co.uk (*Daily Mail*), dn.se (*Dagens Nyheter*), fakt.pl (*Fakt*), aktualne.cz (*Aktuálně*), nol.hu (*Népszabadság*), corriere.it (*Corriere della sera*), elpais.com (*El País*). Zählt man das Vorkommen aller Kennzahlen zusammen und vergleicht man dann die Häufigkeit der traditionellen Kennzahlen mit den alternativen Kennzahlen, so stellt man fest, dass letztere zwar in *Fakt* und der *Kronen Zeitung* knapp 10% ausmachen und in der *DailyMail* knapp 6%; in den anderen aber machen sie weniger als 2%, in der *BILD*, dem *Figaro* und dem *Corriere* sogar weniger als 1% aus. **Für die geringe Einbürgerung der alternativen Kennzahlen spricht auch, dass es in einer Reihe von Ländern gar keine einheimische Wortbildung gibt, sondern einfach – gezielt oder nicht gezielt – der manchmal undurchsichtige englische Ausdruck verwendet wird.**

2.4. Welche Ziele haben wir Europäer?

Was sind die Ziele, die wir nicht nur als Individuen oder als Bewohner unseres Heimatortes oder unserer Region oder unseres Landes oder unseres Europas? Schließlich ist Europa als Gemeinschaft gedacht. So ist es vertraglich gedacht? Wir sollen wie Brüder und Schwestern sein. Zumindest aber sind wir als Lebenspartner gedacht, nicht als Menschen, die einander bekämpfen sollen – auch nicht wirtschaftlich. Leider ist es in manchen Teilen Europas trotz Friedensnobelpreis um die Solidarität nicht gut gestellt. Manche Menschen in EU-Staaten, die von der Wirtschaftskrise bislang insgesamt weniger betroffen sind, bevormunden, verhöhnen oder diskriminieren andere, die von der Wirtschaftskrise angeschlagen worden sind. Die Frage nach ihrer Mitschuld an der Situation stellen sie sich nicht. Gerade Deutsche, deren Vereinigung durch europäische Solidarität ermöglicht wurde, sollten sich bewusst sein, dass deutsches Dominanz-Verhalten Erinnerungen an die düstere Geschichte ihrer Nation wecken kann, wie bereits jetzt einige europäische Medien zeigen⁸. Manche Politiker treffen Entscheidungen, die letztlich nur den Verursachern der Krise dienen, nicht den betroffenen Menschen. Es wirkt zynisch, wenn dies – etwa im Falle Griechenlands – als Hilfspakete und Rettungsschirm bezeichnet wird. Es wirkt auch zynisch, wenn manche Politiker den Wirtschaftsraum zur finanziellen Ausbeutung eines anderen Partnerlands sehen wollen, dann aber gegen die Freiheit im Wirtschaftsraum sind, wenn die ausgebeuteten Menschen des Partnerlandes ihre Rechte im Ausbeuter-Land wahrnehmen wollen. Auch innerhalb mancher Staaten werden Solidaritäten aufgekündigt. Deutschland ist dafür ein Beispiel. So wurde 1991 der *Solidaritätszuschlag* eingeführt, zunächst zum Auffangen der Kosten für die deutschen Einheit. Dieser Begriff wurde bald zu *Soli* abgekürzt, sodass Solidarität in den Hintergrund getreten ist. **Schon kleine Wortänderungen wie das Verschwinden des Wortes *Solidarität* im Ausdruck *Soli* können große Wirkungen haben.** Der *Soli* ist vielen zur ungeliebten Belastung geworden. Manche Kritiker der alten Bundesländer übersehen dabei, dass der *Soli* auch von den Bürgern der neuen Bundesländer gezahlt werden muss und für eine ganze Reihe von Maßnahmen verwendet worden ist. Daneben gibt es in Deutschland als Solidarpakt den Länderfinanzausgleich: hierbei werden die Steuereinnahmen der einzelnen Länder verglichen und in der Folge die schwächeren Länder von stärkeren Ländern unterstützt. Welche Signalwirkung hat es, wenn mein Bundesland Bayern gegen den Länderfinanzausgleich klagt, obwohl es von 1950 bis 2012 in nur 25 Jahren Geberland war, aber in 38 Jahren Nehmerland⁹? Parallel dazu gibt es den kommunalen Finanzausgleich, gegen den sich ebenfalls Unmut von einigen reicheren Gemeinde regt. Und es ist sogar soweit, dass manche

⁸ Vgl. Schmidt 2012.

⁹ http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche_Finzen/Foederale_Finanzbeziehungen/Laenderfinanzausgleich/laenderfinanzausgleich.html?view=renderPrint (01-01-14).

sogar schon befürchten, dass wirtschaftlich stärkere Ortsteile und Straßenzüge nicht für wirtschaftlich ärmere Ortsteile und Straßenzüge aufkommen wollten. Solidarität ist in manchen Teilen Europas auf vielen Ebenen gefährdet. Hier kann ein größeres Wir-Denken stattfinden. Wenn also im Folgenden von *Wir* die Rede ist, dann ist damit gemeint: *Wir Menschen in der EU*.

2.4.1. Ziel: Wir wollen gute Partner sein.

Für ein Funktionieren der Euro-Zone sind im europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt zwei grundsätzliche Regeln für die Länder vereinbart worden¹⁰. Ob sie sinnvoll waren oder nicht, ist an dieser Stelle uninteressant; nur deren Einhaltung interessiert:

- “Der staatliche Schuldenstand darf nicht mehr als 60% des Bruttoinlandsprodukts betragen.” Das war schon zu Beginn nicht von allen eingehalten worden: Belgien, Italien, Griechenland, Österreich, Schweden sowie, wenn auch knapp verfehlt, Spanien, Deutschland und die Niederlande. Einige leisteten jedoch bezüglich dieser Vereinbarung gute Arbeit, besonders Schweden, Spanien und die Niederlande. Deutschland schaffte zunächst einen Abbau, lag aber ab 2002 wieder darüber und legte fast beständig zu.
- “Das jährliche Haushaltsdefizit darf nicht mehr als 3% des Bruttoinlandsprodukts betragen.” Mehrfach gerissen wurde diese Vereinbarung als erstes von Griechenland, dann von Portugal und Deutschland sowie von Italien und Frankreich.

Wie gesagt: Ob die Vereinbarungen überhaupt sinnvoll waren, steht hier auf einem anderen Blatt. Wenn man sie nicht für sinnvoll oder einhaltbar hält, dann hätte man sie auch gemeinsam ändern müssen.

Zusätzlich heißt es in Artikel 282 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union¹¹: “(1) Die Europäische Zentralbank und die nationalen Zentralbanken bilden das Europäische System der Zentralbanken (ESZB). Die Europäische Zentralbank und die nationalen Zentralbanken der Mitgliedstaaten, deren Währung der Euro ist, bilden das Eurosystem und betreiben die Währungspolitik der Union. (2) Das ESZB wird von den Beschlussorganen der Europäischen Zentralbank geleitet. Sein vorrangiges Ziel ist es, die Preisstabilität zu gewährleisten.” Gewährleistung von Preisstabilität in einem Europäischen System bedeutet, dass sich alle Mitglieder des Systems an eine möglichst nahe beieinander liegende Inflationsrate halten müssen. Diese wurde vom EZB-Rat, in dem alle Nationalbanken vertreten sind, als “nahe, aber unter 2 Prozent” definiert, also 1,7 bis 1,9 Prozent. Dies bedeutet auch, dass alle Nationalbanken als EZB-Ratsmitglieder darum bemüht sein müssen. Doch die einzigen, die zum Ausbruch der Euroraum-Krise 2007 sagen konnten, dass dieses Ziel unterm Strich (also im Ausgleich von Über- und Unterschreitungen) eingehalten war, waren Frankreich und Österreich¹². Deutschland und Finnland hatten die Vereinbarungen nach unten verletzt, alle anderen nach oben. **Wenn man sich auf ein Ziel einigt, dann ist es gleich schlecht, ob man links oder rechts vorbeigeschossen hat.**

Da die Nationalbanken unabhängig von Politikern sind, kann man letzteren keinen Vorwurf für dieses Versagen machen, allenfalls indirekt in Ländern, in denen die Regierung einen Teil der Verantwortlichen von Nationalbanken vorschlägt.

¹⁰ Entschließung des Europäischen Rates über den Stabilitäts- und Wachstumspakt (Amsterdam, 17. Juni 1997) [Amtsblatt C 236 vom 2.8.1997]:

http://europa.eu/legislation_summaries/economic_and_monetary_affairs/stability_and_growth_pact/l25021_de.htm (03-01-14).

¹¹ <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2012:326:0047:0200:DE:PDF> (01-01-14).

¹² Eigene Berechnung auf Basis der Eurostat-Daten (DE 1,6 – FI 1,7 – FR 1,9 – AT 1,9 – BE 2,1 – IT 2,3 – NL 2,4 – PT 2,9 – IE 3,1 – HE 3,2 – ES 3,2).

2.4.2. Ziel: Wir wollen neben einem hohen Bruttonationaleinkommen auch eine hohe Lebenserwartung und eine gute Schulbildung.

Wenn dies unser Ziel sein soll, dann müssen wir uns jene Länder anschauen, die beim Human Development Index einen hohen Wert erzielen. Der Human Development Index berücksichtigt nämlich das Bruttonationaleinkommen pro Kopf, die Lebenserwartung eines Menschen bei dessen Geburt und die durchschnittliche und voraussichtliche Schuldauer. Glücklicherweise weisen fast alle EU-Staaten eine "sehr hohe menschliche Entwicklung" auf, Bulgarien und Rumänien zumindest eine "hohe menschliche Entwicklung". An Nummer 1 steht im Index für 2012¹³ jedoch ein europäisches Land, das nicht Teil der EU ist: Norwegen. An Nummer 2 steht Australien, an dritter Stelle die USA. Die ersten fünf EU-Länder stehen auf den Rängen 4, 5, 7 (2x) und 15: Niederlande, Deutschland, Schweden, Irland und Dänemark. Nun muss ein langes Leben noch nicht heißen, dass es ein gesundes langes Leben ist. Daher wenden wir uns gleich folgendem Ziel zu.

2.4.3. Ziel: Wir wollen ein langes gesundes Leben.

Wenn wir nur dieses Ziel hernehmen, dann schneidet Deutschland gegenüber all seinen direkten Nachbarn schlechter ab, zum Teil erheblich. Ein durchschnittliches Mädchen, das 2011 in Europa geboren wurde, erwartet laut Eurostat-Datenbank 62,2 gesunde Jahre; ein durchschnittlicher Knabe sieht 61,7 gesunden Jahren entgegen. Blickt man auf die nationalen Zahlen, so kann ein durchschnittliches deutsches Mädchen sich nur auf 58,7 Jahre und ein Junge auf 57,9 Jahre freuen. Besonders gute Aussichten hatten 2011 geborene EU-Kinder in Schweden und Malta (mit über 70 gesunden Jahren in Aussicht) sowie in Norwegen, Luxemburg, Irland, Großbritannien, Spanien und Griechenland (mit über 65 gesunden Jahren in Aussicht).

Ziel: Wir wollen ein sicheres Leben.

Hier lohnt sich ein Blick auf den Failed State Index¹⁴ ("Gescheiterter-Staat-Index"), der vom Fund for Peace seit 2005 ermittelt wird und sich aus 12 Aspekten zusammensetzt. Darunter befindet sich auch der Punkt "fortschreitende Verschlechterung öffentlicher Dienste", der die Garantie der öffentlichen Sicherheit mit einschließt. Die EU-Länder kommen bei diesem Punkt bei der letzten Bewertung (2010) auf einen Durchschnittswert von 2,8. Bis 2,5 gilt ein Land als stabil und zukunftsfähig. Darunter fallen in der EU (in absteigender Reihenfolge) Finnland, Schweden, Dänemark, Österreich, Niederlande, Frankreich, Deutschland, Belgien, Luxemburg, Großbritannien, Spanien und Irland. Betrachtet man die 12 Aspekte insgesamt gehören im Jahre 2010 die folgenden EU-Mitglieder zu den in diesem Index so genannten stabilen, zukunftsfähigen Staaten (in absteigender Reihenfolge): Finnland, Schweden, Irland, Dänemark, Österreich, Luxemburg, Niederlande. Das Land, das insgesamt am Besten abschneidet, ist Norwegen.

Sicherheit bedeutet auch Absenz von Gewalt. Die EU hat 2012 den Friedensnobelpreis verliehen bekommen, "für über sechs Jahrzehnte, die zur Entwicklung von Frieden und Versöhnung, Demokratie und Menschenrechten in Europa beitrugen"¹⁵. Das sollte der EU Anlass sein für die Entwicklung mindestens zweier weiterer Dinge:

¹³ <http://hdr.undp.org/en/content/human-development-report-2013> (01-01-14).

¹⁴ http://www.foreignpolicy.com/articles/2009/06/22/the_2009_failed_states_index (01-01-14).

¹⁵ http://www.nobelprize.org/nobel_prizes/peace/laureates/index.html (01-01-14).

- Entwicklung von Frieden außerhalb Europas, wozu die Umwandlung der Rüstungsindustrie hin zu einer reinen Verteidigungsindustrie ohne Versendung von Waffen jenseits Europas gilt (anstatt die Rüstungsindustrie als Feld für europäisches Wirtschaftswachstum aufzufassen)
- die Abschaffung jeglicher Form von Massenvernichtungswaffen in Europa, auch der “finanziellen Massenvernichtungswaffen”, wie Warren Buffett (2012) Finanzderivate nannte, also solche Geschäfte, die etwa auf den zukünftigen Wert eines Gutes oder eines Geldpapiers wetten, also spekulieren.

Zu einem sicheren Leben gehört auch, dass wir über die Grundversorgung wie Energieversorgung, Müllentsorgung, Gesundheitsbereiche, Regionalverkehr, Post und Telekommunikation verfügen – wir alle. Deswegen **muss die Grundversorgung auch in den Händen einer Einheit liegen, die für die Allgemeinheit zuständig ist – dies kann nur eine staatliche Einheit sein, da Unternehmen (einschließlich Banken und Medienhäuser) in unserem Wirtschaftsmodell profitorientiert sein müssen**. Unternehmen eignen sich in unserem Modell daher nicht für die Bewältigung von Aufgaben des Gemeinwohls. Dennoch wird seit den 1980er Jahren die Verscherbelung öffentlichen Gutes an konkurrierende profitorientierte Unternehmen als Allheilmittel für staatliche Effizienz gesehen. Sie ist jedoch eher eine Droge. Man wird abhängig von einem Unternehmen, das sogar monopolistisch mit dem einstmals öffentlichen Gut umgehen kann, denn niemand würde auf die Idee kommen ein konkurrierendes Schienen- oder Telekommunikationsnetz aufzubauen. Doch eine ländervergleichende Studie der Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt (FORBA) in Wien hat gezeigt (Brandt et al. 2009): Die Folgen der Privatisierung für die Allgemeinheit sind Preissteigerung und Qualitätsverlust und damit unsicherer Zugang zu einem allgemein benötigten Gut. Man kann festhalten¹⁶: Die Verstaatlichungspolitik der europäischen Nachkriegszeit bewerkstelligte erfolgreich, dass kranke Unternehmen saniert wurden und wirtschaftliche Schlüsselbereiche allgemeinwohlorientiert betrieben wurden; versäumt wurde lediglich dies auch mit neuen Schlüsselbereichen der Energieversorgung und Kommunikation zu tun. Dies hätte zu einem weiterhin sicheren Leben beigetragen – letztlich auch zu einem selbstbestimmten Leben, frei von Ängsten um ausreichende Grundversorgung.

2.4.4. Ziel: Wir wollen ein selbstbestimmtes Leben, ein Leben in Freiheit.

Wir haben schon gesehen, dass durch einen Wortbaustein ganze Wortfelder positiv oder negativ klingen können und dass man oft gar nicht mehr sieht, was sich Schlechtes hinter einem schönem Klang verbindet. Wörter mit dem Bestandteil *frei* klingen gut. Das gilt auch für andere europäische Sprachen. Zu solchen Wörtern zählen neben *Freiheit* auch *freier Markt* und *Freihandel*. Zuviel *Freiheit* des einen kann aber auch zu einer Bedrohung des anderen werden. **Deswegen ist das Frei-Sein von mehreren Menschen nur mit Regeln für jeden einzelnen vorstellbar. Das gilt beim Wort *freies Spiel der Kräfte* erst recht, denn auch jedes Spiel funktioniert nur mit Regeln**. Und je komplexer die Angebote zur Freiheitgestaltung sind, desto umfassendere Regeln wird man brauchen. Auch ein *freier Markt* hat Regeln – schon immer, denn die ursprüngliche Idee von *Markt* im wirtschaftswissenschaftlichen Sinne war, jedem die gleiche Chance im Wettbewerb zu garantieren. **Wenn jedoch bestimmte Bereiche nur von wenigen hochspezialisierten Unternehmen und Unternehmensvertretern beherrscht werden, die von der Allgemeinheit nicht überblickt und/oder beeinflusst werden können, dann liegt auch kein Markt vor**. Der Finanzbereich etwa gehört seit den 1980er Jahren trotz aller Wortgebilde eindeutig nicht dazu. Dieser Bereich, der kaum Regeln kennt und in dem Riesen-Verluste von der öffentlichen Hand aufgefangen werden, ist eigentlich unvergleichbar. Vielleicht passt am Besten *Finanzmafia*. Leben in Freiheit bedeutet auch Leben ohne Einengungen durch mangelnde Grundversorgung (siehe oben) oder Armut (siehe unten).

¹⁶ Vgl. Wagenknecht 2012: 339f.

2.4.5. Ziel: Wir wollen weder jetzt noch später in Armut leben.

Wenn wir keine Armut wollen, dann stellt sich auch hier die Frage, was wir unter Armut verstehen. In der EU galt bis vor einigen Jahren die Definition, dass derjenige arm ist, der weniger als 50 Prozent des durchschnittlichen Nettoeinkommens verdient. Heutzutage gilt derjenige als arm, der weniger als 60 Prozent des mittleren Nettoeinkommens verdient. Man muss besonders bei Zahlen immer aufpassen, welche Definition einem Wort wie *Armut* zu Grunde liegt und **ob bei mehreren Zahlen immer die gleiche Bedeutung des Bezugswortes wie etwa *Armut* vorliegt**. Zur Veranschaulichung ein Beispiel: Sagen wir, es gibt eine Person, der pro Arbeitsstunde 100 EUR übrig bleiben, und vier Personen, denen pro Arbeitsstunde jeweils 1 EUR übrig bleibt. Nach der älteren Definition wäre die Armutsgrenze bei 50% des Durchschnitts :

$$\begin{array}{r}
 100 \\
 1 \\
 1 \\
 1 \\
 1 \\
 \hline
 104
 \end{array}
 \rightarrow \text{Durchschnitt} = 104 : 5 = 20,8 \quad \text{davon } 50\% = 10,4 \quad \rightarrow \text{es gibt 4 Arme}$$

Nach der neueren Definition wäre die Armutsgrenze bei 60% des Mittelwerts, auch *Median* genannt.

$$\begin{array}{r}
 100 \\
 1 \\
 1 \\
 1 \\
 1 \\
 \hline
 104
 \end{array}
 \rightarrow \text{Mittelwert} \quad \text{davon } 60\% = 0,6 \quad \rightarrow \text{es gibt 0 Arme}$$

Das heißt, nur über die neue Definition hätte man in dieser Gruppe die Armut abgeschafft.

Wieviel Prozent der Menschen in Europa sind nach dieser Definition selbst nach Verteilung der Sozialleistung von Armut bedroht? 2005 waren dies gemäß Eurostat in der EU 16,4 Prozent, 2011 waren es 16,9 Prozent. Besonders geringe Gefahr bestand 2005 für Schweden (9,5%) und 2011 für Tschechen (9,8%). Innerhalb der Euro-Zone am wenigsten bedroht waren 2005 und 2011 die Niederländer (10,7% und 11,0%), außerhalb der EU-Zone waren es in Europa 2005 und 2011 die Norweger (11,4% und 10,5%). Abgesehen von Ausnahmen, die im Rahmen dieses Aufsatzes nicht genauer analysiert werden können, schneiden Nord- und West-Europa einschließlich Deutschland und Österreich besser ab als Süd- und Ost-(Mittel-)Europa.

Als weitere Kennzahl von Armut kann man sich den Prozentsatz der Menschen anschauen, die gemäß Eurostat an "materiellem Entzug" leiden¹⁷. Das hört sich kompliziert an. Es genügt für unsere Zwecke darauf hinzuweisen, dass auch bei dieser Kennzahl Nord- und West-Europa einschließlich Deutschland und Österreich besser abschneiden als andere Regionen.

¹⁷ Im Original heißt es *materielle Deprivation*, definiert als "3 der 9 Posten materieller Deprivation in der Dimension 'Wirtschaftliche Belastung und langlebige Gebrauchsgüter'".

Eine dritte Kennzahl für Armut kann der Human Poverty Index¹⁸ (“Menschliche-Armut-Index”) sein, der seit 1997 von der UN berechnet wird. Er berücksichtigt für Industrieländer die Wahrscheinlichkeit vor dem 60. Lebensjahr zu sterben, den Prozentsatz der Analphabeten in der erwachsenen Bevölkerung, den Prozentsatz der Menschen mit einem Einkommen von weniger als 50% des Medians und den Prozentsatz der Langzeiterwerbslosen (12 Monate und länger). Die europäischen Länder mit der geringsten Armut (weniger als 10 von 100 Punkte) waren im letzten Bericht (2007/08) Schweden, Norwegen, die Niederlande, Finnland und Dänemark. Italien hat 29,8 Punkte. Die restlichen westeuropäischen Länder haben zwischen 10 und 20 Punkten. Für die sich entwickelnden Länder gibt es mittlerweile den Multidimensional Poverty Index¹⁹ (“Multidimensionaler Armut-Index”). Hier schneiden die Nachfolgestaaten der UdSSR, Ostmitteleuropa und der Balkan, aber auch die Vereinigten Arabischen Emirate besonders gut ab.

Mit dem Einzug des marktradikalen Neoliberalismus in Westeuropa wurden allmählich wieder Suppenküchen und Lebensmittelausgaben für Bedürftige eingerichtet: ab 1984 in Frankreich (die *Restos du Coeur* ‘Restaurants des Herzen’), ab 1986 in Belgien, ab 1993 in Deutschland (die *Tafeln*), später auch in Spanien, Österreich, den Niederlanden, Ungarn und Polen. Man kann diesen Einrichtungen für ihre Arbeit dankbar sein. Aber es wirkt doch etwas zynisch, wenn Politiker in Regierungsverantwortung sich lächelnd bei solchen Einrichtungen bedanken und sie für begrüßenswert halten. Viel eher scheint Scham angebracht, dass es solcher Einrichtungen im reichen Europa überhaupt bedarf und die Politik nicht mehr fähig ist, derartige Armut zu beenden.

In den letzten Jahren haben manche europäischen Länder im demografischen Wandel eine Gefahr für Armut im Alter gesehen. Im Englischen gibt es dafür den sehr bildhaften Ausdruck *greying of Europe* ‘Europas Ergrauen’ oder ‘Europas Grau-Werden’. Als Ausweg für dieses mutmaßliche Problem sind private Vorsorge und längere Lebensarbeitszeit vorgeschlagen und teilweise schon eingeführt worden. Spätestens auf den zweiten Blick erscheinen diese Schlussfolgerungen jedoch unlogisch:

- Wie wir bereits in der Einleitung gesehen haben, **ist volkswirtschaftlich ein Sparen in die Zukunft nicht möglich**, denn (1) die jetzigen verzinnten Ersparnisse des Einen sind die jetzigen verzinnten Kreditnahmen des Anderen; (2) wenn keiner Kredite braucht, gibt es auch keine Zinsen auf Ersparnisse; (3) im Sparstrumpf verliert das Geld an Kaufkraft. **Es muss also immer das augenblicklich erwirtschaftete Vermögen auch immer für die Versorgung aller augenblicklich lebenden Einwohner hergenommen werden.** Dann ist es aber auch nicht einzusehen, warum eine ausreichende Grundversorgung die Finanzindustrie als unzuverlässigen Zwischenhändler brauchen sollte statt von vornherein vom Staat geleistet zu werden.
- Wie gesagt: Das augenblicklich erwirtschaftete Vermögen muss immer für die Versorgung aller augenblicklich lebenden Einwohner hergenommen werden. Das sind aber nicht nur die Nicht-Mehr-Erwerbstätigen, sondern auch die Noch-Nicht-Erwerbstätigen, also unsere Kinder. Diese aber sind ja gerade weniger geworden als früher. Darüber hinaus steigt in der Regel ja auch die gesamtwirtschaftliche Produktivität. Insofern relativiert sich die angebliche Bedeutung des demografischen Wandels für das Versorgungssystem.
- Ungeachtet gesundheitlicher Fragen ergibt eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit überhaupt nur dann einen Sinn, wenn gleichzeitig auch genug angemessene Erwerbsarbeit auf Vollzeitstellen angeboten wird. Dagegen sieht man in Europa im Vergleich zu den 1990er Jahren einen politisch unterstützten Ausbau von Teilzeitstellen (ausgenommen Dänemark, Irland, Lettland, Litauen, Tschechien, Bulgarien und Rumänien) und ein Ausbau von zeitlich

¹⁸ http://hdr.undp.org/sites/default/files/reports/268/hdr_20072008_en_complete.pdf (01-01-14), 241ff.

¹⁹ <https://data.undp.org/dataset/Table-5-Multidimensional-Poverty-Index/7p2z-5b33> (01-01-14).

befristeten Stellen (ausgenommen Dänemark, Finnland, Norwegen, Irland, Malta und Tschechien) (International Labour Office 2008: 119). Erhöhungen des Rentenalters erscheinen damit nur als (hinter)listiger Weg zur Kürzung von Renten.

2.4.6. Ziel: Wir wollen ein nachhaltiges Leben führen, also ein solches Leben, das die Erde nur soweit nutzt, dass sie sich selbst wieder erneuern kann, damit wir selbst und unsere Kinder in späteren Jahren ein natürliches Leben führen können.

Bei einem solchen Ziel bietet sich der Blick auf den Happy Planet Index an. Eingerechnet werden hier Lebenserwartung, Lebenszufriedenheit und die Fläche Erde, die ein Mensch braucht, um seinen Lebensstandard unter Beibehaltung heutiger Produktionsbedingungen dauerhaft zu ermöglichen. Letzteres ist auch bekannt als ökologischer Fußabdruck. Nach dieser Rechnung schneiden einige lateinamerikanische Staaten sowie Vietnam sehr gut ab. **Europäische Staaten sind im Hinblick auf Lebenslänge, Lebenszufriedenheit und Umweltschutz bestenfalls im Mittelfeld zu finden**; am Besten schneidet Albanien ab. Einige europäische Staaten schneiden sogar schlecht ab: Dänemark, Lettland, Slowakei, Bulgarien und Mazedonien.

Ein anderer Versuch ist der Index of Sustainable Economic Welfare ('Index für nachhaltigen wirtschaftlichen Wohlstand'), kurz: ISEW. Das Bruttosozialprodukt/Bruttonationaleinkommen misst die wirtschaftliche Produktion einer Nation. Bei einer Steigerung dieses Wertes könnten wir nun den Eindruck gewinnen, unser Wohlstand sei gestiegen. Doch im Bruttosozialprodukt/ Bruttonationaleinkommen wird vieles als positiv gebucht, was viele Allgemeinbürger eher als negativ sehen. Schadensbeseitigungen bei Umwelt und Menschen, die durch unser Verhalten ausgelöst werden, gelten beim Bruttosozialprodukt als positiv. Beim ISEW dagegen werden unerwünschte Folgekosten unseres sozialen und ökologischen Verhaltens negativ eingerechnet. Darüber hinaus gibt es noch weitere Aspekte, die vom BIP abweichen. So werden beim ISEW die im Haushalt erbrachten Leistungen, der Grad der Nachhaltigkeit unseres Verhalten und die Verteilung von Arbeit und Einkommen berücksichtigt. Bislang fehlen großflächig vergleichende gleichartige Berechnungen. In einer Studie von Lawn (2003) wurden die ISEW-Werte von 1950 bis 1990 für die USA, Großbritannien, die Niederlande, Deutschland, Österreich und Schweden verglichen. Dabei schneiden die Niederlande deutlich am Besten ab (deren ISEW-Wert liegt sogar über dem des BSP). Danach kommen Deutschland, Österreich und Schweden. Die USA sind im Jahr 1990 kaum über das Niveau von 1950 hinausgekommen, Großbritanniens Wert war zwar bis in die zweite Hälfte der 1970er Jahre angestiegen; ab dem Zeitpunkt der Einführung des Thatcherismus jedoch wieder auf das Niveau von 1950 zurückgefallen. Auf der Basis des ISEW wird gerade ein Genuine Progress Indicator diskutiert. Die EU hat dazu die "Jenseits-des-BSP-Initiative" (*Beyond GNP Initiative*) ins Leben gerufen.

2.4.7. Ziel: Wir wollen Leistungsbilanzen, die im Gleichgewicht sind.

Aus irgendeinem Grunde glauben viele, dass es gut sei, die Leistungsbilanzen eines Landes, also das Verhältnis von Exporten und Importen, ständig im Ungleichgewicht zu halten, und zwar zugunsten von ersterem. Im Deutschen hat man dafür sogar das Wort *Exportweltmeister* geschaffen, das in den anderen europäischen Sprachen, die ich untersucht habe, gar nicht oder kaum vorkommt – selbst in Sprachen von Ländern, die ähnlich gern die Exporte den Importen vorziehen. Ohnehin kann man sich fragen, wie eine Exportweltmeisterschaft überhaupt als Gewinn für ein Land betrachtet werden kann, wenn diese durch gedrückte Lohnentwicklung und unter Umständen nicht einlösbare Geldforderungen an das Ausland erreicht worden sind. **Exportweltmeister ist ein besonders eingängiges Beispiel dafür, wie ein guter Wortklang eine schlechte Sache verschleiert.**

Schauen wir uns also an, wer sich über einen gewissen Zeitraum hinweg im Gleichgewicht befindet. Betrachten wir dazu den 6-Jahres-Zeitraum der EU-27, also von 2007 bis 2012. Wenn wir die Jahresbilanzsalden für Vorgänge mit Nicht-EU-Ländern miteinander verrechnen und prüfen, wer nach sechs Jahren am ehesten die Gleichgewichtssumme 0 erreicht, dann stellen wir fest, dass Deutschland nicht an Nummer 1 ist, sondern an vorletzter Stelle. Nur die Niederlande schneiden noch schlechter ab. Am vorbildlichsten zeigen sich in dieser Hinsicht Litauen, Lettland und Malta. Freilich kann man einwenden, dass man die unterschiedlichen Einwohnerzahlen der Länder mit berücksichtigen müsste. Aufgrund der Schwankungen ist eine Pro-Kopf-Berechnung wenig sinnvoll. Stabil wäre hingegen eine Berechnung pro angefangene Million an Einwohner. Also quasi wie ausgeglichen schafft es eine Gruppe aus bis zu einer Million Menschen in den einzelnen Ländern nach 6 Jahren im Gleichgewicht zu sein? Bei dieser Betrachtung liegt Deutschland auf Platz 20. An letzter Stelle stehen wieder die Niederlande. Die Spitzenplätze nehmen Frankreich, Litauen und Ungarn ein. Wir können auch eine ganz milde Betrachtungsweise ansetzen und prüfen, inwieweit Länder ausgewogen mal die Rolle eines Importeurs und mal jene eines Exporteurs angenommen haben. Auch hier befindet sich über den 6-Jahres-Zeitraum Deutschland in der schlechtesten Gruppe; es nahm stets die Rolle des Exporteurs an. Am besten schneidet hier Slowenien ab, es war in drei Jahren Importeur und in drei Jahren Exporteur. Frankreich schafft es zumindest 4 Jahre Exporteur und 2 Jahre Importeur zu sein. Ein 5:1-Verhältnis in die eine oder andere Richtung liegt bei Litauen, Polen, Rumänien, Lettland, Tschechien, Italien, Portugal, Estland, Slowakei und Zypern vor. Alle anderen befinden sich im 6-Jahresvergleich im extremen Ungleichgewicht. In Partnerschaften muss aber entweder ein Geben-Nehmen-Ausgleich stattfinden oder man sieht sich als echte Wirtschaftsgemeinschaft mit einem gemeinsamen Finanzwesen einschließlich Buchhaltung an.²⁰

Ähnliches können wir nun für Handelsbilanzen für Geschäfte innerhalb der EU überprüfen. Immerhin ist die Schiefelage in der EU auch durch "schiefe" Handelsbilanzen bedingt worden. Wählen wir die absoluten Zahlen, sind Deutschland erneut an vorletzter und die Niederlande an letzter Stelle zu finden; am besten schneiden Litauen und Estland ab. Nehmen wir die Handelsbilanz pro Million Menschen, nimmt Deutschland Platz 14 ein, die Niederlande den letzten Platz; die besten Ränge werden von Italien und Litauen erreicht.²¹

2.4.8. Ziel: Wir wollen Gerechtigkeit.

Auch *Gerechtigkeit* ist ein vager, situationsabhängiger Begriff. **Gerecht schiene es schonmal, wenn Löhne sich parallel zur Produktivität entwickeln würden. Gemäß einer Studie der International Labour Organization (ILO) war dies für die Spanne 1990 bis 2006 nur in Irland, Luxemburg, Schweden, Spanien und Tschechien** sowie in Mexiko der Fall (International Labour Organization 2008: 7). Ein gegenüber dem Produktivitätszuwachs höherer Lohnzuwachs wurde in Griechenland, Großbritannien, Norwegen und Portugal sowie in China und Südafrika gewährt. Ein gegenüber dem Produktivitätszuwachs geringerer Lohnzuwachs zeigt sich innerhalb der EU in Belgien, Dänemark, Frankreich und den Niederlanden. Eine noch größere Lohnzurückhaltung zeigt sich in Italien und Ungarn. Eine massive Lohndrückung zeichnet Deutschland, Finnland, Österreich, Polen und die Slowakei aus. International war die Lohndrückung in Brasilien und Russland besonders heftig.

²⁰ Eigene Berechnung auf Basis der Eurostat-Daten für Extra-EU27-Handel (Entfernung von der 0-Marke in absoluten Zahlen: Spannweite von LT 1.371 MioEUR bis NL 645.125 MioEUR; Entfernung von der 0-Marke pro Mio Menschen: Spannweite von FR 327 MioEUR bis NL 37.949 MioEUR).

²¹ Eigene Berechnung auf Basis der Eurostat-Daten für Intra-EU27-Handel (Entfernung von der 0-Marke in absoluten Zahlen: Spannweite von LT 630 MioEUR bis NL 151.378 MioEUR; Entfernung von der 0-Marke pro Mio Menschen: Spannweite von IT und LT 230 MioEUR bis NL 8.905 MioEUR).

Gemäß der ILO-Studie (2008: 11 & 14) ist **in vielen europäischen Ländern von 1990 bis 2006 auch die Ungleichheit der Einkommensverteilung gestiegen**. Als Kennzahl wurde hier der Index, den der italienische Mathematiker Gini vorgeschlagen hergenommen. Der Gini-Index ist eine Zahl zwischen 0 (völlige Gleichheit) und 1 (völlige Ungleichheit = einer bekommt alles). Etwa gleich geblieben ist der Gini-Index in Europa lediglich in Dänemark, Deutschland und Frankreich; deutlich gesunken ist er nur in der Schweiz und in Slovenien (dessen Wert sich auf jenen Schwedens einpendelte). In allen anderen europäischen Länder hat sich die Einkommensungleichverteilung erhöht. Außerhalb Europas zeigt sich Guyana und der Jemen sowie eine Reihe von afrikanischen Staaten südlich der Sahara als vorbildlich in der Verminderung der Ungleichverteilung der Einkommen. Die Vermögensungleichverteilung ist im Übrigen noch bedeutend größer. Mehr als doppelt so groß ist der Gini-Index für Vermögen etwa in Deutschland und Frankreich sowie in Kanada.

Gerechtigkeit kann aber auch noch mehr bedeuten, dass Vorgänge in unserer Gesellschaft frei von Korruption sind. Der Corruption Perceptions Index²² misst die bei Politikern und Beamten wahrgenommene Korruption. Unter die zehn besten Staaten fallen im Jahre 2013 die skandinavischen Länder, die Schweiz, die Niederlande, Neuseeland und Australien, Kanada und Singapur.

Dass keine Korruption wahrgenommen wird, heißt im Übrigen noch lange nicht, dass deshalb alles sachbezogen ablaufe. Für Karrieren mag vielleicht nicht gezahlt werden; aber das heißt nicht, es komme auf die Leistung des Bewerbers an. Bei wie vielen Karrieren entscheidet letztlich das Beziehungsgeflecht. Das muss gar an sich nichts Negatives sein. Einen negativen Beigeschmack erhält dies erst, wenn so getan wird, als zähle im Wesentlichen die Leistung. Im Global Corruption Barometer²³ jedenfalls, das in verschiedenen Bereichen den von Experten wahrgenommenen Korruptionsgrad von 1 (überhaupt nicht korrupt) bis 5 (sehr korrupt) angibt, haben immerhin alle untersuchten EU-Länder einen Durchschnittswert von 3,0 bis 3,8 (nicht untersucht wurden die Niederlande, Österreich, Polen und Schweden). **Angesichts dieser Korruptionsindex-Werte erscheint auch die Beschreibung Europas als Leistungsgesellschaft bzw. leistungsgerechte Gesellschaft als Wortblase. Sie erscheint auch als Wortblase, wenn Erwerbstätige bei voller Erfüllung ihrer Aufgaben entlassen werden oder wenn sich die Einkommen zweier Menschen und mehr als das 100-fache unterscheiden oder wenn die Leistung eines Investmentbankers höher eingeschätzt wird als die eines Allgemeinarztes oder wenn die Leistung einer deutschen Pflegekraft höher eingeschätzt wird als die einer rumänischen Pflegekraft.** Der durchschnittliche Korruptionsgrad im Bereich der Medien ist in Tschechien und Estland nur unter 3,0. In Griechenland ist er 4,4. In den anderen EU-Ländern steht geht er von 3,0 bis 3,9. International gesehen ist er in Burundi besonders niedrig (1,2).

2.5. Zwischenbilanz

Was können wir als Zwischenbilanz festhalten?

- Manche Kennzahlen sprechen dafür, **dass die EU sich bescheiden verhalten sollte**. Bei der Überwindung von Staatskrisen und bei der Beachtung ökologischer Belange haben eine Reihe von lateinamerikanischen Staaten sehr gut abgeschnitten. In vielen Bereichen liegt **Norwegen** vorne.

²² <http://www.transparency.org/research/cpi/overview> (01-01-14).

²³ <http://www.transparency.org/gcb2013> (01-01-14).

- Manche Kennzahlen sprechen dafür, **dass klassisch-erfolgreiche Länder sich bescheiden verhalten sollten**. Sie sind nicht unbedingt bei modernen, alternativen Zielen erfolgreich. Des Öfteren erweisen sich bei den alternativen Zielen **Schweden, die Niederlande, Irland und Dänemark** erfolgreich.
- Im EU-Vertrag²⁴ heißt es (in Artikel 2 der derzeit gültigen Fassung): “Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.” Gemäß EU-Vertrag (Artikel 3 der derzeit gültigen Fassung) wirkt die EU “auf die nachhaltige Entwicklung Europas auf der Grundlage eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums und von Preisstabilität, eine in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt, sowie ein hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität hin. Sie fördert den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt. Sie bekämpft soziale Ausgrenzung und Diskriminierungen und fördert soziale Gerechtigkeit und sozialen Schutz, die Gleichstellung von Frauen und Männern, die Solidarität zwischen den Generationen und den Schutz der Rechte des Kindes. Sie fördert den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten.” Aus diesen Zielen sowie den Zielen der nationalen Verfassungen in der EU geht hervor, dass der seit 3 Jahrzehnten andauernde Neoliberalismus abzuschaffen ist. **Der Neoliberalismus ist vertragswidrig und verfassungsfeindlich.**
- Wir haben gesehen: **Wörter formen unser unbewusstes Denken**. Sie lösen negative oder positive Gedanken aus, je nachdem mit welchem Ereignis sie verknüpft werden, je nachdem zu welcher anderen Wörtern sie ähnlich klingen, je nachdem wie bildhaft sie sind. Die fachsprachliche Bedeutung von Wörtern kann von der Alltagssprachlichen Bedeutung abweichen. Die Bedeutung von Wörtern ist grundsätzlich veränderbar, was gerade für zeitliche Vergleiche relevant ist.

2.6. Wege

Der Mensch scheint selbst nicht fähig, das wirtschaftliche Geschehen wirklich zu überblicken. Der Mensch scheint außerdem nicht fähig, die ethischen Folgen seines Handelns zu überblicken. Ein Privathaushalt will seine Basis- und Luxus-Bedürfnisse befriedigen, durchaus unter ethischen Aspekten. Doch die Entstehung eines Gutes ist für ihn nicht sichtbar und auch nicht immer nachvollziehbar. Es kann auch nicht von jeder Privatperson für jedes Gut geleistet werden. Selbst bei weitestmöglicher Recherche werden Qualen für Mensch, Tier und die restliche Umwelt nicht immer sichtbar. Auch das Hoffen auf ein allgemeines ethisches Bewusstsein ist realitätsfremd, vor allem im nicht-öffentlichen Bereich oder in einem Bereich, in dem andere Werte vorgespochen und vorgelebt werden. Ebenso sind auch Unternehmer Menschen – viele mit hohem ethischen Bewusstsein, manche aber auch mit weniger, vor allem im nicht-öffentlichen Bereich. Die erste Aufgabe des Unternehmers ist bei unserem derzeitigen Modell immer die Gewinnmaximierung. Neben einer fortschrittlicheren Ethik, einem fortschrittlicheren Gesellschaftsmodell bleibt nur ein allgemeines öffentliches Regelwerk, dessen Einhaltung kontrolliert wird. Nur ein Gremium an Politikern ist daher in der Lage, entsprechende allgemeine Rahmenbedingungen zu schaffen. Und dieses Gremium muss öffentlich sein, da auch Politiker nur Menschen sind, viele mit hohem ethischen Bewusstsein, manche aber auch mit weniger, vor allem im nicht-öffentlichen Bereich.

²⁴ <http://eur-lex.europa.eu/JOHtml.do?uri=OJ:C:2010:083:SOM:DE:HTML> (01-01-14).

Es sei nochmals betont, dass solche Vorschläge keine pauschale Hetze gegen die mutmaßlichen Siegreichen des jetzigen Systems sind. Freilich müssen jene, die nach geltendem Recht Verbrechen begangen haben, bestraft werden. Strafverfolgung nach geltendem Recht. Verständnis habe ich für jene, die nach geltendem Recht versucht haben, möglichst viel für sich herauszuholen. Was der einzelne darf, kann jedoch dem Interesse der Allgemeinheit zuwider laufen. Es kann sogar sich widersprechende politische Bedingungen geben. PolitikerInnen mögen zwar beispielsweise so handeln, dass Gewinne an einzelne fallen und Verluste von allen geleistet werden müssen (ohne dass es spürbare Maßnahmen für die Schuldigen der Verluste gibt). Aber solche Maßnahmen verstoßen eigentlich gegen die EU-Verträge.

Als Deutscher erlaube ich mir zu sagen: Werden Deutsche sich der Folgen ihres eigenen wirtschaftlichen Handelns für andere Völker bewusst – so wie sie oben angeschnitten wurden –, dann ergibt sich als erster Vorschlag für die alternativen Ziele eine Sprechweise, die nicht Herablassung ausdrückt: **es täte wohl anderen Europäern und uns Deutschen gut, sagten wir für das eine oder andere einmal “Wir bitten um Verzeihung!”**.

Sodann sollte man Möglichkeiten wahrnehmen, jene Länder kennenzulernen, die bei den genannten alternativen Zielen gut abschneiden. Aber natürlich mangelt es schon jetzt nicht an Lösungsvorschlägen, um die oben vorgestellten alternativen Ziele zu erreichen. Vielfach geht es dabei um Rückbesinnung auf die Ideen des britischen Ökonomen John Maynard Keynes. **Die Prinzipien von Keynes wurden nach der Krise der 1930er Jahre zunächst in den USA, nach dem Zweiten Weltkrieg auch in Westeuropa erfolgreich umgesetzt, haben sogar zwei Ölkrisen zu überwinden vermocht und wurden ohne Not ab den 1970er Jahren aufgegeben.** Ein umfassender Vorschlag zur Erweiterung des Keynes-Modells ist die Ökosoziale Marktwirtschaft²⁵ zu liegen, wie sie im Europäischen Haus Pappenheim von Franz-Josef Radermacher vorgestellt worden ist, der sie wissenschaftlich begründet hat. **Die Ökosoziale Marktwirtschaft beinhaltet, dass Umwelt als handelbares Produkt und daher mit Kosten verbunden wird und dass Energieverbrauch und Energieträgerverbrauch besteuert werden.** Sie soll damit auch zu einem umfassenderen gesellschaftlichen Umdenken führen, das sich in vielen kleinen Änderungen widerspiegelt. Eine solche Änderung stellt zum Beispiel ein fleischfreier (oder gar tierfreier) *Veggie Day* dar, wie er von Restaurants und Kantinen in einigen Städten Belgiens und Deutschlands umgesetzt wird. Legt man diesen Tag auf einen Freitag, dann lassen sich ökonomische, ökologische, medizinische und ethische Gründe sogar mit kulturellen Gründen verbinden – da im traditionellen Christentum der Freitag fleischfrei ist. In einigen Medien sind Befürworter eines fleischfreien Tages als “Spaßbremse” titulierte worden. Man fragt sich allerdings, welche Vorstellung von *Spaß* solche Autoren haben – immerhin müssen dazu andere Lebewesen umgebracht und Umweltzerstörung betrieben werden.

Für die ökosoziale Marktwirtschaft plädiert unter anderem die Global-Marshall-Plan-Initiative²⁶. Sie spricht sich ferner aus

- für eine ausreichende Finanzierung zur Erreichung der **UN-Millenniumsziele**²⁷ zur Bekämpfung von Armut, Seuchen und Kindersterblichkeit, zur allgemeinen grundständigen Bildung, zur Gesundheitsversorgung von Müttern, zur Geschlechtergleichheit und zum Aufbau einer globalen Partnerschaft für Entwicklung
- für eine **faire Besteuerung von Finanztransaktionen und Umweltverbrauch**
- für einen **globalen Ordnungsrahmen** wirtschaftlichen Handelns

²⁵ <http://www.foes.de/> (01-01-14); vgl. z.B. auch Radermacher/Beyers 2011.

²⁶ <http://www.globalmarshallplan.org/> (01-01-14).

²⁷ <http://www.unric.org/html/german/mdg/index.html> (01-01-14).

Auch andere haben sich für eine Wiederaufnahme und Weiterentwicklung des Modells stark gemacht, das Westeuropa nach dem zweiten Weltkrieg groß gemacht hat. Die vier Grundsäulen wären dabei der Sozialstaat, das Prinzip der persönlich Haftung, die Mischung aus staatlichen und unternehmerischen Wirtschaftszweigen und die Verhinderung wirtschaftlicher Macht durch Befürwortung kleiner und mittelständischer Unternehmen. Als wichtige Elemente werden dabei auch Freiheit zur Erholung und zur Pflege sozialer Bindungen sowie Freiheit von Stress und Angst.

Es gibt auch Vorschläge für eine radikale Neugestaltung der Wirtschaft, etwa die Gemeinwohl-Ökonomie²⁸. Wie der Name *Gemeinwohl-Ökonomie* es ausdrückt, wäre der Beitrag zum Allgemeinwohl das Ziel wirtschaftlichen Handelns. Im Vordergrund stünde die Verminderung des Naturverbrauchs, also des ökologischen Fußabdrucks. Gewinn wäre dabei nicht mehr Ziel, sondern nur noch Weg zum Ziel. Die volkswirtschaftlich entscheidende Kennzahl wäre das Gemeinwohlprodukt, die betriebswirtschaftliche Kennzahl nicht mehr die Finanzbilanz, sondern die Gemeinwohlbilanz. Je besser diese ausfiele, desto mehr rechtliche Vorteile hätte der Betrieb. Für den internationalen Wirtschaftsaustausch gäbe es eine Währungs Kooperation mit einer globalen Recheneinheit. Die Details eines solchen Modells und deren Realisierungsmöglichkeiten sollen jedoch in einem demokratischen Prozess noch erörtert werden. Das Modell erforderte letztlich eine neue Art Mensch. Allerdings könnten einige Ideen auch in die Weiterentwicklung einer sozialen Marktwirtschaft eingebettet werden.

Der Berücksichtigung von ökologischen Aspekten beim Verständnis von Wirtschaftswachstum schließt sich auch Heiner Flassbeck an²⁹, was auch nach seiner Ansicht einen starken Staat bedinge. Er hat im Europäischen Haus Pappenheim vor allem einige Vorschläge zur unmittelbaren Bewältigung der Krise im Euro-Raum gemacht, die eine europaweite Angleichung der Wirtschaftskraft erlauben:

- In den Staaten, die die Inflationsvereinbarungen mittels Lohndumping missachtet haben, sollten ihre **Löhne massiv nach oben fahren, damit Binnennachfrage und Importe zum Ausgleich der Leistungsbilanzunterschiede angekurbelt werden**. Nicht flexibel-instabile Arbeitsmärkte, sondern stabile Arbeitsmärkte sind das Gebot der Stunde. Als Lohnsteigerungsformel wäre danach wieder einzuführen: Produktivitätszuwachs + Inflationsziel.
- In den Staaten, die derzeit als Problemstaaten gelten, sollten staatliche **Investitionsprogramme zur Verbesserung des gesellschaftlichen Lebens** gefahren werden, die vor allem einheimischen Haushalten und Unternehmen zu Gute kommen.
- **Wenn sowohl Privathaushalte als auch Unternehmen sparen, muss der Staat mittelfristig mit Blick auf die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung Ausgaben tätigen**, über Aufträge oder Steuerpolitik die Nachfrage nach Privatkonsum und Unternehmensinvestitionen ankurbeln.
- Geldpolitik muss neben dem Ziel der moderaten Inflation, also der Preisniveaustabilität, auch die **Vollbeschäftigung** im Blick haben. Des Weiteren muss die Finanzpolitik Regelungen einführen, die **Finanzprodukte nur dann genehmigen, wenn sie einen gesellschaftlichen Nutzen und leicht beherrschbare Risiken haben**.

Auch in anderen Quellen finden sich einige der genannten Punkte in ähnlicher Formulierung sowie außerdem folgende Strategien³⁰:

²⁸ <http://www.gemeinwohl-oekonomie.org/de> (01-01-14).

²⁹ <http://www.flassbeck-economics.de/> (01-01-14); vgl. z.B. auch Flassbeck 2012.

³⁰ Vgl. z.B. Stiglitz 2012, Zeise 2012, Wagenknecht 2012, Chang 2012, Goodwin/Burr 2013, Schulz 2013, BEIGEWUM 2013; http://www.alternative-wirtschaftspolitik.de/veroeffentlichungen_der_arbeitsgruppe/memorandum_2013/index.html

- große **Finanzkonzerne verstaatlichen** (womit nicht nur die faulen, sondern auch werthaltige Forderungen an den Allgemeinheit übergehen) und diese Konzerne auf ein gemeinnütziges Geschäftsmodell verpflichten, das im Dienst der Realwirtschaft steht
- den **profitorientierten Privatunternehmen überlassene Bereiche der allgemeinen Grundversorgung wieder verstaatlichen** (wie Energieversorgung, Müllentsorgung, Gesundheitsbereiche, Nahverkehr und Eisenbahn, Post und Telekommunikation)
- für bestehende Regelungen, die die Umverteilung von unten nach oben verstärkt haben, **Regelungen, die fairen Wettbewerb ermöglichen, einführen**
- eine einmalige Abgabe auf Vermögen von Multimillionären einholen
- eine EU-weite **Steuerpolitik einführen, die den Staat für seine verfassungs- und EU-vertragsmäßigen Aufgaben solide ausstattet**
- Altschulden der EU-Staaten streichen
- Staaten ermöglichen, sich Geld direkt bei der Europäischen Zentralbank statt auf einem unregulierten globalen Finanzmarkt zu besorgen
- Einkommen weniger extrem verteilen, damit der Staat auf fehlende Nachfrage bei Privathaushalten seltener mit kreditfinanzierten Staatsausgaben reagieren muss
- europaweit Mindestlöhne einführen

Viele WirtschaftswissenschaftlerInnen sprechen sich gegen solche Maßnahmen aus, weil sie eine Schwächung des Arbeitsmarktes befürchten. In diesem Essay geht es jedoch nicht darum zu befürchten, sondern etwas nachzuweisen. Und daran mangelt es. Bisherige Studien haben beispielsweise vielmehr den **Nachweis erbracht, dass Mindestlöhne im Grundsätzlichen keinen Einfluss auf die Arbeitsmarktsituation haben**³¹.

Mit diesen Regeln könnte man dann **das gegenwärtige Modell eines Wohlstands-Killers durch das Modell eines Wohlstands-Schöpfers ersetzen**. Es braucht einen gesunden, wohlgeformten Wohlfahrtsstaat. Aus der genannten Studie der International Labour Organization (2008: 88) geht Folgendes hervor: **Je ausgeprägter der Sozialstaat, desto höher die Arbeitskraft bzw. Leistungsstärke von Menschen**.

In der Tat scheint die ausgewogene Verteilung von Einkommen ein wichtiger Motor zu einer besseren Gesellschaft zu sein. Warum? Weil Dutzende von Vergleichen von Richard Wilkinson und Kate Pickett (2009) zeigen, dass es einen statistisch bedeutsamen Zusammenhang zwischen Einkommensungleichverteilung und vielen sozialen Problemen gibt—mal stärker, mal schwächer. Der englische Titel *The Spirit Level* (wörtlich ‘Das Niveau des Geistes’) ist übersetzt worden mit *Gleichheit ist Glück*. Nun soll damit nicht gemeint sein, dass alle Personen das genau gleiche Einkommen beziehen sollen, aber die Unterschiede sollen eben gering sein. Nähme man den bereits erwähnten Gini-Index und vergleicht die Leistung einzelner Staaten bei den verschiedenen Kennzahlen³², dann erweist sich in jedem Falle ein Index um 0,400 vor Steuern und Sozialleistungen und ein Gini-Index zwischen 0,200 und 0,250 nach Steuern und Sozialleistungen als effizient. Die Werte von Wilkinson und Pickett sind das Verhältnis der oberen 20 Prozent zu den unteren 20 Prozent, wie sie im Human Development Report der Vereinten Nationen des Jahres 2006

(01-01-14).

³¹ Vgl. Peter Bofinger im Kap. VI des Jahresgutachtens 2013/2014 des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 289ff., http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/gutachten/jg201314/dokumente/JG13_VI.pdf (01-01-14).

³² <http://stats.oecd.org/index.aspx?queryid=46189> (01-01-14)

angegeben sind. Von den europäischen Ländern berücksichtigen sie bewusst nur die Länder, die als reich gelten. Ich möchte mich bei den Zusammenfassungen ihrer Ergebnisse positiv ausdrücken, ohne dass damit nach totaler Gleichverteilung gerufen wird.

- Je gemäßiger die Einkommensunterschiede, desto höher das soziale (incl. gesundheitliche) Wohlergehen.
- Je gemäßiger die Einkommensunterschiede, desto höher die Lebenserwartung.
- Je gemäßiger die Einkommensunterschiede, desto geringer die Kindersterblichkeit.
- Je gemäßiger die Einkommensunterschiede, desto höher das Wohlergehen von Kindern.
- Je gemäßiger die Einkommensunterschiede, desto weniger Geburten im Teenage-Alter.
- Je gemäßiger die Einkommensunterschiede, desto höher der soziale Status der Frau.
- Je gemäßiger die Einkommensunterschiede, desto besser die PISA-Ergebnisse.
- Je gemäßiger die Einkommensunterschiede, desto weniger psychische Erkrankungen.
- Je gemäßiger die Einkommensunterschiede, desto weniger übergewichtige Jugendliche.
- Je gemäßiger die Einkommensunterschiede, desto weniger fettleibige Erwachsener.
- Je gemäßiger die Einkommensunterschiede, desto eher das Vertrauen der Menschen untereinander.
- Je gemäßiger die Einkommensunterschiede, desto weniger Mordfälle.
- Je gemäßiger die Einkommensunterschiede, desto weniger Konflikterfahrungen bei Kindern.
- Je gemäßiger die Einkommensunterschiede, desto weniger Gefängnishäftlinge.
- Je gemäßiger die Einkommensunterschiede, desto mehr Freizeit.
- Je gemäßiger die Einkommensunterschiede, desto höher die Recycling-Rate.

Zusammengefasst: **Je gemäßiger die Einkommensunterschiede, desto höher der allgemeine Wohlstand.** Wilkinson und Pickett kommen zu folgendem Schluss: “Wenn es nicht gelingt, die Einkommensungleichheit entscheidend zu reduzieren, braucht man mehr Polizisten, mehr Richter, Gefängnisse, Kliniken, Psychiater usw. – und das heißt mehr Geld. Wenn also Steuern und Transferleistungen niedrig gehalten werden, was ja zu noch größeren Einkommensunterschieden führt, dann werden die überhandnehmenden sozialen Probleme eine Erhöhung der öffentlichen Ausgaben erzwingen.”³³

Deshalb sei auch nochmals gesagt, dass diese Vorschläge nicht Ausdruck der Hetze gegen die Oberen sein sollen. Durch die hier vorgeschlagenen Wege werden Besserverdienende nicht arm oder in ihrer Lebensqualität eingeschränkt. Vielmehr wird ja auch die Lebensqualität der Besserverdienenden durch eine harmonische **Union gesunder Staaten** gesteigert – Staaten, in denen man nicht um die Sicherheit seiner selbst oder seiner Familie fürchten muss, in denen man nicht auf eine gute Infrastruktur verzichten muss, in denen man nicht einer wohltuenden Umwelt nachtrauern muss.

2.7. Ausblick: Wie gestalte ich Gespräche mit Kandidaten für das EU-Parlament?

Es gibt PolitikerInnen, die behaupten, dass vertragliche und verfassungsmäßige Aufgaben besser vom freien Markt geregelt werden sollten als von PolitikernInnen. Wer soll solche PolitikerInnen wählen – PolitikerInnen also, die sich selbst die Kompetenz für ihre Aufgaben absprechen? Doch selbst mit solchen KandidatInnen kann sich ein ehrliches, echtes Gespräch lohnen – ein Gespräch, in dem die Gründe für diese Behauptung erfragt und ehrlich erörtert wird.

³³ Wilkinson/Pickett (2009: 272).

Es lohnt sich zur Vorbereitung außerdem die Lektüre eines Überblickswerkes zu Wirtschaft und Wirtschaftsgeschichte, z.B. den Comic-Band *Economix*³⁴, sowie die Lektüre der ersten Artikel des EU-Vertrages. Diese Texte lassen sich auch zur Diskussion mitnehmen. Die im EU-Vertrag formulierten Ziele kann man dann gegenwärtigen Problemen und den hier vorgeschlagenen Wegen gegenüberstellen und KandidatInnen für das EU-Parlament um deren Bewertungen und Lösungsvorschläge bitten – und bereits amtierende ParlamentarierInnen auch fragen, warum diese Lösungsvorschläge bislang noch nicht umgesetzt sind. Lassen Sie **vorgeschlagene Wege immer mit den übergeordneten Zielen verbinden**. Dass Wege viel zu selten mit den übergeordneten Zielen verknüpft werden, ist schon etwas, was viel zu oft in schnellen Massenmedien vorkommt. Lassen Sie sich Nachweise geben, die den Weg für ein Ziel begründen können.

Es wird sich vor allem lohnen, im Gespräch mit den MandatsbewerberInnen, keine Wörter und Wendungen aus der typischen neoliberalen Sprache zu verwenden, sondern – etwa wie hier vorgeschlagen – **alternative Ausdrucksweisen zu nutzen**. Dies würde dazu beitragen, eine frische Sichtweise auf die Dinge zu bekommen. Die EU-Parlamentsmitglieder sind die VertreterInnen der Allgemeinheit, die Vertreter des Staates – und **wir brauchen nicht nur einen über Gemeinwohl-Beiträge besser ernährten, gesunden Staat, sondern auch gesunde StaatsvertreterInnen – es sind die VertreterInnen von uns allen**.

3. EHP-Newsletter-Eintrag vom 23.12.14

Die Weihnachtszeit ist eine Zeit von Texten, die man auswendig und formelhaft verwendet. Wir verwenden sie, ohne nachzudenken, ob die Texte übereinstimmen mit dem Tun in der Gesellschaft, im eigenen Haus und einem selbst. Papst Franz hat auch neulich wieder zum Nachdenken angeregt, diesmal mit Blick auf Bibeltexte und das Tun im Vatikan.

Doch dieses Nachdenken bietet sich auch bei Liedtexten an – wie jene des deutschsprachigen Chansonniers Udo Jürgens, der am 4. Advent im Alter von 80 Jahren unerwartet verstorben ist. Nicht nur “Merci Chérie” ist in vielen europäischen Ländern bekannt geworden; international populär wurde auch “Griechischer Wein”. Allerdings ging bei Übertragungen in andere Sprachen bisweilen verloren, dass hier von Gastarbeiter-Erfahrungen erzählt wird. Und oft hören wir nicht genau auf den Text, den wir singen. Auch viele der weniger verbreiteten Lieder von Udo Jürgens regen zum kritischen Nachdenken an – über die Gesellschaft und das eigene Leben, über unterschiedliche Formen von Gewalt.

Weihnachten gilt als Fest des Friedens. Das feiern wir, obwohl es doch eigentlich erklärtes Ziel der EU und der UN ist, grundsätzlich Frieden zu halten – nicht nur zu bestimmten Festen. Und dennoch reizen Konflikte und Kriege – wegen Geld, Macht, Ressourcen, Rache und vielleicht auch immer noch Selbstverwirklichung (früher als “Stolz” und “Ehre” bezeichnet). Auch im 21. Jahrhundert ist Europa davor nicht gefeit.

Und gerne geben wir anderen die alleinige Schuld an Konflikten und Kriegen. Das hat auch schon Bertha von Suttner vor 125 Jahren in ihrem Roman “Nieder mit den Waffen” eine ihrer Hauptfiguren aufzeigen lassen. Dort sagt Rudolf zu seinem Gesprächspartner, nachdem dieser andere Menschen und Völker als aggressiv dargestellt hat:

“Mit welchem Rechte halten Sie andere Leute für schlechter und unvernünftiger als sich und mich? Da will ich Ihnen ein kleines Märchen erzählen: Vor der geschlossenen Pforte eines schönen Gartens, gar sehnsüchtig hineinschauend, stand ein Haufen Menschen, tausendundeiner an der Zahl. Der Pförtner hatte den Auftrag, die Leute hereinzulassen, falls die Mehrzahl unter ihnen den Einlaß wünschte. – Er rief den

³⁴ Goodwin/Burr 2013. Ebenfalls sehr anschaulich, aber weniger umfassend, sind Wagenknecht 2012 und Chang 2012.

Einen herbei: „Sag’ – aber aufrichtig – möchtest Du herein?“ – „O ja, ich schon, aber die andern Tausend sicher nicht.“ Diese Antwort schrieb der kluge Pförtner in sein Notizbuch. Dann rief er einen Zweiten. Der sagte dasselbe. Wieder trug der Kluge unter die Rubrik „ja“ die Ziffer 1, unter die Rubrik „nein“ die Ziffer 1000 ein. Das ging so bis zum letzten Mann. Dann addierte er die Zahlen. Das Ergebnis war: 1001 „ja“, über eine Million „nein“. So blieb das Tor verschlossen, denn das „nein“ hatte eine erdrückende Majorität. Und das kam daher, weil Jeder, statt nur für sich, auch für die Anderen antworten zu müssen glaubte.“

Bertha von Suttner stand mit Alfred Nobel in Kontakt. Beide verabscheuten sie den Krieg. Nobel glaubte zunächst, dass man Menschen durch besonders gefährliche Waffen vom Krieg abschrecken könnte. Er ließ sich von Bertha von Suttner überzeugen, dass gut unterrichtete und wortstarke Bürger sowie ein internationales Schiedsgericht die besseren Friedensgaranten bei drohenden Konflikten seien. Nach ihrem Roman, der zwar heute etwas fern wirkt, aber damals schnell in eine Vielzahl von Sprachen übersetzt wurde, wurde sie eine führende Person der Friedensbewegung. Sie hielt Vorträge in ganz Europa. Sie wurde 1905 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet, starb vor 100 Jahren und ziert heute die österreichische 2-EUR-Münze. Eines ihrer Zitate: „Keinem vernünftigen Menschen wird es einfallen, Tintenflecken mit Tinte, Ölflecken mit Öl wegwaschen zu wollen. Nur Blut soll immer wieder mit Blut abgewaschen werden.“ Nicht nur zum Fest des Friedens sollten wir uns solcher Worte erinnern.

4. Mehr Balance für mehr Frieden in Europa – in Sprache und Ökonomie (veröffentlicht als EHP-Essay 3 am 27.12.15)

Die Verleihung des Friedensnobelpreises an die Europäische Union war wohl letztlich eher als Auftrag zu verstehen – schließlich wäre es ja kein besonderes Verdienst, in der eigenen Familie Frieden zu halten. Doch es ist traurig: Die Europäische Gemeinschaft hat sich in den letzten Jahren der Auszeichnung als nicht sehr würdig erwiesen. Dabei scheint die Mehrheit der Spitzenpolitiker der EU-Mitgliedstaaten viele der Ziele der EU immer wieder zu vergessen. Sie sind in Artikel 3 des EU-Vertrages nachzulesen. Danach ist Ziel die „nachhaltige Entwicklung Europas auf der Grundlage eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums [...][,] soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt [...]. Sie fördert den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten.“ Und weiter heißt es: „Sie [= die EU] leistet einen Beitrag zu Frieden, Sicherheit, globaler nachhaltiger Entwicklung, Solidarität und gegenseitiger Achtung unter den Völkern“. Stattdessen blicken wir am Ende des Jahres 2015 auf eine Welle unterschiedlicher Arten von Gewalt.

In vielen EU-Ländern wird an der eigenen Gesellschaft durch die Steigerung von Armut und Ungleichheit eine Art Gewalt geübt. Gemäß der EU-Datenbank Eurostat³⁵ steigt in vielen EU-Ländern seit 2010 der Anteil der Menschen, die unter erheblicher materieller Armut³⁶ leiden. Eine Ausnahme bilden Schweden, Großbritannien und Frankreich. Besonders stark wuchs der Anteil der Armen in Griechenland, Irland, Portugal, insbesondere nach der Einführung der erzwungenen Sparmaßnahmen. Diese Sparmaßnahmenzwänge werden irreführend bisweilen als „Rettungsmaßnahmen“ bezeichnet: Durch sie stieg die Zahl der Armen in Irland von 5,7% im Jahr

³⁵ Vgl. <http://ec.europa.eu/eurostat/de/home>.

³⁶ Erhebliche materielle Entbehrung liegt nach der EU-Definition dann vor, wenn aufgrund der Selbsteinschätzung des Haushalts mindestens vier der folgenden neun Kriterien erfüllt sind: (1) finanzielles Problem, die Miete oder Rechnungen für Versorgungsleistungen rechtzeitig zu bezahlen; (2) finanzielles Problem, die Wohnung angemessen heizen zu können; (3) finanzielles Problem, unerwartete Ausgaben in einer bestimmten Höhe aus eigenen finanziellen Mitteln bestreiten zu können; (4) finanzielles Problem, jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder eine gleichwertige vegetarische Mahlzeit einnehmen zu können; (5) finanzielles Problem, jährlich eine Woche Urlaub woanders als zu Hause zu verbringen; (6) Fehlen eines Personenkraftwagens im Haushalt aus finanziellen Gründen; (7) Fehlen einer Waschmaschine im Haushalt aus finanziellen Gründen; (8) Fehlen eines Farbfernsehgeräts im Haushalt aus finanziellen Gründen; (9) Fehlen eines Telefons im Haushalt aus finanziellen Gründen.

2010 auf 7,8% im Jahr 2011; in Portugal ab 2011 von 8,3% zunächst relativ leicht auf 8,6%, dann aber auf 10,9% 2012; in Griechenland von 11,6% im Jahre 2010 auf 15,2%, 19,2%, 20,3% und schließlich 21,5% bis zum Jahr 2014. Nachdem Irland 2013 sich aus den Zwängen dieses Finanzindustrie-“Rettungsschirms” befreit hat, ist der Prozentsatz der Armen in der Gesellschaft wieder von 9,9% auf 8,4% gesunken. Doch selbst in Deutschland ist der Anteil der Armen von 8,4% (2010) auf 9,0% (2014) gestiegen, mit einem Hoch von 9,9% im Jahr 2012. Das mag manchen erstaunen, gilt Deutschland doch eher als wirtschaftsstark unter den EU-Staaten. Doch offenbart sich hierdurch schon, dass dies mit der Ungleichverteilung des insgesamt starken Wohlstands zu tun haben muss. Gemäß der EU-Datenbank Eurostat stieg in vielen EU-Staaten die Ungleichheit von 2010 bis 2014 (gemessen am Gini-Koeffizienten auf einer Skala von 0 ‘null Ungleichheit’ bis 1 ‘eine Person hat alles’). Die Ungleichheit stieg nicht nur in den als *Krisenländer* bezeichneten Staaten Griechenland (von 0,329 auf 0,345), Spanien (von 0,335 auf 0,347) und Portugal (0,337 auf 0,345), sondern auch in Deutschland (von 0,293 auf 0,307). Geringer wurde die Schere dagegen in Großbritannien und Frankreich. Als ideale Ungleichheit kann nach empirischen Berechnungen ein Gini-Koeffizient in der Bandbreite von 0,2121 bis 0,3333 angesehen werden³⁷. Das ist eine gemäßigte Ungleichheit bzw. gemäßigte Gleichheit. Und je näher man dieser Gleichheit/Ungleichheit-Balance ist, desto höher der allgemeine Wohlstand – dies haben Studien gezeigt³⁸. Leider bewegt sich selbst Deutschland immer mehr auf den höheren Grenzwert zu. Herausgefallen aus dieser idealen Bandbreite sind seit 2010 neben Griechenland und Spanien auch Estland, Bulgarien, Zypern und Rumänien. Schon vorher hatten neben Portugal auch Litauen und Lettland diese Werte verfehlt. Das schlechte Abschneiden von Deutschland mag viele Leser überraschen, weil Deutschland in den Medien doch oft als Vorbild dargestellt wird. Aber man muss fragen: als Vorbild wofür eigentlich? Meistens werden eben rein finanzielle, geldwert-bezogene Kennzahlen präsentiert, die irgendwelche Durchschnitte berechnen. Doch sagt ein Austausch von Geld nichts über die dahinter stehende Leistung aus. Und ein Durchschnitt sagt überhaupt nichts darüber aus, ob etwas gleichmäßig oder extrem verteilt ist. Wenn eine Person 99 EUR pro Stunde verdient und eine andere Person 1 EUR pro Stunde, dann ist der Durchschnitt von 50 EUR reines Rechenispiel ohne große Aussage über das Wohl der Gesellschaft insgesamt. Daher ist etwa das Bruttoinlandsprodukt insgesamt oder pro Kopf für die Betrachtung der eingangs erwähnten Ziele vollkommen nutzlos. Auch Arbeitslosenstatistiken und Beschäftigtenstatistiken nützen wenig, wenn sie keine Auskunft darüber geben, wie viele Menschen denn tatsächlich ein Einkommen haben, das als ausreichend bezeichnet werden kann. Das liegt an der flexiblen Art, wie man *arbeitslos* und *beschäftigt* definieren kann.

Was können Lösungen sein? Als Deutscher habe ich anderen Ländern keine konkreten Empfehlungen zu geben – es sei denn, die Auswirkungen ihres Handelns betreffen auch mich. Als allgemeine neutrale Regel für Europa lässt sich sagen, dass legal nur über den Staat das von der Gesellschaft gemeinsam geschaffene Vermögen so verteilt werden kann, dass es gemäßigt verteilt wird. Überspitzt formuliert: Der Durchschnittsbürger in den Statistiken ist egal; es muss vielen in der realen Welt gut gehen! Dabei braucht es entsprechende Machtinhaber, die verstehen, dies umzusetzen. Jedes Volk hat über eine Wahl tatsächlich die Wahl, politische Änderungen zu ermöglichen – sofern es ausreichend über die Ideen und die Glaubwürdigkeit der politischen Bewerber informiert ist und informiert werden kann. Manche Völker in Europa haben diese Wahlmöglichkeit ergriffen. Einige der alternativen Politikbewerber zeigen dabei bedauerlicherweise

³⁷ Vgl. dazu E. Herlyn, *Einkommensverteilungsbasierte Präferenz- und Koalitionsanalysen auf der Basis selbständlicher Equity-Lorenzkurven: Ein Beitrag zur Quantifizierung sozialer Nachhaltigkeit*, Wiesbaden 2012, vor allem S. 159-166, F.J. Radermacher, *Balance oder Zerstörung: Ökosoziale Marktwirtschaft als Schlüssel zu einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung*, Wien 2005, T. Kämpke / R. Pestel / F.J. Radermacher, “A Computational Concept for Normative Equity”, *European Journal of Law and Economics* 15 (2003): 129-163, G. Jacobs / I. Šlaus, “Indicators of Economic Progress: The Power of Measurement and Human Welfare”, *Cadus* 1/1 (2010): 53-113.

³⁸ Vgl. Wilkinson/Pickett 2009.

eher eine Ignoranz gegenüber den zitierten Zielen der EU. Andere dagegen weisen geradezu darauf hin, stellen das Wohl der Bevölkerungsmehrheit ins Zentrum und haben dadurch mehr Zuspruch erhalten: zum Beispiel in Griechenland Syriza, in Spanien Podemos, in Portugal das Bündnis unter dem neuen Regierungschef Antonio Costa, in Großbritannien die Gruppe um den neuen Labor-Chef Jeremy Corbyn. Freilich bedeutet deren Wahl noch nicht, das sich sofort alles ändern kann. Aber die Chance ist da, eine neue Politik zu machen: nicht die Oberen gegen die Unteren, nicht die Unteren gegen die Oberen, sondern die Unteren mit den Oberen und umgekehrt. Alle vier genannten politischen Gruppen erhalten einstweilen noch Widerstand von Machtinhabern in Politik, Ökonomie und Medien – national wie international. Erinnert Die sonst so angepriesene Demokratie im Sinne der Akzeptanz von Mehrheitsentscheidungen zählt da manchmal nicht mehr. *Demokratie* ist dann zum Füllwort geworden. Es ist dann ein Wort ohne klare Kernbedeutung, sondern versprüht nurmehr positive Assoziationen. Beobachten Sie einmal selbst, wie der Widerstand gegen jene, die sich für mehr Gemeinwohl einsetzen, bisweilen gewaltsam ist, zumindest sprachlich. Es wäre ein wichtiger Schritt in Richtung Wohlstand für viele, wenn die alternativen es schafften, nach dem Gewinn der Aufmerksamkeit nun eine Sprache zu pflegen, die eine Balance aus Klarheit und Friedfertigkeit ist.

Unsere Geldwirtschaft ist eigentlich ebenfalls auf *Balance* ausgerichtet, auf Ausgewogenheit, wie es im zitierten Artikel des EU-Vertrages heißt: mal gibt der eine und der andere nimmt, dann ist es wieder umgekehrt. Die Einnahmen des einen sind immer die Ausgaben des anderen. Und damit das System nicht kollabiert, müssen die Rollen ausgewogen übernommen werden. Die Wörter *Bilanz* und *Balance* hängen nicht umsonst historisch zusammen. Das vorhandene Geld muss stets im Kreislauf bleiben, um den Wohlstand zu sichern; will man den Wohlstand sogar steigern, kann das nur über durch die Bank neu geschaffenes Geld gehen. Das sind die berühmten Kredite, mit denen man investieren kann. Mit diesem Wissen und dieser Politik sind die jeweiligen EU-Mitgliedsstaaten bis in die 1970er Jahre hinein gut gefahren. Dies ist aber allmählich aufgegeben worden – offenkundig auch in der Euro-Zone. Ursprünglich gedacht als Gemeinschaft von Partnern wurden die Euro-Länder zu einer Gruppe, bei der zumindest einige die anderen als Gegner sehen; diese Gegner sollen aber gleichzeitig durchaus die Waren der anderen Seite kaufen. Ein und dieselbe Gruppe als Konkurrent und Kunde gleichzeitig zu sehen, ist eine widersprüchliche Sichtweise. Aber diese letztlich hinterhältige Sichtweise breitet sich aus. Sie führt vor allem bei den auf Export orientierten Ländern wie Deutschland dazu, dass sie wenig bei anderen kaufen, die anderen aber ihr Geld bei den Firmen der Exportländer ausgeben, bis kein Geld mehr da ist. Dafür werden diese Import-Länder, die Wohlstand und Wachstum von Export-Ländern durch ihre Kaufbereitschaft gesichert haben, dann auch noch gescholten. Man hat offenbar nicht verstanden: Sparen, also das Abziehen des Geldes aus dem Kreislauf, verhindert Wohlstand und Wachstum. Vielmehr muss unterstrichen werden: Wachstumssteigerung geht nur über mehr Kredite, zu deutsch: Schulden. Das Wachstum von aufs Sparen ausgerichteten Export-Ländern wie Deutschland beruht auf der Verschuldungsbereitschaft anderer Länder. Wenn allerdings immer die gleichen Nationen Geld horten und die anderen gleichen Nationen Geld ausgeben sollen, wenn sich keine Balance einstellt, dann entsteht logischerweise ein Ungleichgewicht und die EU-Ziele lassen sich nicht erreichen. Es kommt zu Konflikten.

Was können Lösungen sein? Dass das Sparen aller ein unlogischer Weg ist, wurde schon aufgezeigt. Man kann auch aus der Geschichte lernen. So hat sich durch die westliche Politik bis in die 1970er Jahre gezeigt, dass man die in Artikel 3 genannten Ziele ganz gut erreichen kann, wenn man einen Staat hat, der sich darum kümmert, dass Unternehmen investieren und er selbst die Schlüsselbereich in der Hand hat, einen Staat, in dem man die Sicherheit seiner selbst oder seiner Familie garantiert ist, in denen man eine gute Infrastruktur hat, in denen man sich in einer wohltuenden Umwelt befindet – man könnte sagen: wenn man einen gesunden Staat hat. Was wir dagegen beobachten,

sind in sich völlig unlogische Forderungen. Manche behaupten, die anderen müssten sich in ihrer Arbeitsweise den reicheren Ländern anpassen. Doch es müssen eben nicht alle Länder einer Währungszone gleich viel arbeiten. Diese Forderung basiert nicht auf ökonomischer Basis. Ökonomisch basiert ist lediglich die Feststellung, dass jede Nation gemäß ihrer Produktivität leben müsse. Es wird gefordert, die Krisen-Länder sollen eben einfach generell sparen. Aber: sie haben ja nichts mehr zum Sparen. Sie müssten sich von jenen Einnahmen holen, die ihr Geld genommen haben. Vielmehr sollen die Krisen-Staaten dann ausgerechnet noch jene Güter verkaufen, die noch Einnahmen bringen – wie dies etwa von Griechenland in Bezug auf Häfen und Flughäfen verlangt wurde. Häfen und Flughäfen sind in Griechenland mit seinen 87 bewohnten Inseln Teil des öffentlichen Nahverkehrs. Eigentlich weiß man schon von früheren europäischen Studien, dass die Privatisierung des öffentlichen Nahverkehrs zu teurerem, schlechterem Zugang für die Bürger führte. Eigentlich weiß man aus früheren Beispielen ebenfalls, dass Sparpolitik generell keine Besserung hinsichtlich der eingangs zitierten Ziele bringt. Man erinnere sich an die Sparpolitik Brüning: sie begünstigte den Aufstieg Hitlers. Man erinnere sich an die massiven Sparprogramme der 1990er Jahre, die der Internationale Währungsfonds lateinamerikanischen Staaten auferlegte: deren Bevölkerung ging es erst nach Beendigung der Programme wieder besser³⁹. Mit anderen Worten: die kranken Staaten werden durch Sparen allmählich tot gemacht. Das ist kein typischer Krieg, aber eine Art Wirtschaftskrieg, der innerhalb von Europa stattfindet. Nehmen wir noch einmal Griechenland: der Arbeitslosenanteil ist nach Angaben des griechischen Statistikamtes von 9,2% im Jahre 2009 auf 27,3% im Jahre 2014 gestiegen. Über die Hälfte der Menschen auf müssen auf zusätzliche nicht-eigene Einnahmen zurückgreifen⁴⁰, insbesondere auf die Rente eines Eltern- oder Großelternanteils, wobei das Renteneintrittsalter im Griechenland mit 67 Jahren höher ist als in manch anderen EU-Ländern (incl. Deutschland). Von einem EU-Land mit einer sehr niedrigen Selbstmordrate wurde Griechenland durch die sogenannten “Rettungsmaßnahmen” zum EU-Land mit der höchsten Selbstmordrate⁴¹. Durch erzwungene Kürzungen kam das öffentliche Gesundheitssystem zum Zusammenbruch: mehr als 3.500.000 Menschen haben keinen Zugang zum öffentlichen Gesundheitssystem mehr; zum ersten Mal seit 1950 steigt die Säuglingssterblichkeit wieder; die Fälle von HIV-Infektionen bei Drogenkonsumenten ist um 1.250% gestiegen; seit 40 Jahren werden wieder verstärkt Fälle von Malaria und Tuberkulose beobachtet⁴². Die durch die hohe Arbeitslosigkeit und die Armut entstandenen Steuerausfälle sollen irrationalerweise durch höhere allgemeine Mehrwertsteuern auch auf Nahrungsmittel wettgemacht werden (23 Prozent!), die natürlich von den Armen ebenfalls nicht geleistet werden könnten. Das menschliche Leid wird nur noch verstärkt. Viele mit Verantwortung in Europa nehmen ein Sterben von Menschen in der EU in Kauf; sie fördern es sogar! Manche tun dies vielleicht auch unbewusst, weil sie nicht immer mit den entsprechenden Fakten konzentriert werden. Zwar glauben viele, es sei doch die Aufgabe der Massenmedien hier für ausgewogene Informationen zu sorgen. Doch schon Edward Herman und Noam Chomsky betonen seit langem, dass das Hauptgeschäft der Massenmedien nicht darin besteht, das Produkt “Informationen” an den Kunden “Publikum” zu verkaufen, sondern das Hauptgeschäft der Massenmedien besteht darin, das Produkt “Publikum” an den Kunden “Inserent, werbendes Unternehmen” zu verkaufen – es sind riesige international agierende Medienunternehmen⁴³. Daher braucht es auch die von Parteipolitik und Profitorientierung unabhängigen Bildungseinrichtungen, die sich nur der allgemein zugänglichen Wahrheitssuche verpflichtet fühlen. Über die Motive für die grausame politische Handlungsweisen kann letztlich nur spekuliert werden. Sicher findet sich ein Teil der Antwort in der Frage, wem dieser ökonomische und ideologische Krieg nützt. Einige profitieren sehr gut von der derzeitigen

³⁹ Vgl. Stiglitz 2002.

⁴⁰ Vgl. <http://tinyurl.com/q6muw67>.

⁴¹ Vgl. <http://left.gr/news/sygklonistika-stoiheia-gia-tin-ellada-tis-krisis-ayxisi-kata-35-stis-aytoktonies>.

⁴² Vgl. <http://www.solidarity4all.gr/el/about-solidarity-initiative>.

⁴³ Vgl. Herman/Chomsky 1988/2002. Siehe dazu auch den preisgekrönten Dokumentarfilm *Manufacturing Consent: Noam Chomsky and the Media* von 1992 [dt. *Die Konsensfabrik: Noam Chomsky und die Medien*].

wirtschaftspolitischen Ideologie des Marktradikalismus und von der Krise. Dies gilt etwa für die Finanzindustrie. Dies gilt letztlich aber auch für den deutschen Staatsapparat: Durch die Krise will keiner mehr griechische Staatsanleihen kaufen, sondern alle wollen nur noch deutsche Staatsanleihen; der deutsche Staatsapparat muss kaum mehr Zinsen zahlen für Kredite. Deutschland hat somit nach verschiedenen Berechnungen schon rund 100 Milliarden durch die Griechenlandkrise gespart⁴⁴. Einige profitieren also vom steigenden Wohlstand, aber, wie gesagt, dieser verteilt sich eben nicht auf alle gemäßigt. Die meisten Europäer leiden unter der derzeitigen wirtschaftspolitischen Ideologie. Wenn daran festgehalten wird, ist es nur logisch, dass der Schaden in so manchen EU-Ländern weiter steigt. Folglich werden wohl immer mehr Menschen in die insgesamt geldreichen Staaten wie Deutschland fliehen, die sich ja insgesamt gesehen an ihnen bereichert haben. Die EU-Länder werden in den Medien untereinander gern als “Partner” bezeichnet; in der europäischen Rhetorik ist mit Bezug auf die USA gern auch von “Freunden” die Rede⁴⁵. Warum übertragen wir dies nicht mehr auf alle Länder außerhalb der EU und bezeichnen die Menschen in anderen EU-Ländern als “Brüder und Schwestern” – wie in Beethovens Ode an die Freude, deren Melodie immerhin zur EU-Hymne erkoren wurde? Eine friedfertige Sprache ist auch hier ein weiterer Schritt. Politiker haben es allerdings oft schwer, denn manchmal werden ruhige Worte einfach aufgebauscht. So erging es jüngst Italiens Regierungschef Matteo Renzi, der daran erinnerte, dass die EU allen 28 Ländern dienen müsse und nicht nur Deutschland. Die Financial Times etikettierte dies am 21.11.15 als scharfe Attacke⁴⁶. Einstweilen helfen sich die Griechen vor allem selbst, unter anderem mit dem Netzwerk “Solidarität für alle” (AgO), das auch einen internationalen Fonds geschaffen hat, in dem auch alle Abgeordneten der Syriza-Partei 20% ihrer Aufwandsentschädigungen freiwillig einzahlen.

Blicken wir zuletzt auf die internationalen Aktivitäten der EU. Hier verschärft sich das Ergebnis bestimmter Wirtschaftspolitik noch. Ein die Medien beherrschendes Thema ist die hohe Zahl von Flüchtlingen aus Afrika und dem Nahen Osten. Sie fliehen vor dem drohenden Tod durch Hunger oder Waffen. Manche fürchten, dass sich durch die vielen Flüchtlinge aus fremden Kulturen neue Probleme des Zusammenlebens ergeben könnten. Politiker suchen nach Lösungen. Vorgeschlagen wurde das Problem zu verlagern, sodass man es nicht mehr unmittelbar sieht: Die ohnehin schon geschwächten Länder an den südlichen und südöstlichen Außengrenzen der EU wurden kritisiert, dass sie ihre Außengrenzen sichern müssten; taten sie es, ernteten sie auch wieder Kritik. Zum anderen möchte man Geld an die Länder jenseits der EU-Außengrenzen schicken, damit die Flüchtlingslager besser ausgerüstet werden. Beides aber bekämpft nicht die eigentlichen Ursachen, die Menschen dazu drängen, ihre Heimat zu verlassen: Gewalt durch Hunger und Gewalt durch Waffen. An beiden Arten von Gewalt hat die EU eine Mitschuld.

Ja, leider ist die EU auch an der bewaffneten Gewalt beteiligt, der Gewalt des Krieges – indirekt durch Waffenlieferungen an Qatar und Saudi-Arabien (die sie an die Terror-Organisation Islamischer Staat weitervermitteln) oder – unter dem Eindruck der Pariser Terrorschläge – durch direkte Kriegsbeteiligung in Syrien. Das soll der Bekämpfung der Organisation Islamischer Staat dienen. Entspricht dies den Werten der EU? Die Beteiligung findet ohne UN-Mandat statt. Der Einfall in Syrien findet ohne Bitten der syrischen Regierung statt. Im Übrigen bedenke man: die Pariser Anschläge wurden federführend ja nicht von syrischen Terroristen verübt, sondern von französischen und belgischen Terroristen – einstweilen ist noch unklar, ob überhaupt Syrer aktiv beteiligt waren. Haben solche Kriege überhaupt den gewünschten Effekt? Falls ja, sind sie das effizienteste Mittel? Wie viele Menschen haben ihr Leben lassen müssen, die nicht an militärischen Einsätzen beteiligt sind? Sie werden verschleiern und zynisch auch als *Kollateralschaden*

⁴⁴ Vgl. Boysen-Hogrefe 2012 und Dany et al. 2015.

⁴⁵ Vgl. dazu Grzega 2015.

⁴⁶ Vgl. Politi 2015.

bezeichnet (en. *collateral damage*, fr. *dommage collatéral*, es. *daño colateral*, it. *danno collaterale*, pl. *szkoda kolateralna*, sv. *sidoskada* etc.) – man macht Menschen dadurch zu Dingen. Doch es sind getötete Menschen. Terror wurde durch Terror abgelöst. Wie viele der durch den Westen getöteten Menschen waren keine gegnerischen Kämpfer, sondern wurden versehentlich getötet? Nach offiziellen Berechnungen waren es im Jugoslawien-Krieg 1999 (Operation Allied Forces) mindestens 50 Prozent⁴⁷ und im zweiten Irak-Krieg 29 Prozent⁴⁸. Ist es das wert? Man wird damit neuen Hass geschürt haben. Stellen Sie sich doch nur Menschen vor, in Ihrer Nachbarschaft würden drei Terroristen entdeckt und die Polizei würde neben den drei Terroristen versehentlich auch ein bis drei Mitglieder Ihrer Familie töten. Welche Gefühle würden Sie nicht nur gegen die aktiven Polizisten, sondern gegen die gesamte Organisation Polizei, ja sogar gegen den ganzen Staat empfinden?

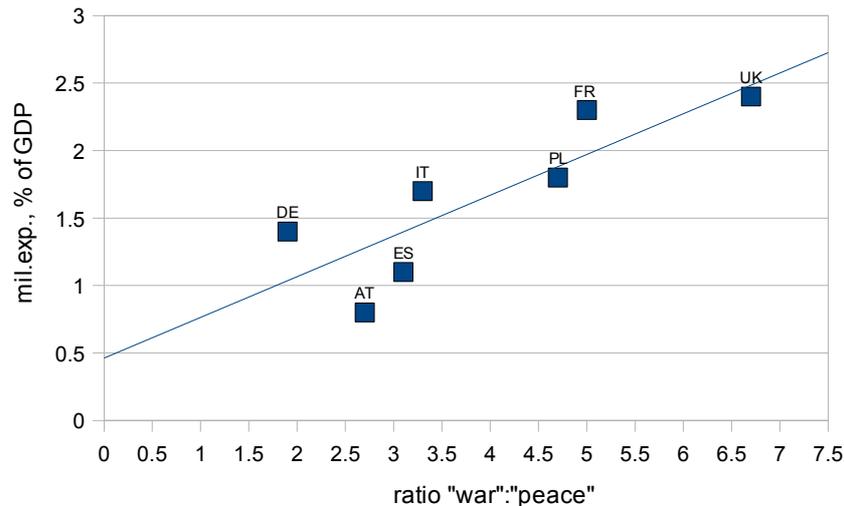
Wie können friedfertiger Lösungen aussehen? Das Abschneiden finanzieller Quellen ist ein Weg, der relativ rasch umsetzbar ist. Zudem muss es Strategien für die mittelfristige Entwicklung der EU-Länder geben. Ein Weg wäre die Umwandlung der Rüstungsindustrie hin zu einer reinen Verteidigungsindustrie ohne Versendung von Waffen jenseits Europas gilt (anstatt die Rüstungsindustrie als Feld für europäisches Wirtschaftswachstum aufzufassen). Ein anderer Weg wäre die Abschaffung jeglicher Form von Massenvernichtungswaffen in Europa, auch der “finanziellen Massenvernichtungswaffen”; das sind solche Geschäfte, die etwa auf den zukünftigen Wert eines Gutes oder eines Geldpapiers wetten, also spekulieren.

Eine friedlichere Haltung kann schon gefördert werden, wenn man wesentlich weniger von “Krieg” und viel mehr von “Frieden” spricht und schreibt. Dies legt jedenfalls eine Analyse von Artikel-Überschriften in britischen, deutschen, französischen, italienischen, österreichischen, polnischen und spanischen Zeitungen nahe. Vergleicht man das Vorkommen der Wörter für ‘Krieg’ und ‘Frieden’ mit den militärischen Ausgaben gemessen am Anteil des Bruttoinlandsproduktes (laut Eurostat), dann zeigt sich ein deutlicher Effekt zwischen Wortwahl und Ausgaben: Je mehr in Überschriften von Krieg (statt Friede) die Rede ist, desto mehr militärische Ausgaben gibt es⁴⁹.

⁴⁷ Vgl. Human Rights Watch, 2000, <https://www.hrw.org/reports/2000/nato/Natbm200-01.htm> (489-528 zivile Opfer von 956 Menschen, die durch die NATO-Attacken getötet wurden)

⁴⁸ Vgl. Conetta 2003.

⁴⁹ Verglichen wurden die militärischen Ausgaben 2012 gemessen am Anteil des Bruttoinlandsproduktes (laut Eurostat) mit den Vorkommen von “Krieg” und “Frieden” (incl. deklinierter Formen) im Zeitraum 13.12.14 bis 12.12.15 in jeweils einer eher liberal-progressiven und einer eher rechts-konservativen Zeitung in verschiedenen EU-Ländern, nämlich Großbritannien (*The Guardian*, *The Daily Telegraph*), Frankreich (*Le Monde*, *Le Figaro*), Spanien (*El país*, *El mundo*), Italien (*La stampa*, *Il corriere della sera*), Deutschland (*Frankfurter Rundschau*, *Die Welt*), Österreich (*Der Standard*, *Die Presse*) und Polen (*Gazeta prawna*, *Gazeta wyborcza*). Mittels Kendalls Tau wurde ein Wahrscheinlichkeitswert von $p=0.0163$ und eine Effektgröße von $\tau=0.8095$ ermittelt.



Immer wieder verweise ich als Sprachwissenschaftler in meinen Beiträgen auch auf Marshall Rosenberg (2005/2006), der Anfang des Jahres 2015 verstarb. Er hat das Gesprächsmodell der Gewaltfreien Kommunikation entwickelt, das auch zwischen Kriegsgegnern funktioniert, wenn sie bereit sind, sich auf ein Gespräch einzulassen. Wo Leib und Leben unmittelbar in Gefahr sind, muss natürlich erst einmal diese Gefahr gebannt werden. Sodann aber geht es an den Beginn von Kommunikation. Kern von Rosenbergs Modell ist die saubere Trennung zwischen (1) allen Menschen gemeinsamen Bedürfnissen und (2) Strategien, um diese Bedürfnisse zu erfüllen. Nachdem jemand beschrieben hat, welche Strategie des Gegenübers welches Bedürfnis stört, erbittet er dann eine konkrete alternative Strategie. Wichtig: Es ist eine Bitte, keine Forderung. Dies ist auch dem Gesprächspartner deutlich zu machen. Rosenbergs Sprache ist keine Sprache des Drucks. Es ist keine Sprache des Kompromisses, wo beide Seiten etwas aufgeben. Es ist eine Sprache der Konsensfindung. Mit Rosenbergs Modell können zwei Menschen nicht nur Konflikte lösen, sondern auch vermeiden. Nun ist die Herausforderung für Politiker, dass sie nicht für sich selbst sprechen sollen, sondern für eine Gruppe, die sie repräsentieren. EU-Repräsentanten sollten also für die EU-Bevölkerung sprechen. Das heißt, dass sie die EU-Verträge kennen und Einfühlungsvermögen für andere Menschen haben müssen. Sie müssen sich fragen, welche Strategien für die Erfüllung der menschlichen Bedürfnisse und der EU-Ziele bzw. sogar der UN-Ziele taugen.

Rosenberg ging, wie gesagt, davon aus, dass alle Menschen die gleichen Bedürfnisse haben. Indirekt versuchte er also etwas zu finden, das keine kultur- oder gruppenspezifischen Assoziationen hervorruft. Nun gibt es allerdings kaum etwas, was nicht mit kultureller Bedeutung aufgeladen sein könnte. Wer beispielsweise gehört zum Kreis, den man als "meine Familie" bezeichnet? Für manche ist 'die Enkelin der Schwester der Großmutter' eingeschlossen, für andere nicht. Was ist "pünktlich"? Für manche Kulturen bedeutet dies den Umfang von '5 Minuten vor bis 5 Minuten nach der vereinbarten Zeit', für andere Kulturen 'bis zu einer halben Stunde nach der vereinbarten Zeit'. Kulturell geprägt ist auch das Verhältnis von gesprochenem Wort und geschriebenem Wort. Je genauer man also Gedanken in Worte fasst (mit der Nennung des Zwecks), desto mehr reduziert man Missverständnisse. Je klarer man auch deutlich macht, ob etwas als Frage oder als Vorschlag oder als Bitte gedacht ist, desto mehr reduziert man Missverständnisse. Je mehr man auch versucht, die Wörter des Gesprächspartners so aufzuschlüsseln, desto eher ist ein friedfertiger Dialog möglich. Auch hier ist also Balance zwischen Gesprächsteilnehmern gefragt.

Je größer die Zahl der Menschen, desto weniger unser Vorstellungs- und Einfühlungsvermögen. Daher ist es wichtig, sich mit persönlichen Schicksalen anderer Menschen vertraut zu machen – auch mit dem eigenen Schicksal. Allerdings ist auch zu prüfen, wie einzelne politische Entscheidungen, die wir – vielleicht auf einer falschen Vorstellung heraus – unterstützt haben, zu bestimmten Lebensläufen geführt haben. Unter Umständen müssen wir über zukünftige Entscheidungen genauer nachdenken, um zum eigenen Wohl das Wohl vieler Menschen in Europa und der Welt auszubalancieren. Darum ging es der EU. Da man es nicht oft genug wiederholen kann, seien hier noch einmal die vereinbarten Ziele der EU zitiert. Die Europäische Gemeinschaft will die “nachhaltige Entwicklung Europas auf der Grundlage eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums [...] soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt [...]. Sie fördert den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten.” Und weiter heißt es: “Sie [= die EU] leistet einen Beitrag zu Frieden, Sicherheit, globaler nachhaltiger Entwicklung, Solidarität und gegenseitiger Achtung unter den Völkern”. In diesem Sinne erhoffe ich mir für die Europäer und die Welt ein friedensreicheres Jahr 2016.

5. Thoughts on the Europe Days 2013 (published as EHP Essay 1 on 5 May 2013)

5.1. Introduction

The European Union celebrates May 9 as Europe Day in commemoration of the 1950 Schuman Declaration promoting the foundation of the European Coal and Steel Community. Already on May 5, each year people commemorate the foundation of the Council of Europe in 1949. Today this association has 47 member states from Iceland to Azerbaijan, from Portugal to Russia. The Council of Europe strives for a common promotion of economic and social progress as well as the protection of democratic security and the human rights. In other words, the goals are equality, liberty, dignity and solidarity. But these abstract notions do not always match with what our words reveal about our thoughts.

Words evoke images, and a certain word is able to trigger different images in different communities. There are words that are well integrated in our everyday language and very consciously evoke images and/or emotions. And the smart rhetorician plays with them. In his Master’s thesis my student Michael Weißinger found hints that the weaker and personally more unimportant an argument, the stronger the kind of formulation for its power of persuasion. In other words: if the content is weak or unimportant, it has to sound important at least. If we regard the small number of voters as a sign of political disinterest, then the power of words can be considered as all the more important. Consequently, we can ask ourselves if some seal of quality is worth introducing. At least, alternatives for the present use of words may be suggested. Here are a few comments.

5.2. Political Keywords

5.2.1. “Unemployed”, “Unemployment Rate” and “Work”

In political and economic theory full employment is defined through the unemployment rate, but in quite different ways. Definitions go from 2% to 13%. This already shows that the term *full unemployment* is not used in its literal sense—the sense that may be expected from someone with average interest in political issues. No, full employment is defined in a flexible way.

It is similar with the words *jobless* and *out of work*. Their use as technical terms are flexible, although it may seem clear in the mind of the average citizen. Literally, someone out of work is someone who does not “work”. Formations parallel to *job-less-ness* exist in many European languages, such as German *Arbeits-los-igkeit*, Finn. *työ-ttöm-yyis*, Swed. *arbets-lös-het*, Dutch *werk-loos-heid*, Hungar. *munka-nélkül-iség*, Pol. *bez-roboc-ie*, Russ. *bez-rabot-ica*; other languages show the pattern “un·employ·ment”: Engl. *un-employment*, Span. *des-emple-o*, Ital. *dis-occupa-zione*, Czech *ne-zaměstnan-ost*. By *work* people mean ‘work paid for, wage labor’. But this triggers discriminating images. On the one hand, it devaluates voluntary work, artistic work and work at home (including private child education and care of the elderly). On the other hand, the traditional image that work is the opposite of idleness or free-time leads to the image that people without (paid) work would be lazy and only enjoy amusements. Discriminating images about the unemployed’s attitude to work already existed in the 19th century. And they were strongly criticized, for example, by the economist Alfred Marshall. So, economic theory introduced the distinction between voluntary and involuntary unemployment—a distinction that is rejected by the currently dominating Neoliberal theory in economics. Since Neoliberal theory sees human beings, in the end, as nothing more than a type of machine (by fully excluding psychological findings about human beings), involuntary employment cannot exist in this model—a view that seems quite strange regarding current developments in society.

At this point, it is useful to have a look at the developments of the unemployment rates since 1950 in countries from different corners of Europe: Germany, Italy, France, the UK, Sweden⁵⁰. We note that after a flat wave movement from ca. 1960 to the mid-1970’s, there was—with the exception of the “Social-Democratic welfare state”⁵¹ Sweden—an increase of the unemployment rate that, by the 1980’s at the latest, can be labeled “highly rapid”. In other countries the rate was around 4% in the mid-1970’s—such a low value has never been achieved again since then. Even in Sweden the 4%-level was exceeded and has since then gone down to this level again only in 2001-2002. Historically, the exceeding of the 4%-line occurred during the oil crisis and the rapid increase with the introduction of Neoliberalism. Evidently, the Neoliberal model can—despite re-definitions of terms—not lead to a visibly low unemployment rate. Thus we may ask why we do not go back to the old model or a model derived from the old level. Neoliberal may reply by saying that the unemployment rate is not a consequence of Neoliberalism, but a consequence of people who do not want to work. But we can reply in the Neoliberals’ own perspective that, as a consequence, we should abolish the Neoliberal principle so that people do want to work again. In any case, there is the danger that the Neoliberal, academically unfounded notion of the terms *unemployed* and *jobless* becomes solid in our society.

Suggested Alternatives: *wage-labor-searching* or *wageless*.

5.2.2. “Taxes”

The words for taxes are rather negatively associated by many Europeans, although to a clearly lower degree by Scandinavians than by other Europeans, as I could show in some earlier studies. We cannot say whether this is linked to the introduction of Neoliberal thinking because there are no studies on the associations of the words for taxes from the 1930’s to the 1970’s. In Interview 74.1 of the series “Special Eurobarometer”—as problematic as the method in this series may often seem—has at least revealed that in no country is there a majority that would prefer a policy of reducing public spending over a policy of investing in measures for boosting the economy in order to master the “crisis”. If we form a “reducing” group (= at least 2/3 of the interviewees prefers reducing

⁵⁰ On this, see the study by Bertola/Garibaldi 2003.

⁵¹ On this, see the study by Esping-Andersen 1990.

public spending), an “investing” group (= at least 2/3 of the interviewees prefer investing) and a “balanced” group (= opinion balanced or without opinion), then the Danes are clearly in the “investing” group, no nation in the “reducing” group, and the rest in the “balanced” group. In other words, a large number of EU citizens see investments as necessary. Whether this has led to a positive attitude to the taxes, which would be necessary for this, remains to be analyzed. New terms could lead to new thinking.

Suggested Alternative: *community contribution*.

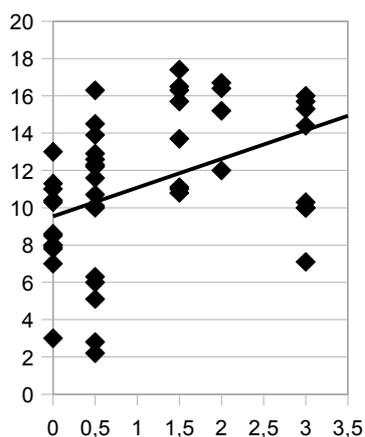
5.2.3. “economic”, “economical”, “economize”, “cheap”

Saving is a value to everyone thinking as a consumer or as a businessman. But what is economically right for a single person or company may not be necessarily a good principle for the national economy. This is often not realized by people, but it is clearer if we become aware that the state has tasks that are fully different from the ones of households and enterprises—according to the Neoliberal model the state has only a reduced set of tasks anyway, much more reduced than according to the constitutions of most EU member states.

Nevertheless saving is seen as the best elixir in EU policy—despite contrary evidence, as, for example, illustrated by Heiner Flassbeck at the EHP on April 26. Human beings—the average citizen as well as the average politician—have a hard time imagining that something that is good for a single element may not be good for the full set of elements (here: the state). Therefore it is understandable that many words for “save” are related to “economic”. In other words: saving, or acting in an **economical** way, is seen as the ideal form of acting in an **economic** way. Thus, the following relationships between words can be found in European languages:

1. Words for ‘economical’ are related to ‘economic’, for example Engl. *economical/economic* .
2. Words for ‘save’ are related to ‘act in an economic way’, for example Fr. *économiser*.
3. Words for ‘savings bank’ are related to ‘save’, for example Ital. *risparmiare/cassa di risparmio*
4. Words for ‘cheap’ are related to ‘good/economic’, for example Ital. *economo/economico*, Dutch *goedkoop*

As a counter balance, in some languages the word for ‘cheap’ can also mean ‘of bad quality’. Now we could give a language for each of the upper features 1 to 4 one point and deduce half a point if there is the phenomenon ‘cheap=bad’ (for example Dutch *goedkoop*). Then we could compare the national savings ratios for some countries in which these languages are spoken. I have done this for the years 2002, 2005 (before the global financial crisis), 2008 (after the start of the global financial crisis, but before the so-called state debt crisis) and 2011 (after the start of the so-called state debt crisis) according to the Eurostat databank, for the following countries: Austria, the Czech Republic, Finland, France, Germany, Hungary, Ireland, Italy, the Netherlands, Poland, Portugal, Sweden, Spain, the UK. If we calculate the correlation coefficient, the result is a medium correlation and medium effect. In other words: The more correlations in the terms for “economic”, “economical”, “economize”, “cheap”, the higher the national savings ratio in a corresponding country.



Most European words for ‘save’ that are not related to ‘economic’ originally mean ‘preserve’ (for example German and Dutch *sparen*, Swed. *spara*, Fr. *épargner*, Ital. *risparmiare*). It is also interesting to see the development of the word usage. As far as I can see these words could originally only be used in connection with a real good as object or target. You could “preserve oil” or “preserve money for oil”. Today you can “preserve money”, without any further target. And in many languages the use of the word for ‘save’ alone, without an object, is automatically interpreted as ‘save money’. This is what I found in an informal analysis of the first 25 Google hits for the basic forms of the words for ‘save’ on German, British, French, Italian, Hungarian, Polish and Swedish Internet pages.

| | alone (in the sen-se of 'mon- ey') | + 'money' / 'expen- ses' / 'sum' / amount | + percent- age | + 'energy' | + 'electric- al pow- er' | + 'petrol' | + 'water' | + 'heat' | + 'battery' | + 'environ- ment' | + 'time' / 'month' | + 'breath' |
|----|---|--|----------------------|---------------|-----------------------------------|---------------|--------------|-------------|----------------|-------------------------|--------------------------|---------------|
| DE | 18 | 3 | | 3 | | 1 | | | | | | |
| UK | 6 | 15 | 1 | | | 1 | | | | 1 | | 1 |
| FR | 25 | | | | | | | | | | | |
| IT | 14 | 2 | 2 | 7 | | | | | | | | |
| HU | 6 | 7 | | 3 | | | | | | | 9 | |
| PL | 13 | 6 | | 2 | 1 | | 1 | 1 | 1 | | | |
| SE | 16 | 6 | | 1 | | | 2 | | | | | |

Most Internet pages show words for ‘save’ in real or imaginary combinations with ‘money’; only on the Hungarian pages are real and imaginary combinations with ‘money’ and combinations with ‘time (period)’ occur nearly equally frequent. But in the end, time can as little be saved as money. Time simply passes by and the value of money simply decreases.

Suggested Alternative: A separation of the terms for the money sector and the non-money sector, in English maybe *save* for the former and *preserve* for the latter (after all money is there for investing, not for preserving, unless you collect coins).

5.3. Final Remarks

With words we create realities. One thing, however, should be added here, based on the experiences with “politically correct terms” since the 1960’s: Only changing the term for something does not automatically lead to an improvement of the situation, but only an initial new thinking. But such new ways of thinking must be used before people fall back to old paths of thinking again. Therefore, it seems very important to me that there is more room inside and outside school for dealing with the connection between language and political education and decision-making. The Europäisches Haus Pappenheim aims at contributing to that.⁵²

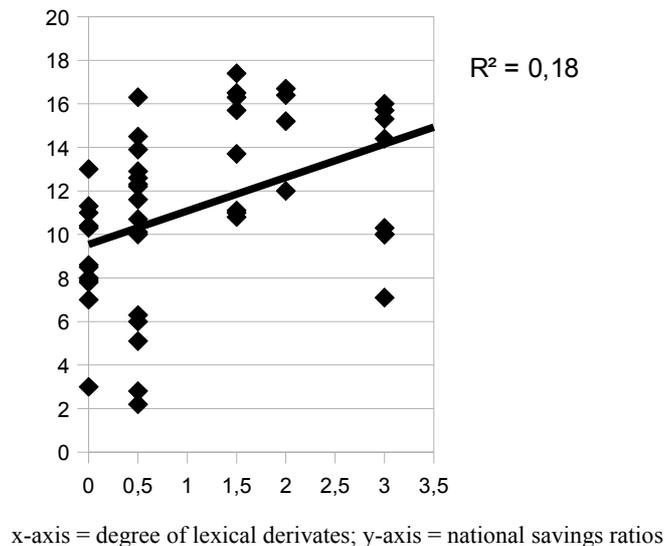
Appendix

(1) National Savings Ratios (Source: Eurostat)

| Country | 2002 | 2005 | 2008 | 2011 |
|---------|------|------|------|------|
| AT | 12.9 | 14.5 | 16.3 | 12.6 |
| CZ | 10.1 | 9.5 | 9.4 | 9.6 |
| DE | 15.7 | 16.3 | 17.4 | 16.5 |
| ES | 11.1 | 10.8 | 13.7 | 11.0 |
| FI | 7.9 | 8.5 | 7.8 | 8.6 |
| FR | 16.0 | 14.4 | 15.3 | 15.7 |
| HU | 10.3 | 11.3 | 8.0 | 10.4 |
| IE | 6.3 | 10.1 | 10.0 | 10.7 |
| IT | 16.7 | 16.4 | 15.2 | 12.0 |
| NL | 13.9 | 12.3 | 12.2 | 11.6 |
| PL | 10.6 | 8.3 | 2.4 | 2.1 |
| PT | 10.3 | 10.0 | 7.1 | 10.0 |
| SE | 9.7 | 6.9 | 11.8 | 12.9 |
| UK | 5.1 | 2.8 | 2.2 | 6.0 |

⁵² See also: Eurostat, Flassbeck 2012, Grzega 2009 & 2013, Marshall 1890, Nationale Armutskonferenz, TNS Opinion & Social 2010, Wunsch 1962.

(2) Correlation Degree of Lexical Derivates / National Savings Ratios (Source: own calculations)



6. A Different Kind of Europe – in Speaking, Thinking and Acting: An Essay in the Run-Up to the European Elections 2014 (published as EHP Essay 2 on 15 March 2014)⁵³

6.1. Summary

Words are able to trigger positive or negative feelings, depending on which event they are related to or which other words they sound similar to. The word *saving* sounds good, but means *destruction* and *reduction* in today's economic situation – the destruction of quality at work, job reduction, as well as reduction of the general public's capital and the welfare. Additionally, we normally define *economic success* as a change in the gross domestic product or the gross national product. However, this definition is not self-evident at all. We can give new meanings to words and change the world by doing so (just as the re-definition of *the unemployed* has improved the unemployment figures). This also means: We can define our social goals always on our own, too. This is what this essay is about. It deals with the following goals:

- We as a country want to be a good partner.
- We want to enjoy a long and healthy life.
- We want good school education.
- We want to live a safe life of freedom, without poverty, now and later.
- We want to achieve balanced current accounts in our country.

These aims are in line with the EU treaties and national constitutions. The currently dominating neoliberal model, however, stands in contrast to the treaties and constitutions. It has led to high social imbalance, high unemployment rates and a deep financial and existential crisis. Analyses have shown that Sweden, Denmark, the Republic of Ireland and the Netherlands have often been better in reaching those alternative goals than other EU states; sometimes non-EU countries have

⁵³ translated from German and adapted by Sandra Schwehofer and Joachim Grzega

done much better. As a consequence, we need a healthy and well-shaped state instead of an undernourished one. By *state* I mean the administration that looks for the benefits for all members of a country. Academic observations have brought the following results:

1. **The healthier, the more balanced and the stronger the state is, the more efficient people are.**
2. **The smaller the income differences are, the higher the general prosperity.**

In order to achieve this, the relevant academic data as well as expressions like *healthy/balanced/strong state* must be used and repeated in a lot of situations.

6.2. Introductory Observations

What kind of Europe do we want to live in? Which aims are worth reaching for? With regard to the European elections in May 2014, this essay aims to show that the fact that certain words are presented in mass media makes it hard for us to think about others way to organize Europe. The essay tries to encourage people to imagine different forms of Europe and to compare them with the goals of the political candidates. This essay does not recommend a particular party. This essay is not written by a German for the Europeans; I am writing as a European. This essay does not accuse politicians and journalists of deliberate manipulation of people. Perhaps some politicians and journalists are just captured in their way of thinking through the constant repetition of words and expressions they have been facing over the last years. Perhaps they are under enormous pressure because they have to reach as much power or as many sales as possible. Many views are nourished simply because they are permanently repeated in mass media, where regional, national and even EU politicians are often cited, too. From time to time this repetition includes the creation of positive and negative overtones of a word.

Let's take, for example, the word *inflation*. The word came up during the 20th century and must be seen in the context of the Great Depression of the early 1930s, when rapid money growth lowered the value of the money. Today, experts call this phenomenon *hyperinflation*, whereas the term *inflation* is used in a more general way. However, in everyday language, *inflation* still has negative connotations. In German, *Schulden* 'debts' sounds negative because it is related to negative expressions from the moral and legal sector: *Schuld* 'guilt' and *schuldig* 'guilty'. This connection also exists in Dutch, Danish and Swedish, but not in other European languages.

Words can trigger negative feelings when they are related to a negative historical event or other negative words. From an objective point of view, there is no reason to see debts and inflation as negative.

The main players in economics are companies (including the banks and the media companies), private households and the state. In the end, the state comprises all members of a country, but here I mean the administration of the benefits for all members of a country. Each of the three main players is interested in different welfare aspects. Companies give salaries so that private households buy their goods; companies and private households pay taxes to the state so that it can guarantee at least the most important conditions for living together successfully. The most important conditions are safety, justice, road system, sewage works and social security. In real life, it is hard to imagine that a single person or a single company can report an ideal balance of income and expenses each month or even each day. Whenever one member of the economic cycle puts money aside for a bigger investment in the future (e.g. a private person for his/her own house, a company for a factory building or a state institution for a school), then another member lacks that money as income now.

Alternatively, the person who is planning to invest the money can get money for sometime from another player; in other words: the person planning to invest has to run up a debt. But this means that another member of the economic cycle saved up some money before and consequently, again, another one had a loss in income. It would be a vicious circle if the banks did not print additional money or offer credit money, aiming at progress in the world of goods. Of course, a growing demand for money and goods can lead to a certain price increase. This contributes to what we call *inflation*, the lowering of the value of money. Finally, all incomings and outgoings of money come to zero with regard to the whole economic community. Thus, inflation and debts are necessary and even desirable for progress. **Debts and saving are two sides of the same coin; progressing demand and inflation are two sides of the same coin. You can only see both in either a positive or a negative way.** If you wanted to judge both in a negative way, you would have to suggest a completely different economic model.

As often in life, it is the amount of something that is decisive. Studies have shown that an inflation rate up to 5 percent is acceptable. It is difficult to say which government debt ratio is acceptable. In the course of the monetary union, the EU agreed that the national debt should not exceed 60 percent of the gross domestic product (GDP) of a state. However, this figure is not based on any real-life observations. It can be safely stated that the crisis in the euro zone does not go back to national debts. The particularly hard-hit states of Spain and Ireland had reduced their national debts to 40 and 25 percent of the GDP between 2000 and 2007⁵⁴. Even in 2008 Ireland's national debt was still acceptable, and the Spain's national debt was still okay in 2010. In other words: these two countries showed a model behavior with regard to the EU agreement, whereas Germany has not been able to fulfil this criterion since 2003.

Conversely, it is not logical from an objective perspective why so many see saving as a good way especially in times of economic crises. History shows that **saving measures (austerity measures) turn a weakening economy into a fatally ill economy** which can ruin other economies, too: Examples are the US and German austerity programmes after the stock market crash in 1929 and the Latin American ones in the 1990s. Latin American countries only revived after they rejected the restrictions on public investment, which had been imposed by the International Monetary Fund (IMF)—the same restrictions the IMF expects from EU countries today.⁵⁵

Besides, it is not understandable why some people want still fewer rules for the various social sectors and especially for the financial sector. Without any need, a successful model was replaced in Britain in the late 1970s and in Germany and other European countries since the 1980s: a European economic and social order, which had led to prosperity for everybody in Western Europe and which allowed to master the two oil crises in the 1970s. Europe has paid a bitter price for the abolition of rules and social security. **The policy that we call *neoliberalism* or *market-radicalism* has caused a strong increase of unemployment and has put people in Northern America into a deep financial and existential crisis.** The neoliberal theory preaches a “lean state”, or “slim state” (this image is very common in European regions, apart from Scandinavia and some parts of western Europe). However, it has led to an unhealthy, underweight state. **We need a healthier, better nourished state again.** For this purpose, we also need something called *taxes*. Perhaps this concept is more appreciated if you call the **funding of the state's welfare tasks *welfare charges*⁵⁶ or *welfare tributes*.**

⁵⁴ If no other sources are given, all EU data are taken from the EU statistical database *Eurostat*: <http://ec.europa.eu/eurostat> (01-01-14).

⁵⁵ Cf. Stiglitz 2002.

⁵⁶ The German term *Gemeinwohlabgabe* was suggested by my father, Günter Grzega—quoted, e.g., in Bunjes 2013.

This essay will deal with our economic activity from perspectives which are normally absent from mass media. We ourselves can decide on the Europe that want to live in. This is what we sometimes forget as a result of the reports given in mass media which say that the world simply works the way it does right now. However, laws on living together are mostly not laws of nature. The way humans behave is not only determined by nature, but mainly by culture. And there are always new findings on which human characteristics are really shaped by nature. It has been shown several times that rational acting is not nature-given⁵⁷. Human beings are rather led by emotions. Emotions are often caused by certain words. Thus, we can influence our thinking and acting with the help of words. **We can at least initiate new ways of thinking with the help of new words. And these new ways of thinking can lead to new ways of acting. We can easily change the world with our words by simply giving them a new meaning. The number of unemployed had been reduced easily by re-defining the term for ‘unemployed’ in several European statistics.**

6.3. “Prosperity”, “Growth”, “Economic Success”

Politicians often aim at economic growth, because this suggests economic competence. As a layperson one might think that *growth* means ‘producing more and more items of the same thing’. However, this is not the only meaning of the economic term *growth*. It can also mean ‘producing the same number of things with less effort’. Moreover, it can mean ‘producing new, progressive things’. Many companies, however, hope that they do not have to invest too much money in progress, they hope to make as much profit as possible with their existing products, of course. ***Growth in an economic sense thus includes three aspects:***

- **more and more copies of the same product with the same effort**
- **same number of copies of a product with less effort**
- **a completely new product serving the same purpose**

In economics, growth means changing the gross domestic product. The gross domestic product is the value of all goods and services which were produced in a state within one year and serve the end consumer. There is also the gross national product; this is the value of all goods and services, which are produced with the help of means and effort of the residents of a country within a certain period of time.

Gross domestic product (GDP) and *gross national product / gross national income (GNP)* are the most frequently used words for indicating economic success in the newspapers I have analyzed. However, neither the gross domestic product nor the gross national product say if one single member of the population got the whole income earned by all the population and the rest got nothing or if each member gets the same income, no matter how much the individual has worked. Neither the gross domestic product nor the gross national product takes into consideration if people and environment are doing fine or bad.

We should not forget: There is no natural meaning of *prosperity, economic growth and economic success*. Humans give meanings to words. It should also be kept in mind that the inventor of the gross national product, the American Simon Kuznets (1934), did not develop the GNP as a means to measure wealth, but in order to check if the US economy was financially strong enough to take part in a World War. He even underlined that as a general indicator the GNP is not a good indicator from an economic point of view. Today there are other indexes:

⁵⁷ Cf. e.g. Ariely 2008; Kahnemann 2011; Gigerenzer 2014.

- The Human Development Index takes into consideration the gross national income per capita, people's life expectancy at the time of their birth and the average and expected school years.
- The Happy Planet Index takes into consideration life expectancy, life satisfaction and the land and sea that people need to keep up their standard of living under today's production conditions.
- The Index of Sustainable Economic Welfare together with the Genuine Progress Indicator take different factors into consideration, such as the degree of sustainability of our behaviour.
- The Gini Index represents the unequal distribution of income.

Of course, these alternative indexes have been criticized, too. However, it is more important to pay attention to the overall tendencies shown by these indexes than focusing on the figures in detail. **In comparison to the gross domestic product and the gross national product, however, these alternative indexes are less established, which can be seen from their presence in mass media.** As an example, I checked several online-versions of widespread everyday media from different parts of Europe: bild.de (*BILD*), krone.at (*Kronen Zeitung*), lefigaro.fr (*Le Figaro*), dailymail.co.uk (*Daily Mail*), dn.se (*Dagens Nyheter*), fakt.pl (*Fakt*), aktualne.cz (*Aktuálně*), nol.hu (*Népszabadság*), corriere.it (*Corriere della sera*), elpais.com (*El País*). In how many of all the cases where an economic index is mentioned is it an alternative index? Alternative indexes make up nearly 10% in *Fakt* and *KronenZeitung* and about 6% in *DailyMail*, but less than 2% in the other newspapers and even less than 1% in *BILD*, *Figaro*, and *Corriere*. **Moreover, the small role of alternative indexes is shown by the fact that several countries do not have an expression in their own language, but use the English expression, whose meaning is unclear to many readers.**

6.4. Which Aims Do We Europeans Have?

Which aims are we reaching for – not only as individuals or as inhabitants of our home town or our region or our country or our Europe? After all, Europe should be a community. This is what the treaties say. We should be like brothers and sisters. At least, we should live together as partners, not as people fighting each other, and fighting each other economically is definitely included here. Unfortunately, little progress has been made in terms of solidarity in some parts of Europe, despite the Nobel Peace Prize. Some people who live in EU states that have been less affected by the economic crisis think they are allowed to patronize, ridicule or discriminate against others that have been weakened by the crisis. They do not reflect on their own share of responsibility. Especially the Germans, whose unification was only realized thanks to European solidarity, should be aware of the fact that their dominant behaviour might trigger memories of their dark history, as already shown in some European media.⁵⁸ Some politicians take decisions which only serve those who caused the crisis, but not those who are affected by the crisis. Speaking of aid plans or rescue packages – as it was done with Greece – seems cynical in this context. Even within some countries a lack of solidarity can be identified. For example, Germany introduced the *Solidaritätszuschlag* ‘solidarity surcharge’ in 1991 in order to finance the unification. Soon, this term was shortened to *Soli* and thus solidarity was put into the background. **Even small changes in a word such as the disappearance of *Solidarität* in *Soli* can have great consequences.** For many people, the *Soli* has become a burden. Some critics from former West Germany forget that citizens of former East Germany must pay it, too, and that it is used for many different measures. Moreover, Germany has another kind of solidarity agreement: the taxation revenues of the single federal states are compared and then the financially weaker states are supported by the stronger ones now. What kind of signal is sent out if the state of Bavaria takes legal action against this agreement, although from 1950 to 2012 Bavaria

⁵⁸ Cf. Schmidt 2012.

had to give money only in 25 years, but received money in 38 years⁵⁹? Similar revenue sharing is done on the local level and criticized by some richer municipalities, too. Some even fear that economically stronger parts of a village do not want to support the weaker ones. In some parts of Europe, solidarity is in danger on many levels. Here the collective spirit could grow, which means that people rather think as *We*. When we talk about *We* in the following text, we refer to: *We people in the EU*.

6.4.1. Aim: We Want to Be Good Partners.

The stability and growth pact for the euro zone includes two basic rules for the European countries⁶⁰. Whether they were a good idea or not is not the question here. It is only about obeying these rules:

- “Public debt must not exceed 60% of GDP.”
This was not respected by some states right from the beginning, namely: Belgium, Italy, Greece, Austria, Sweden, Spain, Germany and the Netherlands. However, some of these countries, especially Sweden, Spain and the Netherlands, did a good job with regard to this agreement. Germany could reduce its public debt first, but exceeded the limit since 2002 and has since then constantly increased its debt.
- “The deficit must not exceed 3% of GDP.”
Some states disrespected this limit several times: first Greece, then Portugal, Germany, Italy and France.

As already mentioned, I do not discuss here whether these agreements were a good idea or not. However, if they are considered inappropriate, they would have had to be changed together.

Additionally, it is said in article 282 of the Treaty of the Functioning of the European Union that⁶¹: “(1) The European Central Bank, together with the national central banks, shall constitute the European System of Central Banks (ESCB). The European Central Bank, together with the national central banks of the Member States whose currency is the euro, which constitute the Eurosystem, shall conduct the monetary policy of the Union. (2) The ESCB shall be governed by the decision-making bodies of the European Central Bank. The primary objective of the ESCB shall be to maintain price stability.” Maintaining price stability in a European system means that all members of the system must stick to inflation rates very close to each other. The Governing Council of the ECB, which includes all national banks, defines this rate as “close to, but below 2 percent”, which means 1.7 to 1.9 percent. This also means that all national banks must make an effort. However, the only countries which had roughly kept this aim at the outbreak of the crisis of the euro zone were France and Austria.⁶² Germany and Finland were below, all other countries above the fixed rate. **If you agree on a goal, it does not matter if you miss the target on the left or on the right.**

⁵⁹ http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche_Finzen/Foederale_Finanzbeziehungen/Laenderfinanzausgleich/laenderfinanzausgleich.html?view=renderPrint (01-01-14).

⁶⁰ Resolution of the European Council on the Stability and Growth Pact (Amsterdam, 17 June 1997) [Official Journal C 236 vom 02-08-97]: http://europa.eu/legislation_summaries/economic_and_monetary_affairs/stability_and_growth_pact/l25021_de.htm (03-01-14).

⁶¹ <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2012:326:0047:0200:EN:PDF> (01-01-14).

⁶² My own calculations, based on Eurostat data (DE 1.6 – FI 1.7 – FR 1.9 – AT 1.9 – BE 2.1 – IT 2.3 – NL 2.4 – PT 2.9 – IE 3.1 – HE 3.2 – ES 3.2).

As the national banks are independent of politicians, you cannot blame the latter in this case; at best indirectly in those countries where the government suggests some of the people that are responsible for the national bank.

6.4.2. Aim: We want not only a high GDP, but also high life expectancy and good school education.

For this aim, we must look at countries with a high Human Development Index. This index takes into consideration the GDP per capita, people's life expectancy at the time of their birth and the average and expected school years. Luckily, all EU states show a "very high degree of human development", Bulgaria and Romania at least a "high degree of human development". The first rank, however, goes to a non-EU country in 2012: Norway⁶³. Australia is second and the USA third. The first five EU-countries are on ranks 4.5, 7 (2x) and 15: the Netherlands, Germany, Sweden, Ireland and Denmark. Having a long life, however, does not necessarily mean having a long and healthy life. This leads us to our next aim.

6.4.3. Aim: We want a long and healthy life.

Looking at this aim separately, Germany does badly in comparison to all its direct neighbours. An average girl born in Europe in 2011 can expect 62,2 healthy years according to the Eurostat database; an average boy 61.7. Looking at national figures, an average German girl can only expect 58.7 years and a boy 57.9 years. EU children born in 2011 had especially good prospects in Sweden and Malta (over 70 healthy years) and in Norway, Ireland, Great Britain, Spain and Greece (over 65 healthy years).

6.4.4. Aim: We want a safe life.

Let's have a look at the Failed State Index⁶⁴, which includes 12 aspects. "Progressive Deterioration of Public Services" is one of them and also refers to the guarantee of public services. EU states reached an average of 2.8 in 2010. Up to 2.5 a country is seen as stable and fit for the future. This is true for the following EU countries (in descending order): Finland, Sweden, Denmark, Austria, the Netherlands, France, Germany, Belgium, Luxembourg, Britain, Spain and Ireland. If you consider all of the 12 aspects, the following EU members are part of the countries considered stable and fit for the future in 2010 (in descending order): Finland, Sweden, Ireland, Denmark, Austria, Luxembourg, the Netherlands. On the whole, Norway is doing best.

Safety also means living without violence. In 2012, the EU was awarded the Nobel Peace Prize "for over six decades contributed to the advancement of peace and reconciliation, democracy and human rights in Europe"⁶⁵. This should encourage the EU to develop two more things:

- peace outside Europe with the armaments industry being completely changed into a defence industry without weapons being sent to non-European countries
- abolition of all forms of weapons of mass destruction in Europe, also of the "financial weapons of mass destruction" as Warren Buffett (2012: 15) called them, thus of any business betting, for example, on the future value of a good or of paper money

⁶³ <http://hdr.undp.org/en/content/human-development-report-2013> (01-01-14).

⁶⁴ http://www.foreignpolicy.com/articles/2009/06/22/the_2009_failed_states_index (01-01-14).

⁶⁵ http://www.nobelprize.org/nobel_prizes/peace/laureates/index.html (01-01-14).

Living safely also includes the fact that everybody is provided with basic supplies such as energy, waste disposal, health-care, regional traffic, postal service and telecommunication. This is why **the provision of basic supplies must be in the hands of an institution that is responsible for the general public – this can only be the state, since companies (including banks and media companies) must be profit-orientated in our economic model.** Consequently, companies are unsuited for tasks linked to public welfare in our model. An international comparative study conducted by the Forschungs- und Beratungsstelle Arbeit (FORBA) in Vienna has shown (Brandt et al. 2009): Privatization leads to higher prices and lower quality and thus to uncertain access to goods that everyone needs. In contrast, the policy during the European post-war period enabled the recovery of ill companies and the governmental organization of economic key areas for the benefit of the general public. It was just ignored that the same should have been done in new key areas of energy supply and communication. This would have contributed to keeping life safe and self-determined, without having to worry about sufficient basic supplies.⁶⁶

6.4.5. Aim: We want a self-determined life, a life in freedom.

Words including *free* sound good. This is true for many European languages. *Freedom, free market, free trade* could be mentioned as further examples. However, too much freedom of one person can threaten another person's freedom. **This is why several people can only be free as long as there are certain rules for every single person. This holds especially true for a *free play of forces*, as any sort of playing needs rules.** The free market, too, has had rules, since the basic idea of a market in an economic sense is to guarantee equality of opportunity. **If certain fields are exclusively dominated by some highly specialized companies which the public cannot understand or influence, we cannot speak of any market here.** For example, the financial market hardly knows any rules and produces enormous losses which must be compensated with the help of the state. Perhaps one should rather call it *financial mafia*.

Living a life of freedom means living a life without restrictions due to a lack of basic supplies or to poverty.

6.4.6. Aim: We do not want to live in poverty, neither now nor later.

If we do not want to suffer from poverty, the question comes up what poverty means. Until a few years ago, those people in the EU had been considered as poor who earned less than 50 percent of the arithmetic mean of the net income. Nowadays people who earn less than 60 percent of the middle net income are seen as poor. As to figures you have to be particularly careful with the definition of words like *poverty*. Moreover, it must be clear **if several figures are all based on the same definition of a reference word like *poverty*.** An example can illustrate that problem: Let us assume that there is a person who get 100 EUR per working hour, and there are four people who get 1 EUR each. According to the older definition, the poverty line would be at 50% of the arithmetic mean:

$$\begin{array}{r}
 100 \\
 1 \\
 1 \\
 1 \\
 1 \\
 1 \\
 \hline
 104 \quad \rightarrow \text{mean} = 104 : 5 = 20.8 \quad 50\% \text{ of the mean} = 10.4 \quad \rightarrow \text{there are 4 poor}
 \end{array}$$

⁶⁶ Cf. Wagenknecht (2012: 339f.).

According to the more recent definition, the poverty line would be at 60% of the middle value, also called the *median*.

| | | | |
|-----|----------|-------------------------|--------------------|
| 100 | | | |
| 1 | | | |
| 1 | → median | 60% of the median = 0.6 | → there are 0 poor |
| 1 | | | |
| 1 | | | |

This means that only by using the recent definition, poverty would have been abolished within this group.

How many percent of the people living in Europe are – even after receiving social security benefits – at risk of poverty according to this definition? In 2005, it was 16.4 percent in the EU according to Eurostat, 16.9 percent in 2011. There was a particularly low risk for Swedes in 2005 (9.5%) and for Czechs in 2011 (9.8%). Within the euro zone, the Dutch had the lowest risk in 2005 and in 2011 (10.7% and 11.0%); beyond, it was the Norwegians (11.4% and 10.5%). Apart from some exceptions, which cannot be analyzed in this essay, the situation is better in northern and western Europe, including Germany and Austria, than in southern and eastern (Central) Europe.

Poverty can also be measured with the help of the percentage of people suffering from “material deprivation” according to Eurostat⁶⁷. This may sound complicated. However, it is enough to point out that the situation is again better in Northern and Western Europe including Germany and Austria than in other regions.

Finally, we can also refer to the Human Poverty Index⁶⁸, which has been calculated by the UN since 1997. As to the industrial countries, it takes into consideration the probability of dying before the age of 60, the percentage of illiterate adults, the percentage of people whose income is below 50% of the median and the percentage of long-term unemployed people (12 months and longer). According to the last report (2007/08), the European countries with the lowest level of poverty (less than 10 out of 100 points) were Sweden, Norway, the Netherlands, Finland and Denmark. Italy has 29.8 points. The other western European countries have 10 to 20 points. For the developing countries there is the Multidimensional Poverty Index⁶⁹. Here, the successor states of the USSR, eastern Central Europe and the Balkans as well as the United Arab Emirates are doing particularly well.

With the emergence of the market radicalism in western Europe, soup kitchens and the distribution of food have been re-introduced for people in need: since 1984 in France (the *Restos du Coeur* ‘restaurants of the heart’), since 1986 in Belgium, since 1993 in Germany (the *Tafeln*), later also in Spain, Austria, the Netherlands, Hungaria and Poland. We must be grateful to those institutions for their work. However, it seems somehow cynical if politicians having governmental responsibilities welcome those institutions and express their thanks with a smile. They should rather be ashamed that such institutions are needed in rich Europe at all and that politics is no longer able to set an end to such poverty.

⁶⁷ Originally *material deprivation*, defined as “3 out of 9 items in the dimension ‘financial stress and durable goods’”.

⁶⁸ http://hdr.undp.org/sites/default/files/reports/268/hdr_20072008_en_complete.pdf (01-01-14), 241ff.

⁶⁹ <https://data.undp.org/dataset/Table-5-Multidimensional-Poverty-Index/7p2z-5b33> (01-01-14).

In recent years, some European countries regarded the demographic change as a danger to poverty in old age. In the English language we find the phrase *greying of Europe*. As a way out, private provision and a longer working life have been suggested and partly already introduced. On closer inspection, however, these conclusions turn out to be illogical:

- As already mentioned in the introduction, **saving for the future is not possible from an economic point of view**. Thus, **the currently earned assets must always be used for the care of all currently living inhabitants**. And then it is hard to understand why a sufficient basic care should need the financial industry as an unreliable middleman instead of being provided by the state from the start.
- When talking about all currently living inhabitants, we do not only refer to the population no more active, but also to the population not yet active: our children. However, their number has decreased. Moreover, the overall economic productivity usually grows, too. Consequently, the pretended importance of the demographic change for the social security system is relativized.
- Longer working life only makes sense if enough gainful full-time employment is offered. However, political policies have contributed to the fact that there are more and more part-time jobs in Europe (except for Denmark, Ireland, Latvia, Lithuania, the Czech Republic, Bulgaria and Rumania). And there is also a growing number of employments that are limited in time (except for Denmark, Finland, Norway, Ireland, Malta and the Czech Republic)⁷⁰. Raising the retirement age seems to be nothing but an “artful” way of cutting pensions.

6.4.7. Aim: We want to live a sustainable life which exploits the earth only to an extent which allows it to renew on its own, so that we and our children can live a natural life later on.

Let us have a look at the Happy Planet Index here. It includes life expectancy, life-satisfaction and the land and sea area that people need to permanently keep up their standard of living under today’s production conditions. The latter is also known as ecological footprint. According to this calculation, some Latin American states and Vietnam are doing very well. **Many European states are in the middle group when we analyze life expectancy, life satisfaction and environmental protection**; Albania is doing best. Some European states are even doing badly: Denmark, Slovakia, Bulgaria and Macedonia.

Furthermore, there is the Index of Sustainable Economic Welfare (ISEW). The gross national product/gross national income measures the economic production of a nation. When this value increases, we might think that our prosperity has increased, too. However, within the gross national product/gross national income many things are entered as positive which are rather seen as negative by many citizens. For example, if our behaviour has caused damage to the environment or people which must be removed, the gross national product classified this as positive. In the ISEW, however, unwanted costs resulting from our social or ecologic behaviour are seen as negative. Additionally, there are other aspects which diverge from the gross national product. For example, the ISEW takes into account household work, the sustainability of our behaviour and the distribution of work and income. Up to now, large comparative calculations of this type are still missing. A study by Lawn (2003) compared the ISEW-indexes from 1950 to 1990 for the US, Britain, the Netherlands, Germany, Austria and Sweden. The results for the Netherlands are clearly the best (with an ISEW index even above the gross national product). Currently, a Genuine Progress Indicator based on the ISEW is being discussed and the EU has started the Beyond GNP Initiative.

⁷⁰ International Labour Office, *World of Work Report 2008*, Geneva 2008, 119.

6.4.8. Aim: We want balanced current accounts.

For some reason, many people think that it is good if a country's exports exceed its imports. German has even created its own word here: *Exportweltmeister* 'export world champion'. A word that does hardly or not at all exist in any other European language that I checked—even in languages of countries which prefer exports over imports just the way Germany does. How can the title *export world champion* be seen as advantageous for a country anyway if this title has been achieved through underdeveloped wages and through financial claims against countries which can possibly never fulfil these claims. ***Exportweltmeister* is a good example for disguising something negative with the help of a word that sounds good.**

So let us have a look at countries that were in equilibrium over a certain period of time. We will focus on the 6-year period of the EU-27, which means 2007 to 2013. If we look at trading with non-EU countries and check who meets the balanced sum of 0 best, then Germany is not Number 1, but next to last. Only the Netherlands do more poorly. Lithuania, Latvia and Malta do best. Of course, one can object that the countries' different numbers of inhabitants should be taken into account, too. As they vary constantly, a calculation per capita would not be useful. A stable calculation would be possible per million. Thus, the question would be: to what extent does a group of up to a million people manage to be in equilibrium after 6 years in the single countries? Here Germany occupies position 20. The Netherlands are last again. The top positions go to France, Lithuania and Hungary. We can also use a very mild way of looking at the situation and check how often the countries took the roles of importer and exporter. Again, Germany is part of the worst group over the 6-year period; it only took the role of the exporter. Slovenia does best; it was importer in three years and exporter in three years. France is exporter in 4 years and importer in 2 years. Lithuania, Poland, Romania, Latvia, the Czech Republic, Italy, Portugal, Estonia, Slovakia and Cyprus show a 5:1 ratio in the one or the other direction. All of the other countries are in an extreme imbalance over the 6-year period. As partners, however, either balanced giving and taking must take place or the members must see themselves as a real economic community with a common financial system and accounting.⁷¹

Similar analyses can be carried out for the balances of trading within the EU, as "skewed" balances of trade have contributed to Europe's imbalance. If we take absolute figures, Germany is again next to last and the Netherlands last; Lithuania and Estonia perform best. If we take the trade balance per million people, Germany is 14th, the Netherlands are last. Italy and Lithuania perform best.⁷²

6.4.9. Aim: We want justice.

Justice is a vague expression, too, depending on the context. **It would be just if wages developed in a way parallel to productivity. According to a study conducted by the International Labour Organization (ILO), analyzing the years between 1990 and 2006, this was only true for Ireland, Luxembourg, Sweden, Spain and the Czech Republic** as well as for Mexico (International Labour Office 2008: 7). Higher wage increase in comparison with the productivity increase was found in Greece, Britain, Norway and Portugal as well as in China and South Africa. Lower wage increase in comparison with the productivity increase was found in Belgium, Denmark, France and the Netherlands in the EU. Wage restraint was even higher in Italy and

⁷¹ My own calculations, based on Eurostat data for Extra-EU27 trade (distance from the 0 mark in absolute figures: range from LT 1.371 MioEUR to NL 645.125 MioEUR; distance from the 0 mark per mio people: range from FR 327 MioEUR to NL 37.949 MioEUR).

⁷² My own calculations basing on Eurostat data for Intra-EU27 trade (distance from the 0 mark in absolute figures: range from LT 630 MioEUR to NL 151.378 MioEUR; distance from the 0 mark per mio people: range from IT and LT 230 MioEUR to NL 8.905 MioEUR).

Hungary. Even more massive wage squeezing was done in Germany, Finland, Austria, Poland and Slovakia. From an international perspective, wage squeezing was especially massive in Brazil and Russia.

According to the ILO study, **there was a rise in inequality of the distribution of income in many European countries between 1990 and 2006** (International Labour Office 2008: 11 & 44). The index used here was suggested by the Italian mathematician Gini. The Gini Index is always a figure between 0 (absolute equality) and 1 (absolute inequality = everything for one). The Gini-Index stayed roughly the same only in Denmark, Germany and France within Europe. It decreased considerably in Switzerland and Slovenia (now the same level as Sweden). In all other European countries income inequality increased. Outside Europe Gyana and Yemen performed very well in reducing the unequal distribution of income. The inequality of the distribution of assets is even greater. The Gini-Index for assets is more than twice as high for example in Germany and France as wells as in Canada.

However, the meaning of *justice* can even go further, referring to the fact that a society is free of corruption. The Corruption Perceptions Index⁷³ indicates to what extent politicians and civil servants are perceived as corrupt. In 2013, the Scandinavian countries, Switzerland, the Netherlands, New Zealand, Australia, Canada and Singapore were among the Top-10 states.

Just because no corruption is perceived, this does not mean that everything is done in a fact-related way. Maybe people do not pay for their career; but this does not mean that performance is all that counts. For many careers the social network is decisive. This does not have to be negative per se. Negative overtones only come up when performance is pretended to be the decisive aspect. In the Global Corruption Barometer⁷⁴, which indicates the degree of corruption perceived by experts in different fields (1 not corrupt at all – 5 very corrupt), all EU countries that were examined had an average of 3.0 to 3.8 (the Netherlands, Austria, Poland and Sweden were not examined). **Looking at these results, describing Europe as an achievement-orientated or performance-related society seems to be just an empty phrase. It seems to be just an empty phrase as long as people in work are dismissed although they totally fulfil their duty or as long as two people's income differs by more than the factor 100 or the performance of an investment banker is more appreciated than that of a general practitioner or the performance of a German carer more than that of a Romanian carer.** The average degree of corruption in the field of the media is only below 3.0 in the Czech Republic and in Estonia. In Greece it is 4.4. In the other European countries it is between 3.0 and 3.9. From an international perspective, it is particularly low in Burundi (1.2).

6.5. Results

- Some indexes suggest **that the EU should be modest**. Some Latin American states did very well in overcoming national crises and in respecting ecological issues. Norway has a leading role in many fields.
- Some indexes suggest **that countries successful in classical terms should behave modestly**. They are not necessarily successful in achieving modern, alternative aims. **Sweden, the Netherlands, Ireland and Denmark** often proved successful in achieving alternative aims.

⁷³ <http://www.transparency.org/research/cpi/overview> (01-01-14).

⁷⁴ <http://www.transparency.org/gcb2013> (01-01-14).

- The EU treaties⁷⁵ say that (see Article 2 of the version currently in force): “The Union is founded on the values of respect for human dignity, freedom, democracy, equality, the rule of law and respect for human rights, including the rights of persons belonging to minorities. These values are common to the Member States in a society in which pluralism, non-discrimination, tolerance, justice, solidarity and equality between women and men prevail.” According to the EU treaties (see Article 3 of the version currently in force), the EU “[...] shall work for the sustainable development of Europe based on balanced economic growth and price stability, a highly competitive social market economy, aiming at full employment and social progress, and a high level of protection and improvement of the quality of the environment. It shall promote scientific and technological advance. It shall combat social exclusion and discrimination, and shall promote social justice and protection, equality between women and men, solidarity between generations and protection of the rights of the child. It shall promote economic, social and territorial cohesion, and solidarity among Member States.” These aims as well as the aims of the national constitutions of the EU suggest that the type of neoliberalism which has been dominant for three decades has to be abolished. **Neoliberalism is contrary to the contract and to the constitutions.**
- It has been shown: **Words influence our unconscious thinking.** They cause positive or negative thoughts, depending on which event they are connected with, on which other words they sound similar to and on how metaphorical they are. Their technical meaning can differ from their everyday meaning. The meaning of words can generally be changed, which is especially relevant for comparisons with regard to time.

6.6. Paths

Human beings are obviously not really able to keep an overview of economic matters. Moreover, they are obviously not able to keep an overview of the moral consequences of their actions. A private household wants to satisfy its basic and luxury needs and may want to respect moral aspects when buying a product. But to the private person the production of a good is neither visible nor always documented. And it is clear that not each private person can check the moral aspects of each good. Even with most solid investigation, torments for humans, animals and the environment do not always become apparent. Simply hoping for a general ethical awareness is unrealistic, especially in the non-public sector or in a field where other values are propagated and lived. Employers are human beings, too; many with high, others with less ethical awareness – especially in the non-public sector. The central task of an employer according to our current model is to maximize profit. In addition to more progressive ethics and a more progressive societal model, we need a general public set of rules, of which the obeying is controlled. Only a committee of politicians is able to create the general conditions needed. And this committee must be public, because politicians are also only human, many with a high, others with less ethical awareness – especially in the non-public sector, a rather low one.

I want to stress again that those suggestions are not a general hate campaign against the presumed winners of the current system. Of course, those who have committed a crime according to the established law must be punished. I can understand those who tried to profit as much as possible in accordance with our established law. But what the individual is allowed to do can go against the public interest. There may even be contradictory political conditions. Politicians may, for example, act in a way that profits go to individuals and losses must be compensated by all. However, such measures are against the EU treaties.

⁷⁵ <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?&=2010:083:SOM:EN:PDF> (01-01-14).

As a German I would like to say this: If Germans become aware of the consequences of their economic doing for other peoples – as mentioned above –, the first suggestion that follows is to choose a way of speaking that does not express any arrogance. **It would do other Europeans and us Germans good if we said “sorry” for certain things.**

Moreover, we should get to know those countries that did well in reaching the alternative aims mentioned. Of course, there are already many different suggested solutions for reaching the alternative aims introduced above. They often refer to the ideas of the British economist John Maynard Keynes. **Keynes’ principles were successfully implemented in the US after the crisis in the 1930s and in Western Europe after World War Two. They helped to overcome two oil crises and have been given up without any necessity from the 1970s onwards.** A comprehensive suggestion for extending Keynes’ model is the eco-social market economy⁷⁶ as presented in the *Europäisches Haus Pappenheim* by Franz-Josef Radermacher, who provided the academic basis. **The eco-social market economy includes the idea of considering the environment a tradable product which is related to costs. Moreover, it says that energy consumption is to be taxed.** It is thus intended to lead to a more general social rethinking which is reflected in many small changes. For example, some restaurants and canteens in various Belgian and German cities have introduced a meat-free (or even animal-free) *Veggie Day*. If we chose a Friday for that day, economic, ecological, medical and ethical reasons can even be combined with cultural ones – as traditionally Fridays are meat-free in Christian denominations. Some media called supporters of a meat-free day “fun killers”. However, one wonders what *fun* means to such authors – after all, other living beings must be killed and environment destroyed.

Among others, the Global Marshall Plan Initiative⁷⁷ advocates eco-social market economy. Moreover, it is for

- a sufficient funding for achieving the **UN Millennium Goals**⁷⁸ concerning the fight against poverty, epidemics and infant mortality, concerning general basic education, healthcare for mothers, gender equality and the construction of a global partnership for development
- a **fair taxation of financial transactions and environmental exploitation**
- a **global regulatory framework** for economic actions

Others, too, have spoken for the re-establishment and the further development of the model which made Western Europe great after World War Two. Its key pillars were the welfare state, personal liability, the mixture of state-run and entrepreneurial economic branches and prevention of economic power through the approval of small and medium-sized companies. Further important elements are freedom to relax and to cultivate social bonds as well as being free from stress and anxiety.

There are also suggestions for a radical reshaping of the economy like the Economy for the Common Good⁷⁹. As you can guess from the name, economic actions would aim at contributing to public welfare. The most important aspect would be reducing the consumption of nature, thus the ecological footprint. Profit would no longer be the goal, but only the path to achieve the goals. The economically decisive index would be the welfare-product. The business index would no longer be the financial balance but the welfare balance. The better the welfare balance, the more legal advantages there would be for the company. For the international economic exchange there would be a monetary cooperation with a global unit of account. For more details of the model and how

⁷⁶ <http://www.foes.de/> (01-01-14); cf. e.g. also Radermacher/Beyers 2011.

⁷⁷ <http://www.globalmarshallplan.org/> (01-01-14).

⁷⁸ <http://www.unric.org/html/german/mdg/index.html> (01-01-14).

⁷⁹ <http://www.gemeinwohl-oekonomie.org/de> (01-01-14).

they can be put into practice discussions through democratic processes are planned. Ultimately, this model would need a new type of human being. However, some ideas could also be embedded in the further development of a social market economy.

Heiner Flassbeck⁸⁰ shares the idea of taking ecological aspects into account when talking about economic growth. In the *Europäisches Haus Pappenheim*, he made some suggestions on directly managing the crisis in Europe which allow equalising the economic power within Europe:

- In states that did not respect the inflation agreement by way of wage dumping, **wages should be raised drastically so that internal demand and imports are stimulated in order to compensate differences in the current account balance.** We do not need flexible/instable, but stable job markets. The formula for wage increase which should be re-introduced is: productivity increase + inflation target.
- In states that are currently seen as problematic, investment programmes for improving social life should be introduced. Mainly local households and companies should profit from these.
- **If private households and companies increase savings, the state must increase expenses, keeping in mind the economic overall account:** it has to stimulate the private consumption demand and the corporate investment through contracts or tax policy.
- Financial policy must not only see moderate inflation and thus the stability of price levels as a goal, but also **full employment.** Moreover, it must introduce rules which make sure that **financial products are only allowed, if they are of use for the society and if their risks are easily controllable.**

Other sources include some of these aspects, plus the following strategies⁸¹:

- **nationalize big financial groups** and oblige them to stick to a business model of general benefit
- **re-nationalize those sectors of primary care that have been left to profit-orientated private companies** (such as energy supply, waste disposal, health-care, regional traffic and railway, postal service and telecommunication)
- **introduce regulations which allow fair competition** in order to replace existing regulatories which have increased the redistribution from the poor to the rich.
- charge multimillionaires a one-time fee on their fortune.
- introduce a EU-wide **tax policy which equips the state with enough money for the tasks fixed in the constitutions and the EU treaties**
- free the EU from long-standing debts
- enable states to get money directly from the European Central Bank instead of having to get it from an unregulated global financial market
- distribute income less extremely so that the state does less frequently have to take credits as a reaction to a lack of demand
- introduce minimum wages in all of Europe

⁸⁰ <http://www.flassbeck-economics.de/> (01-01-14); cf. e.g. also Flassbeck 2012.

⁸¹ Cf. e.g. Stiglitz 2012; Zeise 2012; Wagenknecht 2012; Chang 2012; Goodwin/Burr 2013; Schulz 2013; BEIGEWUM 2013; http://www.alternative-wirtschaftspolitik.de/veroeffentlichungen_der_arbeitsgruppe/memorandum_2013/index.html (01-01-14).

Many economists are against such measures, because they fear a weakening of the job market. This essay, however, is not about fearing, but about proving. And proof is what lacks. Current studies have rather **proved, for example, that minimum wages do basically not influence the situation on the job market**⁸².

With the help of these regulations, we could **replace the current model of a welfare-killer with the model of a welfare-creator**. We need a healthy, well-shaped welfare-state. The above-mentioned study by the International Labour Organization (2008: 88) shows: **the more well-developed the welfare state, the higher people's work capacity and level of performance**.

Indeed, a balanced distribution of income seems to be an important engine for a better society. Why? Because dozens of comparisons by Richard Wilkinson and Kate Pickett (2009) suggest that there is a statistically significant connection between income inequality and many social problems—sometimes stronger, sometimes weaker. This does not suggest that all people get exactly the same wages, but there must be slighter differences. If we take the already mentioned Gini-Index and compare the performance of single states with regard to the different indexes⁸³, it is evident that an index of 0.400 before taxation and social security contributions, and between 0.200 and 0.250 after taxation and social security contributions would be efficient. Wilkinson and Pickett's results represent the ratio of the upper 20 percent to the lower 20 percent as indicated in the Human Development Report of the United Nations from 2006. Among the European countries, they focus deliberately on the countries that are considered rich. I would like to summarize their results in a positive way without calling for a completely uniform distribution.

- The more moderate the income disparities, the higher the social welfare (also with regard to health).
- The more moderate the income disparities, the higher life expectancy.
- The more moderate the income disparities, the lower infant mortality.
- The more moderate the income disparities, the higher children's welfare.
- The more moderate the income disparities, the lower the number of teenage pregnancies.
- The more moderate the income disparities, the higher women's social status.
- The more moderate the income disparities, the better the results in the PISA studies.
- The more moderate the income disparities, the lower the number the mental illnesses.
- The more moderate the income disparities, the lower the number overweight teenagers.
- The more moderate the income disparities, the lower the number obese adults.
- The more moderate the income disparities, the more trust in each other.
- The more moderate the income disparities, the lower the number of murders.
- The more moderate the income disparities, the less experience of conflict during childhood.
- The more moderate the income disparities, the less the number of prisoners.
- The more moderate the income disparities, the more free time.
- The more moderate the income disparities, the higher the recycling rate.

⁸² Cf. P. Bofinger in Ch. VI of the 2013/2014 report of the Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 289ff., http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/gutachten/jg201314/dokumente/JG13_VI.pdf (01-01-14).

⁸³ <http://stats.oecd.org/index.aspx?queryid=46189> (01-01-14)

In sum: **The more moderate the income disparities, the higher the overall welfare.** Wilkinson und Pickett draw the following conclusion: “Greater inequality actually increases the need for big government – for more police, more prisons, more health, and social service of every kind. Most of these services are expensive and only very partially effective, but we shall need them for ever if we continue to have high levels of inequality that create the problems they are designed to deal with.”

This is why I want to underline again that these suggestions shall not be seen as a hate campaign against the ones at the peak of society. The measures suggested here do not make the rich poor; neither do they lower their quality of living. On the contrary, the rich people’s quality of living is increased by a harmonious **union of healthy states** – states, where you do not have to worry about your own or your family’s safety and do not miss good infrastructure or pleasant environment.

6.7. Outlook: How to Communicate with EU Parliament Candidates?

There are politicians who claim that contractual and constitutional tasks should rather be undertaken by the free market than by politicians. Who should vote for such politicians who deny themselves the competences needed for fulfilling their tasks? However, an honest, real conversation with such candidates can be worth it – a dialog in which the reasons for this claim can be discussed honestly.

Moreover, I recommend an overview of economy and economic history; for example, the comic book *Economix*⁸⁴, as well as the first article of the EU treaties. The aims described in the EU treaties can then be compared with present problems and the candidates for the EU parliament can be asked for their judgement and solutions – current members of parliament can also be asked why their paths have not yet been put into practice. Pay attention to the fact that **suggested paths are always connected with aims**. The mass media often ignore this. Ask for evidence that justifies a suggested path for a certain aim.

It will be especially helpful not to use words and expressions typical of neoliberal language in a conversation with a candidate, but to **use alternative expressions** like the ones suggested above. They would contribute to getting a fresh point of view. The members of the EU parliament candidates represent the public, the state – and **we do not only need a better nourished state thanks to welfare dues, but also healthy state representatives – finally, they represent all of us**.

7. EHP Newsletter Entry from 23 December 2014

Christmas-time is a time of words and texts that people use as formulas. We use them without asking if the texts fit with what is done in our society, in our house, by ourselves. Pope Francis again encouraged such reflections recently, this time with respect to Bible texts and the behavior in the Vatican.

But we are also invited to such reflections by song texts – such as the ones by the German-speaking chansonnier Udo Jürgens, who unexpectedly died on the fourth Advent Sunday. Not only his “Merci Chérie” became known in many European countries; also internationally popular is “Griechischer Wein” (Engl. “Come Share the Wine”). However, text versions in other languages do often not reveal that the text original tells about experiences of guestworkers. And often we are not listening well enough to what we are singing. Also many of Udo Jürgens's songs that are less wide-spread invite us to critical reflections – on our society, our own lives, on different forms of violence.

⁸⁴ Goodwin/Burr 2013. Also very clear, but less comprehensive are Wagenknecht 2012 and Chang 2012.

Christmas is the feast of peace. This we celebrate, although it is actually the official goal of the EU and the UN to keep peace on principle – not only on certain celebrated days. And yet conflicts and wars attract people – for money, power, resources and maybe still self-fulfilment (which we used to call “price” and “honor”). Even in the 21st century, Europe is not immune against that.

And we like seeing others as the only ones to blame for conflicts and wars. Already 125 years ago, Bertha von Suttner made one of the main figures illustrate that in her novel “Lay Down Your Arms!”. In this novel, Rudolf says to his conversational partner, who has just described other people and nations as aggressive:

“What right have you to think other men worse and more unreasonable than you or I? Now I will tell you a little story: “Before the closed gate of a beautiful garden stood a crowd of men, one thousand and one in number, looking in very longingly. The gatekeeper had orders to let the people in, in case the majority among them wished for admission. He called one of them to him, ‘Tell me only speak honestly do you wish to come in?’ ‘Oh yes, to be sure I do; but the other thousand, I am certain, do not.’ The careful gate-keeper wrote this answer in his notebook. Then he called up a second. He said the same. Again the other entered in the ‘Yes’ column the number 1, and in the ‘No’ column the number 1000. And so it went on up to the last man. Then he added up the figures. The result was one thousand and one ‘Yes’; over a million ‘No’. So the gate remained shut, for the ‘Noes’ had a crushing majority; and that proceeded from the fact that every one considered himself obliged to answer for the others too, instead of for himself only.”

Bertha von Suttner was in contact with Alfred Nobel. Both hated war. Nobel first thought that the best to keep humans from making war is to have especially dangerous weapons. But Bertha convinced him that it is better to have well-informed and loud citizens as well as an international jury to grant peace when conflicts are coming up. After her novel, which sounds a little far way today, but was at that time quickly translated in many languages, she became a leading figure of the peace movement. She gave talks all over Europe. In 1905 she received the Nobel Peace Prize, she died 100 years ago and is today seen on Austria’s 2-EUR coin. One of her quotes: “None of sensible people think it will wash away ink with ink, oil spots with oil. Only blood should be washed repeatedly with blood.” Not only on the feast of peace shall we remember such words.

8. More Balance for More Peace in Europe – in Language and Economy (published as EHP Essay 3 on 28 December 2015)

That the European Union received the Nobel Peace Prize must probably rather be understood as a mission than a merit – after all, it would be no special merit to keep peace in one’s own family. However, it is a sad thing we have to observe: Over the last years, the European Community has not shown itself very worthy of the prize. Many leading politicians of the EU member states seem to forget all too often many of the aims of the EU. They can be read in Article 3 of the EU Treaty. According to this article, some of the goals are “the sustainable development of Europe based on balanced economic growth [...][,] social market economy, aiming at full employment and social progress [...] It shall promote economic, social and territorial cohesion, and solidarity among Member States. [...]”. And furthermore: “It [=The EU] shall contribute to peace, security, the sustainable development of the Earth, solidarity and mutual respect among peoples.” Instead, at the end of 2015, we look at different kinds of force.

In many EU countries, the society has to suffer a kind of violence in the form of increasing poverty and inequality. According to the EU databank Eurostat⁸⁵ many EU countries have seen, since 2010, an increase in the percentage of people who suffer from significant poverty⁸⁶. Exceptions are

⁸⁵ Cf. <http://ec.europa.eu/eurostat/home>.

⁸⁶ Severe material deprivation according to EU definition is given if people by way of self-assessment characterize

Sweden, Britain and France. There is a particularly strong growth of the percentage of poor people in Greece, Ireland, Portugal, particularly after the introduction of forced austerity measures. These austerity constraints are misleadingly sometimes called "rescue measures": Through these measures, the number of poor people rose in Ireland from 5.7% in 2010 to 7.8% in 2011; in Portugal from 2011 on from 8.3% first very slightly to 8.6%, but then to 10.9% in 2012; in Greece from 11.6% in 2010 to 15.2%, 19.2%, 20.3% and finally 21.5% in 2014. After Ireland freed itself from the constraints of this "rescue parachute" for the financial industries in 2013, the percentage of the poor has again dropped from 9.9% to 8.4%. But even in Germany the number of the poor has risen from 8.4% (2010) to 9.0% (2014), with a high at 9.9% in 2012. This may surprise some people since Germany is seen as economically strong among the EU countries. Yet it already shows that this must have to do with the unequal distribution of the strong overall prosperity. According to the EU database Eurostat inequality increased in many EU Member States from 2010 to 2014 (as measured by the Gini coefficient on a scale of 0 'zero inequality' to 1 'one person has everything'). Inequality rose not only in the countries called *crisis countries*, Greece (from 0.329 to 0.345), Spain (from 0.335 to 0.347) and Portugal (0.337 to 0.345), but also in Germany (from 0.293 to 0.307). The clash between the rich and the poor become in Britain and France, though. Empirical calculations show that an ideal inequality is a Gini coefficient in the range of 0.2121-0.3333⁸⁷. This is moderate inequality or moderate equality. And the closer you get to this equality/inequality-balance, the higher the general standard of living—as studies have shown⁸⁸. Unfortunately, Germany itself moves more and more toward the higher limit. Other have already fallen out of this ideal bandwidth since 2010: in addition to Greece and Spain, also Estonia, Bulgaria, Cyprus and Romania. Already before, Portugal, Lithuania and Latvia missed these values. The poor performance of Germany may surprise many readers, because Germany is often portrayed in the media as a model. But one has to ask: as a model for what actually? Mostly just purely financial, monetary value-related key figures are presented, calculating any averages. But an exchange of money says nothing about the underlying goods and services. And an average does not say anything about whether something is evenly or extremely distributed. If one person earns 99 EUR per hour and another person 1 EUR per hour, then the average of 50 EUR is a pure play with numbers without much information on the welfare of society as a whole. Therefore, the gross domestic product in total or per capita is completely useless for judging the goals mentioned at the beginning. Also unemployment statistics and employment statistics are of little use if they provide no information about how many people actually have an income that can be described as sufficient. This is due to the flexible way in which one can define *unemployed* and *employed*.

What can be solutions? Being German I have no right to give other countries concrete recommendations—unless the impact of their actions also affect me. As a general neutral rule for Europe it can be said that legally only by means of the state the wealth created by the whole community can be distributed in a moderate way. To put it bluntly: The average citizen in the statistics does not care; many people have to be well off in the real world! For this we need people in power who understand doing this. In elections, every nation has a choice to enable political changes—provided that people are and can be sufficiently informed about the ideas and the credibility of political candidates. Some nations in Europe have used this option. Some of the alternative political applicants are unfortunately ignorant to the cited goals of the EU. Others, however, have explicitly put the welfare of the majority of the people into the center and have thus

their households as lacking at least *r* items among the 9 following: the household could not afford: (1) to pay for arrears (mortgage or rent, utility bills or hire purchase instalments), (2) to keep home adequately warm, or could not afford (even if wanted to), (3) to face unexpected expenses, (4) a meal with meat, chicken or fish every second day, (5) one week annual holiday away from home, (6) a personal car, (7) a washing machine, (8) a colour TV, (9) a telephone.

⁸⁷ Cf. Herlyn 2012, Radermacher 2005, Kämpke/Pestel/Radermacher 2003, Jacobs/Šlaus 2010.

⁸⁸ Cf. Wilkinson/Pickett 2009.

received more approval: for example, in Greece Syriza, in Spain Podemos, in Portugal the alliance under the new Prime Minister Antonio Costa, in the UK the group around the new laboratory Jeremy Corbyn boss. The last example shows that a change can happen within an existing party. Of course, this does not mean that an election can enable an immediate change. But there is a chance to make a new policy: not the high society against the low society, not the low society against the high society, but the high society with the low society and vice versa. At the moment, all four political groups mentioned are receiving resistance from the people in power in politics, economy and media—both nationally and internationally. Watch again even as the resistance to those who work for more public good, sometimes is violent, at least linguistically. It would be an important step towards the prosperity for the mass, when the alternative politicians managed, after winning people's attention, could now cultivate a language that is a balance between clarity and peacefulness.

Our monetary system is actually also based on *balance*, as stated in the cited article of the EU Treaty: sometimes one person gives and the other takes, at other times it is the other way around. The income of one person is always the expense of another person. And to avoid the collapse of the system, the roles must be taken in a balanced. The economic term *balance* does consciously go back to the physical term *balance*. The existing money must always stay in economic circulation to ensure prosperity; if one wants to even increase prosperity, this can only be achieved through money that is newly created by the bank. These are the famous loans, or credits, with which one can invest. With this knowledge and this policy, the respective EU Member States have performed well until the 1970s. But this policy has been gradually given up—evidently also in the euro zone. Originally intended as a community of partners the euro-zone countries became a group in which at least some see the others as opponents; but these opponents are at the same time expected to buy the goods of the other side. To see one and the same group as both a competitor and a customer at the same time is a contradictory view. But this ultimately sneaky view is spreading. It motivates especially export-oriented countries such as Germany to buy little from other countries, but the other countries spend their money in the companies of the exporting countries, until no more money is there. For this, these import countries, who are backing the prosperity and growth of export countries, are in the end even criticized by the export countries. It is obviously not understood that saving, which means: the withdrawal of money from circulation, prevents a society from prosperity and growth. Rather, it must be emphasized: increasing growth comes only through more loans, in other words: debts. The growth of saving-oriented export countries like Germany is based on the willingness of other countries to go in debt. If, however, always the same nations save masses of money and the other nations always spend money, in other words: if there is no balance, the result is logically an imbalance and the EU's objectives can not be achieved. Conflicts arise.

What can be solutions? To tell all people to save money is an illogical way—this has already been demonstrated. You can even learn that from history. Western policy until the 1970s has shown that one can achieve the goals quoted from the EU Treaty quite well if you have a state which takes care that companies invest and that the state itself controls the industrial key branches in the hand, a state in which one's and the family's safety is guaranteed, in which there is a good infrastructure, in which there is a pleasant environment—you could say: if you have a healthy state. What we observe, however, are totally illogical demands. Some claim that the poor countries would have to adapt their way of working to the rich countries. However, it is not the case that all countries of a monetary zone have to work the same amount. This requirement does not have an economic basis. Economically based is only that every nation must live according to their own productivity. It is also claimed that the crisis countries should simply just save money. But they do not have any money left to save. They would have to get money from those who have taken it from them. In contrast, some expect the crisis states to sell precisely those goods that still bring them revenue—Greece, for example, was expected to sell their ports and airports. Ports and airports in Greece, with

its 87 inhabited islands, are part of the public transport system. Actually, we already know from earlier European studies that the privatization of public transport led to more expensive and worse access for citizens⁸⁹. Actually, we also know from previous examples that austerity generally brings no improvement in terms of the cited targets. We can think of German Chancellor Brüning's austerity policies: they favored the rise of Hitler. We can think of the massive austerity programs of the 1990s, which the International Monetary Fund imposed on Latin American countries: it was only after the end of the programs that the Latin-American nations were better off again⁹⁰. In other words, saving policies gradually make diseased states dead. This is not a typical war, but a kind of economic warfare that takes place within Europe. Let's have another look at Greece: the unemployment rate, according to the Greek Statistical Office, has risen from 9.2% in 2009 to 27.3% in the year 2014. More than half of people have to resort to additional resources⁹¹, in particular the old-age pension by a parent or grandparent, with the retirement age in Greece at 67 years being higher than in many other EU countries (incl. Germany). From an EU country with a very low suicide rate, Greece, with the so-called "rescue measures", has become the EU country with the highest suicide rate⁹². Due to the forced financial cuts, the public health system collapsed: more than 3,500,000 people have no access to the public health care system more; for the first time since 1950 the infant mortality rate is rising again; the cases of HIV infection among drug users has increased by 1,250%; after 40 years, reinforced cases of malaria and tuberculosis are observed again⁹³. According to the erroneous view of EU representatives, the tax losses resulting from the high unemployment and poverty rates shall be compensated by higher general value-added tax on food (23 percent!). This could of course not be afforded by the poor. The human catastrophe will only increase. Many people in a responsible position in Europe accept that people die; they even promote it! Perhaps some do this unconsciously, because they are not always provided with the relevant facts. Many believe, for example, that it is the task of the mass media to provide balanced information. But already Edward Herman and Noam Chomsky have emphasized for many years that the main business of the mass media is not to sell the product "information" to the customer "audience", but the main business of the mass media is to sell the product "audience" to the customer "advertiser"—there are huge internationally operating media companies⁹⁴. Therefore, it also needs educational institutions that are independent of party politics and profit orientation and that feel only obliged to the generally accessible search for truth. This is how we view ourselves at the Europäisches Haus Pappenheim. We can only speculate what the motives for cruel political actions are. Surely part of the answer lies in the question of who benefits from this economic and ideological war. Some benefit very well from the current economic ideology of market radicalism and from the crisis. This is true for the financial industry. This is ultimately also true for the German state apparatus: due to the crisis hardly anyone wants to buy Greek government bonds, while there is a run on German government bonds; the German state apparatus hardly has to pay interest on loans. Different calculations have shown that due to the Greek crisis, Germany has saved about 100.000 million EUR⁹⁵. So some benefit from rising prosperity, but, as I said, this is simply not distributed in a moderate way. Most Europeans lose with the current economic ideology. If we stick to it, it is only logical that the damage in so many EU countries continues to rise. Consequently, more and more people will flee to the states such as Germany, which are overall rich in money and which have enriched themselves at the expense of other states. The EU countries are today often referred to in the media as "partners"; with respect to the US, European rhetoric style also uses

⁸⁹ Cf. Brandt et al. 2009.

⁹⁰ Cf. Stiglitz 2002.

⁹¹ Cf. <http://tinyurl.com/q6muw67>.

⁹² Cf. <http://left.gr/news/sygklonistika-stoiheia-gia-tin-ellada-tis-krisis-ayxisi-kata-35-stis-aytoktonies>.

⁹³ Cf. <http://www.solidarity4all.gr/el/about-solidarity-initiative>.

⁹⁴ Herman/Chomsky 1988/2002. See also the 1992 award-winning documentary film *Manufacturing Consent: Noam Chomsky and the Media*.

⁹⁵ Cf. Boysen-Hogrefe 2012 and Dany et al. 2015.

“friends”⁹⁶. Why do we not transfer this term this to all countries outside the EU and call people in other EU countries even “brothers and sisters”—as in Beethoven’s Ode to Joy, whose melody was, after all, chosen as the EU anthem? A peaceful language is a further step here. But this is occasionally difficult for politicians, because sometimes peaceful words are simply hyped. This is what happened recently to Italian Prime Minister Matteo Renzi, who recalled that the EU had to serve all the 28 countries and not only Germany. The Financial Times labeled this as a sharp attack in their edition from 21 December 2015⁹⁷. Meanwhile, the simple Greek people organize help themselves, among other things the network “Solidarity for All” (AgO), which also has created an international fund, which all deputies of the Syriza party donate 20% of their allowances to.

Finally, let’s have a look at the international activities of the EU. Here, the result of certain economic policies is even stronger. A dominant theme in European media is the large number of refugees from Africa and the Middle East. They flee from the threat of death by starvation or by weapons. Some fear that new problems of coexistence may arise due to the many refugees from other cultures. Professional integration measures are called for. The Europäisches Haus Pappenheim contributes to this through its highly efficient method for learning the most important language skills: the Language Emergency Doctor (“Sprach-Not-Arzt”)⁹⁸. Politicians are looking for solutions. Some have proposed to shift the problem away so so you no longer directly see it: The already weakened countries on the southern and south-eastern external borders of the EU have been critically reminded that they need to secure their external borders; but when they did it, they also reaped criticism. Furthermore, some want to send money to countries beyond the EU borders, so that the refugee camps are better equipped there and the refugees stay there. But both suggestions do not fight the actual causes that push people to leave their homes: violence by hunger and violence by weapons. The EU has its share in both types of violence.

Yes, unfortunately, the EU is also involved in armed violence, the violence of war—indirectly through arms sales to Qatar and Saudi Arabia (which they pass on to the terrorist organization Islamic State) or—in the wake of the Paris Terror strikes—by direct participation in the war in Syria. This is intended to combat the organization Islamic State. But does this agree with the EU’s values? The participation takes place without a UN mandate. The invasion of Syria was carried out without the request of the Syrian government. And we should also remember: the Paris attacks were primarily carried out not by Syrian terrorists, but by French and Belgian terrorists—for the time being it is still unclear whether any Syrians were actively involved at all. After all, have such wars the desired effect? If so, are they the most efficient means? How many people had to lose their lives who were not involved in military operations? They are euphemistically and cynically referred to as *collateral damage* (de. *Kollateralschaden*, fr. *dommage collatéral*, es. *daño colateral*, it. *danno collaterale*, pl. *szkoda kolateralna*, sv. *sidoskada* etc.)—this turns people into things. But they are people killed. Terror was replaced by terror. How many of those killed by western military were not enemy combatants, but were killed accidentally? According to official calculations, the amount in the Yugoslavia War in 1999 (Operation Allied Force) is at least 50 percent⁹⁹ and in the second Iraq war 29 percent¹⁰⁰. Is it worth it? It will have led to new hatred. Just imagine in your neighborhood three terrorists were discovered and the police would accidentally kill one to three members of your family in addition to the three terrorists. What feelings would you develop not only against the active police officers, but against the entire police organization, and even against the whole state?

⁹⁶ Cf. Grzega 2015.

⁹⁷ Cf. Politi 2005.

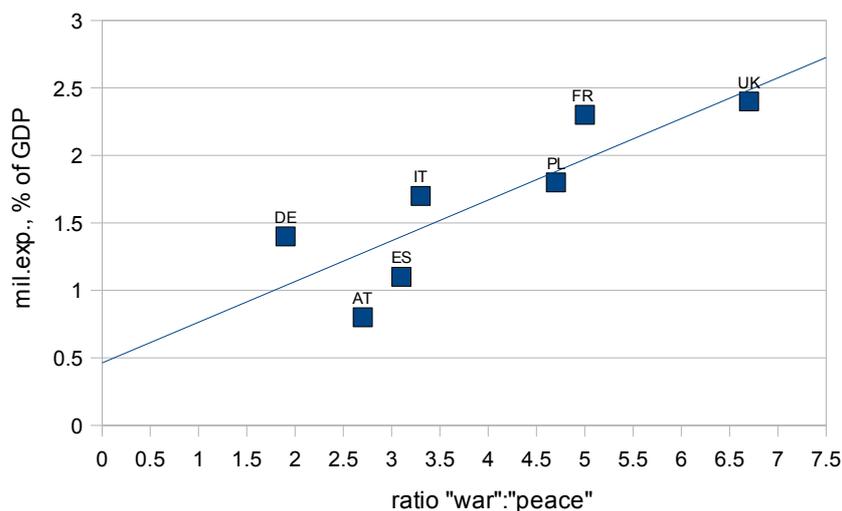
⁹⁸ Cf. <http://www.sprach-not-arzt.de>.

⁹⁹ Cf. Human Right Watch 2000.

¹⁰⁰ Cf. Conetta 2003.

What can more peaceful solutions look like? The cutting off from financial sources is one way which seems to be relatively quickly implementable. In addition, there must be strategies for the medium-term development of the EU countries. One way would be to convert the arms industry into a pure defense industry without sending weapons across Europe (instead of seeing the arms industry as a field for European economic growth). Another way would be the elimination of all forms of weapons of mass destruction in Europe, also the “financial weapons of mass destruction” (that is those businesses that bet about the future value of a good or a value paper, in other words: speculating).

A peaceful attitude can already be promoted when you speak and write less of “war” and much more of “peace”. This is supported by an analysis of article headings in British, German, French, Italian, Austrian, Polish and Spanish newspapers. Comparing the occurrence of words for ‘war’ and ‘peace’ with the military spending expressed as the share of gross domestic product (according to Eurostat), then there is a clear effect between wording and military expenditures (shown in the graph below): The more headlines include “war” (rather than “peace”), the more military spending there is in that country¹⁰¹.



As a linguist, I have repeatedly pointed out Marshall Rosenberg (2005), who died earlier this year. He has developed the conversation model of Nonviolent Communication, which also works between warring parties, if they are willing to engage in a conversation. Where someone’s life is in immediate danger, of course, this threat must first be dispelled. But then communication starts. The core of Rosenberg’s model is the clear distinction between (1) universal needs and (2) strategies to meet those needs. As soon as someone has described which strategy of the opponent interferes with what need, a concrete alternative strategy is requested from the opponent. It is important that it is a request, not a demand. This must be made clear to the opponent. Rosenberg’s language is not a language of pressure. It is not a language of compromise where both sides give up something. It is a language of consensus. With Rosenberg’s model two people can not only resolve conflicts, but also avoid them. Now the challenge for politicians is that they should not speak for themselves

¹⁰¹ The analysis compares the 2012 military expenses in relation to the Gross National Product (according to Eurostat) and the occurrences of “war” and “peace” (incl. grammatical forms) between 13 Dec 2014 and 12 Dec 2015 in one liberal-progressive and one conservative journal in each of the following EU countries: UK (*The Guardian*, *The Daily Telegraph*), France (*Le Monde*, *Le Figaro*), Spain (*El país*, *El mundo*), Italy (*La stampa*, *Il corriere della sera*), Germany (*Frankfurter Rundschau*, *Die Welt*), Austria (*Der Standard*, *Die Presse*) and Poland (*Gazeta prawna*, *Gazeta wyborcza*); the archive used was LexisNexis. A Kendall Tau test reveals a probability value of $p=0.0163$ and an effect size of $\tau=0.8095$.

personally, but for a group that they represent. EU representatives should therefore speak for the EU population. That is, they have to know the EU Treaties and must have empathy for other people. They have to ask what are good strategies for the fulfillment of human needs and the EU targets or even the UN goals.

As I said, Rosenberg assumed that all people have the same needs. Indirectly he tried to find something that does not produce culture-specific or group-specific associations. However, there is hardly anything that could not be charged with cultural significance. Who, for example, belongs to the group which is referred to as “my family”? In some cultures, ‘the granddaughter of the grandmother’s sister’ is included, in other cultures not. What is “time”? For some cultures, this means the scope of ‘5 minutes prior to 5 minutes after the agreed time’, for other cultures ‘up to half an hour after the agreed time’. Culturally significant is also the relationship between the spoken word and written word. Therefore, the more precise one puts thoughts into words (mentioning also the purpose of an thing), the more you reduce misunderstandings. The clearer you make it whether something is intended as a question or a suggestion or a request, the more you reduce misunderstandings. The more you also try to decode the words of the interlocutor this way, the more a peaceful dialogue is possible. Here, too, a balance between conversation participants is required.

The greater the number of people, the smaller our imagination and empathy. Therefore, it is important to become familiar with other people’ personal stories—and even with your own destiny. However, it is also necessary to examine how individual political decisions that we—perhaps under wrong assumptions—have supported, may have led to certain biographies. Maybe we need to reflect more intensely about future decisions in order to balance the welfare of many people in Europe and the world, for the sake of our own welfare. That was the goal of the EU. Since you cannot repeat it often enough, I will cite the EU goals again. The European Community aims at ““the sustainable development of Europe based on balanced economic growth [...][,] social market economy, aiming at full employment and social progress [...] It shall promote economic, social and territorial cohesion, and solidarity among Member States. [...] It shall contribute to peace, security, the sustainable development of the Earth, solidarity and mutual respect among peoples.” Instead, at the end of 2015, we look at different kinds of force.”. In this sense, I hope and wish for the Europeans and the world a more peaceful year 2016.

Literaturverzeichnis

- Ariely, Dan (2008), *Predictably Irrational: The Hidden Forces That Shape Our Decisions*, New York: Harper Collins. [dt. *Denken hilft zwar, nützt aber nichts*, München: Knaur 2008]
- BEIGEWUM (2013), *Mythen des Sparens*, Hamburg: VSA.
- Bertola, Giuseppe / Garibaldi, Pietro (2003), “The Structure and History of Italian Unemployment”, *CESifo Working Paper Series* No. 907, http://www.cesifo-group.de/portal/page/portal/DocBase_Content/WP/WP-CESifo_Working_Papers/wp-cesifo-2003/wp-cesifo-2003-04/cesifo_wp907.pdf. (01-01-14)
- Boysen-Hogrefe, Jens (2012), “Die Zinslast des Bundes in der Schuldenkrise: Wie lukrativ ist der ‘sichere Hafen’?”, *Kiel Working Paper* No. 1780, Kiel: Kiel Institute for the World Economy, https://www.ifw-members.ifw-kiel.de/publications/die-zinslast-des-bundes-in-der-schuldenkrise-wie-lukrativ-ist-der-201esichere-hafen201c/kwp_gesamt.pdf (01-01-14)
- Brandt, Torsten et al. (2009), *Zur Zukunft öffentlicher Dienstleistungen: Die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und deren Auswirkungen auf Qualität, Beschäftigung und Produktivität am Beispiel der Sektoren Postdienstleistungen, Öffentlicher Personennahverkehr, Elektrizität und Krankenhäuser*, Wien: FORBA.
- Buffett, Warren (2012) “Chairman’s Letter”, in: Berkshire Hathaway Inc. (ed.), *2012 Annual Report*, Berkshire: Berkshire Hathaway.
- Bunjes, Miriam (2013), “Nehmt unser Geld”, *Publik-Forum* 11/2013, 17.
- Chang, Ha-Joon (2010), *23 Things They Don’t Tell You about Capitalism*, London: Allen Lane. [dt. *23 Lügen, die sie uns über den Kapitalismus erzählen*, München: Goldmann 2012].

- Conetta, Carl (2003), "The Wages of War: Iraqi Combatant and Noncombatant Fatalities in the 2003 Conflict", Cambridge (Mass.): Commonwealth Institute, <http://www.comw.org/pda/0310rm8.html> (11-11-06).
- Dany, Geraldine et al. (2015), "Germany's Benefit from the Greek Crisis", IWH Online 7/2015. Halle (Saale): Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle, auch: http://www.iwh-halle.de/d/publik/iwhonline/io_2015-07.pdf
- Esping-Andersen, Gøsta (1990), *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, Cambridge: Polity Press.
- Eurostat, <http://epp.eurostat.ec.europa.eu>
- Flassbeck, Heiner (2012), *Zehn Mythen der Krise*, Berlin: Suhrkamp.
- Gigerenzer, Gerd (2014), *Risk Savvy: How to Make Good Decisions*, New York: Penguin. [dt. *Risiko: Wie man die richtigen Entscheidungen trifft*, München: Bertelsmann, 2014]
- Goodwin, Michael / Burr, Dan E. (2012), *Economix: How Our Economy Works (and Doesn't Work) in Words and Pictures*, New York: Harry N. Abrams. [dt. *Economix: Wie unsere Wirtschaft funktioniert (oder auch nicht)*, Berlin: Jacoby & Stuart, 2013].
- Grzega, Joachim (2009), "Wie kann die EuroLinguistik zur sozioökonomischen Entwicklung Europas beitragen?", in: Hinrichs, Uwe / Reiter, Norbert / Tornow, Siegfried (eds.), *EuroLinguistik – Entwicklung und Perspektiven*, 315-333, Wiesbaden: Harrassowitz.
- Grzega, Joachim (2013), *Studies in Europragmatics*, Wiesbaden: Harrassowitz.
- Grzega, Joachim (2015), "Analyzing Languages on the National, European and Global Level – Different Goals and Frames Require Different Methods", *Journal for EuroLinguistiX* 12: 4-15.
- Herlyn, Estelle (2010), *Einkommensverteilungsbasierte Präferenz- und Koalitionsanalysen auf der Basis selbstähnlicher Equity-Lorenzkurven*, Wiesbaden: Springer Gabler.
- Herman, Edward S. / Chomsky, Noam (1988/2002), *Manufacturing Consent: The Political Economy of the Mass Media*, New York: Pantheon.
- Human Rights Watch (2000), "The Crisis in Kosovo", <https://www.hrw.org/reports/2000/nato/Natbm200-01.htm> (11-11-16).
- International Labour Office (2008), *World of Work Report 2008*, Geneva: ILO.
- Jacobs, Garry / Šlaus, Ivo (2010), "Indicators of Economic Progress: The Power of Measurement and Human Welfare", *Cadus* 1/1: 53-113.
- Kahnemann, Daniel (2011), *Thinking, Fast and Slow*, New York: Farrar, Straus and Giroux. [dt. *Schnelles Denken, langsames Denken*, Berlin: Siedler.
- Kämpke, Thomas / Pestel, Robert / Radermacher, Franz Josef (2003), "A Computational Concept for Normative Equity", *European Journal of Law and Economics* 15: 129-163.
- Kuznets, Simon (1934), "National income, 1929–1932", 73rd US Congress, 2d session, Senate document no. 124.
- Lawn, Philip A. (2011), "A Theoretical Foundation to Support the Index of Sustainable Economic Welfare (ISEW), Genuine Progress Indicator (GPI), and Other Related Indexes", *Ecological Economics* 44/1, 105-118.
- Marshall, Alfred (1890), *Principles of Economics*, London: Macmillan.
- Nationale Armutskonferenz, www.nationalearmutskonferenz.de
- Politi, James (2015), "Eurozone austerity fanning populist flames, says Renzi", *Financial Times* 21.12.15.
- Radermacher, Franz Josef (2005), *Balance oder Zerstörung: Ökosoziale Marktwirtschaft als Schlüssel zu einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung*, Wien: Ökosoziales Forum Europa.
- Radermacher, Franz Josef / Beyers, Bert (2011), *Welt mit Zukunft: Die ökosoziale Perspektive*, 2. Auflage, Hamburg: Murmann.
- Rosenberg, Marshall B. (2005), *Speak Peace in a World of Conflict*, Encinitas: Puddledancer [dt. *Eine Sprache des Friedens sprechen – in einer Welt voller Konflikte*, Paderborn: Junfermann 2006].
- Schmidt, Helmut (2012), "Pflicht zur Solidarität", *Die Zeit* 27.12.12
- Schulz, Martin (2013), *Der gefesselte Riese*, Berlin: Rowohlt.
- Stiglitz, Joseph (2002), *Globalization and Its Discontents*, New York: Norton. [dt. *Die Schatten der Globalisierung*, Berlin: Siedler 2002].
- TNS Opinion & Social (2010), *Europeans and the Crisis*, Special Eurobarometer 74.1, Brussels: European Commission, http://ec.europa.eu/public_opinion/topics/eb741parl_en.pdf
- Wagenknecht, Sarah (2012), *Freiheit statt Kapitalismus: Über vergessene Ideale, die Eurokrise und unsere Zukunft*, München: Eichborn.
- Wilkinson, Richard / Pickett, Kate (2009), *The Spirit Level: Why More Equal Societies Almost Always Do Better*, London: Allen Lane. [dt. *Gleichheit ist Glück: Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind*, Berlin: Tolkmitt 2009.]
- Wunsch, Karl (1962), "Zum Wortfeld 'Arbeiter' bei Marx und Engels", *Beiträge zur Geschichte der deutschen Sprache und Literatur* 84. 458-468.
- Zeise, Lucas (2012), *Euroland wird abgebrannt*, Köln: Papyrossa.

EHP Memorandum on Establishing Eurolinguistics as a University Field

Language is a central cultural phenomenon which does not only serve to convey information, but which serves to create worldviews and which is also an expression of identity with respect to values, beliefs, customs and social networks. It is therefore surprising that while for some academic disciplines the European perspective is the norm, this is not the case for language studies. Rather on the contrary, chairs for linguistics have been diminished at many universities. Chances for carrying out Eurolinguistic research are often restricted to third-party funding. Already in 1999, the group ELAMA (Eurolinguistischer Arbeitskreis Mannheim) formulated a manifest of Eurolinguistic needs. Some of the goals there are adopted and adapted for this memorandum:

- Insights into the common linguistic and cultural basis of European languages will foster a sense of European togetherness. Such awareness of belonging together, from ancient to modern times, will help to strengthen a European identity, which is still lacking even among the younger generations. Eurolinguistics shall thus become a discipline counteracting nationalistic tendencies in the academic and non-academic world, supporting the European educational policy of the member states of the European Union and the Council of Europe. A sense of European identity will help to reduce extremist national movements and ethnic discrimination. At the same time, Eurolinguistics will have to make sure that it does not promote a new barrier between Europeans and non-Europeans, but rather sets the basis for global empathy. Viewing the important power of language, it is urgent to study the dynamics of linguistic and cultural divergence or convergence of European languages and their relation to historical, political, psychological, social and economic parameters.
- Eurolinguistics shall promote an understanding of the language-driven causes of conflicts between groups in Europe, thereby serving peace research – within Europe and beyond Europe.
- Eurolinguistics shall also incorporate urgent multilingual programs with respect to self-determined and (half-)forced migration.
- Eurolinguistics should be seen as an integral part of an interdisciplinary approach in humanities (also integrating basic and applied research), promoting a European-minded program in life-long education. The results shall be made known to the general public (including handicapped people).

Viewing the enormous working-time that is required for such central European research, we call and ask everyone active in educational issues to engage in the realization of the following two goals.

1. Universities should enlarge the philological spectrum and install chairs of Eurolinguistics so that Eurolinguistics, in the sense of the study of the commonalities between European languages and linguacultures, becomes an integral academic discipline with free researchers, who do not have to wait and work for third-party funds only. Alternatively, research centers for Eurolinguistics closely linked to universities (and thus academic teaching) shall be founded. In reverse, Eurolinguists shall make their knowledge accessible not only to the academic world, but also to a broader public, showing the applicability of results. Thus, didactic aspects become very important.
2. School curricula should integrate Eurolinguistic knowledge as a compulsory part of foreign-language teaching, mother-tongue teaching as well as teaching non-language subjects. The

role of language in non-language subjects is as of yet highly underestimated. Eurolinguistic knowledge shall enhance a feeling of identity as well as tolerance and empathy for differences (in other words: intercultural competence, particularly intercultural communicative competence). This Eurolinguistic knowledge relates to: fonts/scripts, grammatical structures and their functions, Europe-wide words, the lexical structure of conceptual fields, the connotation of names and words (including technical terms), the use of names and words in specific genres, the use names and of words for social purposes.